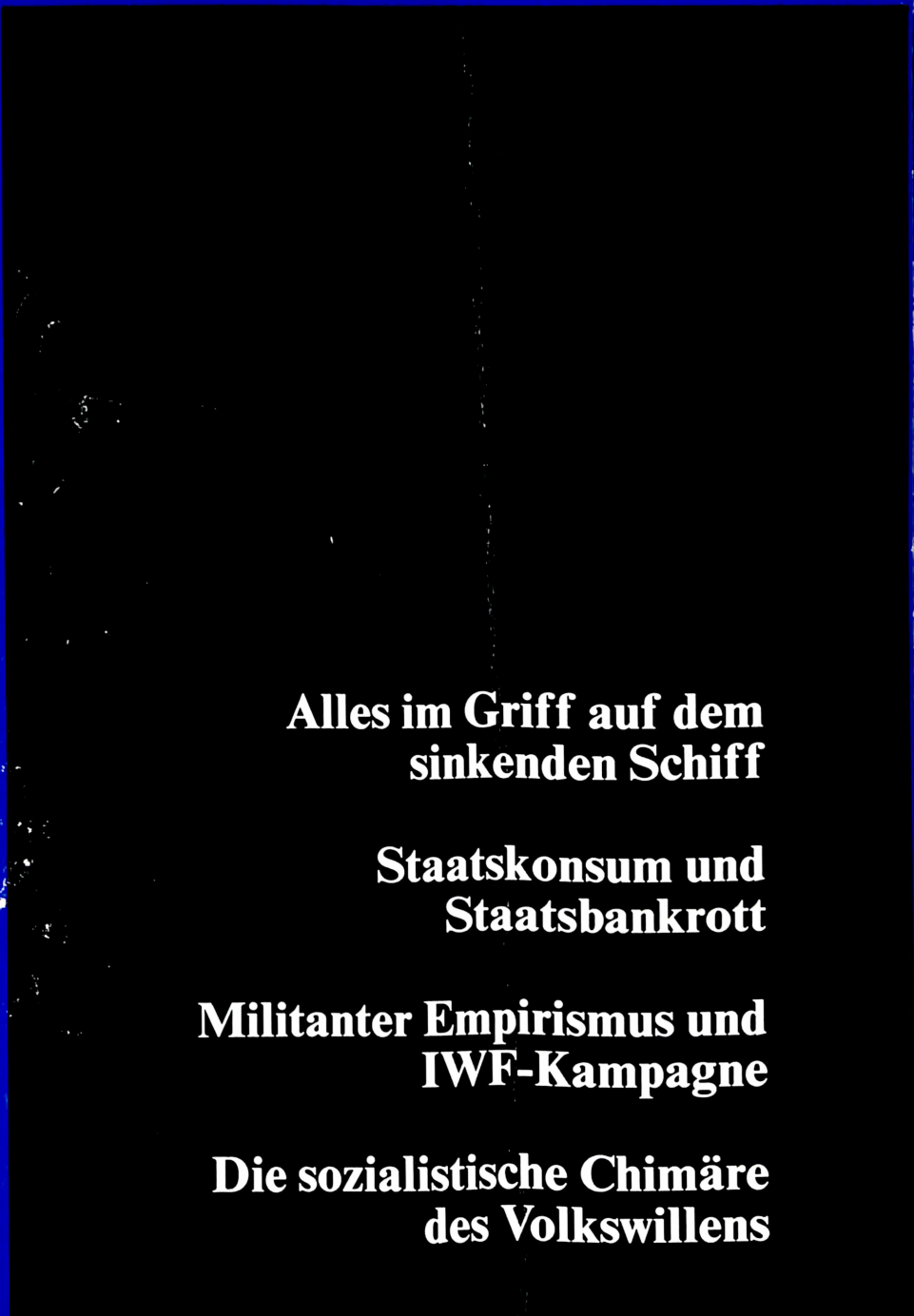
Marxistische Kritik

6
89



Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff

Staatskonsum und Staatsbankrott

Militanter Empirismus und IWF-Kampagne

Die sozialistische Chimäre des Volkswillens

vmk

INHALT

Editorial S. 3

Robert Kurz
Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff
Überakkumulation, Verschuldungskrise und „Politik" S. 12

Ernst Lohoff
Staatskonsum und Staatsbankrott – Profitrate und Profitmasse
Die Absorption lebendiger Arbeit als Grundlage des kapitalistischen Krisenzyklus S. 42

Nuno Tomazky
Militanter Empirismus und IWF-Kampagne
Zur Kritik der Zeitschrift „Autonomie" und ihrer Apologeten S. 86

Peter Klein
Die sozialistische Chimäre des Volkswillens
Staatliche Legitimationsideologie und Massenstimmung in der Oktoberrevolution (Moderne Demokratie und alte Arbeiterbewegung; letzter Teil der Serie) S. 115

IMPRESSUM

Marxistische Kritik. Zeitschrift für revolutionäre Theorie und Politik

Herausgeber: Initiative Marxistische Kritik (IMK)

Redaktion: Klaus Braunwarth, Robert Kurz, Ernst Lohoff, Udo Winkel

Redaktions- und Verlagsadresse: Verlag Marxistische Kritik
Postfach 2111
D-8520 Erlangen

Abonnements und Bestellungen: s. Verlagsadresse

Konto: Postgiroamt Nürnberg, Postgirokonto 220 14-855 (BLZ 760 100 85)

Erscheinungsweise: Unregelmäßig, mindestens zweimal im Jahr.

Abonnement: Die Rechnungsstellung erfolgt für jede Lieferung gesondert, die Kündigung des Abonnements ist jederzeit schriftlich möglich.

Anzeigen/Belegexemplare: Norbert Irion, Postfach 2441, D-7900 Ulm

Presserechtlich verantwortlich: Klaus Braunwarth
ISSN 0178-7691

Biblio
-thek
Bruhn

Editorial

Wenn diese "MK"-Ausgabe für unsere bisherigen Begriffe recht schnell auf ihre Vorgängerin folgt, so hat das nicht allein mit dem erfreulichen Umstand zu tun, daß sich der Kreis unserer Autoren allmählich erweitert und unser Projekt "Marxistische Kritik" mittlerweile insgesamt stabilisiert hat. Neben unserer eigenen Entwicklung spielt hier ein anderer "externer Faktor" eine wesentliche Rolle und treibt uns zur Eile: die brisante Lage der Weltwirtschaft. Durchblättern wir die Tagespresse, zumal die Wirtschaftszeitschriften, so macht sich in unseren Reihen klammheimlich die Panik breit, daß vielleicht schon sehr bald ein weiterer monetärer crash den Weltmarkt aus seinem momentanen instabilen Gleichgewicht kippen und eine tiefe Depression einläuten könnte, noch bevor wir eine Zeile zur Logik der modernen Weltmarktentwicklung veröffentlicht haben. Diese stille Befürchtung wird durch den neuen Wachstumsoptimismus von amtlichen Konjunkturforschern und großen Teilen der bürgerlichen Publizistik eher noch geschürt als gedämpft. Unmittelbar vor den großen wirtschaftlichen Einbrüchen haben die zuständigen Wirtschaftsfachleute immer in höchsten Tönen über die berauschenden Perspektiven jubiliert, und es besteht nicht der geringste Anlaß anzunehmen, daß diese Sorte von Experten diesmal mehr Glück hat als ihre verblichenen Vorgänger. Denn keines der grundlegenden Probleme, die im Oktober 1987 zum mittlerweile schon wieder glücklich verdrängten Börsenkrach führten, ist in der Folgezeit entschärft, geschweige denn gelöst worden. Im Gegenteil. Das berüchtigte US-Doppeldefizit wächst und gedeiht wie eh und je, die private und öffentliche Verschuldung erreicht weltweit neue Rekordhöhen und auch die Zahlungsunfähigkeit wichtiger Schuldnerländer der 3.Welt ist nur durch krude Bilanzierungstricks einstweilen vom Tisch heruntermanipuliert worden. Selbst der sowjetische weltwirtschaftliche Juniorpartner mußte neuerdings die "Entdeckung" eines eigenen gigantischen Haushaltsdefizits bekanntgeben. Die Überwindung der akuten Kalamitäten am Aktienmarkt im Herbst 1987 durch die verzweifelte Schaffung zusätzlicher Liquidität hat nur zu einer wirtschaftlichen Scheinblüte, einem Boom auf Pump geführt und wirkt

mittelfristig selber als krisenverschärfendes Moment. (1) Die aufgetürmte Rechnung muß irgendwann bezahlt werden, die Frage ist nur, wie lange sich der Zahltag noch hinauszögern läßt. Die Weltwirtschaft hat sich in entscheidenden Sektoren in ein gigantisches Schwindelgeschäft verwandelt, dessen schiere Größe und Komplexität bisher allein den Zusammenbruch hinausgeschoben haben. Sicher, die Zersetzung des kapitalistischen Reproduktionsmechanismus benötigt mehr Zeit und nimmt verwickeltere Formen an als der Einsturz einer Hundehütte. Entsprechend schwierig bis unmöglich ist es, heute schon Prognosen über die genaue Verlaufsform zu treffen; die angestaute monetäre Lawine wird aber so oder so mit verheerenden Folgen abgehen. Der herrschende Ist-Zustand beruht allein auf der Streckung und Vertagung der drängenden grundsätzlichen Probleme und kann daher nicht von Dauer sein, auch wenn der weise gewordene linke und bürgerliche Alltagsverstand es gerne so hätte.

Die Einsicht in die Gefahren, die aus dem längst überspannten Kreditüberbau entspringen, ist für sich genommen allerdings nicht sonderlich originell. Von der drohenden Zuspitzung im monetären Sektor und einer bevorstehenden "harten Landung" trällert schon seit etlichen Jahren eine erkleckliche Anzahl Spatzen verschiedenster Couleur ihr munteres Liedchen von allen Dächern. Diesmal geht dem akuten Ausbruch der realen "Überakkumulationskrise" parallell zur üblichen amtlichen Schönfärberei auch die Überakkumulation von Kassandren voraus. Neben dem Exbundeskanzler Helmut Schmidt hebt auch ein füllig gewordener kubanischer Revolutionsführer warnend den Finger, und auch Alexander Schubert, Elmar Altvater und US-Ex-Notenbank-

(1) In der Wirtschaftspresse und den einschlägigen neueren Publikationen wurde der Vergleich zwischen der Krise von 1929 und der von 1987 mit dem Argument beiseite geschoben, daß die Krise 1929 einer restriktiven Geldpolitik geschuldet gewesen sei, während 1987 eine klügere Wirtschaftspolitik sich der Gefahr bewußt daran gemacht hätte, auf Teufel komm raus die nötige Liquidität bereitzustellen. Diese Gegenüberstellung, an die sich damals viele Wirtschaftsbeobachter wie an einen Strohhalm klammerten, beruht auf einer völligen Ignoranz gegenüber der realen Geschichte der "Weltwirtschaftskrise". Auch 1929 reagierten die Notenbanken auf den Börsenkrach keineswegs mit Kreditrestriktionen, wie es die Fama gerne hätte (Diese Interpretation hat übrigens Milton Friedmann zum Urheber und ist ist nur aus dessen realitätsblindem monetaristischen Credo verständlich). "Bis Oktober oder Dezember 1930 ist die Geldmenge in den Vereinigten Staaten ..nicht zurückgegangen" (Charles P.Kindleberger, "Die Weltwirtschaftskrise", München 1984, S.123). "Die Bank von England senkte ihren Diskontsatz dreimal zwischen dem 29.Oktober und dem Jahresende, die Niederlande und Norwegen zweimal; Österreich Belgien, Dänemark, Deutschland, Ungarn und Schweden einmal" (A.a.O. S.124). Der Übergang zur deflationistischen Geldpolitik erfolgte erst um einiges später.

präsident Volcker wissen seit geraumer Zeit, wie wackelig es um den aufgeblähten Kreditüberbau steht. Hätten wir nicht mehr zu sagen als diese honorigen Herren, so könnten wir genausogut schweigen. Wollten wir nur die akuten Weltmarktspannungen skizzieren, so wäre es ein reichlich überflüssiges Unterfangen, mit unserem Piepsstimmchen in deren Chor einzufallen.

Unsere Position erschöpft sich aber keinesfalls in der braven Wiederholung all der bereits mehr oder minder überzeugend vorgetragenen Argumente, die für eine baldige gründliche Erschütterung der Weltmarktverhältnisse sprechen. Die Perspektive, unter der wir die aktuellen Weltmarktprobleme betrachten, ist in ihrer ganzen Ausrichtung dem Lamento der wirtschafts- und finanzpolitischen Mahner entgegengesetzt und viel weitreichender. Wir setzen die drohende akute Zuspitzung auf den Weltfinanzmärkten in Beziehung zur Entwicklung der bürgerlichen Verkehrsform überhaupt. Für uns verweist die zum Zerreißen angespannte Situation hier über sich hinaus und auf die reale Aushöhlung der Basiskategorien der bürgerlichen Gesellschaft. Die Welt der Börse und der Finanzen insgesamt, mit ihren heftigen und verwirrenden Ausschlägen, zeigt nur als Seismograph die zugrundeliegende Zersetzung der Wert- und Geldbeziehung überhaupt.

Dieser innere Bezug wird von keinem der zahlreichen Weltmarktkritiker wahrgenommen und von der linken Variante dieser Spezies sogar ausdrücklich eskamotiert. Die Ablehnung jeder "Zusammenbruchstheorie" ist das Paradigma, das der empirischen Aneignung der Krisenwirklichkeit immer schon vorausgesetzt ist. Damit wird der Zugriff auf die Totalität der Krisenerscheinungen aber ebenso apriori abgebogen und die Untersuchungen verlieren sich im krisenphänomenologischen Gestrüpp. Wie krass verschiedene Autoren, etwa Alexander Schubert, auf dieser Grundlage auch die unmittelbaren Folgen der monetären Verwicklungen schildern können, der theoretische Rahmen innerhalb dessen sie das empirische Material sichten, verharmlost die in dieser Krise enthaltenen historischen Potenzen und fährt sie auf das Niveau einer der zahllosen Friktionen herunter, die den unaufhaltsamen Aufstieg der kapitalistischen Produktionsweise seit jeher begleitet haben. Der schillernd halbherzige Charakter dieser Auseinandersetzungen mit der Wirklichkeit wird besonders kraß und schreiend, wenn es um praktische politische Schlußfolgerungen geht. Die geistreiche Aufforderung an den "IWF", er möge doch zu den "Idealen seiner Gründung zurückkehren", ist kein einmaliger Ausrutscher, sie ist nur folgerichtig von dem Standpunkt aus, in den sich die linken Kritiker hoffnungslos verrannt haben. Die politischen Vorgaben, mit denen diese Autoren antreten, werden zum Strick, an dem sich jede theoretische

Anstrengung erhängt, weil sie diese Sorte von Kapitalismuskritik unlösbar an die Existenz und Lebenskraft der bürgerlichen Vergesellschaftungsform fesseln. Die Perspektive, die Unhaltbarkeit einer weiterhin warenförmigen Reproduktion herauszuarbeiten, verbietet sich, da sie auch dem politischen Wollen und Begehren des gewohnten Ansprechpartners, jenes imaginären Reformblocks aus Gewerkschaften, linker Sozialdemokratie und Grünen, jegliche Grundlage entziehen würde. Der Gedanke eines schließlichen Zusammenbruchs der kapitalistischen Produktionsweise muß als durch und durch "irrationale Vorstellung" (Hilferding) erscheinen, weil er selbstverständlich die Zersetzung aller von der Wertform konstituierten Interessen, auch des "Arbeiterinteresses", in sich schließt. Die Perspektive der Vernichtung des gewohnten Emanzipationssubjekts, auf das sich zu beziehen die linkssozialistischen Theoretiker von alters her gewohnt sind, kann aber bei ihnen nur kaltes Schaudern auslösen. Die Krise des Werts wird zur wegzuexorzierenden Bedrohung, weil sie die "Krise der Arbeit" als wesentliches Moment enthält, und so sind die theoretischen Vertreter des "Arbeiterinteresses" darauf verwiesen, sich an die Fortdauer der herrschenden Verkehrsform zu klammern. Von linkssozialistischer Seite wird diese Logik auch offen und ohne Anflug von Scham ausgesprochen. Elmar Altvater etwa fragt nach einem alternativen "revolutionären Subjekt", kann es innerhalb der Wertlogik natürlich nicht ausmachen und springt dann zur Behandlung der Krise unter dem Motto: es kann nicht sein, was nicht sein darf. Auf diese Weise färben die politischen Wahrnehmungsmuster den theoretischen Zugriff und modellieren ihn nach ihrem Bilde. Die Unhaltbarkeit der traditionellen Arbeiterbewegung unter den Bedingungen der neuen Krise wiederholt sich im schlechten Utopismus linkssozialistischer Konzepte, die zu guter letzt die Realanalyse ersetzen. Weil die Reformer jeder Provenienz eine Gesellschaft jenseits von Wert und Ware nicht denken können und daher von vornherein die Frage nach der systemsprengende Potenz der Krise unter Bann stellen, müssen sie in brutaler Interessiertheit am Stoff und ohne Rücksicht auf Verluste ihre theoretischen Anläufe alsbald in das Fahrwasser "praktikabler" -sprich Wert und Ware blind voraussetzender- politischer Lösungsvorschläge umbiegen. Die theoretische Erklärungskraft fällt dem politisch motivierten Präjudiz zum Opfer, die apologetische Grundhaltung verschluckt den Willen zur analytischen Durchdringung und mündet in ein Denkverbot. Die Krisenphänomene, die die gegenwärtige Situation bestimmen, werden nicht in ihrem logischen Zusammenhang untersucht, sie erscheinen als vereinzelte, zufällige und daher auch beliebig revidierbare Umstände. Die Einheit liegt nicht in der Sache selbst, sondern in der Magie politischer

Strategien und Zugriffsmöglichkeiten. Das reformistische Denkverbot hat dabei natürlich verschiedene Durchsetzungsformen. Die erbärmlichste Variante liefert der unsäglich Memorandum-Häuptling Rudolph Hickel. Er verläßt das Gebiet ökonomischer Betrachtungen bereits bei der Behandlung des Zusammenhangs zwischen monetärer Krise und Entwicklung der Realakkumulation. Auf die Untersuchung dieser Beziehung läßt er sich vorsichtshalber erst gar nicht ein, und handelt stattdessen die Entkopplung des Kreditüberbaus mit Vorliebe unter der Rubrik "falsche politische Entscheidung" und als Produkt der "Kräfteverhältnisse der Klassen" ab. Durch diese ideologischen Prämissen von der Realität der Weltmarktkrise perfekt abgeschottet, läßt es sich natürlich leicht und umstandslos über alternative Wirtschaftspolitik phantasieren. Wenn die "Krise des Geldes" falschen politischen Entscheidungen geschuldet ist, kann sie auch leicht und locker durch andersgeartete wirtschaftspolitische Maßnahmen außer Kraft gesetzt werden. Es kommt dann allein darauf an, entsprechende Mehrheiten zusammenzukratzen, um einen neuen Kurs durchzusetzen. So abgrundtief dumm wie dieser Vulgärmarxist (1)sind mehr empirisch orientierte Autoren wie Elmar Altvater und Alexander Schubert natürlich nicht. Intellektuell ein wenig skrupulöser erfolgt ihr Absprung aus dem Universum der realen Untersuchung des Weltmarktzusammenhangs ins Reich politischen Wunschdenkens und Fabulierens erst einige Schritte später. Sie wissen, daß hinter den Kalamitäten, die sich zunächst in der Welt der Finanzen entladen, die Schwäche der Realakkumulation auf ihrer eigenen Grundlage steht. Die Erklärung bleibt dabei aber merkwürdig blaß und unkonkret. Sie kommt nicht darüber hinaus, die traditionelle Überakkumulationstheorie wieder aufzugreifen und verwässert, dafür aber unergründet, fortzuschreiben. Getaucht in wohliges Dunkel, wird der Verweis auf die Realakkumulation zur black box, in der sich jedes ernstzunehmende theoretische Bemühen in Wohlgefallen auflöst. Die gegenwärtige Krise verliert jede besondere Qualität, die sie von ihren Vorgängern unterscheiden könnte. Unter dem populären Stichwort "Auslaufen des fordistischen Akkumulationsmodells" wird die entscheidende Ebene der Realakkumulation zwar angesprochen, aber gleichzeitig entwirklicht und abgehakt. Die scharfe Abgrenzung gegen jede Form "teleologischen" Denkens etabliert unter der Hand den Glauben an die Wiederkunft des Gleichen zur ideologischen Grundfigur, und die Entwicklung der kapitalistischen Vergesellschaftungsform verliert sich im konjunkturellen Wellenschlag. Altvater, Hirsch und

(1) Man verzeihe den harschen Ton. Aber wer beobachtet, mit welcher intellektuellen Unverfrorenheit gerade auf ökonomischem Gebiet von namhaften Autoren die Produktion von Seifenblasen betrieben wird, kann die Form dieser Polemik sicher verstehen.

Konsorten exorzieren jede säkulare Trendlinie weg und lösen die Geschichte des Kapitalverhältnisses in die Abfolge verschiedener "Akkumulationsmodelle" auf, zwischen denen kein innerer Zusammenhang, geschweige denn so etwas wie eine Entwicklungslogik auszumachen ist. In Anlehnung an die Tradition der "lange Wellen-Debatte" gehen sie davon aus, daß Abschwung- wie Aufschwungsphasen in der Geschichte der Weltwirtschaft gleichermaßen unvermeidlich sind und konstruieren sich nach dem Ausbrennen des fordistischen Akkumulationsmodells einen neuen Wachstumszyklus zurecht, der in den 90er Jahren einsetzen soll und wieder ein reformfreundliches Klima herstellen könnte. Mit einem Bein schon fest im Wolkenkuckucksheim von künftiger Prosperität verankert, erscheint die gegenwärtige Krisenphase nur als ärgerliche Unterbrechung, deren soziale Folgen es so gut wie möglich abzufedern gilt. Der eigentliche Blickwinkel gilt nicht ihr, stattdessen schauen Hirsch/Roth und Co. bereits dem phönixhaft-wiedergeborenen Kapitalismus ins neu gestylte Angesicht. Mit traumtänzerischer Sicherheit bewegen sie sich bereits jenseits der schnöden Krisenwirklichkeit und freuen sich der selbstgemalten Sonne eines "postfordistischen" Neo-Neokapitalismus.

Trotzdem bleiben natürlich einige Sorgen für die nähere Zukunft. Um auch in der Zwischenzeit konzeptionell vertreten zu sein und um zu verhindern, daß zwischen dem Ende des "fordistischen Akkumulationsmodells" und seinem hoffnungsfrohen phantastischen Nachfolger allzu viel Porzellan zerbricht, halten die linkssozialistischen Ökonomen aber noch das Zaubermittelchen "politischer Faktor" bereit. Früher oder später hüpft dieses Springteufelchen unvermeidlich aus der Kiste, und der Kampf für "Demokratisierung" darf die Wartezeit auf die weihnachtliche Wachstumsbescherung, die das kommende Jahrzehnt verspricht, ein wenig verkürzen. Sobald die linkssozialistischen Ökonomen versuchen, zu praktischen Konzepten durchzustoßen, fällt die Erklärungs- und Überzeugungskraft ihrer Gedankengänge unter den Gefrierpunkt und kippt ins Tragikomische. Die reformistischen Voraussetzungen ziehen die praktischen Schlußfolgerungen auf das gleiche erbärmliche Nullniveau hinunter, das wir schon von den Memorandumleuten zur Genüge kennen. In seinem Buch "Sachzwang Weltmarkt" etwa steht Elmar Altvater gegen Ende des Buches vollkommen nackt und entblättert vor uns. Er entblödet sich nicht, billigstes Demokratisierungsgefasel als Lösung für die drängenden Probleme des hochverschuldeten Brasilien verkaufen zu wollen und erhebt sich schließlich, leere Phrasen dreschend, vollkommen über die schreienden Probleme des bankrotten Landes:

"Eine alternative Strategie regionaler Entwicklung kann sich infolgedessen nur zwi-

schen den Klippen der Skylla der Offenheit und der Charybdis der Abgeschlossenheit gegenüber dem Weltmarkt bewegen. Sie kann also die Tendenzen der Kapitalverwertung weder negieren oder ausschließen noch darf sie sich ihnen unterwerfen, sich auf sie einlassen; sie muß reformistisch sein...." (Elmar Altvater, "Sachzwang Weltmarkt", Hamburg 1987, S.312).

Besser als mit solchen vielsagend-nichtssagenden Triaden läßt sich die Haltlosigkeit der linkssozialistisch-neoreformistischen Positionen kaum mehr dokumentieren. Die hilflose Krankenschwester am Bett des todkranken Kapitalismus brabbelt geschäftig und unsinnig, weil es unüblich geworden ist, zur gegebenen Zeit nach dem Pfarrer zu läuten.

Wenn wir von den schreiend unsinnigen praktischen Schlußfolgerungen einmal absehen, mit denen die linkssozialistische Konkurrenz hausieren geht, und auf die ursächliche, theoretische Ebene rekurrieren, so lassen sich alle Mängel dieser Position in letzter Instanz auf ein Hauptmanko zurückführen. Der grundsätzliche theoretische Fehler besteht darin, wie Empirie und Kapitallogik aufeinander bezogen werden, nämlich nur äußerlich bis gar nicht! Beide Ebenen erscheinen beziehungslos nebeneinander, die ontisch-kapitallogischen Bestimmungen stehen unveränderlich einer stets bunt wechselnden empirischen Oberfläche gegenüber. Die Kluft, die im traditionellen Marxismus allgemeinste Kapitallogik und empirische wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen als Spezialdisziplinen scharf voneinander trennt, wird perpetuiert und auf die Spitze getrieben. Während aber die Dichotomie von allgemeiner Logik und empirischen Phänomenen für ein unentwikkeltes Kapitalverhältnis, solange das Kapital noch nicht zu seinem Begriff gekommen ist und die empirische Wirklichkeit von außerkapitalistischen Momenten mitbestimmt wird, einer gewissen Rechtfertigung nicht entbehrt, wird sie gerade unter den heutigen Bedingungen hinfällig. Die künstlich gewordene Trennung dient nur mehr apologetischen Zwecken und schiebt sich als dicker Nebel vor die Durchdringung der modernen Wirklichkeit. Erst der zeitgenössische Kapitalismus ist Kapitalismus sans phrase, Kapitalismus auf seiner ureigenen, selbst geschaffenen Grundlage. Die Grundeinsichten in die allgemeinste Logik des Kapitals, wie sie Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie formuliert hat, gelten nicht im wesentlichen heute auch noch, wie der konservativ gewordene Marxismus es sich zugute hält, sie haben sich erst in den letzten Jahrzehnten zur vollen Wirklichkeit aufgeschwungen! Mit der historischen Entfaltung des Kapitalverhältnisses nähert sich die empirische Wirklichkeit zusehends ihrem von Marx in wesentlichen Zügen schon antizipierten eigenen Begriff, und die Analyse der realen Durchsetzungsform kapitalistischer Vergesellschaftung fällt heute mehr und mehr mit der Dechiffrierung der begrifflichen

Logik des sich verwertenden Werts in eins.

Die beiden zentralen Artikel dieser Ausgabe reflektieren diesen Sachverhalt, wenn auch erst im Ansatz und als polemische Prolegomena noch zu leistender Untersuchungen, in denen die hier angesprochene Wiedergewinnung der Einheit von "Theorie" und "Empirie" einzulösen wäre.

Robert Kurz versucht in seinem Beitrag "*Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff*" die hier im Editorial bereits angerissene Grundsatzkritik am krisentheoretischen Raster der zum bürgerlichen "Realismus" degenerierten akademischen Linkssozialisten (z.B. Hickel, Schubert, Altvater, Hirsch/Roth usw.) detaillierter auszuführen. Im Mittelpunkt steht dabei das Verhältnis von immanenten "Wachstums"-Potenzen der arbeits-fetischistischen Warenproduktion, konkurrenzvermittelter "post-fordistischer" Produktivkraftentwicklung und "Politik", wobei die theoretische Begriffs- und Haltlosigkeit des gegenwärtig publizistisch und politisch sich spreizenden Neo-Reformismus aufgezeigt wird.

Der Artikel "*Staatskonsum und Staatsbankrott*" von Ernst Lohoff setzt diese Argumentation auf einer etwas anderen Ebene fort. Akkumulationstheoretisch wird dabei zunächst das Verhältnis von "tendenziellem Fall der Profitrate" und "Profitmasse" (auch theoriegeschichtlich) erörtert, um von da aus die Hilflosigkeit der gängigen marxistischen Krisen- und Akkumulationstheorien gegenüber dem Keynesianismus herauszuarbeiten. Eine besondere Rolle spielt dabei die Kritik des neomarxistischen wie linkskeynesianischen Staatsfetischismus und des naiven Glaubens an die "politische" Verewigungsfähigkeit des "deficit spending" ohne Rekurs auf die jedem bewußten Zugriff entzogene Sphäre der Realakkumulation.

Nuno Tomazky schließt die krisentheoretische Auseinandersetzung dieser Ausgabe der "MK" mit einer Polemik gegen das andere Ende des linken politischen Spektrums ab: in seinem Beitrag "*Militanter Empirismus und IWF-Kampagne*" wendet er unsere grundsätzliche Kritik am bürgerlichen Subjekt-Fetisch der Linken gegen den Scheinradikalismus der Autonomen. Anhand der letzten Ausgabe der Zeitschrift "Autonomie (Neue Folge)" beschäftigt er sich militant mit den Illusionen der subjektivistischen Militanz, die keine objektive Reproduktionskrise der Warenform, sondern nur Ausbeutungs- und Genozid-Projekte einer kapitalistischen Weltverschwörung kennt, denen sie nichts entgegenzusetzen hat als den reaktionären Mythos praekapitalistischer Subsistenzwirtschaft. Tomazky weist gleichzeitig nach, daß es sich bei dem Eklektizismus dieses Theorems um eine Verfallsform des klassischen Operaismus der 60er und 70er Jahre handelt.

Noch einmal einen großen Raum nimmt schließlich die letzte Folge

der Artikelserie von Peter Klein über "*Moderne Demokratie und alte Arbeiterbewegung*" ein. Der abschließende Teil befaßt sich mit dem "politischen Inhalt der Sowjets", wobei anhand der Entwicklung der Oktoberrevolution die bürgerliche Fetisch-Kategorie des "Volkswillens" auf ihren verschiedenen Erscheinungsebenen untersucht wird. Das Resultat ist ernüchternd für alle marxistischen Altgläubigen, denn der Autor weist nach, daß die unter dem "sozialistischen" Mantel verborgene Affirmation des "Volkswillens" als Legitimationsideologie des bürgerlichen Staates auch zu nichts anderem als der Herausbildung bzw. Vorbereitung der modernen kapitalistischen Massendemokratie dienen konnte; ein Prozeß im übrigen, der erst heute unter unseren Augen krisenhaft zum Abschluß zu gelangen scheint.

Mit dem Ende dieser Artikelserie soll für die "MK" die Periode der Bandwurm-Grundsatzartikel zu Ende gehen. In Zukunft werden wir solche Texte nicht mehr derart auseinanderreißen und die Zeitschrift damit belasten, sondern sie gleich in Buch- bzw. Broschürenform veröffentlichen, ein Vorgehen, das ihnen vielleicht auch eher das verdiente Leserinteresse sichert. Das bereits im Editorial der "MK" 5 gegebene Versprechen wird also erst mit der Nr. 7 endgültig eingelöst, die in einem für unsere Verhältnisse kurzen Abstand folgen soll.

Die Redaktion

Robert Kurz

ALLES IM GRIFF AUF DEM SINKENDEN SCHIFF

Überakkumulation, Verschuldungskrise und "Politik"

Schon seit Mitte der 70er Jahre mehren sich die Anzeichen für eine schwere Reproduktionskrise des warenproduzierenden Weltsystems. Sinkende oder stagnierende Wachstumsraten, eine vom Konjunkturzyklus weitgehend entkoppelte "strukturelle" Sockel-Massenarbeitslosigkeit in den entwickelten OECD-Ländern ebenso wie an der Peripherie des Weltmarkts, zunehmender Protektionismus und aufflackernde Momente eines "Handelskriegs" zwischen den USA, Japan und Europa, nicht zuletzt die schwelende "Schuldenkrise" der Dritten Welt markieren eine nicht abzuleugnende krisenhafte Phänomenologie, die zudem überlagert wird von der gefährlich anwachsenden Krise des Öko-Systems im planetarischen Maßstab: vom "Ozonloch" in der Erdatmosphäre bis zur Zerstörung der Regenwälder Afrikas und Amazoniens, von der Ausbreitung der Wüstengebiete bis zur Vergiftung der Nahrungsketten, von der Vernichtung ökologischer Binnensysteme wie Nordsee, Alpen und Mittelmeer bis zur irreversiblen Verseuchung des Bodens und des Trinkwassers usw.

Gleichzeitig ist aber auch der angebliche "Realsozialismus" als Ex- und Scheinalternative dieses destruktiv gewordenen Systems der Warenproduktion, in Wirklichkeit jedoch Fleisch von demselben Fleisch, in eine, zumindest aktuell, womöglich noch schärfere Krise eingetreten. Stagnation und kulturelle Sklerose, ein immer stärkeres Zurückfallen in der Produktivität gegenüber dem Westen, nationale Unruhen und Separatismus sind ebensolche Kennzeichen dieser Krise wie eine rapide Umweltzerstörung, vielleicht das einzige Gebiet, auf dem der "westliche Standard" nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen wurde.

Aber "irgendwie" scheint es in beiden maroden Systemen doch immer weiterzugehen; der Mensch gewöhnt sich eben an alles, anscheinend sogar an seinen eigenen Untergang. Nachdem eine Zeitlang wohlfeile und moralisierende Apokalypsen in Mode waren, geht es den diversen Krisenpropheten heute ungefähr so wie jenem lügnerischen Schafhirten, der viele Male falschen Wolf-Alarm ausgelöst hatte und dem keiner mehr glauben wollte, als der Wolf wirklich kam. Speziell in der Linken ist seit langem nichts so verpönt und out wie auch nur der

leiseste Anklang an jedwede "Zusammenbruchstheorie", was immer auch im einzelnen darunter verstanden wird. Der Kapitalismus erscheint als flexibler und widerstandsfähiger denn je; so sprach Anatoli Dobrynin, Leiter der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, unter dem Zeichen anpassungsstrategischer "Perestrojka" geradezu ehrfürchtig von "... neuen Erscheinungen in der Entwicklung des Kapitalismus, der viel größere Beständigkeit zeigt, als ursprünglich angenommen wurde" (1). Die Akkumulation des Kapitals scheint sich in der Tat zu verewigen durch alle Krisenphänomene hindurch. An die "relative" Massenarbeitslosigkeit hat man sich gewöhnt; die in absoluter Verelendung und De-Industrialisierung versinkende Dritte Welt zahlt noch immer weiter; der historisch beispiellose Crash der Aktienmärkte vom Oktober 1987 scheint spur- und folgenlos weggesteckt worden zu sein und selbst Tschernobyl ist schon wieder vergessen und versunken wie ein böser Fiebertraum. Der "Realsozialismus", ohnehin von Geburt an ein armer verwachsener Krüppel zwischen "Plan" und "Markt" auf dem Boden warenfetischistischer Reproduktion, schickt sich an, endgültig "vernünftig" zu werden und der betriebswirtschaftlich orientierte Management-Reformer "Gorbi", der Medien wie sämtlicher "Demokratisierungs"-Idioten liebstes Kind, wird es schon richten. So lautet denn offenbar die allgemeine Devise: "Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff". Die kurzlebigen Bewußtseinsmoden des Zeitgeistes lassen die zeitweilig gepflegte Untergangsstimmung längst schon wieder als langweilig erscheinen, eben weil das Schiff bis jetzt nicht abgesoffen ist. Zwar nennen sich gelegentlich Rock- und Pop-Gruppen noch immer "Einstürzende Neubauten" oder "Erste Allgemeine Verunsicherung", aber das Krisenbewußtsein wurde ebenso wie die Gesellschaftskritik zum Faschingsschlager verniedlicht. Quer durch alle politisch-ideologischen Lager wird dem weltweiten kapitalistischen Management eine weitreichende Krisenbewältigungs-Kompetenz zugetraut.

Aber die Verhältnisse, sie sind nicht so. Die "fundamentals" haben sich nicht um ein Jota gebessert, sondern im Gegenteil weiter negativ zugespitzt. Der ebenso krude wie begriffslose Biertisch-Empirismus, wie er inzwischen allenthalben den allzu leichten "Glauben" an katastrophische Einbrüche der weltweiten kapitalistischen Reproduktion glücklich verfliegen ließ, wird sich in seiner unglaublichen, von keiner Logik getrübten Kurzsichtigkeit noch gewaltig blamieren. Dieser Empirismus ist freilich das angestammte Element des bürgerlich-positivistischen "Tatsachen"-Denkens, das mit einem ungeheuer verkürzten Zeithorizont in den Tag hineinlebt wie ein Kind. Weil die Form der eigenen Vergesellschaftung weder begriffen noch gar unter praktischer

(1) zit. nach: Nürnberger Nachrichten vom 14.4.88

Kontrolle ist, wird ihre Dynamik erlebt wie ein äußerer Naturprozeß, auf den sich die Subjekte zwischen Furcht und Hoffnung beziehen wie auf die Wirkungen einer unbekannten Macht. Verspottete die bürgerliche "Wirtschafts"-Journaille noch wenige Monate vor dem "schwarzen Montag" vom Oktober 1987 alle "düstere(n) Voraussagen über den alsbaldigen Untergang des Welthandels, des Bankensystems, der Börse und überhaupt der ganzen Wirtschaftsordnung", zu denen man sich selbstverständlich "nicht gesellen" wolle (1), so hieß es dann ein knappes halbes Jahr später mitten im Katzenjammer: "Perdu ist der Glaube an die Machbarkeit" (2), während inzwischen schon wieder "patriotischer Optimismus" (3)angesagt und nach Einschätzung des Ifo-Instituts die "Skepsis als Folge des Börsenkrachs völlig verflogen" ist (4). Wenn sich die bürgerlichen Konjunktur-Auguren selber in aller positivistischen Unschuld eine "kurze Lebensdauer von Prognosen" (5)bescheinigen, dann darf als einigermaßen zutreffend angenommen werden, wie Wolfram Engels, der Herausgeber der "Wirtschaftswoche", in einem Anfall von Ehrlichkeit die Realität bürgerlicher "Wirtschaftspolitik" beschreibt: "Der Kanzler erscheint wie ein Tolstoischer Feldherr, der aufgrund falscher Informationen falsche Entscheidungen fällt, die aber, weil sie zum falschen Zeitpunkt die Truppe erreichen, sich segensreich auswirken. Vielleicht war es auch so (!). Wenn die Entscheidung sich aber nachträglich als richtig erwiesen hat, dann sollte man sie wenigstens als das Ergebnis weiser Voraussicht (!) verkaufen" (6).

Dieser gespenstische Humor wirft freilich ein etwas eigenartiges Licht auf die vermeintliche Krisenbewältigungs-Kompetenz "des Kapitals" bzw. seiner Galionsfiguren und Charaktermasken. In Wirklichkeit hat das kapitalistische Krisenmanagement, will man dem "Beobachter aus unterrichteten Kreisen" Glauben schenken, offenbar überhaupt nichts "im Griff"; die fundamentalen Widersprüche der weltumspannenden Warenproduktion setzen sich nach wie vor und mehr denn je "hinter dem Rücken" der warenförmig konstituierten Subjekte durch, im Westen genauso wie im Osten. Der gefährlich und zerstörerisch gewordene Fetischismus der Warenform ist es ja, der beide "Systeme" zu einem Ganzen zusammenschließt. Beide Gesellschaftsformationen basieren in ihrer Formbestimmung auf abstrakter Arbeit, "Wert", Ware

(1)Wirtschaftswoche vom 29.5.87

(2)Wirtschaftswoche vom 30.10.87

(3)Wirtschaftswoche vom 5.2.88

(4)Süddeutsche Zeitung vom 22.8.88

(5)Handelsblatt vom 21.12.87

(6)Wirtschaftswoche vom 5.2.88

und Geld, und darin liegt auch der gemeinsame Grund ihrer Krise, auch wenn diese sich dem jeweils spezifischen blinden Mechanismus der Warenform entsprechend unterschiedlich und historisch modifiziert äußert.

Selbst wenn die Krise sich gegenwärtig der Oberfläche nach im Osten dramatischer darstellt, so geht ihre innere Dynamik doch vom Westen aus und muß auch primär anhand dessen Widerspruchspotentials begriffen werden. Die tiefe Akkumulations- und Weltmarktkrise wurde dabei durch die bisherigen "aufschiebenden Maßnahmen" etwa der G 7 oder der nationalen Weltmarkt-Politiken nicht nur nicht entschärft, sondern vielmehr in ihrer Potenz zu geradezu schwindelerregender Höhe aufgetürmt. Die wirkliche Krisen-Kulmination steht erst noch bevor, und es fragt sich, ob die Möglichkeiten des "Aufschiebens" nicht bereits rettungslos ausgereizt sind. Um die tatsächliche Situation in ihrer ganzen Tragweite zu begreifen, muß allerdings die Logik des Verhältnisses von Wesen und Oberflächenerscheinung in der jüngsten Entwicklungsstufe des Kapitalverhältnisses nachgezeichnet werden.

Die Krise der Kapitalakkumulation

Nachdem die beiden Weltkriege im wesentlichen die vor- und frühkapitalistischen Restsektoren der globalen Reproduktion (das Kolonialsystem ebenso wie Formen traditioneller Subsistenzwirtschaft, Familienverbände, ständisch gefärbte und unflexible Klassenstrukturen usw.) als Hemmnisse einer weiteren Kapitalakkumulation und Totalisierung des Weltmarkts beiseitegefegt hatten, stieg die "fordistische" Nachkriegs-Akkumulation mit der Massenproduktion von Automobilen als "Schlüsselindustrie" sowie Haushalts- und Unterhaltungselektronik etc. zu historisch beispiellosen Wachstumsraten auf: zwischen 1951 und 1965 betrug das Wachstum in der BRD im Durchschnitt knapp 7%, mit sich abflachenden Spitzen von 11,8% (1955), 8,8% (1960) und 6,6% (1964). Die Basis für diese alle früheren Epochen übertreffende Akkumulation, die nach der langen, in den Zweiten Weltkrieg mündenden Depression und Stagnation der 30er Jahre wie ein "Wunder" erscheinen mußte, bildeten aber nicht allein die Ausdehnung des Weltmarkts und die Öffnung der Grenzen unter dem Diktat der Vormacht USA, ebensowenig die Reifung neuer Produkte und Technologien zur Massenproduktion bzw. zum Massenbedürfnis schlechthin, sondern vielmehr in erster Linie (jedenfalls aus streng akkumulationstheoretischer Sicht) die damit verbundene Fähigkeit des Kapitals, auf neuer Stufenleiter riesige Massen lebendiger Arbeitskraft in den Zentren der wertproduktiven Industrie einzusaugen.

Dieses "Wunder" des vollentfalteten fordistischen Hochkapitalismus konnte freilich nur eine kurze historische Sekunde lang glänzen; die weitere Abflachung der Wachstumsraten setzte sich kontinuierlich fort: im Jahrzehnt zwischen 1965 und 1975 sank das Wachstum in der BRD auf einen Durchschnitt von knapp 3,2% mit der ersten Nachkriegsrezession im Jahr 1967 (minus 0,1%) und dem schweren Einbruch von 1974/75 (Nullwachstum 74, minus 1,4% 75); von 1975 bis 1987 sackte die durchschnittliche Wachstumsrate dann weiter ab auf knapp 2,3% mit der erneuten Rezession von 1981/82 (Nullwachstum 81, minus 1,0% 82). Dieser Prozeß war im großen und ganzen ein weltweiter, wenn auch innerhalb einer gewissen Schwankungsbreite; so lag das Wachstum vor allem in Japan und später in den südostasiatischen "Schwellenländern" immer und teilweise erheblich über dem Durchschnitt. Insgesamt aber hatte die von den Weltkriegen vorbereitete Totalisierung des Weltmarkts und damit der "abstrakten Arbeit", d.h. die Einbannung der gesamten Reproduktion der Menschheit in die Warenform, die relative Selbständigkeit der einzelnen Volkswirtschaften weiter ausgehöhlt, die weltweite Interdependenz ungeheuer gesteigert und so den Konjunkturverlauf immer mehr zu einem unmittelbaren Welt-Zyklus gemacht, während gleichzeitig die darin eingeschlossene Entfesselung der "betriebswirtschaftlichen" abstrakten Vernutzungslogik die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen einleitete. Sowenig daher den rohen subsistenzwirtschaftlichen Reproduktionsformen, blutsverwandtschaftlichen Verbänden usw. auch nur eine Träne nachzuweinen ist (nicht nur die Autonomen flennen in diesem Zusammenhang gleich literweise und beweisen sich so als pseudo-radikaler Bestandteil der reaktionären Produktivkraftkritik), so muß doch begriffen werden, daß mit der fordistischen Entfesselung der Produktivkräfte ein gewaltiges Destruktionspotential aufgebaut wurde, das seinen Kern im Widerspruch der Warenform selber hat.

Worauf aber ist nun die zunehmende Akkumulationsschwäche des Welt-Kapitals zurückzuführen, die parallel zur "ökologischen" auch die "ökonomische" Krise zurückbrachte? Mit der Herstellung des totalen, vollentfalteten Weltmarkts mußte die extensive Expansion des Kapitals an absolute Grenzen stoßen, während sich gleichzeitig die intensive Expansion der fordistischen Massenproduktionen zu erschöpfen begann. Die relativ arbeitsintensiven fordistischen Schlüsselindustrien konnten sich nicht weiter ausdehnen, weil sie an die Grenzen des ausschöpfbaren Arbeitskräftepotentials stießen: in diese Zeit fielen die "Vollbeschäftigung", der Zustrom von "Gastarbeitern" und die Verallgemeinerung der "Frauenerwerbstätigkeit". Mit dem Erreichen dieser Grenzen schrumpfte aber notwendig auch der Spielraum für profitable

ERWEITERUNGSINVESTITIONEN zusammen. Mit anderen Worten: ein immer geringerer Teil des in einem Reproduktionszyklus realisierten gesellschaftlichen Mehrwerts konnte von den Kapitalien für eine weitere Expansion "sinnvoll" im Sinne zu erwartender Profite re-investiert werden. Die Investitionsquote begann zu sinken; die Nachkriegs-Akkumulation des Kapitals begann auf neuer Stufenleiter in eine Phase einzutreten, die in der Marxschen Krisentheorie als ÜBERAKKUMULATION bezeichnet wird. Vom Standpunkt der Expansionsfähigkeit des Kapitals ist "zu viel" Kapital akkumuliert worden, die Grenzen der abstrakten "Ausbeutungsfähigkeit" an der gegebenen lebendigen Arbeitskraft und AUF DEM GEGEBENEN NIVEAU DER PRODUKTIVKRÄFTE sind erreicht.

Wenn sich aber die Expansion der Aussaugung "abstrakter Arbeit" im Produktionsprozeß erschöpft hat, tritt dies an der Oberfläche des Marktes bald als "Sättigungstendenz" und damit als tendenzielle oder manifeste Absatzkrise in Erscheinung: indem ein geringerer Teil des realisierten Mehrwerts profitabel re-investiert werden kann, werden auch weniger Investitionsgüter (Maschinen, Gebäude usw.) gekauft, weniger Arbeitskräfte neu eingestellt, wodurch auch weniger neue Konsumenten auf dem Markt erscheinen usw. Da sich aber ein Teil der Industrie in der gewöhnlichen kurzsichtigen Extrapolation des Konjunkturzyklus, als er noch in seiner expansiven Phase war, sozusagen "übernommen" und, wie sich jetzt herausstellt, unprofitabel investiert hat, muß dieses Kapital nun in der manifest werdenden Überakkumulation schrumpfen, also ganz oder teilweise vernichtet werden, was wiederum Entlassungen zur Folge hat. Irgendwo muß die Überakkumulation ja massiv in Erscheinung treten. Es wird dann also nicht bloß die weitere Expansion verlangsamt, sondern ein totaler Schrumpfungsprozeß tritt im Konjunktur-"Abschwung" ein ("Rezession"), der sich sogar in einer Kettenreaktion zu einem langandauernden Schrumpfungs- und Kapitalvernichtungsprozeß steigern kann ("Depression"). Noch ist es zur schweren Depression und damit zu einer neuen Weltwirtschaftskrise nicht gekommen, aber die Tendenz der Überakkumulation ist unübersehbar und hat sich seit Mitte der 70er Jahre zunehmend verschärft.

Um zu begreifen, wie die Überakkumulation des Kapitals zu einem negativen "selbsttragenden" Prozeß wird und ihre krisenhafte Eigendynamik entfaltet, muß die von diesem Prozeß selbst induzierte Umstrukturierung der Investitionen betrachtet werden. Daß der jeweils realisierte Mehrwert eines Produktionszyklus nicht mehr im großen Umfang profitabel für Erweiterungsinvestitionen in "fungierendes" Kapital zurückverwandelt werden kann, heißt ja keineswegs, daß nun

überhaupt nicht mehr investiert würde. Neben dem Anteil der bloßen Ersatz-Investitionen für abgeschriebene Maschinen etc. beginnt vielmehr der Anteil von RATIONALISIERUNGS-UND WISSENSCHAFTS-INVESTITIONEN zu steigen. Da das Kapital insgesamt nicht mehr oder zunehmend geringer expandiert, in der Phase der "Vollbeschäftigung" sich überdies der Konkurrenz-Spielraum der Lohnarbeiter als eine Vorstufe der Überakkumulation verstärkt und die Löhne rasch steigen (nicht als Ursache, aber als verstärkender Impuls der Überakkumulation), kann die Profitabilität der Produktion auch zunehmend nur noch AUF KOSTEN ANDERER KAPITALE gehalten werden: "Die Konkurrenz verschärft sich". Die Jagd nach dem "Extramehrwert" steigert sich zur Existenzfrage, weil auf dem Markt ein rigider Verdrängungswettbewerb einsetzt, und zwar der historisch erreichten globalen Vergesellschaftung entsprechend in vielen Branchen direkt oder indirekt auf der Ebene des Weltmarkts. Für den regional bzw. national bornierten Blick kann dieser Zusammenhang zu einer Wahrnehmungsverzerrung führen und die Überakkumulation vorübergehend aus dem Blickfeld verschwinden, weil Kapitalvernichtung und Arbeitslosigkeit "erfolgreich" exportiert werden. Aus dieser Verzerrung heraus mag dann die Konjunktur bzw. Expansionsfähigkeit des Kapitals in einzelnen Ländern "gespalten" erscheinen: während im Montan-Sektor und im Schiffbau der Schrumpfungsprozeß etwa in der BRD manifest ist, expandieren Teile der Automobil- und Elektrobranche noch munter weiter. Die scheinbare Gegenläufigkeit dieser Entwicklung hebt sich jedoch bei Betrachtung des Weltmarkts auf; es handelt sich nur um die Erscheinungsform, wie sich "Gewinner" und "Verlierer" im Gesamtprozeß der krisenhaften Überakkumulation national unterschiedlich darstellen. Das "Gesamtkapital" ist selber kein nationales, "volkswirtschaftliches" mehr im alten Sinne, sondern unmittelbar WELTKAPITAL geworden.

Das Kapital wird also von den "Zwangsgesetzen der Konkurrenz" in eine Forcierung der Rationalisierung und Verwissenschaftlichung der Produktion getrieben: seit Jahren steigen die "FuE"-Investitionen, d.h. die Kosten für Forschung und Entwicklung, zumindest in den Schlüsselindustrien und Weltmarkt-Konzernen rapide an. Diese Rationalisierungs- und Wissenschafts-Investitionen sind selber UNPRODUKTIV, d.h. es wird dadurch unmittelbar kein "Wert" und damit natürlich auch kein Mehrwert "geschaffen", aber über die weltweite Konkurrenzvermittlung können sie dem jeweiligen Kapital einen größeren oder zumindest gleichbleibenden Anteil am Welt-Mehrwert sichern. Sogar schrumpfende Anteile müssen zumindest in Schlüsselbranchen bereits mit hohen Wissenschafts-Investitionen belastet werden. In diesem Pro-

zeß wird der innere Selbst-Widerspruch des Kapitalverhältnisses, wie er sich "hinter dem Rücken" der Subjekte durchsetzt, besonders deutlich: indem das einzelne Kapital rationalisiert, Arbeitskräfte entläßt, mehr Produkte mit weniger lebendiger Arbeit herstellt und also seine "Kosten" pro Produkt und insgesamt senkt, um sich seine Profitabilität zu erhalten, trägt es damit ungewollt und unwissentlich, jedoch unvermeidlich zur weiteren forcierten Erosion der Welt-Mehrwertproduktion bei, was sich an der gesellschaftlichen Oberfläche im globalen Maßstab als forcierte Kapitalvernichtung (bei den "Verlierern") und als Steigen der Massenarbeitslosigkeit, "Krise des Sozialstaats" usw. anzeigt. Denn es darf nie vergessen werden: die Akkumulation des Gesamtkapitals ist letztlich nichts anderes als die Expansion der abstrakten Vernutzung lebendiger Arbeitskraft, insofern der "Wert" nichts anderes ist als die "Darstellung" vergangener lebendiger menschlicher Arbeit in abstrakter, "geronnener" Form am Produkt. Der forcierte Rationalisierungs- und Verwissenschaftlichungsprozeß kann also die Tendenz der Überakkumulation und damit das Krisenpotential nur verschärfen und hat dies auch bereits getan. Die "Freisetzung" der lebendigen Arbeit, d.h. die Verwandlung der "Vollbeschäftigung" in Massenarbeitslosigkeit, den damit verbundenen Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen eingeschlossen, kann nicht per se zu einer Expansionsfähigkeit des Gesamtkapitals zurückführen, weil die Eigendynamik des wissenschaftlich-technischen Rationalisierungsprozesses irreversibel ist: ein einmal erreichtes Niveau der Technik, der Organisation von Arbeitsprozessen usw. ist für das Kapital nicht mehr hintergehbar. Indem sich so durch den forcierten Verwissenschaftlichungs- und Rationalisierungsprozeß der Konkurrenzdruck noch weiter verschärft, steigert sich auch der Druck der BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHEN LOGIK bis zum Wahnwitz und bis zur Unerträglichkeit, oft verborgen hinter ausgeklügelten "Motivierungs"-Strategien des Managements. Gleichzeitig mit diesem Druck wächst notwendig die betriebswirtschaftlich motivierte und erzwungene Bedenken- und Rücksichtslosigkeit gegenüber den Folgen der Produktion für die natürlichen Lebensgrundlagen. Trotz erkannter und vielbeschworener Gefahren laufen alle staatlichen und sonstigen Gegenmaßnahmen hilflos dem brutalen ökonomischen Erfolgsdruck hinterher. Die schon im fordistischen Nachkriegsboom eingeleitete und aufgebaute Destruktionspotenz gegen die natürliche Umwelt wird immer stärker entfesselt, selbst noch unausgereifte und in ihren Folgen unzureichend erforschte Technologien werden fast schon selbstmörderisch durchgepeitscht.

Es fragt sich nun, wie es um die Chancen einer neuen historischen Expansionsfähigkeit des Kapitals in einem womöglich "nachfordisti-

schen" und "Nachkrisen"-Kapitalismus steht. Der seit Jahren gepredigte offizielle Optimismus sämtlicher Galionsfiguren, Gesundbeter und karrieristischer "Hoffnungsträger" des Kapitalverhältnisses klammert sich, in seiner Begriffslosigkeit zwischen Furcht und Hoffnung schwankend, einerseits an die Macht des Faktischen der im Massenbewußtsein tief verankerten wert- und geldkonstituierten Verkehrsformen, während er andererseits gleichzeitig in jeder vermeintlichen Milderung oder Abschwächung der Krisen-Phänomenologie schon das Licht im Tunnel erblicken möchte. Daß etwa nach dem Oktober-Crash der Aktienmärkte 1987 bisher eine große Depression ausgeblieben ist, wird zum Anlaß für vorschnelle Prognosen kapitalistischen Glücks in einer neuen Akkumulations-Ära genommen: "Pendulum swings to optimism - it has become fashinable to suggest that the world may be entering a new era of growth", wie die "International Herald Tribune" titelt (1). Eine "new era of growth" aber könnte sich nur aus neuen historischen Kapazitäten zur Vernutzung lebendiger Arbeitskraft im großen Maßstab ableiten. Mit anderen Worten: der Prozeß der Verwissenschaftlichung der Produktion müßte die Logik der Rationalisierungs-Einbahnstraße und damit der sukzessiven Eliminierung und technologischen Substituierung lebendiger Arbeitskraft überwinden. Worin liegen die "Bedingungen der Möglichkeit" eines solchen Auswegs und wie hat der Kapitalismus bisher seine Akkumulationskrisen überwunden?

Der Widerspruch des Kapitalverhältnisses an ihm selbst drückt sich im Verhältnis von Profitrate und Profitmasse (Mehrwertmasse) aus; dieser Widerspruch muß in seinem Rückbezug auf die Produktivkraftentwicklung betrachtet werden. Der von der Konkurrenzvermittlung erzwungene technische Fortschritt führt in Gestalt vielfältiger Formen der "Rationalisierung" dazu, daß für das gesellschaftliche Kapital unabhängig vom Bewußtsein seiner Agenten die Erweiterung der Mehrarbeitszeit und damit des Mehrwerts PRO ARBEITER erkauft werden muß durch eine Verminderung der Mehrwert- und damit Profitmasse PRO EINGESETZTES GELDKAPITAL, weil und sofern gleichzeitig die Masse der von diesem Geldkapital anwendbaren Arbeitskraft durch denselben Prozeß vermindert wird. Dies ist der "säkulare" Gesamt- oder Fundamentalwiderspruch der Kapitalakkumulation als klassischer Zweck- Mittel-Konflikt, der sich gleichzeitig in jedem Binnen-Zyklus der Akkumulation mehr oder weniger stark fühlbar macht. Eine "relative" Lösung des Widerspruchs kann nur durch eine steigende Profitmasse gesetzt werden, d.h. durch eine "beschleunigte Akkumulation" des Gesamt-Kapitals. Solange das Kapital in ein von der stofflichen Produktivkraft irgendwann bereitgestelltes Kleid sozusagen "hinein-

(1) International Herald Tribune v. 26.9.88

wachsen" kann, wie im Fall der fordistischen Nachkriegs-Industrien, ist dies kein Problem. In der Phase der Überakkumulation aber platzt dieses Kleid aus den Nähten und die Kompensation kann nicht mehr stattfinden; weil das Gesamtkapital nicht mehr beschleunigt akkumulieren kann, setzt sich die Verminderung der Profitmasse pro eingesetztes Geldkapital krisenhaft durch und kann sich bis zum Eskalationsprozeß fortentwickeln. Solange in dieser Phase die Produktivkraftentwicklung nur als weitere Rationalisierung und also Substituierung lebendiger Arbeitskraft auftritt, öffnet sich kein Ausweg. Dies ändert sich erst, wenn der technisch-wissenschaftliche Fortschritt in einer neuen und anderen Gestalt aufzutreten beginnt, nämlich nicht mehr als Rationalisierung, sondern als KREIERUNG NEUER KAPITALISTISCHER PRODUKTIONSZWEIGE, sei es als Kapitalisierung und damit Industrialisierung bislang nichtkapitalistisch betriebener (handwerklicher oder bäuerlicher) Produktion, sei es als Entstehung völlig neuer Produktionszweige und Massenbedürfnisse aus der Industrie selbst. Das beste Beispiel sind eben die Schlüssel- und Wachstumsindustrien des Fordismus, also Automobilbau und Haushalts- bzw. Unterhaltungselektronik.

Natürlich können der Zeitraum, in dem dieser Kompensationsmechanismus neuer Industrien als Wachstumsträger NÖTIG wird für die weitere Kapitalakkumulation, und der Zeitraum, in dem sie TATSÄCHLICH ins Leben treten bzw. vor allem reif werden für die Massenproduktion, mehr oder weniger weit auseinanderfallen. Gerade in solchen "historischen Lücken" aber sind die großen Überakkumulationskrisen angesiedelt, die "Gründerzeit"-Krise am Ende des 19. Jahrhunderts ebenso wie die Weltwirtschaftskrise von 1929 - 33. Da aber der Kapitalismus schließlich durch weitere Produktivkraftentwicklung in jener zweiten Gestalt jedesmal wieder aus der Krise herausgekommen und in eine neue Epoche der Akkumulation eingemündet ist, scheint sich der bisherigen historischen Empirie zufolge das Kapital nach gewissen Friktionen doch immer wieder am eigenen Schopf aus der Akkumulationsmisere ziehen zu können. So war es bisher, so muß es aber nicht für alle Ewigkeit sein. Es gehört zu den Stereotypen auch der gewöhnlichen marxistischen Überakkumulations-Theorie, daß nach einer Überakkumulationskrise stets und selbstverständlich "...erneut auf Basis erhöhter Produktivkraft und erweitertem Markt der Kreislauf beschleunigter Kapitalakkumulation in Gang kommt" (Bischoff 1986, S. 23). Diese Stereotype setzt völlig blind voraus, daß JEDE neue Stufe der Produktivkraftentwicklung bis in alle Ewigkeit jenen Kompensationsmechanismus neuer Industrien und damit verbundener neuer Fähigkeit des Kapitals zur massenhaften Absorbtion lebendiger Arbeits-

kraft auf neuer Stufenleiter bringen muß. Wenn Marx in diesem Zusammenhang aber im 3. Band des "Kapital" von einem "GESETZ" spricht, so handelt es sich hier nur um ein Gesetz FÜR die Kapitalakkumulation, nicht um ein Gesetz schlechthin oder quasi ein Naturgesetz, auch nicht um ein Gesetz der Produktivkraftentwicklung an ihr selber. Vielmehr ist in diese Logik durchaus das Erreichen einer Entwicklungsstufe eingeschlossen, in der dieses "Gesetz" der Kapitalakkumulation in einen ABSOLUTEN Widerspruch gerät zur Produktivkraftentwicklung, der immanente Widerspruch des Kapitals also ausweglos wird. Dies auch nur als Möglichkeit auszuschließen, heißt sich logisch selber auf den Standpunkt der Kapitalakkumulation und deren "Gesetze" zu stellen, also eine absolute innere Schranke des Kapitals an ihm selber apriorisch zu leugnen und damit seiner faktischen Verewigung jedenfalls auf dem geduldigen Papier der Theorie Tür und Tor zu öffnen. Aber auch von den realen empirischen "Fakten" her kann von der Vergangenheit nicht blind auf die Zukunft geschlossen werden. Der "technische Fortschritt" ist keine bloß abstrakte Größe innerhalb des rein kategorialen Zusammenhangs der Wertformen, sondern hat einen diese Formen sprengenden HISTORISCHEN INHALT, der in die kritische Analyse einbezogen werden muß.

Ähnlich blind, wenn auch auf andere Weise, verhält sich zu diesem Zusammenhang die "Theorie der langen Wellen", wie sie sowohl im bürgerlichen wie im marxistischen Kontext verschiedentlich bemüht wird (vgl. u.a. Kondratieff 1972/1924, Schumpeter 1961/1939, Mandel 1983). Diese Theorie läßt sich zwar im Unterschied zu den bloß wertimmanenten Überakkumulations-Theorien eher auf den INHALT der Produktivkraftentwicklung ein, vernachlässigt dafür aber umgekehrt die Vermittlung zur Produktion von "Wert", damit aber auch zum historischen Kompensationsmechanismus im Verhältnis von steigender Profitmasse und fallender Profitrate; sie argumentiert also rein empiristisch. Die historischen Expansionsepochen des Kapitals, die jeweils mit mehr oder weniger scharfen Krisen-Einschnitten enden, werden dann nach den jeweiligen stofflich-technologischen Träger- und Schlüssel-Industrien benannt und empirisch untersucht ("Kohle-Stahl-Zyklus", "Chemie-Elektro-Zyklus", "Automobil-Zyklus" etc.), wobei Zahl und Unterteilung der "langen Wellen" und ihrer Träger-Technologien je nach empirischer Gewichtung differieren. Da aber die Beziehung zum Verwertungsprozeß, d.h. zur abstrakten Vernutzungsmasse lebendiger Arbeit, weitgehend eine theoretische "black box" bleibt, kommt als allgemeiner Befund heraus: "Wenn" neue Technologien neue Produktionszweige kreieren und diese einen gewissen Reifegrad erreicht haben, "dann" kann eine neue "lange Welle" einsetzen, die Kri-

senperiode einer "alten" und gesättigten Technologie überwunden werden und das Kapital erneut munter akkumulieren.

Die gewöhnliche marxistische Überakkumulationstheorie und die Theorie der langen Wellen verhalten sich also in ihrer Blindheit komplementär: läßt die Überakkumulationstheorie den "technischen Fortschritt" nur inhaltslos als abstrakte Größe vorkommen und bewegt sich in ihrer Argumentation daher völlig immanent auf dem Boden der fetischistischen "Wert"-Logik, so nimmt die "Lange Wellen"-Theorie umgekehrt ihren tatsächlichen Bezug auf den realen historischen Inhalt des jeweiligen "technischen Fortschritts" zum Anlaß, ihrerseits die abstrakte Verwertungslogik lebendiger Arbeitsmassen ebenso abstrakt und äußerlich zu lassen. In beiden Fällen kann dann blauäugig darauf gesetzt werden, daß für immer und ewig nach mehr oder weniger tiefgreifenden Krisen-Einschnitten stets wieder ein neuer historischer Akkumulationszyklus des Kapitals einsetzen kann, sei es weil dies ein "Gesetz" eben sein soll, sei es weil ein neues Spektrum von bestimmten Träger-Technologien heraufdämmert.

Gerade die Untersuchung der heutigen neuen Technologien, allen voran der Mikroelektronik, Computerisierung und "Künstlichen Intelligenz" (KI) in ihrer konkreten Beziehung auf die Zukunft des kapitalistischen Verwertungsprozesses läßt jedoch alle diese nebelhaften Hoffnungen wie Seifenblasen zerplatzen. Denn im Unterschied zu allen früheren technologischen Innovationsschüben dieses Ausmaßes handelt es sich bei diesen neuen Träger-Technologien erstmals um reine Automatisierungs-Potentiale, die weit davon entfernt sind, etwa in derselben Weise wie die fordistische Automobilindustrie eine weitere Perspektive für die erneute Fähigkeit des Kapitals zur Absorbtion lebendiger Arbeitskraft im großen Maßstab zu liefern. Dies unterscheidet die neuen Technologien grundsätzlich von allen früheren Industrialisierungs-Epochen der kapitalistischen Geschichte. Weder in ihrer eigenen Produktion noch in ihren Folgen für die "alten" Industrien oder (kaum noch vorhandene) nichtindustrielle Produktionen werden diese Technologien jemals wieder große Mengen von Lohnarbeit einsaugen können, sondern umgekehrt menschliche Produktionsarbeit quer durch alle Sektoren der gesellschaftlichen Reproduktion in geometrischer Progression substituieren und eliminieren.

Wer blind auf einen neuen Aufschwung der industriellen Akkumulation durch "neue Technologien" setzt, sollte sich heute von der Informatik eines besseren belehren lassen: "Große, teure Maschinen wird man nur noch mit einer bestimmten eingebauten Intelligenz kaufen. Fehler werden durch aktive, intelligente Einheiten selber diagnostiziert

Güter, die wir täglich benötigen, im Augenblick 50 bis 60 Prozent der

Bevölkerung tätig. Diese Zahl wird unter dem Einfluß der Informatik und KI-Technik, die eine bisher nicht vorstellbare Automatisierung erlauben, auf fünf bis sechs Prozent (!) sinken ... Für die meisten Wissenschaftler auf diesem Gebiet ist diese heraufziehende technische Revolution so deutlich, daß ich nicht verstehen kann, warum man nicht wenigstens einmal eine soziologische Studie in Auftrag gibt, die diese potentiellen Umschichtungen untersucht. Will man erst warten, bis die Arbeitslosenzahl auf sechs Millionen angestiegen ist? ..." (1). So etwa der Informatik-Professor Jörg Siekmann (Kaiserslautern), Sprecher des Fachausschusses Künstliche Intelligenz in der Gesellschaft für Informatik.

Diese aktuelle Prognose, die sich mit ähnlichen von kompetenter Seite aus den vergangenen Jahren deckt (vgl. etwa Coy 1985) und nur inzwischen eine höhere Konkretionsstufe erreicht hat, desavouiert die Stereotype der abstrakten Überakkumulations-Theoretiker von der angeblich bevorstehenden "Erneuerung beschleunigter Kapitalakkumulation" als "ewiges Gesetz" ebenso wie die falsche, empiristische Kausal-Logik der "Lange Wellen"-Theorie vom angeblich zwangsläufigen Zusammenhang neuer Technologien und neuer langfristiger Akkumulationszyklen, ganz zu schweigen von den notorischen "Aufschwung"-Prognosen der platten bürgerlichen Konjunktur-Auguren. Die wirkliche "Gesetzmäßigkeit" besteht heute gerade darin, daß die säkulare Logik des kapitalistischen Entwicklungsprozesses mit der darin eingeschlossenen absoluten inneren Schranke der Kapitalakkumulation einerseits und die akute historische Überakkumulation andererseits direkt zusammenzufallen beginnen, d.h. daß die "Gesetze" der Produktivkraftentwicklung unwiderruflich und unversöhnlich mit den "Gesetzen" der Kapitalverwertung zusammenknallen müssen. Mit der Entwicklung der "Künstlichen Intelligenz" ist dieser historische Umschlagspunkt von der abstrakten Möglichkeit zur konkreten, manifesten Wirklichkeit geworden. Die wissenschaftlich-technischen Potenzen der GEBRAUCHSWERT-PRODUKTION beginnen die Logik der Wert- oder Warenform überhaupt und damit jede Möglichkeit eines weiteren historischen Verwertungsprozesses zu überholen und aus den Angeln zu heben.

Jede andere Auffassung der Sachlage verfällt dem FETISCHISMUS, der Gebrauchsgüter nur in der Form des "Werts" als einer scheinbaren "Produkt-Eigenschaft" sehen und akzeptieren kann. Der gesellschaftlich reale Schein dieser "Wert"-Eigenschaft wird aber nur dadurch erzeugt, daß an diesen Produkten im fetischistisch konstituierten Bewußtsein der Warenproduzenten vergangene menschlich-gesellschaftliche Arbeit

(1) Die Welt v. 7.11.88

in abstrakter und inhaltsleerer Form "dargestellt" wird als Daseinsweise einer warenproduzierenden Gesellschaft, in der die Produktion der Gebrauchswerte noch im großen Maßstab auf der Verausgabung lebendiger menschlicher Arbeitskraft beruht. Mit der "Künstlichen Intelligenz" aber verschwindet die lebendige Arbeit sukzessive und unwiderruflich in ebenso großem Maßstab aus der industriellen Güter-Herstellung. Damit aber muß auch der fetischistische Schein des "Werts" obsolet werden und die Warenproduktion als solche von ihrem Inhalt her zusammenbrechen, auch wenn die Menschen sich an den warenförmigen bürgerlichen Gesellschaftsbeziehungen verzweifelt festklammern. Die Gebrauchsgüter, gerade weil sie in nie dagewesener Quantität mit geringstem menschlichen Arbeitsaufwand produziert werden, können sich nicht mehr als "Wert" darstellen und daher auch nicht mehr Träger von "Mehrwert" sein.

Die neuen Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus

Wenn die linke ebenso wie die bürgerliche Krisentheorie den Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung und Kapitalverwertung letztlich unbestimmt läßt und als "black box" behandelt, so nicht allein deswegen, weil diese Linke sich empiristisch bis heute blenden läßt von der relativ kurzzeitigen historischen Erfahrung des beispiellosen fordistischen Nachkriegsbooms und weil sie es versäumt hat, die Unzulänglichkeit der früheren "Zusammenbruchs"-Theorien (R. Luxemburg, H. Grossmann) kritisch aufzuarbeiten. Diese kapitulantenhafte, empiristisch vermittelte Ehrfurcht vor der vermeintlich unbegrenzten Reproduktionsfähigkeit und Elastizität des Kapitals setzt nicht erst auf der abgeleiteten Ebene der Krisentheorie ein, sondern beginnt bereits mit einem Befangenbleiben im unkritischen, fetischistischen Verständnis auf der elementarsten Ebene der Warenform überhaupt. Angelehnt an die noch völlig kapitalimmanenten Interessenkämpfe der alten Arbeiterbewegung bzw. an die nachholende Herausbildung einer bürgerlichen, warenförmigen Gesellschaft in der Sowjetunion, blieb der marxistische Begriff des "Werts" beschränkt auf den Verständnishorizont der klassischen bürgerlichen "politischen Ökonomie", statt deren KRITIK durch Marx konsequent aufzunehmen und weiterzuführen. Daß der "Wert" letztlich "irgendwie" auf "Arbeit" zurückzuführen sei, ist eine Erkenntnis nicht von Marx, sondern bereits von Smith und vor allem Ricardo. Über diese vage ricardianische Bestimmung, die eine VEREWIGUNG dieses Gesellschaftsverhältnisses durchaus einschließt, ist die bisherige Linke im wesentlichen nicht hinausgekommen. Der Marxsche theoretische Ansatz einer

ABSOLUTEN inneren Schranke des Kapitals steht aber in engster Beziehung gerade zu einer KRITISCHEN Beleuchtung des qualitativen Inhalts der ricardianischen Wertbestimmung, d.h. in der Kritik des Fetischismus, der dieser Bestimmung anhaftet. Da die Linke selber vor einer Kritik des wesentlichen Fetisch-Charakters von "Wert" haltmacht, vor dieser letzten radikalen Konsequenz vielmehr immer zurückgeschreckt ist, muß ihr auch das Obsoletwerden des Werts und damit der Warenform als solcher im erreichten Stand der Verwissenschaftlichung gesellschaftlicher Reproduktion völlig entgehen.

Gerade in der heutigen neuen Qualität der Überakkumulationskrise muß sich diese schwanzwedelnde Immanenz viel deutlicher und peinlicher als in der Vergangenheit zeigen. Während die Autonomen meistens über geifernden Moralismus und Aktionismus nicht hinauskommen, hat sich um den greisenhaften "linken" Sozialdemokratismus, den "realpolitischen" Flügel der Grünen, Teile der Gewerkschaften und die gespenstische Sekte der DKP ein Block akademischer, neo-reformistischer Theoriebildung gruppiert (SOST, Prokla, Argument, IMSF etc.), der nicht nur trotz früherer Kontroversen immer enger zusammenrückt, sondern auch gemeinsam die Hosen der marxistischen Theorie herunterläßt. Ein Beispiel mag für die ganze Richtung stehen: "Eine Lösung des drückenden Problems der chronischen Überakkumulation kann nur im Rahmen eines politischen Konzepts erfolgen, das die im Verhältnis zu den profitablen Anlagemöglichkeiten des Privatkapitals überschüssigen Kapitalmassen abschöpft und sie umlenkt in Richtung auf gesellschaftliche Bedarfsbereiche, d.h. im Rahmen eines Konzepts der Erweiterung des öffentlichen, demokratisch kontrollierbaren Sektors der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion" (Goldberg 1986, S. 18).

Nicht mehr bloß klammheimlich stellen sich solche Aussagen auf den Standpunkt der Kapitalakkumulation als der einzig denkbaren Reproduktionsform, eine Offenheit, die mit der "betriebswirtschaftlichen" Reform der Sowjetunion zum ganz gewöhnlichen Kapitalismus noch zunehmen wird. Der Aberwitz, daß die im Terminus der "Bedarfsbereiche" anklingende Gebrauchswert-Orientierung ausgerechnet auf dem Boden und vermittels der sie gerade verunmöglichenden Wert-Logik, gegen die "Gesetze" der Kapitalverwertung, und doch auf dem Boden dieser "Gesetze" und ohne sie in ihrem Kern anzutasten, "im Rahmen eines politischen Konzepts" durchgesetzt werden soll, verweist schon auf den theoretischen Taschenspielertrick, der den demokratisch salbadernden Neo-Reformismus verbindet und insgesamt auszeichnet: weil eine stringente akkumulationstheoretische Argumentation nicht mehr möglich ist, erfolgt der unwissenschaftliche, dezisionistische Sprung in

die "Politik", die als deus ex machina für die Krise der Kapitalakkumulation herhalten soll. Ähnlich Hickel: "Mitbestimmung und Demokratisierung bilden dabei zugleich Instrumente und Ziele einer qualitativen Arbeitspolitik, die auf eine umfassende Politisierung (!) aller grundlegenden ökonomischen und politischen Entscheidungen abzielt. Diese Arbeitspolitik muß die Reorganisation betrieblicher, unternehmerischer (!) und überbetrieblicher Entscheidungsprozesse so betreiben, daß die Arbeitslosigkeit abgebaut und der gesamte ökonomische Entwicklungsprozeß wieder mehr (!) an den Kriterien der in den Präferenzen der Menschen (!) fundierten Vorstellungen über Wirtschaftswachstums-, Arbeitsplatz- und Arbeitszeitbedingungen, Einkommensverteilung sowie Umwelt ausgerichtet wird" (Hickel 1987, S. 191).

Auch hier das Sammelsurium unglaublich abgedroschener, überlebter Phrasen eines windelweichen Reformismus, der das Blaue vom Himmel herunterbeschwört, ohne sich um die unausweichliche Logik der Verwertung von "Wert" theoretisch weiter zu bekümmern, aber völlig bewußtlos in diesen Formen selber denkend, deren fetischistische Präformierung des Bewußtseins und der "Präferenzen der Menschen" als Alibi dafür herhalten soll, daß auch der Theoretiker dem Fetisch des "Werts" huldigt. Dieses bis zur Sinnlosigkeit getriebene tautologische Gefasel, das sich zu einer "Politisierung aller politischen Entscheidungen" hinaufstammelt, signalisiert nur den Bankrott aller "Politisierungs"-Strategien der neuen Linken, die sämtlich dem Begriff der bürgerlichen, fetischistisch konstituierten Subjektivität verhaftet bleiben, wie er trotz aller zeitweiligen Revolutionsbeschwörungen mit dem plattesten Reformismus immer schon theoretisch kompatibel war. Die theoretisch haltlose Flucht in die "Politik" ist der gemeinsame Nenner, auf den sich die abgetakelten akademischen Marxisten der neuen Linken offenbar geeinigt haben. Statt zu begreifen, daß zusammen mit dem Fetisch des "Werts" auch die davon konstituierte Sphäre der "Politik" vollkommen obsolet wird, ein heute mit Händen zu greifender und als "Staatsverdrossenheit" bereits landläufig gewordener Prozeß, klammert sich diese Linke ausgerechnet an den Strohhalm der "politischen" Subjektivität, als könne diese immanent die absoluten Schranken der Kapitalakkumulation überwinden.

Der Schlüsselbegriff dieses absurden, der Logik wie den Tatsachen hohnsprechenden Eiertanzes, ein veritabler Topos linkssozialistischer und neo-reformistischer Theoriebildung der letzten Jahre, ist der des "AKKUMULATIONSMODELLS", das durch sämtliche einschlägigen Publikationen geistert (vgl. z.B. Altvater 1985a/1985b, Hirsch/Roth 1986, Hickel 1987 u.a.). Dieses Theorem schließt die beiden Grundannahmen des Neo-Reformismus in sich zusammen. Zum einen nämlich

wird der Begriff der Kapitalakkumulation erweitert zu einer Abfolge von "Transformationen", d.h. von "Strukturbrüchen" innerhalb des kapitalistischen Entwicklungsprozesses. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden, wenn etwa solche "Transformationen" aus der Geschichte des Kapitalverhältnisses empirisch benannt werden: "Das System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung hat eine tiefgreifende Veränderung beim Übergang vom manufakteriellen Prinzip zur >großen Industrie< erlebt, ebenso wie zu Beginn dieses Jahrhunderts durch die Einführung der >wissenschaftlichen< Arbeitsorganisation (Taylorismus), des Fließbandprinzips (Fordismus), sowie des staatlichen Nachfragemanagements (Keynesianismus) in den 30er Jahren..." (Altvater 1985 b, S. 23). Es ist in der Tat theoretisch sinnvoll, die unzureichende Beschränkung etwa der "Lange Wellen"-Theorie auf bestimmte Träger-Technologien zu erweitern und zu ergänzen zu einer umfassenderen Struktur- und Transformations-Periodisierung der kapitalistischen Binnengeschichte. Aber weil die Beziehung zum Wert-Fetisch und zum Verwertungsprozeß als solchem nicht systematisch herausgearbeitet wird, erweist sich die scheinbare Historisierung in der Begriffsbildung des "Akkumulationsmodells" in Wirklichkeit als ABSTRAKT-UNHISTORISCHE Konstruktion. Die verschiedenen historischen "Akkumulationsmodelle" stehen zusammenhanglos nebeneinander; es könnte so schon hunderte solcher "Modelle" gegeben haben und noch tausend weitere geben. Mit anderen Worten: das Kapitalverhältnis als GESAMTPROZESS ist in dieser Diktion schlicht aus dem Blickfeld genommen; als "historisch" erscheinen so nur die einzelnen jeweiligen Struktur-Modelle, nicht aber der Kapitalismus als GANZES. Gerade in der Beziehung auf seine "Transformationen" wird das Kapital auf diese Weise theoretisch verewigt: "An diesen Beispielen aus der Geschichte des Kapitalismus zeigt sich die dieser Produktionsweise immanente Möglichkeit zu Transformationen, d.h. zum Formwandel" (Altvater 1985 b, S. 23). In einer Theoriebildung jedoch, die den Kapitalismus auch als Ganzes historisch begreift und seine absolute Schranke nicht bloß in den blanken Willen des Subjekts verlegt, müssen die verschiedenen Akkumulations-Strukturen und ihre Transformationsgeschichte statt in der strukturalistischen Verkürzung bürgerlich-positivistischer "Modell"-Theorien vielmehr als ENTWICKLUNGSSTUFEN EINES EINHEITLICHEN GESAMTPROZESSES entziffert werden. Gerade in diesem Bezug kann dann erst das Verhältnis von Produktivkraftentwicklung und Kapitalakkumulation als ein ENDLICHES erkannt werden, in dem der Fordismus nicht ein "Modell" in einer unendlichen Abfolge von "Modellen" ist, sondern eine nicht mehr transformierbare Endstufe.

Neben die Verewigung des Kapitals tritt im Theorem des

"Akkumulationsmodells" die Verkehrung des grundsätzlichen Verhältnisses von "Ökonomie" und "Politik" als theoretischer "Zaubertrick", um die reformistische Flucht in den "politischen Faktor" zu rechtfertigen. In Anlehnung an französische Theoretiker (vgl. Aglietta 1979) wird das "Akkumulationsmodell" gleichzeitig als (POLITISCHES) "REGULIERUNGSMODELL" gedeutet, vor allem der Fordismus als Paradefall (vgl. Altvater 1985 a, S. 82/S. 111 u.a.). Daran ist nur soviel richtig, daß der Kapitalismus als Gesamtprozeß und damit auch in seinen historischen Binnenstrukturen natürlich bestimmte jeweilige Politik-Formen bzw. Verhältnisstrukturen von Politik und Ökonomie immer einschließt. Diese unbezweifelbare Tatsache wird von der linksreformistischen Theorie jedoch dazu benutzt, das fundamentale Verhältnis von "hinter dem Rücken" der Subjekte sich vollziehenden ökonomischen Basisprozessen der Warenproduktion einerseits und "politischer" (bürgerlicher) Subjektivität andererseits klammheimlich auf den Kopf zu stellen, hierin übrigens dem historischen Reformismus (z.B. Hilferding) und dem scheinradikalen Operaismus der 70er Jahre nicht unähnlich. Es erscheint dann so, als könne ein "neues Akkumulationsmodell" statt aus der immanenten Entwicklung der kapitalistischen Produktion selbst aus einem (anzustrebenden) "neuen Typ der Regulierung" heraus kreiert und getragen werden. Schon für den Fordismus ist diese Annahme unhaltbar und kontrafaktisch. Die Weltwirtschaftskrise hat den Keynesianismus hervorgebracht, aber nicht das politische "Regulierungsmodell" des Keynesianismus als solches hat die Krise überwunden und den Nachkriegsboom etwa herbei-"politisiert", sondern das im Warenproduktionsprozeß selbst wurzelnde Wachstum stellte sich wieder und auf höherer Stufenleiter ein auf der Basis der Verallgemeinerung der fordistischen arbeitsintensiven Massenproduktionen neuen Typs. Auch ein "postfordistisches" Modell der Akkumulation müßte aus solchen immanenten Potenzen der Warenproduktion selber abgeleitet werden, nicht aber aus vagen Bestimmungen einer bloßen "Regulierungs"-Erneuerung, die für sich genommen ein Fisch ohne Wasser wäre. Die Linkssozialisten können neue immanente Wachstumspotenzen der kapitalistischen Produktion nicht nur nicht angeben, sie ignorieren sogar systematisch den realen Inhalt der neuen "postfordistischen" Produktivkraftentwicklung, der ihre Konzeptionen als vollkommen illusionär entlarvt.

Soweit die Überakkumulations-Theorie in das reformistische "Akkumulationsmodell"-Theorem eingearbeitet ist in ihrer verkürzten, im Warenfetisch befangenen Form, hat sie keinerlei besondere theoretische oder praktische Bedeutung mehr, weil sie auch nur auf das hinausläuft, was immer schon feststeht: die weitere Lebensfähigkeit des Kapitalis-

mus nämlich. Der relative Gegensatz zur vulgärmarxistischen Unterkonsumtions-Theorie, die in der BRD vor allem von der Memorandum-Gruppe vertreten wird und die ganz ähnlich wie die bürgerliche Volkswirtschaftslehre die Krisenpotenzen von vornherein in "externen" und von "politischen Kräfteverhältnissen" bestimmten Faktoren angelegt sieht, verschwimmt und löst sich auf in die gemeinsamen guten Ratschläge, die der weiteren Kapitalakkumulation wieder "politisch" auf die Sprünge helfen sollen, möglichst "sozialverträglich" selbstverständlich. Es geht also weder darum, auch nur die theoretische Möglichkeit einer absoluten Schranke der Akkumulation in Erwägung zu ziehen, noch gar aus dem Wirklichwerden dieser Möglichkeit unter unseren Augen irgendwelche Konsequenzen zu ziehen: "Es geht vielmehr darum, auf die Restrukturierungstendenzen im Transformationsprozeß Einfluß auszuüben" (Altvater 1985 b, S. 23). Die Krise in allen ihren Erscheinungsformen wird so nicht etwa zum Anlaß für eine grundsätzliche Kritik der destruktiven, abstrakten Wert-Ökonomie, sondern für eine paradoxe Reflexion, die ein "neues Funktionieren" der kapitalistischen Produktionsweise ausgerechnet zur VORAUSSETZUNG macht für angeblich "grundlegende Veränderungen": der klassische Part des "Arztes am Krankenbett des Kapitalismus"!

Obwohl der wirkliche Krisen-Einbruch erst noch bevorsteht, sind so die Hoffnungen und Perspektiven der Neo-Reformisten bereits illusionär auf einen zusammenphantasierten "Nachkrisen-Kapitalismus" gerichtet, auch wenn gelegentlich noch ein wenig Fracksausen anklingt: "Vor den >goldenen< 90er Jahren sind erst noch die leidigen Prüfungen der 80er Jahre durchzustehen. Das technisch, politisch, ökonomisch Mögliche, dessen Visionen uns heute faszinieren, muß erst noch realisiert werden" (Altvater 1985 a, S. 79). Dies hindert die Linksreformisten freilich nicht, sich bereits im vermeintlichen "Postfordismus" häuslich einzurichten. So kann es auch kaum verwundern, daß etwa Hirsch/Roth die reale Krisenpotenz und deren mögliche oder wahrscheinliche Dynamik systematisch verdrängen, um sich stattdessen weitschweifig Gedanken zu machen über die lichte Zukunft NACH der Krise, wie schon der Titel ihres vieldiskutierten Buches ("Das neue Gesicht des Kapitalismus") andeutet. So geht es ihnen um die "Wiedergewinnung" kapitalistischer Prosperität, und schon "zeichnen sich die Dimensionen eines neuen >postfordistischen< Kapitalismus ab - mit freilich noch sehr ungewissen Perspektiven" (Hirsch/Roth 1986, S. 11). Die "neuen sozialen Bewegungen" werden hoffnungsvoll auf "das >Jenseits (!!) der Krise<, dessen Vorboten (!) sie sein können" (a.a.O., S. 12 f.) bezogen, womit sich also die Krise fast schon in Wohlgefallen aufgelöst hätte, bevor sie noch ihr Erinnyen-Gesicht so richtig gezeigt

hat, in das ein onkelhaft-reformerisches Wohlwollen professoraler Provenienz natürlich nicht so gern blickt. Daß es sich hier keineswegs um eine polemische Überinterpretation handelt, wird auch daran sichtbar, daß Hirsch/Roth im gleichen Atemzug von "eher >nachkapitalistische(n)< Experimenten" (a.a.O., S. 14) und vom "Kontext eines nachkapitalistischen Projekts" (ebda) faseln, wobei offen bleibt, ob die Apostrophierung des Adjektivs "nachkapitalistisch" etwa eine Selbstironisierung darstellen soll. Anything goes: warum soll dann nicht die "Wiedergewinnung KAPITALISTISCHER Prosperität" ausgerechnet die "NACHKAPITALISTISCHEN Projekte" grünen lassen, diese womöglich sogar alimentieren? Vielleicht glauben Hirsch/Roth allerdings auch an den Weihnachtsmann. Felsenfest muß dieser Glaube bei einem einschlägigen grün-alternativen Hans Dampf in allen Gassen sein, der, gestützt auf die "black box" der "Lange Wellen"-Theorie, schon 1985 die hoffnungsvolle Frage "Vor uns die goldenen neunziger Jahre?" gestellt und fröhlich prognostiziert hatte: "Ob früher oder später, das Modell der langen Wellen eröffnet eine sinnvolle Perspektive für die weitere Entwicklung der Industriegesellschaft ... eine neue Perspektive für eine langfristig solide Wirtschaftsentwicklung ..." (Huber 1985, S. 74 f.).

Die diversen linkssozialistischen und neo-reformistischen Strömungen werden so nicht nur untereinander kompatibel, sondern es entwikkelt sich auch eine Konvergenz zu den Träumen der bürgerlichen Volkswirtschaftler von einer "new era of growth". Eine solche aber wird es nicht geben: "DER KAPITALISMUS VERLIERT SEIN GESICHT". In diese reale Perspektive, wie sie nur von einer kritischen Analyse der Basisprozesse weltweiter Warenproduktion her gesehen werden kann, ist keinerlei "Automatismus" eines Übergangs zu sozialistischen, d.h.nicht mehr warenproduzierenden Reproduktionsformen eingeschlossen, sondern mindestens ebensosehr der Übergang zu Barbarei, Militärdiktatur und sozialen wie ökologischen Katastrophen. Diesen wird die Menschheit aber nicht dadurch entgehen, daß sie angesichts der Destruktionspotenzen der sterbenden Wertform in haltlosem Illusionismus den Kopf in den Sand steckt. Die linkssozialistischen Prediger eines absurden "radikalen Reformismus", die sich mit dem Fetischismus der warenproduzierenden Gesellschaft um jeden Preis kompatibel halten wollen, sollten sich warm anziehen.

Die Verselbständigung des Geldkapitals

Die Krise der Kapitalakkumulation ist nur die Basis eines umfassenden Krisenprozesses, der auf alle gesellschaftlichen Sektoren über-

greifen muß. Neben der ökologischen und der Sozialstaats-Krise ist es insbesondere das Medium der warenförmigen Reproduktion und zugleich ihr Selbstzweck, das GELD selber nämlich, das in die Krise gerät. Dabei handelt es sich gleichzeitig um eine der Formen, in denen die Überakkumulation zuerst an der Oberfläche der Gesellschaft in Erscheinung tritt. In diesem Zusammenhang ist zum Problem des realisierten Mehrwerts und dessen Re-Investition zurückzukehren.

Unter dem Druck der Überakkumulation des gesellschaftlichen Kapitals kann der nicht mehr in Erweiterungs-Investitionen verwandelbare Teil des realisierten Mehrwerts keineswegs völlig von Rationalisierungs- und Wissenschafts-Investitionen absorbiert werden, auch wenn diese rapide ansteigen. Ein bestimmter und von Produktionszyklus zu Produktionszyklus wachsender Teil droht völlig brachzuliegen. Die Tatsache, daß zwar ständig weiter Mehrwert erzeugt und realisiert (wenn auch auf ABNEHMENDER Stufenleiter), davon aber jedesmal weniger profitabel re-investiert werden kann, muß sich ein Ventil suchen. Das Geld "muß arbeiten", d.h. sich vermehren, wie es der abstrakte betriebswirtschaftliche Vernutzungs-Imperativ erzwingt. Ein wachsender Teil des realisierten Mehrwerts verschwindet daher aus der Sphäre der (industriellen) REALAKKUMULATION und wird "angelegt" in der Sphäre des ZINSTRAGENDEN KAPITALS, d.h. als reines Geldkapital, das über das nationale und internationale Banken- und Kreditsystem in Form eines ganzen Spektrums von Schuldverschreibungen (private und staatliche Anleihen usw., nicht umsonst hat gerade das Kreditgeschäft in den letzten Jahren eine ganze Reihe von ausgeklügelten "Innovationen" erlebt) zinstragend "verliehen" wird. Denn für das einzelne Geldkapital ist es völlig gleichgültig, ob es sich direkt durch industrielle Nutzung oder durch bloße Verzinsung "verwertet".

Es wird hier die mystifizierte Form des Geldes als Kapital besonders deutlich, das scheinbar aus sich heraus "mehr Geld" heckt. In der gesamtgesellschaftlichen und weltweiten Reproduktion des Kapitals aber ist es natürlich nur die wert- und damit mehrwertproduktive industrielle Vernutzung lebendiger Arbeitskraft in realen Arbeitsprozessen, die den Mehrwert und damit den Profit gewährleistet. In Wirklichkeit "arbeitet" selbstverständlich nicht das Geld, sondern der menschliche Lohnarbeiter, der den Mehrwert als "Darstellung" seiner vergangenen abstrakten Arbeit an realen Produkten erzeugt. Real kann das Geld nur Kapital sein, weil und sofern es als "fungierendes" Kapital lebendige Arbeitskraft ankauft und vernutzt. Aber im zinstragenden Geldkapital des Banken- und Kreditsystems erscheint diese reale Grundlage nicht; hier besitzt das Geld scheinbar selber unmittelbar die Eigenschaft, mehr Geld zu "hecken". Indem das zinstragende Kapital

"eine ganz äußerliche, von der wirklichen Bewegung ... getrennte Gestalt" (Kapital Bd. 3, S. 360) erhält, wird auch eine ebenso äußerliche Verselbständigung des "Kreditüberbaus" möglich. Hier zeigt sich erneut der fundamentale Selbstwiderspruch des Kapitalverhältnisses in anderer Form: Realakkumulation und Akkumulation des zinstragenden Geldkapitals beginnen sich in der Überakkumulation des Kapitals voneinander zu entkoppeln, es findet eine SCHEINBARE Verselbständigung des Geldkapitals statt.

Die berüchtigte "Schuldenkrise" der Dritten Welt hat hier ihren Ursprung. Um den wachsenden Ansturm anlagesuchenden Geldkapitals in die zinstragende Sphäre zu bewältigen, wurde das internationale Kreditsystem ungeheuer ausgeweitet: "Die Erhöhung der Liquidität des internationalen Kreditsystems ist ... die Kehrseite der stockenden realen Akkumulation von Kapital" (Altvater 1987, S. 19). Eine beträchtliche Masse dieses Geldkapitals wurde in die Länder der Dritten Welt verliehen, die dankbar zugriffen, zunächst auch noch zu sehr niedrigen Zinssätzen. Auch dort wurde dieses Geldkapital jedoch nur zu einem sehr geringen Teil industriell, d.h. real wertproduktiv vernutzt. Denn zum einen konnten sich auch diese Länder dem weltweiten Druck auf die Wachstumsraten natürlich nicht entziehen; die Basis des Welt-Zyklus befindet sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern selbst und nicht an der Peripherie. Zum andern versickerte ein beträchtlicher Teil dieser Gelder in unproduktiven Prestige- und Militärprojekten (so vor allem in Brasilien) oder im Korruptions-Sumpf, von wo sie prompt und abermals verzinst in das internationale Bankensystem zurücktransferiert wurden.

Zwar hätten die nationalen Notenbanken versuchen können, regulierend auf diese künstliche Aufblähung des Kreditsystems einzuwirken (ohne daß sie damit allerdings das zugrundeliegende Problem der Überakkumulation hätten aus der Welt schaffen können); ein Großteil dieses Prozesses vollzog sich jedoch außerhalb des nationalen monetären Regulations-Zugriffs im Rahmen einer Erscheinung, die meistens mit dem Terminus "Eurodollarmarkt" oder "Euro-Bankensystem" umschrieben wird. Ihren Ursprung hatte diese Erscheinung der "Eurodollars" schon in den fünfziger Jahren, als die USA durch Industrieinvestitionen, Truppenstationierung und Touristik eine wachsende Menge Dollars in Europa ausgaben. Nicht alle diese Dollars wurden von den Notenbanken aufgekauft; es entwickelte sich ein (zunächst unbedeutender) Markt "vagabundierender" Dollars außerhalb des Regulationsbereichs der US-Notenbank (Fed). Im Bankensystem institutionalisiert wurde dieser "freie" Dollarmarkt erstmals Ende der fünfziger Jahre in London, als die englischen Banken Dollarguthaben für eigene

Kreditgewährung verwendeten, statt sie in die USA zurückzutransferieren. Sie umgingen damit Kreditbeschränkungen der englischen Notenbank, die sich nicht veranlaßt sah, ihre Regulationsmechanismen auf Dollarkredite auszudehnen, die zwar von englischen Banken abgewickelt wurden, aber den Umlauf des nationalen Geldes (Pfund Sterling) nicht berührten. Dieses quasi "exterritoriale" Kreditgeschäft mit "Eurodollars" außerhalb des Eingriffsbereichs der nationalen Notenbanken begann nun rasch zu expandieren, besonders seitdem die Notenbanken nach der Aufhebung des fixen Dollarkurses nicht mehr gezwungen waren, die im Ausland von den Amerikanern ausgegebenen Dollars in heimischer Währung aufzukaufen. Über Auslandsfilialen waren es bald auch die amerikanischen Banken selbst, die das "Eurodollar"-Geschäft direkt oder indirekt an sich zogen. Inzwischen war der Name "Eurodollarmarkt" bzw. "Eurobankensystem" längst irreführend geworden, weil sich diese quasi "exterritorialen" Kreditgeschäfte der Banken, zunehmend auch der japanischen und anderer, und zunehmend auch in den anderen harten Währungen wie D-Mark und Yen, über die ganze Welt verbreitet hatten. Das Bankensystem, besonders das der USA, hatte sich dadurch praktisch aufgespalten in einen "regulären" Bereich und in einen "irregulären" oder "exterritorialen" Euro-Bereich (vgl. dazu ausführlich Schubert 1985). Diese Entwicklung ist nur eine der monetären Seiten der Totalisierung des Weltmarkts und der Herstellung des Welt-Kapitals als allgemeines Verhältnis, hinter dem die "nationalen" staatlichen Institutionen weit zurückbleiben und hinterherhinken. Und über diesen neuen Bereich des internationalen Kreditsystems floß auch ein beträchtlicher Teil der von der internationalen Überakkumulation des Kapitals freigesetzten liquiden Mittel unkontrolliert in die Dritte Welt.

Dieser unproduktive Abkoppelungsprozeß des Geldkapitals von der industriellen Realakkumulation ist also keineswegs bloß auf den Transfer der "Petrodollars", d.h. der Erlöse des OPEC-Kartells aus dem Ölgeschäft in den siebziger Jahren zurückzuführen, wie dies oft fälschlich angenommen wurde (vgl. etwa H. Schmidt 1985), sondern eben auf die nach "Anlage" drängende Anhäufung nicht mehr re-investierten realisierten Mehrwerts in den kapitalistischen Kernländern selbst. Damit aber wurde ein Teufelskreis in Gang gesetzt, der innerhalb weniger Jahre drastisch eskalierte. Da die Verselbständigung des zinstragenden Kapitals von der Realakkumulation auf die Dauer nicht durchgehalten werden kann, mußte dieser Prozeß als "Schuldenkrise" in Erscheinung treten. Wie stets in historischen Kredit-Explosionen verwandelte sich, nachdem die Kredit-Substanz verpulvert war, die eskalierende Zins-Belastung rasch in ein drückendes und unerträglich wer-

dendes Problem. 1982 wurde Mexiko zum ersten Mal zahlungsunfähig; seither schwelt und flackert die Kreditkrise weiter (unter Einschluß einiger "realsozialistischer" Staaten wie Polen und Rumänien, ganz zu schweigen von Jugoslawien, das seit Jahren vor sich hinbankrottiert).

Der "selbsttragende" Prozeß der internationalen Überakkumulationskrise konnte so in ein neues Stadium treten, das der Zins-Explosion, die der unproduktiven Kredit-Expansion logischerweise auf dem Fuße folgen mußte. Denn unter dem Einfluß der wuchernden Kredit-Nachfrage, die immer mehr bloß noch dazu diente, die nicht mehr zu bewältigenden Zinsen und Zinseszinsen zu bedienen, konnte natürlich das frühere niedrige Zins-Niveau nicht gehalten werden: "Die Zinsen bilden sich in der Bewegung von Angebot und Nachfrage auf den >telematisch< gesteuerten internationalen Kredit- und Anleihemärkten. Noch niemals zuvor in der Geschichte des modernen kapitalistischen Weltsystems blieben die realen Zinsen über eine so lange Periode auf extrem hohem Niveau und oberhalb oder hart an der Marke der Rentabilität des Realkapitals. Selbst die nominalen Zinssenkungen der jüngsten Zeit haben wegen der fast auf Null reduzierten Inflation die Realzinsen nicht bedeutsam verringert" (Altvater 1987, S. 19 f.).

Damit aber wird es noch "unrentabler", Geldkapital wieder in die industrielle Realakkumulation zurückzuführen, und der Prozeß der Überakkumulation verstärkt sich so aus sich heraus: "Angesichts der rückläufigen Rentabilität in Sachanlagen verändert sich das Investitions- und Anlageverhalten der Kapitale (ebenso wie die Portfoliostruktur) zugunsten zinstragender Anlagen ... Gemessen in nominellen Größen überstiegen bspw. in den USA in den Jahren 1981 und 1982 die Zinserträge die Erträge aus Sachanlagen. Am eklatantesten fällt dieser Vergleich für Großbritannien aus, wo der Nominalzinssatz um mehr als zehn Prozentpunkte über der Rentabilität liegt ..." (Hübner 1983, S. 12). Selbst wenn sich seither das Verhältnis für die Sachanlageninvestitionen nominell wieder etwas verbessert hat, so wird deren irreversibles Risiko in einer Zeit verschärfter Konkurrenz und in vielen Branchen akut oder tendenziell schrumpfender Märkte gegenüber der "Flüssigkeit" des (vor allem kurzfristig angelegten) zinstragenden Geldkapitals nicht aus der Welt geschafft. Die liquiden Mittel aus nicht mehr re-investiertem Mehrwert fließen weiterhin in das internationale Kreditsystem und erzeugen einen "Anlage"-Druck, während die Dritte Welt unter der Zinslast zusammenbricht und sich zu Tode exportiert, gleichzeitig aber die selber unter dem Druck der Überakkumulation stehenden entwickelten OECD-Länder wiederum gegen diesen Export-Druck (dessen Erlöse sie doch nur in ihrer Eigenschaft als Gläubiger mit Zinszahlungen bedienen sollen!) durch protektionistische Schranken

mobil machen und das Zinsniveau insgesamt hoch bleibt.

In diesem Teufelskreis von stockender Realakkumulation und zinstreibender Verschuldungs-Eskalation hat sich die Welt-Warenökonomie rettungslos verfangen. Die Verschuldung der Dritten Welt ist dabei nur die Spitze des Eisbergs, die akut sichtbar geworden ist. Der Gesamt-Verschuldungsprozeß im Weltmaßstab reicht viel tiefer und weiter; er umfaßt auch die ständig steigende Staatsschuld in allen Ländern sowie die Verschuldung der Privaten und der Unternehmen in den entwickelten Ländern selbst, die noch nicht in ihr akutes Krisenstadium getreten ist. Vor allem aber werden sämtliche globalen Verschuldungsprozesse inzwischen seit Mitte der achtziger Jahre überwölbt von der gewaltigen Staatsschuld der USA selber (hochgetrieben hauptsächlich durch die Reagansche Aufrüstungspolitik in einem historisch beispiellosen Ausmaß), deren Brisanz in erster Linie darin besteht, daß sie im Unterschied zu den anderen Industrieländern wegen der extrem niedrigen US-Sparquote immer weniger aus heimischen Spargeldern finanziert werden kann, sondern auf den permanenten und wachsenden Zufluß ausländischen Geldkapitals angewiesen ist. Die USA sind so zum "Staubsauger" geworden, der in einem eskalierenden Prozeß das liquide Geldkapital aus der ganzen Welt ansaugt, dabei in Konkurrenz zur Dritten Welt tritt und auf diese Weise die Gesamtsituation weiter verschärft. Das gigantische Handelsbilanzdefizit der USA stellt nur die güterwirtschaftliche Kehrseite des Verschuldungsprozesses in ausländischem Geldkapital dar. Es wurde auf diese Seite ein euphemistisch "Ungleichgewicht" genannter Zustand des Weltmarkts geschaffen (de facto bezahlen die Überschußländer mit ihren Krediten an die USA ihre eigenen Ausfuhrrekorde), der nur in einem nicht mehr allzu fernen völligen Desaster enden kann.

Das Kreditsystem, an sich ein mächtiger Hebel zur Entfesselung der Kapitalakkumulation, schlägt so in eine ebenso mächtige Krisenpotenz um; denn die Verschuldung kann national wie international ruhig expandieren, solange auch die Realakkumulation expandiert; ihre Schranke wird jedoch erreicht mit der Schranke des Verwertungsprozesses selbst (vgl. dazu grundsätzlich Kapital Bd. 3), die sich nach einer heute fast ausgereizten Inkubationszeit als Zusammenbruch des Geld- und Kreditsystems gewaltsam äußern muß. Die scheinbare Verselbständigung des zinstragenden Kapitals, d.h. die Entkoppelung des Kreditsystems von der Realakkumulation, ist in allen großen historischen Krisen des Kapitals eine Begleiterscheinung der Überakkumulation gewesen und hat schließlich immer notwendig zum monetären "Krach" geführt. Dies galt für die "Gründerzeit"-Krise am Ende des 19. Jahrhunderts ebenso wie für die Weltwirtschaftskrise 1929 - 33. Die heutige

Krise wird in dieser Hinsicht keine Ausnahme machen, im Gegenteil. Der Unterschied zu den früheren Krisenprozessen ist nur der, daß sich der unproduktiv angewachsene und verselbständigte Kredit-Überbau heute in wesentlich gigantischeren Dimensionen bewegt als damals und daß kein neuer historischer Schub der Realakkumulation mehr zu erwarten ist.

Umso lächerlicher muß die Annahme erscheinen, das internationale Kapital bzw. seine diversen Repräsentanten hätten die Lage gegenwärtig durch "Krisenmanagement" wirklich im Griff. Dieses "Management" etwa von G 7, Gläubigerbanken, IWF und Weltbank hat bis jetzt auf geradezu stupide Weise lediglich durch immer neues "Aufschieben", durch "Umschuldungen", Neuverschuldung, Zuschießen von "Liquidität" durch die Notenbanken usw. nur zu einer weiteren Eskalation der Entkoppelung des monetären Überbaus beigetragen, die sich von Monat zu Monat verschärft und offenbar bereits in die "heiße Phase" gigantischer Schwindelmanöver auf allen Ebenen einzutreten beginnt. Etwas anderes ist auch gar nicht möglich, denn der Schlüssel für das Problem liegt weder in der subjektiven "Profitgier" des Bankenkapitals noch in sonstigen geheimnisvollen bewußten Machenschaften irgendwelcher Bösewichter, wie es vor allem der ebenso wütende wie alberne Moralismus der Autonomen gewöhnlich unterstellt, sondern in den objektiven Gesetzen des kapitalistischen Verwertungsprozesses "hinter dem Rücken" der Subjekte selber, Gesetzen also, die sich jedem bewußten Zugriff innerhalb des Bezugssystems der Warenproduktion völlig entziehen. Ob die Akteure des teilweise schon zur Schmierenkomödie heruntergewirtschafteten Weltmarkt-Dramas gerade noch über die Runden kommen, als Gewinner gefeiert oder in U-Haft eingeliefert werden, Selbstmord verüben oder sich mit einigen Milliönchen nach Südafrika absetzen, ist jenseits aller moralischen Beurteilung für den katastrophischen Gang der Systemlogik herzlich gleichgültig. Auch der geplanten Errichtung eines Lehrstuhls für "Wirtschaftsethik" an der Universität Eichstätt dürften keine besonders erheblichen Systemrettungskompetenzen zuzuschreiben sein.

Auf dieser Ebene der bürgerlichen Fetisch-Subjektivität wird freilich auch wieder die blinde Hilflosigkeit und Immanenz des linkssozialistischen Neo-Reformismus und seiner akademischen Koryphäen besonders deutlich. So fleißig sie in empirischer Hinsicht auch sind, so haarsträubend und unlogisch bleibt ihre begriffliche Durchdringung der ökonomischen Probleme der Wertform-Vergesellschaftung und deren krisenhafter Entfaltung im Maßstab des Weltkapitals, die längst jeder Kontrollfähigkeit entglitten ist. Auch hinsichtlich der Verselbständigung des zinstragenden Kapitals und der "Schuldenkrise", der "Han-

dels-Ungleichgewichte" etc. muß wieder die "Politik" als deus ex machina herhalten, ganz so, als wäre die teilweise selbst im Ansatz formulierte Herleitung dieser Probleme aus den Gesetzen der Kapitalakkumulation (d.h. außerhalb des Zugriffsbereichs politischer und insofern kapitalimmanenter Regulierung) eigentlich bedeutungslos. In seiner einschlägigen Monographie betont daher A. Schubert gleich einleitend, "daß die Krise vor allem im politischen Bereich der internationalen Beziehungen gelöst werden muß" (Schubert 1985, S. 20). Dabei wird schließlich auch noch die URSACHE des monetären Krisenprozesses kontrafaktisch auf die "politische" Ebene transformiert: "Die Verschuldungskrise drückt das Vorhandensein von tief verankerten internationalen HERRSCHAFTSSTRUKTUREN sowohl im realen als auch im monetären Segment des Weltmarkts aus. Diese Herrschaftsstrukturen sind zum Hemmnis der weltweiten produktiven Akkumulation geworden. Ohne eine POLITISCHE ENTSCHEIDUNG zur Veränderung dieser Machtstrukturen, also der Hegemonialstellung der USA, können weder die Verschuldungskrise noch die ausgeprägten Stagnationstendenzen der Weltwirtschaft überwunden werden" (Schubert, a.a.O., S. 273, Hervorheb. R.K.).

SOLL denn diese "Stagnation" im Rahmen der bestehenden Ordnung überwunden werden? Weiteres betriebswirtschaftliches Zerstörungs-"Wachstum" also? Ganz davon abgesehen: Wer wirklich "herrscht" in dieser Welt, aus der die Linksreformisten weder hinausdenken können noch wollen, ist das GELD in seiner Selbstbewegung als Ausdruck des "automatischen Subjekts" (Marx) der Wertform als einer sterbenden und in ihrem Sterben für die menschliche Reproduktion tödlich gewordenen gesellschaftlichen Fetisch-Abstraktion. Von einem Begreifen dieser entscheidenden Ebene ist (nicht nur) Schubert weit entfernt. Als selbsternannter "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus" kann und darf er nicht an die wirkliche Herrschaft des Geldes rühren, muß vielmehr selber blind in dieser Geldform denken, d.h. sich Sorgen um die weitere Akkumulation des subjektlosen Katastrophen-Monstrums machen. Für die vermeintliche Ursachenforschung ist daher ein plumper "Ebenensprung" erforderlich. Obwohl die (ebenso unbezweifelbare wie brüchig gewordene) "politische Herrschaft" der USA an der Oberfläche der Geschichte nur der Ausdruck und die immanente Verlaufsform der dahinterstehenden Selbstbewegung der Wertform und damit des Geldes in der historischen Totalisierung des Weltmarkts ist, also überhaupt keine wirklich eigenständige Daseinsform von "Herrschaft", muß die Krisenursache in diesen abgeleiteten und unselbständigen Bereich hinübergelogen werden. Schubert wirft also hanebüchen die fundamentale Ebene der globalen Kapitalakkumulation mit der sekundären politi-

schen Oberflächenebene durcheinander. Ein (zu erwartender) Hegemonialverlust der USA als POLITISCHE VERLAUFSFORM der weltweiten Überakkumulationskrise kann jedoch in keinster Weise die auf einer ganz anderen Ebene angesiedelten "Stagnationstendenzen der Weltwirtschaft" überwinden, also auch nicht die wirklichen Ursachen der "Schuldenkrise" tangieren.

Der schon hinsichtlich der zukünftigen Kapitalakkumulation und ihrer Bedingungen zu beobachtende "politisierende" Mystizismus der Neo-Reformisten macht sich an dieser Stelle potenziert auf der Sekundärebene der monetären Krise bemerkbar. Denn selbst einen neuen historischen Aufschwung der Akkumulation, eine "new era of growth" vorausgesetzt (wofür es keinerlei Gründe gibt), so müßte sich doch ZUERST die angesammelte faule Expansion des internationalen Kredit-Systems, der Spekulation und des globalen Schwindels in einem noch ausstehenden "Entwertungs-Krach" entladen. Diese Lawine ist trotz des Oktober-Crash von 1987 noch bei weitem nicht niedergegangen, aber daran führt in letzter Instanz überhaupt kein Weg vorbei. Es gehört zu einer vulgären Omnipotenz-Mythologie des Kapitals bzw. seiner nationalen wie internationalen "politischen" Repräsentanten, wenn diesen die Fähigkeit angedichtet wird, sie könnten den Kelch des monetären Zusammenbruchs und der darauffolgenden verheerenden Depression durch "richtige" Willensentscheidungen innerhalb der Logik des Geldes an der kapitalistischen Weltwirtschaft vorübergehen lassen. Was diese Herrschaften auch immer in der jetzigen Situation noch tun mögen, es kann nur "falsch" sein.Die milden Vorschläge, die sich Schubert, Altvater u.Co. aus den fleißigen Fingern saugen, sind von geradezu abenteuerlicher Naivität: "Die USA, d.h. die US-Regierung, müßte einen breit angelegten internationalen Verhandlungsprozeß initiieren, der die Weltmarktstellung der armen Länder entscheidend verändert und globale Impulse für die gesellschaftliche Erneuerung in der Dritten Welt gibt" (Schubert, a.a.O., S. 274 f.). Da wäre es fast besser, gleich mit Herrn Woytila zusammen eine Gebets-Initiative in Gang zu setzen, denn solche Konjunktive gehören auf den Wunschzettel eines artigen Kindes, das ans Christkind schreibt, aber nicht in das Resümee einer theoretischen Untersuchung über den Zusammenhang von Überakkumulation und monetärer Weltmarkt-Krise.

Während die Autonomen ihre Begriffslosigkeit hinsichtlich der Berliner IWF-Jahrestagung 1988 dadurch ausdrückten, daß sie "Mit Mördern diskutiert man nicht" skandierten (wäre es denn anders, wenn gute und wohlwollende Menschen als Charaktermasken der Fetisch-Ökonomie fungierten?), entblödete sich umgekehrt Schubert schon 1984 nicht, "... statt einer Schwächung ... eine durch demokratische Ent-

scheidungen (!) legitimierte Stärkung des IWF als zentrale Institution des internationalen Währungs- und Kreditsystems" (Schubert 1984, S. 447) zu fordern sowie eine "... Wiederbelebung jener Ideen, die 1944 zur Gründung des IWF beitrugen" (ebda). Daß dies natürlich auch immer schon kapitalistische und imperialistische "Ideen" waren, spielt schon fast keine Rolle mehr. Das unglaublich hohle und stereotype, jedem beliebigen Krisen-Sachverhalt gegenüber gebetsmühlenhaft heruntergeleierte "Demokratisierungs"-Gefasel als "politische" Flucht der Neo-Reformisten nach rückwärts, zu den abstrakten Idealen der bürgerlichen Emanzipationsbewegungen von der Aufklärung bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, spiegelt nur ihre hoffnungslose, fetischistische Befangenheit in den destruktiven Abstraktionen der Warenproduktion.

.aue

LITERATUR

1. Aglietta, M. (1979), A Theory of Capitalist Regulation, London
2. Altvater, E. (1985 a), Kredit und Hegemonie, in: Vor uns die goldenen neunziger Jahre?, München
3. Altvater, E. (1985 b), Das Jahr 2000, der Weltmarkt und Fidel Castro, in: Arbeit 2000, Hamburg
4. Altvater, E. (1987), Die Schulden des Südens und die Schuld des Nordens, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/87
5. Bischoff,J. (1986), Überakkumulation, Krise und neokonservative Strategie, in: Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg
6. Coy, W. (1985), Industrieroboter, Berlin
7. Goldberg, J. (1986), Chronische Überakkumulation von Kapital und die Krise des staatsmonopolistischen Regulierungstyps, in: Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg
8. Hickel, R. (1987), Ein neuer Typ der Akkumulation?, Hamburg
9. Hirsch J./Roth, R. (1986), Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg
10. Huber, J. (1985), Modell und Theorie der langen Wellen, in: Vor uns die goldenen neunziger Jahre?, München
11. Hübner, K. (1983), Warum dauert die Krise so lange?, in: Überproduktion - Unterkonsumtion - Depression, Hamburg
12. Kondratieff, N.D. (1972/ zuerst 1924), Die langen Wellen der Konjunktur, Berlin
13. Mandel, E. (1983), Die langen Wellen im Kapitalismus, Frankfurt/M.
14. Schmidt, H. (1985), Eine Revolution auf Pump?, in: Die Zeit vom 15.2.85

15. Schubert, A. (1984), Internationaler Währungsfonds: Krisenmanager ohne Legitimation, in: Welt aktuell '85, Reinbek
16. Schubert, A. (1985), Die internationale Verschuldung, Frankfurt/M.
17. Schumpeter, J. (1961, zuerst englisch 1939), Konjunkturzyklen, 2 Bde., Göttingen

Ernst Lohoff

STAATSKONSUM UND STAATSBANKROTT

1.Profitrate und Profitmasse

Marx hat in seinen Schriften zur Kritik der politischen Ökonomie, insbesondere im "Kapital", die zentrale Bedeutung des "Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate" herausgestellt. Die marxistische Krisendebatte kreiste daher wesentlich mit um diesen Punkt. Trotz des hervorgehobenen Stellenwerts dieses Problems blieb dabei aber die theoretische Beschäftigung der Marxepigonen mit der Entwicklungsrichtung der Profitrate merkwürdig blaß und abstrakt. Die zentrale Bedeutung für die Zukunft des Kapitals, die der Profitratenentwicklung zugeordnet wurde, kontrastierte mit einer wenig zwingenden Darstellung der Folgen dieses "gesetzmäßigen" Zusammenhangs. Dieser eigenartige Gegensatz in der marxistischen Profitratendebatte hat sicher verschiedene Ursachen. Einer der wichtigsten innertheoretischen Gründe ist dabei zweifellos die Isolierung aller Überlegungen zum tendenziellen Fall der Profitrate von der Analyse der Entwicklung der Profitmasse. Während Marx seine krisentheoretischen Erörterungen zum tendenziellen Fall immer am schließlichen Sinken der Profitmasse erläutert, ziehen seine Interpreten zwischen beiden Phänomenen eine scharfe Trennungslinie. Dieser Gegensatz wird besonders krass an den schon klassischen Passagen im 3.Band des Kapitals, deutlich in denen Marx die Bedeutung des Begriffs Überakkumulation idealtypisch zu skizzieren versucht. Marx schreibt dort bekanntlich:

> "Um zu verstehn, was diese Überakkumulation ist.., hat man sie nur absolut zu setzen... Es wäre eine absolute Überproduktion von Kapital vorhanden, sobald das zusätzliche Kapital für den Zweck der kapitalistischen Produktion=0. Der Zweck der kapitalistischen Produktion ist aber die Verwertung des Kapitals, d.h. Aneignung von Mehrarbeit, Produktion von Mehrwert, von Profit. Sobald also das Kapital gewachsen wäre in einem Verhältnis zur Arbeiterbevölkerung, daß weder die absolute Arbeitszeit, die diese Bevölkerung liefert ausgedehnt, noch die relative Mehrarbeitszeit erweitert werden könnte...Der Fall der Profitrate wäre diesmal begleitet von einer absoluten Abnahme der Profitmasse, da unter unseren Voraussetzungen die Masse der angewandten Arbeitskraft nicht vermehrt und die Mehrwertrate nicht gesteigert, also auch die Masse des Mehrwerts nicht vermehrt werden könnte"(1).

(1) MEW 25 S. 261/262

Seine Epigonen konnten mit dieser Verknüpfung von Profitratenfall und sinkender Profitmasse wenig anfangen und lasen über diesen Zusammenhang für gewöhnlich rigoros hinweg. Gewissenhaftere Theoretiker setzten sich von dieser Erläuterung dessen, was unter Überakkumulation zu verstehen sei, sogar bewußt ab. Paul Mattick etwa distanziert sich offen von diesem "nicht besonders glücklich gewählten Beispiel" (1), weil es dem Mißverständnis Tür und Tor öffnen würde, daß Überakkumualtion aus einem Mangel an Arbeitskräften und einem daraus resultierenden Steigen der Löhne entspringen würde. Mit seiner nicht ganz unberechtigten Kritik an der mangelnden Klarheit und Eindeutigkeit der Marxschen Formulierung wischt Mattick aber auch den realen theoretischen Kern vom Tisch, der sich in ihr doch deutlich abzeichnet. Er begreift nicht, daß die von Marx anvisierte absolute Schranke für das Wachstum der vernutzten Arbeitsbevölkerung keineswegs im Mangel an potentiellen Arbeitskräften bestehen muß, sondern auf einer bestimmten Stufe aus der Produktivkraftentwicklung entspringt. Er streicht den Zusammenhang zwischen Überakkumulation und absoluter Abnahme der vernutzten lebendigen Arbeitsmenge, auf die die Argumentation von Marx doch recht zielsicher hinsteuert, ersatzlos! Stattdessen mühte er sich ein Leben lang an krisentheoretischen Überlegungen ab, die mit einer selbstgenügsam fallenden Profitrate auskommen müssen.

Mit der Trennung von fallender Profitrate und letztlich schrumpfenden Profitmassen steht Paul Mattick alles andere als allein. Wie er, so eskamotieren auch alle anderen wesentlichen marxistischen Krisentheoretiker den Gedanken einer absoluten Abnahme der Profitmasse, hinter der die Verringerung der wertmäßig produktiv vernutzten lebendigen Arbeit steht, von vornherein aus der marxistischen Theorie und erklären das Nebeneinander von sinkender Profitrate und steigender Profitmasse zu einer unaufhebbaren Grundtatsache. Aus der Tatsache, daß sinkende Profitrate mit einer wachsenden Profitmasse einhergehen kann, solange die Kapitalmasse nur schneller wächst als die Profitrate fällt, wird ein Grundgesetz: fallende Profitrate bedeutet

(1) Paul Mattick in "Krisen und Krisentheorien" Hrsg. Claudio Pozzoli Frankfurt 1974 S.58

grundsätzlich und überall steigende Profitmasse (1)! Damit ist aber der marxistischen Krisentheorie jede Sprengkraft genommen, denn in dieser Interpretation läßt sich beim besten Willen keine absolute Schranke der kapitalistischen Produktionsweise angeben. In dieser Interpretation verlieren die aus dem Fall der Profitrate entspringenden Krisen ihren zwingenden Charakter. Es wird rätselhaft, warum, auf eine bestimmte Stufe gefallen, die Profitrate endgültig nicht mehr für die Fortsetzung des Akkumulationsprozesses ausreichen soll. Wo der tendenzielle Fall punktuell sich durchsetzt und zur zyklischen Krise verdichtet, schrumpft sie auf eine vorübergehende Unterbrechung der aufsteigenden Linie kapitalistischer Entwicklung. Was den langfristigen Trend angeht, so ist die marxistische Krisentheorie auf dieser Basis außerstande, einen grundsätzlichen säkularen Wendepunkt zwischen aufblühendem und verfallendem Kapitalverhältnis anzugeben (2). Sie bleibt in dem dumpfen Ahnen stecken, das schon Ricardo in Sachen Fall der Profitrate umtrieb und der empirischen Entwicklung gegenüber hilf- und begriffslos bleibt.

Die blinde Hinnahme der scheinbar zwingenden Verknüpfung von steigender Profitmasse und fallender Profitrate kommt selbstverständlich nicht von ungefähr. Diese Sicht hat ihre Hauptstütze natürlich in erster Linie an der Empirie jener Zeit, in der sie entstand. Die Interpretation lebt davon, daß die Erfahrung der letzten beiden Jahrhunderte, die mit der Entfaltung des Kapitalverhältnisses die langfristige Ausdehnung der angeeigneten Mehrarbeit mit sich brachte, bedenkenlos in die Zukunft verlängert wird. Die Profitmasse hat sich trotz des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate fleißig ausgedehnt, warum sollte sich dieses Verhältnis künftig einmal ändern? Hierbei wird allerdings furchtbar flach aus der Notwendigkeit wachsender Profitmasse für das Gedeihen und die Existenz des Kapitals dabei schlichterhin die Garantie für das weitere Wachstum der

(1) Schon grotesk naiv vertritt Klaus Winter in seiner Kritik an E.Mandels "Marxistischer Wirtschaftstheorie" dieses Axiom. Vgl. "Aufsätze zur Diskussion" 46. S. 82. Aber auch andere Autoren gehen ganz selbstverständlich von dieser scheinbar naturgesetzlichen Verknüpfung aus. Elmar Altvater etwa zieht sie zur "Erklärung" der aktuellen Entkopplung von monetärer Entwicklung und Realakkumulation heran. Für ihn sinkt mit dem Fall der Profitrate auch die Akkumulationsrate. Damit ist aber der stur weiter wachsenden Profitmasse der Weg zur Neuanlage in der Sphäre der Realakkumulation versperrt und sie wird auf die schiefe Bahn der Spekulation abgedrängt. Vgl. dazu den Aufsatz von Altvater "Bruch und Formwandel des Entwicklungsmodells", in Jürgen Hoffmann (Hrsg.):"Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression", Hamburg 1983, S. 234/235.

(2) Denn wo soll der festgemacht werden, bei 5, 10, 100, 1 oder 0,1% Profit?

angeeigneten Mehrarbeitsmenge geschlußfolgert! Was zum Wohle des Kapitals sein muß, wird auch sein! Am historischen Horizont steht, was schon aus Vergangenheit und Gegenwart bekannt ist, das Anwachsen der vernutzten wertmäßig produktiven Arbeit. Bekanntlich existiert innerhalb der marxistischen Debatte kein Mißverständnis, für das nicht schon ein Marxzitat als Rechtfertigung hätte herhalten müssen, und in diesem Fall verhält es sich nicht anders. Auch die Vertreter dieser verqueren Sichtweise wähnen sich ihrem eigenen Selbstverständnis nach bei ihrer durch und durch apologetischen Interpretation in Übereinstimmung mit Marx. Und in der Tat, oberflächlich betrachtet scheint es sich bei dieser ausgesprochen eigenartigen Deutung lediglich um die Paraphrasierung der Marxschen Ausführungen im 14.Kapitel des 3.Bandes zu handeln. Dort schreibt der große Meister:

"Die Anzahl der vom Kapital angewandten Arbeiter, also die absolute Masse der von ihm in Bewegung gesetzten Arbeit, daher die absolute Masse der von ihm aufesaugten Mehrarbeit, daher die Masse des von ihm produzierten Mehrwerts, daher die absolute Masse des von ihm produzierten Profits kann also wachsen, und progressiv wachsen, trotz des progressiven Falls der Profitrate. Dies kann nicht nur der Fall sein. Es muß der Fall sein -vorübergehnde Schwankungen abgerechnet- auf Basis der kapitalistischen Produktion" (1).

Bei etwas genauerem Hinsehen schält sich allerdings sehr schnell der grundlegende Unterschied zwischen dem Ansatz von Marx und der geschilderten Lesart heraus. Marx setzt den Ewigkeitscharakter des Kapitalismus, seine objektive Schrankenlosigkeit, nicht voraus, wie es die schlechte Apologetik der Epigonen ganz selbstverständlich tut, im Gegenteil. Die Existenz der bürgerlichen Produktionsweise angesichts fallender Profitraten ist das Rätsel, das Marx erklären will! Es geht ihm bei seinen Ausführungen nicht darum, den Gegensatz von steigender Profitmasse und fallender Profitrate zum unabweisbaren Quasinaturgesetz zu erheben, er will verständlich machen, wieso trotz des tendenziellen Falls der Profitrate die kapitalistische Produktionsweise überhaupt bestehen kann und unter welchen Voraussetzungen. Nur in diesem Rahmen gewinnen Marxens Ausführungen Sinn. Mit dem Gegensatzpaar steigende Profitmasse und fallende Profitrate bestimmmt er die Grundbedingung, unter der allein die Fortsetzung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses trotz der angenommenen stetigen Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals sichergestellt ist. Das Anwachsen der Profitmasse ist conditio sine qua non für das Kapital. Die Profitmasse hängt von zwei Faktoren ab. Einerseits von der Masse des fungierenden produktiven Kapitals, andererseits von der Profitrate. Das Schrumpfen des einen Faktors kann durch die Vergrös-

(1) MEW 25 S.228

serung des anderen ausgeglichen werden. Konkret heißt das: Der Fall der Profitrate kann durch ein schnelleres Anwachsen des angewandten Kapitals kompensiert werden. Mit dieser Erklärung für den Fortgang des kapitalistischen Akkumulationsprozesses öffnet Marx gleichzeitig, sozusagen im Umkehrschluß, einen zentralen Zugang zur Krisentheorie. Wenn die Lebensfähigkeit des Kapitalverhältnisses davon abhängt, daß die Ausdehnung des angewandten Kapitals den Fall der Profitrate kompensiert und sich die Verwertungsbasis, also die Gesamtmenge der wertschaffenden lebendigen Arbeit - "vorübergehende Schwankungen abgerechnet" - erweitert, ist das Ende dieses Kompensationsprozesses, das absolute Schrumpfen der vernutzten produktiven lebendigen Arbeit, gleichbedeutend mit der Krise der kapitalistischen Reproduktion, und ihre säkulare Abnahme führt in die Auflösung des kapitalistischen Systems. Marx selber hat diesen Zusammenhang recht deutlich herausgestellt:

"Übrigens ist es nur das Bedürfnis der kapitalistischen Produktionsweise, daß die Anzahl der Lohnarbeiter sich absolute vermehre, trotz ihrer relativen Abnahme...Eine Entwicklung der Produktivkräfte, welche die absolute Anzahl der Arbeiter verminderte, d.h., in der Tat die ganze Nation befähigte, in einem geringern Zeitteil ihre Gesamtproduktion zu vollziehen, würde Revolution herbeiführen, weil sie die Mehrzahl der Bevölkerung außer Kurs setzen würde. Hierin erscheint wieder die spezifische Schranke der kapitalistischen Produktion, und daß sie keineswegs eine absolute Form für die Entwicklung der Produktivkräfte und Erzeugung des Reichtums ist, vielmehr mit dieser auf einem gewissen Punkt in Kollision tritt. Partiell erscheint diese Kollision in periodischen Krisen, die aus der Überflüssigmachung bald dieses, bald jenes Teils der Arbeiterbevölkerung in ihrer alten Beschäftigungsweise hervorgehn. Ihre Schranke ist die überschüssige Zeit der Arbeiter" (1).

In letzter Instanz haben die Krisen der kapitalistischen Entwicklung ihre Ursachen in fehlender Profitmasse, und erst die Verknüpfung des "tendenziellen Falls der Profitrate" mit ihr verleiht den "inneren Widersprüchen des Gesetzes", wie sie von Marx im 15. Kapitel des 3. Bandes geschildert werden, ihre Sprengkraft. Solange die Brücke zur gesellschaftlichen Mehrwertmasse ungeschlagen bleibt, zerfasert sich die Analyse der Profitrate nur in blutleeren Zahlenspielereien. Es ist die Größe der gesellschaftlichen Mehrwertmasse, die über Leben oder Tod, erweiterte Reproduktion oder Zerfall der kapitalistischen Ökonomie entscheidet. Das Absinken der Durchschnittsprofitrate hat nur bedrohliche Relevanz, soweit es in das Schrumpfen der produzierten Mehrwertmasse einmündet. Das gilt sowohl für den einzelnen Krisenzyklus wie erst recht für die säkulare Entwicklungslinie des Kapitalverhältnisses. Das Kapital muß wachsen oder sterben, und das heißt für die

(1) MEW 25 S.274

Ebene des Gesamtkapitals: Die Entfaltung des Kapitalverhältnisses ist gleichbedeutend mit der Ausdehnung der Mehrwertmasse. Die Mehrwertmasse ist aber nichts anderes als die Mehrarbeit unter anderem Gesichtspunkt betrachtet, und die absolute gesellschaftliche Mehrarbeitszeit wiederum hängt in erster Linie von der produktiv absorbierten Arbeitszeit überhaupt ab (1). Die Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihrer Krisen löst sich so im Kern in die Geschichte der Absorption, Freisetzung und Reabsorption lebendiger, produktiver Arbeit durch das Kapital auf.

Auf den ersten Blick mag es überraschen, daß diese fast schon banal bis selbstverständliche wirkende Schwerpunktsetzung in der marxistischen Politökonomie so sehr in den Hintergrund gedrängt und von der Beschäftigung mit sekundären, abgeleiteten Fragestellungen vollkommen überlagert wurde. Die platte Empirie, die Tatsache, daß die vernutzte lebendige Arbeit eben realiter noch im Anwachsen begriffen war und daß die marxistischen Krisentheorien in diesem Sinne nur die Wirklichkeit ihrer Zeit reflektieren, reicht zur Erklärung allein nicht aus. Die Verwunderung weicht aber, wenn wir uns den historischen Kontext und die realen gesellschaftlichen Aufgabenstellungen angesichts derer diese Verdrängung vor sich ging, vergegenwärtigen. Die Rezeption der Marxschen Krisentheorie erfolgte nicht im luftleeren Raum, Sinn und Zusammenhang gewann sie aus ihrem poli-

(1) Die Evidenz dieses Zusammenhangs steigt mit der bereits erreichten Ausgangshöhe des Mehrwerts und damit mit dem Entwicklungsstand des Kapitalverhältnisses. Je höher die Mehrwertrate bereits geklettert ist, desto geringer ist das absolute Anwachsen der Mehrwertmasse, das aus ihrer weiteren Steigerung resultieren kann. Ein simples Zahlenbeispiel mag das verdeutlichen. Nehmen wir eine kapitalistische Gesellschaft oder Fabrik an, in der 6000 Arbeitsstunden produktiv gearbeitet wird. Die Mehrwertrate sei zunächst 100% und steigere sich von Produktionszyklus zu Produktionszyklus um weitere 100%, während die Gesamtarbeitszeit konstant bleibe. Für die absolute Größe der Arbeitszeit ergibt sich dann folgendes Bild:

Gesamtarbeitszeit	Mehrwertrate	Mehrwertmasse	Anwachsen der Mehrwertmasse
6000	100%	3000	----
6000	200%	4000	1000
6000	300%	4500	500
6000	400%	4800	300
6000	500%	5000	200
6000	600%	5143	143
6000	700%	5250	107
6000	800%	5333	83

tischen Bezug, und so darf es nicht verwundern, daß die für das Selbstverständnis der traditionellen sozialistischen Bewegung konstitutiven Prämissen sich auch in der krisentheoretischen Debatte niederschlagen und deren Horizont abstecken. Auch alle krisentheoretischen Überlegungen blieben letzten Endes an dem Resonanzboden haften, von dem sie zehrten, und so spiegelt sich das Streben nach der Selbstaffirmation der Arbeiterklasse auch in den politökonomischen Theoremen. Der historische Kampf der Klasse galt nicht ihrer Selbstaufhebung. Das Emanzipationsverständnis blieb narzißtisch auf die Klasse als Klasse bezogen. Das schwere Los, Arbeiter zu sein, wurde nicht als zu beseitigendes Unglück begriffen. Sozialismus war kein Synonym für das Verschwinden des Arbeiterdaseins, sondern war gleichbedeutend mit der Verallgemeinerung und Adelung dieses Schicksals. Der traditionelle Marxismus begriff die Lohnarbeiterklasse nicht als die andere Seite des Kapitalverhältnisses, sondern hielt sie als solche für eine transkapitalistische Kraft. Die Siegeszuversicht der alten Arbeiterbewegung lebte vor diesem Hintergrund ganz selbstverständlich vom Vertrauen in die wachsende eigene Stärke, und die sicherste Garantie für den schließlichen Endsieg des Sozialismus schien die ständige zahlenmäßige Ausdehnung der Arbeiterklasse zu sein. Auf dem Boden dieser unangegriffenen Vorgaben verbot sich aber jeder krisentheoretische Ansatz, der die Krisen des kapitalistischen Reproduktionsmechanismus von ihrer realen Basis, dem Schrumpfen der vernutzten produktiven Arbeit, aufgerollt hätte. Alle Momente der kapitalistischen Krise, die die lebendige Grundlage der bürgerlichen Produktionsweise wesentlich betrafen, wären nur als Defätismus und Nihilismus erschienen und wurden von vornherein aus der Analyse ausgespart. Unter diesen Auspizien konnte die Beschäftigung mit der kapitalistischen Krisenlogik nur mit angezogener Handbremse voranschreiten und unter Ausklammerung der realen Basis, der absorbierten produktiven Arbeit. Sie mußte haltmachen, sobald die Integrität des machtvoll wachsenden Proletariats in Gefahr geraten wäre (1), und zerstreute sich stattdessen auf die ungefährlichere Ebene abgeleiteter Phänomene. Die gesamte Profitratendebatte ist davon gezeichnet. Sie mußte vor der Vision

(1) Diesen Punkt habe ich zusammen mit R.K. in dem Artikel "Der Klassenkampffetisch" herausgearbeitet. Dieser Beitrag erscheint in der nächsten Ausgabe der "MK". Ich verzichte daher darauf an dieser Stelle genauer auf diesen Zusammenhang einzugehen.

einer fallenden gesamtgesellschaftlichen Profitmasse haltmachen (1).

Solange der Übergang zum Sozialismus an das Gegensatzpaar maroder Kapitalismus einerseits, kraftstrotzendes Proletariat andererseits gekoppelt war, war der Weg zur Antizipation der Krise des gesellschaftlichen Gesamtverhältnisses natürlich von vornherein verschlossen. Die Beschränkung der klassischen marxistischen Krisentheorie betraf aber nicht nur deren prophetische Leistungskraft, sie machte sich auch in der Analyse der konkreten historischen Konjukturzyklen bemerkbar. Die marxistischen Ökonomen konnten weder die Logik des säkularen Trends kapitalistischer Entwicklung und die objektive Schranke der bürgerlichen Produktionsweise logisch stimmig herleiten noch einen befriedigenden Beitrag zur Erklärung der wirklichen Weltmarktkrisen liefern. Solange der grundlegende innere Widerspruch des Kapitals nicht logisch sauber herausgearbeitet war, konnte auch sein partielles Aufscheinen in den periodischen Krisen nicht wirklich begriffen werden. Mit dem Schlüssel zu den langfristigen Entwicklungslinien war auch der Zugang zur theoretischen Durchdringung der jeweiligen Etappe und ihrer besonderen Bedingungen aus der Hand gelegt worden, und die Marxisten hielten sich notgedrungen wo es um die Erklärung wirklicher Veränderungen ging an eine, oft von bürgerlichen Ökonomen entliehene Auswahl von ad hoc Konstrukten. Die eigenen marxistischen Grundlagen verkamen dabei zum inhaltlichen Ballast. Die Kritik der politischen Ökonomie verlor für die Realanalyse jeden eigenen Erkenntniswert und degenerierte zu einer verschrobenen Ausdrucksweise, zu einem ideologischen Spezialjargon. Die marxistischen Ökonomen hatten zur Aufarbeitung der vorliegenden Phänomene nichts beizutragen, was von bürgerlicher Seite ohne marxeologisierenden

(1) In der gesamten marxistischen Krisendebatte wird die Betrachtung der Profitmasse und ihrer Entwicklungslinie strikt von der Profitrate getrennt. Die Profitmasse bleibt für gewöhnlich völlig außerhalb des Blickfelds. Eine gewisse Sonderstellung nimmt hier allein Henryk Grossmann ein. Er ist die Ausnahme, die die Regel und das zugrundeliegende Prinzip bestätigt. Er wiederholt den gewohnten Fehler und stellt ihn andererseits gekonnt auf den Kopf. Für Grossmann hat die Profitratenentwicklung expressis verbis keinerlei eigenständige Bedeutung, sie taugt lediglich als Index für die Entwicklung der Profitmasse. Da er unter Profitmasse aber keineswegs den gesellschaftlichen Gesamtprofit versteht, sondern sie auf den "eigentlichen Profit", den konsumierten Mehrwertteil beschränkt, bezieht sich auch seine Zusammenbruchstheorie keineswegs auf die hinter der Profitmasse stehende vernutze lebendige Arbeit. In Grossmanns System sinkt die von ihm begrifflich zurechtmalträtierte Profitmasse, obwohl die absorbierte lebendige Arbeit weiterhin im Anwachsen begriffen ist! Die Verbiegungen, zu denen er bei diesem Konstrukt Zuflucht suchen muß, habe ich an anderer Stelle ("MK5") bereits dargestellt, es erübrigt sich daher, hier auf diesen Zusammenhang einzugehen.

Schwulst nicht schon vorgetragen worden wäre.

2. Der lange Weg zum Keynesianismus

Das Erlöschen der theoretischen Erklärungskraft der marxistischen Politökonomie, ihre Deformation zu einer marxistischen Wirtschaftssoziologie, die mit von Marx überlieferten Versatzstücken operiert, hat natürlich selber wiederum eine lange Geschichte, die schon mit der Marxrezeption der 2. Internationale einsetzt. Allerdings wirkte der Erosionprozeß, dem die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie in den Händen der Epigonen unterlag, zunächst und über weite Strecken untergründig. Der Verfall erschien vorderhand, im Selbstverständnis der Zeitgenossen, als strammes Festhalten. Das Unverständnis der Theoretiker der alten Arbeiterbewegung gegenüber der theoretischen Sprengkraft des Marxschen Werkes kam selbstbescheiden, als devoter Respekt vor diesem geistigen Monumentalbau daher, und die Anpassung der Marxschen Theorie an die beschränkten Bedürfnisse der alten Arbeiterbewegung verstand sich selber als praktische Auslegung einer sakrosankten Lehre. Wie das Wort Gottes nur durch den Mund seiner Priester existieren kann, so wälzten sich die diversen handgeschusterten marxistischen Wirtschaftstheorien über den revolutionären theoretischen Torso, den Marx hinterlassen hatte, und verschütteten ihn völlig. Diese quasireligöse Mimikry bestimmte auch den Umgang mit der zeitgenössischen bürgerlichen Theorie. Die offiziös geübte Ignoranz gegenüber der bürgerlich-akademischen Diskussion, das rein ideologiekritische Vorgehen, verschleierte nur, wie sehr hinter dem Rücken der Beteiligten Motive aus der feindlichen terra incognita das politökonomische Verständnis im marxistischen Lager nach ihrer Melodie umorganisiert hatten.

Bei aller Kritik an dieser Entwicklung darf aber keinesfalls angenommen werden, daß die klammheimliche Metamorphose die aktuelle Wirkungskraft der marxistischen Theorie untergraben hätte. Im Gegenteil, zu ihrer Zeit war diese Verbiegung durchaus funktional. Die legitimatorische Leistung des traditionellen Marxismus beruhte gerade auf dieser Umwandlung. Die reale, historische Aufgabe der alten Arbeiterbewegung bestand gerade im Kampf für die Durchsetzung und Verallgemeinerung der bürgerlichen Verkehrsform, und in diesem Zusammenhang mußten die das bürgerliche Denken sprengenden Momente der Marxschen Theorie in der Rezeption konsequent -weil für die praktische Aufgabenstellung kontraproduktiv- ausgeschaltet werden. Das sozialistische Ethos mit dem die alte Arbeiterbewegung in den rea-

len Kampf für die Verallgemeinerung der bürgerlichen Verhältnisse zog, lebte auf dem theoretischen Parkett von der Heiligung durch und durch bürgerlichen Denkens zu sozialistischem Gedankengut. Die Verkehrung der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie in positive marxistische Wirtschaftswissenschaft wiederholt nur folgerichtig und wie im Brennglas gebündelt die notwendige Adaption aller Aporien bürgerlichen Denkens durch den traditionellen Marxismus. Zwar konnte auf der Grundlage dieses kastrierten Marxverständnisses der historische Prozeß, dessen Agent die marxistische Linke selber geworden war, nicht durchleuchtet und auf den Begriff gebracht werden, für die Konkurrenz mit den bürgerlichen Kontrahenten reichte das zusammengedeichselte Rüstzeug aber allemal. Die Marxisten hatten zwar auf politökonomischem Gebiet seit dem Erscheinen des 3. Bandes des Kapitals nichts wesentlich neues zu sagen, aber auch auf seiten der bürgerlichen Konkurrenz blieben die großen wissenschaftlichen Umwälzungen der Nationalökonomie aus. Solange die reale Konjunkturentwicklung mit den Vorhersagen der marxistischen Wirtschaftswissenschaftler nicht in offensichtlichen Gegensatz geriet und solange die bürgerliche Makroökonomie, soweit sie nicht vollkommen darniederlag, sich im wesentlichen mit der Fortschreibung der schon von Marx kritisierten klassischen Nationalökonomie begnügte, konnte auch die marxistische Politökonomie in aller Ruhe weiter vor sich hindümpeln, ohne damit automatisch ins Hintertreffen zu geraten. Diesem bequemen Zustand bereitete allerdings die Überwindung der "Weltwirtschaftskrise" der 30er Jahren und die den einsetzenden Aufschwung begleitende "keynesianische Revolution" in der bürgerlichen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik ein Ende. Die reale Entwicklung der Weltwirtschaft und der Diskurs darüber wandte sich handgreiflich gegen die marxistische Überlieferung und zog sie arg in Mitleidenschaft. Die Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft, die Verallgemeinerung der Wertbeziehung, an deren Durchsetzung sich realiter der Marxismus verzehrt hatte, brachte ihn aussichtslos ins Hintertreffen. Die einsetzende explosionsartige Ausdehnung der Staatstätigkeit innerhalb des kapitalistischen Rahmens war von einem Marxismus, der die Wertbeziehung rein distributiv als Austauschrelationen auf dem Markt auffaßte, theoretisch nicht zu bewältigen. Der traditionelle Marxismus hatte den Staat immer außerhalb des Wertzusammenhangs als dessen Kontrapunkt angesiedelt, und der emanzipative Impuls der Arbeiterbewegung hatte sich wesentlich in die Propagierung der Ausdehnung der Staatstätigkeit ergossen. Der Staat als vermeintlich bewußtes Organ der Gesellschaft sollte die "Marktanarchie" beseitigen und die Regulation des Wirtschaftslebens übernehmen. Die Entwicklung der bürgerlichen Gesell-

schaft erfüllte diese essentielle Forderung - allerdings unter von der Arbeiterbewegung nicht vorausgesehenen Vorzeichen. Der Staat, der diese Aufgabe auf sich nahm, war peinlicherweise mit dem falschen Adjektiv ausgerüstet. Es war kein "sozialistischer" Staat, sondern der "Staat der Monopole". Damit war diesem Marxismusverständnis de facto das Genick gebrochen. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan und konnte von der historischen Bühne abtreten. Das Schicksal, das im 19.Jahrhundert die bürgerlichen Revolutionen in Deutschland und Italien getroffen hatte, wiederholte der Faschismus an der Arbeiterbewegung. Wenn Marx darauf hinweist, daß ironischerweise ausgerechnet ihre ärgsten Feinde, Bismarck und Napoleon III., die Revolution von 1848 beerbt, und wesentliche ihrer Ziele schließlich verwirklicht haben (die deutsche und italienische Einigung), so läßt sich rückblickend ähnliches noch entschiedener von den faschistischen Diktaturen sagen. Der Faschismus radierte nicht nur die organisierte Arbeiterbewegung aus, er machte sie auch positiv überflüssig. Mit Hitlers Kriegswirtschaft und den parallellen Entwicklungen in den anderen kriegführenden Staaten erreicht die innerökonomische Potenz des Staates ein Niveau, von dem die Sozialisten immer nur träumen konnten. Die physische Verfolgung und Liquidierung der marxistischen Linken in Faschismus und Stalinismus war nicht viel mehr als die grausam-vorwegnehmende Begleitmusik zu diesem Substanzverlust. Sie traf einen an sich selber hohl gewordenen Gegner, dessen stolze Divisionen nur eins verdient hätten, nämlich Mitleid. Die theoretisch und praktisch kampflose Abdankung der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Faschismsus enthüllte, wie überlebt und haltlos diese Form von Oppositionsbewegung schon geworden war. Der 2.Weltkrieg, das Ende des Faschismus und der langanhaltenden Depressionsphase, das Einsetzen des Nachkriegsbooms, der sich mit historisch einmaligen Wachstumsraten für die gesamte Weltwirtschaft auswies, setzten die strukturellen Veränderungen, an denen sich der traditionelle Marxismus gründlich blamiert hatte, fort. Die marxistische Politökonomie blieb hoffnungslos in der Defensive. Das lag aber nicht nur einfach an der flachen empirischen Tatsache, daß die Renaissance der kapitalistischen Weltwirtschaft als handgreifliche Wiederlegung aller marxistischen Zusammenbruchs- und Krisentheorien erscheinen mußte, sondern hatte tiefer gehende, innertheoretische Ursachen. Der Marxismus scheiterte und machte eine theoretisch äußerst kläglich Figur, weil er, unfähig die Dichotomie von Politik und Ökonomie begrifflich aufzulösen, außerstande, war die parallell zum Aufschwung sich vollziehende Wende vom ökonomisch ab-

stinenten Nachtwächterstaat zum keynsianischen Interventionsstaat(1) in seine Konzeption der Kritik der politischen Ökonomie zu integrieren. Er blieb die Antwort auf die enge Einbindung des Staates in die kapitalistische Ökonomie und deren Reflexe in der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft schuldig und dankte de facto ab.

Dabei hatte alles, oberflächlich betrachtet, so hoffnungsvoll begonnen. Als 1929 die "Weltwirtschaftskrise" hereinbrach und im Anschluß daran das ganze Jahrzehnt vor dem Ausbruch des 2.Weltkriegs unter dem Vorzeichen einer langwierigen Depression stand, mußte dieser Umstand den marxistischen Ökonomen als glänzende empirische Bestätigung der Marxschen Krisentheorie erscheinen. Das nebelhafte und immer so schwer faßbare "Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate" und die anderen in der klassischen marxistischen Debatte kolportierten Bruchstücke der Marxschen Krisentheorie verwandelten sich den kon-

(1)Wenn ich in diesem Zusammenhang die faschistische Wirtschaftspolitk und die Keynessche Lehre in einem Atemzug nenne, so kommt dies nicht von ungefähr. Das nationalsozialistische Deutschland war wohl das erste Land, das sich wirtschaftspolitisch auf breiter Front auf das später nach Keynes benannte Instrumentarium ganz unbekümmert in wesentlichen Punkten einließ. Die Affinität zwischen Keynes und der faschistischen Wirtschaftspolitik (daß Keynes persönlich keinerlei Zuneigung zum faschistischen Denken verspürte, tut hier nichts zur Sache) kommt unter anderem in der Abkehr vom Weltmarkt und in der starken Binnenmarktorientierung zum Ausdruck. Das Streben relativ geschlossener Wirtschaftsräume nach Autarkie, wie wir es vom Dritten Reich kennen, galt Keynes als Voraussetzung dafür, daß die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen überhaupt greifen können. In dem 1933 erschienenen Aufsatz "nationale Selbstgenügsamkeit" schreibt er : "Ich sympathisiere .. mehr mit denen, die die finanzielle Verknüpfung zwischen den Nationen sehr stark lockern wollen, als mit denen, die sie zu steigern gedenken. Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen- das sind Dinge, die ihrer Natur nach international sein sollten, aber laßt Güter in der Heimat herstellen, wenn immer es sinnvoll und praktisch möglich ist, und vor allem laßt die Finanzen in erster Linie nationale sein" (zit. nach Harald Mattfeldt, Keynes, kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985, S.154).
Der Gedanke der Zurückdrängung des Welthandels und die Forderung nach Befreiung der nationalen Geldmärkte von internationalen Einflüssen kommen nicht von ungefähr. Keynes geht davon aus, daß die Verwirklichung seiner Pläne von einer niedrigen Zinsrate abhängen. Die staatliche Regulierung des Zinses kann aber nur innerhalb des nationalen Rahmens funktionieren und wird durch die weltwirtschaftliche Verflechtung konterkariert: "In der Tat mag aber die Umformung der Gesellschaft, die ich in erster Linie betrachten möchte, in den nächsten dreißig Jahren eine Reduktion der Zinsrate bis auf eine verschwindend geringe Höhe fordern. Aber in einem System, in dem die Zinsrate durch die Wirkung normaler finanzieller Kräfte ... in der ganzen Welt ein einheitliches Niveau erreicht, ist eine Entwicklung in dieser Richtung ganz unwahrscheinlich" (ebenda. S.157).

kurrierenden marxistischen Theoretikern aus analytischen Bestimmungen in unmittelbar greifbare materielle Tatsachen. Fritz Sternberg spricht nicht nur für sich, sondern für alle, wenn er 1934 schreibt:

"Wenn wir die heutige Krise insgesamt betrachten, so beweist die Analyse, daß die von Marx aufgewiesene Gesetzlichkeit nicht mehr nur Tendenz ist, sondern bereits Realität, bereits Wirklichkeit. Und vieles was er vor Generationen im "Kapital" schrieb, ist heute als Wirklichkeit mit Händen zu greifen..." (1).

Unabhängig davon, ob sie die Krise unter dem Vorzeichen der Unterkonsumtions oder der Überakkumulation einordneten, alle verstanden die reale Weltmarktkrise als Verifikation ihrer Interpretation der Marxschen Krisentheorie. Zwar brachte die langanhaltende Krisenperiode nicht die erwarteten politischen Früchte, sondern im Gegenteil vernichtende Niederlagen für die historisch gewachsene Arbeiterbewegung, trotzdem war aber das ökonomische Faktum der Krise des Kapitalismus selbstverständlich nicht von der Hand zu weisen. Auch wenn alle Ausformungen marxistischer Krisentheorie der konkreten Krise von 1929 gegenüber reichlich abstrakt blieben und keinesfalls deren Ablauf begreifbar und nachvollziehbar machten, die marxistischen Astrologen hatten die Krisenhaftigkeit kapitalistischer Entwicklung immerhin stets genüßlich proklamiert und konnten sich auf diesem Lorbeer zur ewigen Ruhe betten. Wie wenig tragfähig und inhaltsleer diese scheinbar glatte empirische Verifikation der marxistischen Krisentheorie war, blieb den zeitgenössischen Ökonomen zunächst verborgen (2). Selbst im Kreis der hilfs- und begriffslosen bürgerlichen Ökonomen, die in ihrem Gros vom Zusammenbruch der Weltwirtschaft vollkommen überrascht worden waren, machte sich der Gedanke

(1) Fritz Sternberg, "Der Faschismus an der Macht", Hildesheim 1981, S.3

(2) Dieses Urteil trifft allerdings auf einen bedeutenden Ökonomen nicht zu. J.A. Schumpeter kritisiert seine "marxistischen" und "bürgerlichen" Zeitgenossen genau in dem von uns beschriebenen Sinne. Er schreibt 1942, zu einem Zeitpunkt, an dem die schließliche Überwindung der "großen Depression" längst noch keine ausgemachte Sache war:

"Insbesondere besteht kein Anlaß, auf die Art und Weise stolz zu sein, in der die Marxsche Synthese die Erfahrung des letzten Jahrzehnts erklärt. Jede anhaltende Periode der Depression oder der unbefriedigenden Erholung wird jede pessimistische Voraussage ebenso gut verifizieren wie die Marxsche. In diesem Falle wird ein gegenteiliger Eindruck erweckt durch das Gerede von mutlosen Bourgeois und erregten Intellektuellen, die durch ihre Befürchtungen und Hoffnungen unwillkürlich einen Marxschen Anstrich erhielten. Aber keine wirkliche Tatsache rechtfertigt irgend eine spezifische Marxsche Diagnose und noch weniger eine Schlußfolgerung, daß das, was wir erlebt haben, nicht einfach eine Depression war, sondern Symptome einer strukturellen Änderung im kapitalistischen Prozeß,so wie Marx sie erwartete." (J.A. Schumpeter, "Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie", München 1975, S.86.

breit, daß der Kapitalimus der freien Konkurrenz unhaltbar geworden sei und grundlegend verändert werden müsse. Die axiomatische Hoffnung auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes, hatten sich an der Empirie der 30er Jahre gründlich blamiert und befand sich bei den akademischen Ökonomen, wenn auch zögerlich, auf dem Rückzug. Das Saysche Theorem, demzufolge jedes Angebot auch seine Nachfrage schafft, das die Grundlage zur vorherrschenden klassischen Gleichgewichtstheorie gebildet hatte, war durch die Krisenwirklichkeit falsifiziert worden und mußte fallengelassen werden. Die Schlappe, die die empirische Entwicklung dem tradierten Credo bürgerlicher Wirtschaftswissenschaften bereitet hatte, ebnete aber gleichzeitig den Boden für eine Gegenbewegung innerhalb des bürgerlichen Lagers und entzog den Marxisten ihr gewohntes Terrain. Der tiefsitzende Schock machte die Position des Außenseiters John Maynard Keynes hoffähig. Sie beeinflußte von nun an maßgeblich die Debatte im bürgerlichen Spektrum.

Religionen werden für gewöhnlich, wenn sie in die Krise geraten, von ihren Ketzern gerettet. Im Reich der Theorie verhält sich das nicht anders (1). Keynes ist dafür ein Musterbeispiel. Er brach nicht grundlegend mit der tradierten klassischen Theorie, sondern sprengte sie durch Erweiterung. Seine Häresie blieb theoretisch voll in ihrem eigenen Rahmen angesiedelt. Er kritisierte nicht das klassische Gleichgewichtstheorem, sondern behauptete lediglich, daß der von der klassischen Theorie angenommene Fall keinesfalls der einzig mögliche sei, und integrierte die überlieferte klassische Theorie als Spezialfall in

(1) Keynes war sich seiner eigenen Stellung zur klassischen Nationalökonomie vollkommen bewußt. Im Vorwort zur ersten deutschen Ausgabe seines Hauptwerks greift Keynes bei der Beschreibung des Stellenwerts seines Ansatzes selber zu der von uns gewählten Metapher, um die Schärfe seiner Abgrenzung zu rechtfertigen: "Wie ich ...die Punkte, in denen ich von der anerkannten Doktrin abweiche, hervorgehoben habe, ist in gewissen Kreisen in England als übermäßig kontrovers betrachtet worden. Aber wie kann einer, der in englischer wirtschaftlicher Orthodoxie erzogen wurde, sogar einmal ein Priester jenes Glaubens war, einigen kontroversen Nachdruck vermeiden, wenn er zum erstenmal Protestant wird?" (John Maynard Keynes, "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes", Berlin 1936, S. VIII)

seine eigene theoretische Konzeption (1).

In einer verzweifelten Situation lieferte Keynes innerhalb der auf die Zirkulationsoberfläche fixierten bürgerlichen Nationalökonomie ein Alternativkonzept. Ohne die Probleme von Profitproduktion und Verwertung zu thematisieren, allein auf die alle kapitalistischen Spezifika einebnende Kategorie "Einkommen" fixiert, proklamierte er in stillschweigender Anlehnung an die Grenznutzentheorie eine "Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals" und forderte die Ergänzung der erlahmenden investiven Unternehmernachfrage durch staatliche Ausgabenpolitik.

"Ausgehend von einem wachsenden Volkseinkommen postulierte Keynes, daß der Verbrauch relativ weniger schnell und infolgedessen die Ersparnisse relativ schneller steigen als das Gesamteinkommen. Die Ersparnisse stehen über das Kreditsystem zur Investition zur Verfügung. Der Zinsfuß als Regulierungsmechanismus von Angebot und Nachfrage im Kreditsystem bildet jedoch nach Keynes allein keine ausreichende Garantie der für Vollbeschäftigung und kontinuierliches Wachstum erforderlichen ständigen gleichmäßigen Anpassung der Investitionsquote und der Ersparnisquote aneinander und an den optimalen Wachstumsfaktor. Eine solche Garantie zu übernehmen ist vielmehr Aufgabe des Staates. Über seinen Anteil am Volkseinkommen kann er auf vielfältige Weise die notwendigen Anpassungsprozesse induzieren. Er hat nach der keynsianischen Theorie die Möglichkeit, über den Steuermechanismus Ersparnisse an sich zu bringen und sie je nach der Konjunkturlage der eigenen oder privatwirtschaftlichen Investitionen zuzuführen oder vorzuenthalten" (2).

Nach dem Erscheinen seines sagenumwogenen Hauptwerks "General theory of employment, interest and money" 1936 trat seine Lehre ihren unaufhaltsamen Siegeszug an. Sehr schnell zum Keynesianismus vergröbert und ausgewalzt, errang sie in der Wirtschafpolitik eine Schlüsselstellung und bewahrte sie bis heute. Erst tief in den 70er Jahren, angesichts einer grundlegenden wirtschaftlichen Trendwende, begann die keynesianische Vormacht zu bröckeln und geriet das Credo: "deficit spending" in der wirtschaftspolitischen Debatte in die Defensive. Die enorme Durchschlagskraft der Keynesschen Position muß überraschen,

(1) An hervorgehobener Stelle, im ersten Kapitel schreibt Keynes dies explizit : "Ich werde darlegen, daß die Postulate der klassischen Theorie nur in einem Sonderfall, aber nicht im allgemeinen gültig sind, weil der Zustand, den sie voraussetzt, nur ein Grenzpunkt der möglichen Gleichgewichtslagen ist. Die Eigenheit des von der klassischen Theorie vorausgesetzten Sonderfalls weichen überdies von denen unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse ab, und ihre Lehren werden daher irreführend und verhängnisvoll, wenn wir versuchen, sie auf die Tatsachen der Erfahrung zu übertragen." (ebd. S. 3)

(2) Klaus-Martin Groh, "Die Krise der Staatsfinanzen Systematische Überlegungen zur Krise des Steuerstaates" Frankfurt/M. 1978, S. 40.

wenn wir sie allein innertheoretisch betrachten. Denn wenn wir den wissenschaftlichen Grenznutzen der Keynesschen Theorie zu messen versuchten, so läge er sicher nahe Null. Als theoretischer Ansatz zeichnet sich die Keynessche Lehre weder durch fulminanten Tiefgang noch durch besondere Reichweite aus (1). Selbst im bürgerlichen Wissenschaftsrahmen war Keynes' fiscal theory eher ein Rückschritt. Sie brachte an Gesichtspunkten der realen Entwicklung kaum etwas aufs Tapet, was die bedeutendsten Gestalten der deutschen "Finanzsoziologie", Wagner, Goldscheid, Schumpeter, Mann und Jecht, nicht schon umfassender und mehr in die Tiefe gehend vorgedacht und vorformuliert hatten. Aber wahrscheinlich liegt gerade in dieser bescheidenen Armseligkeit des Keynesschen Gedankenguts der Schlüssel zu dessen bemerkenswerten Erfolg. Seine theoretische Beschränktheit und Schnörkellosigkeit macht den Keynesschen Ansatz glatt finanztechnisch operationalsierbar und ließ ihn als unmittelbar praxistaugliches Rüstzeug moderner Finanz- und Konjunkturpolitik erscheinen. Ohne viel theoretisches Brimborium, angelsächsisch nüchtern im kümmerlichsten Sinn, erfüllte der Keynesianismus bestens seine historische Aufgabe. Rein finanztechnisch, ohne großen emphatischen Überhang (2), reetablierte Keynes die eigenständige Funktion des Staates im Wirtschaftsleben und lieferte so eine passende, durch und durch technokratische Begründung für die historisch anstehende, längst schon real angelaufene Ausdehnung der Staatstätigkeit. Krisentheoretisch ist Keynes' Ansatz eher belanglos. Bei der Suche nach den Krisenursachen flüchtet er flugs aus den Wirtschaftswissenschaften in die Psychologie und nimmt eine wachsende "Sparneigung" zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Er lieferte keinesfalls eine irgendwie zureichende und tiefsinnige Erklärung für den sich vollziehenden tiefgreifenden Umstrukturierungsprozeß innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft, sondern legitimierte lediglich eine sich ohne sein Zutun schon zögerlich, naturwüchsig durchsetzende Praxis. Sein "Paradigmenwechsel" beseitigte lediglich ein lebensfremdes und anachronistisches Dogma, dessen zähe Anwendung in der Wirtschaftspolitik längst kontraproduktiv geworden war, und lieferte dabei frei Haus einige handliche finanztechnische

(1)Bei Keynes "general theory.." entsprechen sich Umfang und Inhalt ziemlich genau. Beide sind ausgesprochen dünn bemessen.

(2) Ein Theoretiker wie Goldscheid, der sich schon während des 1. Weltkriegs mit der geänderten Rolle des Staates für die kapitalistische Wirtschaft beschäftigt hatte, machte sich beim eigenen, bürgerlichen Publikum durch seine "staatssozialistischen" Untertöne suspekt. Nur ein flacherer, dafür aber im bürgerlichen Sinne "ideologiefreier" Theoretiker konnte der gewachsenen Bedeutung des Staates Rechnung tragen, ohne das Selbstverständnis der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften völlig zu sprengen.

Tips mit.

Selten ging eine Theorie so in ihrer unmittelbar-praktischen Funktion auf wie der Ansatz von Keynes. Die berüchtigte "keynesianische Revolution" richtete sich kaum gegen die tradierten theoretischen Grundlagen der herrschenden Wirtschaftslehre, die radikale Umwälzung bezog sich auf die praktischen Schlußfolgerungen, die gemeinhin aus ihnen gezogen wurden. Diese Tatsache muß auch unser Vorgehen bestimmen. Wir können uns an das Verständnis der Bedeutung Keynes' kaum rein innertheoretisch herantasten. Wir müssen stattdessen sie reale historische Entwicklung in den Mittelpunkt unserer Überlegungen rücken. Den Schlüssel zum Verständnis der "keynesianischen Revolution" erhalten wir nur, wenn wir uns zunächst die Aussgangssituation, das wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische "Ancien Regime" und seine Krise, vor Augen führen, von der die Lehre von Keynes sich abstieß.

Mit dem 1. Weltkrieg und seinen immensen Folgelasten geriet die bis dahin weitgehend heile Welt der Finanz- und Wirtschaftspolitik gründlich in Unordnung. Der Vergesellschaftungsschub, den die imperialistische Kriegsführung mit sich brachte, zwang den bürgerlichen Staat in seine Pflicht und führte zu einer bis dahin unvorstellbaren Expansion seines Einflußes auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens. Nur widerwillig und halbherzig unterwarf sich die Wirtschaftspolitik dem Zwang militärischer Notwendigkeiten. Denn im Lichte der vorherrschenden liberalen Wirtschaftsdoktrin konnte die Ausdehnung der Staatstätigkeit nur als Abweichung vom rechten Pfad der Tugend erscheinen. Indes, die Bedingungen einer modernen Kriegsökonomie liessen keine andere Wahl, und so beschritt die Wirtschaftspolitk in allen kriegführenden Staaten notgedrungen Wege, die der offiziösen Lehre ins Gesicht schlugen. Als erstes forderte der Krieg in der Währungspolitik seinen Tribut. Die Kriegsbedingungen erlaubten nicht länger die Aufrechterhaltung der bis dahin unangestasteten Goldkonvertibilität, und die kriegführenden Staaten mußten zu einer aktiven Geldpolitiik übergehen. Das auf dem Goldstandard beruhende internationale "Währungssystem geriet schon vor der Eröffnung der Feindseligkeiten, in den Tagen der kriegsnahen Spannungen, in eine Krise" (1) und hielt dem Krieg kaum Tage stand. Die Währungen unterlagen für den Rest des Krieges staatlicher Regulierung, und das Geldangebot wurde im Interesse der Kriegsfinanzierung in allen beteiligten Ländern stark ausgedehnt. Parallell dazu dehnten sich die Staatausgaben explosionsartig aus.

(1) Gerd Hardach, "Geschichte der Weltwirtschaft im 20 Jahrhundert". Band 2. München 1973.

"Die Staatsausgaben der kriegführenden Parteien erreichten alsbald eine Höhe, die alles in den Schatten stellte, was man vorher gewohnt war. Bereits die ersten Kriegsbudgets lagen überall erheblich über den Friedensbudgets, und das war erst der Anfang. In den folgenden Jahren ließ die totale Kriegführung die Staatsausgaben immer weiter steigen. Das letzte Kriegsbudget betrug in Relation zum ersten Kriegsbudget in Deutschland 505 Prozent, in Frankreich 448 Prozent, in Großbritannien 562 Prozent, in Rußland (bis 1916) 315 Prozent" (1).

Dieses Abgehen vom idealen "staatsfreien" Gleichgewichtszustand ging aber keinesfalls mit einer Umwälzung der wirtschaftstheoretischen Grundvorstellungen einher (2). Der Krieg wurde von den Zeitgenossen nicht als das wahrgenommen, als was er sich vom heutigen Standpunkt aus enthüllen muß, als die Einleitung einer neuen wirtschaftspolitischen Epoche, sondern sie empfanden ihn nur als unliebsame Unterbrechung der ökonomischen Normalität. Dementsprechend erwarteten und erhofften selbst die Protagonisten der Ausweitung der Staatstätigkeit vom Friedensschluß Wiederkunft des Status quo ante. Sie gingen davon aus, daß, sobald die Waffen endlich zur Ruhe finden, alsbald der Rückmarsch in den liberalen, sich in Wirtschaftsdingen in Askese übenden Nachtwächterstaat beginnen würde. So waren die staatlichen Eingriffe ins Wirtschaftsleben und die Ausdehnung des Staatssektors keineswegs auf Dauer geplant. Sie bezogen ihre Rechtfertigung allein aus der aktuellen Notlage, die außergewöhnliche Maßnahmen erfoderlich machte. Das Ideal blieb die Vorkriegsordnung und deren Reetablierung gab erst einmal auch den Orientierungsrahmen für jede Nachkriegswirtschaftspolitik ab. In den Köpfen der bürgerlichen Ökonomen blieb die Abweichung vom rechten Pfad des staatslosen Wirtschaftens allein einer historisch einmaligen Kostellation, dem Druck "außerökonomischer Faktoren" geschuldet. Sie begriffen nicht, daß hinter den besonderen Kriegsnotwendigkeiten sich ein allgemeiner Zug verbarg, der in den Jahren des Weltkriegs sich im kriegerischen Gewand beschleunigt durchsetzte. Die zunehmende Vergesellschaftung, die mit dem Weltkrieg einen entscheidenden Sprung voran gemacht hatte, mußte sich unter kapitalistischen Bedingungen als Ausdehnung der abstrakten Allgemeinheit (des Staates) vollziehen.

(1)ebd. S. 163.

(2) Das gilt insbesondere für den angelsächsischen Raum. In Deutschland dagegen kristallisierten sich schon während des Krieges Strömungen heraus, die die wachsende Bedeutung des Staates durchaus nicht als einmalige historische Entgleisung betrachteten, die es so schnell wie irgendmöglich zu revidieren gelte. In erster Linie wäre hier Rudolf Goldscheid zu nennen. Ihr Einfluß blieb allerdings relativ gering. Die Position von Goldscheid ist in Rudolf Hickel (Hsg.), "Die Finanzkrise des Steuerstaates. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen", Frankfurt 1976, recht breit dokumentiert.

Die grundlegende Veränderung wurde nach dem Krieg erst wirklich sichtbar. Alle Anstrengungen, national und international die Vorkriegsordnung zu rekonstruieren, scheiterten kläglich. Das zäh verteidigte Ideal des Laisser-faire-Staates wurde permanent durch eine Wirklichkeit gestört, die sich ihm partout nicht mehr fügen wollte und mit Macht genau in die entgegengesetzte Richtung strebte. Trotz allem finanzpolitischen Konservativismus war die zunehmende Einbeziehung des Staates in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß nicht rückgängig zu machen. Deutlich wird das etwa an der Entwicklung der Staatsquote. Sie erreicht zwar in den 20er Jahren nicht mehr die Weltkriegsspitzen, von einem Schrumpfen auf Vorkriegsniveau kann aber erst recht nicht die Rede sein. Im Gegenteil, der langfristige Trend verläuft steigend:

"Beliefen sich 1913 die von allen Doppelzählungen bereinigten Ausgaben des Reiches, der Länder, der Gemeinden und der Sozialversicherung nach zuverlässiger Schätzung auf knapp 16 Prozent des Bruttosozialprodukts. so lag dieser Satz 1927 bereits zwischen 27 und 28 Prozent und dürfte beim Ausbruch der Krise (gemeint ist natürlich die Krise von 1929, Anmerkung E.L.) nahe an 30 Prozent herangekommen sein" (1).

Die herrschende Wirtschaftspolitik fügte sich keineswegs kampflos in ihr Geschick. Ihre Zielsetzung blieb die ganzen 20er Jahre hindurch der Kampf gegen den säkularen Trend, und auch das Hereinbrechen der Weltwirtschaftskrise brachte zunächst keine Umkehr, sondern eher zähes Festhalten an überlieferten Glaubenssätzen. Heinrich Brühning etwa verfolgte während seiner Reichskanzlerschaft gottesfürchtig und völlig vernagelt eine entschiedene Deflationspolitik und sorgte dafür, daß die eh schon prekäre Lage weiter verschärft wurde.

"Statt die Krise durch zusätzliche öffentliche Aufträge zu bekämpfen, kürzte man in erster Linie die Investitionsausgaben" (2).

Der Traum, an dem die bürgerlichen Ökonomen zäh festhielten und den erst die volle Wucht der Weltwirtschaftskrise zertrümmern konnte, die Wiederherstellung der idyllischen "staatsarmen" Vorkriegsordnung, scheiterte nicht nur auf diesem Gebiet. Besonders augenscheinlich blamieren sich die entsprechenden Anstrengungen in diese Richtung in der Währungspolitik. Sie ist die ganzen 20er Jahre hindurch von dem zweifelhaften Unterfangen geprägt, die veränderte Wirklichkeit der

(1) Otto Barbarino: Geldwert, Konjunktur und öffentlicher Haushalt, München 1981 S. 113

(2) ebd. S.114. Diese Aussage ist insofern bemerkenswert, als sie andeutet, wie allgemeinverbindlich das keynesianische Credo in der praktischen Wirtschaftspolitik, und zwar, zumindest in der BRD, in all ihren Spielarten, geworden ist. Bei dem Autor handelt es sich nämlich um einen erzkonservativen Ministerialdirektor im Bayrischen Finanzministerium.

neoklassischen Tradition anpassen zu wollen. Sie müht sich jahrelang an dem realitätsblinden Versuch ab, um jeden Preis den Goldstandard und die Währungsparitäten von 1913 wiederherzustellen (1). Der Verzicht auf jede aktive Währungspolitik, die Beschränkung der staatlichen Zuständigkeit auf diesem Gebiet auf die Sicherstellung der Goldkonvertibilität, stärkt aber nur die zentrifugalen Kräfte der Weltwirtschaft und wirkt krisenverschärfend (2). Die verzweifelten Versuche, gegen den historischen Strom anzukämpfen und gemäß der neoklassischen Tradition zum Rückzug des Staates aus der wirtschaftlichen Verantwortung zu blasen, zeitigen allenthalben die selben Resultate: Sie wirken verheerend. Wo die anachronistische Theorie auf die veränderte Wirklichkeit losgelassen wird, steigert sie die real-existierenden Probleme nur weiter. Die falsche Gegenüberstellung von wirtschaftlich vernünftiger Selbstbeschränkung des Staates und politisch motivierten Ansprüchen an die abstrakte Allgemeinheit verbaut den Weg zum praktischen Krisenmanagement. Diese Selbstblockade räumt Keynes aus dem Weg und vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung seines Ansatzes verständlich. Der Keynesianismus erlaubte mit wissenschaftlicher Absicherung und einigen finanztechnischen Tips, was die reale Entwicklung in ihrem Selbstlauf lange schon dabei war, den Wirtschaftspolitikern aufzunötigen, was aber im Lichte der klassischen Nationalökonomie nur als Sündenfall erscheinen konnte. Die Ausdehnung der Staatstätigkeit, die den Ökonomen bislang nur unter politischen Vorzeichen als ökonomiefremde Zumutung aufgezwungen worden war, führte die keynesianische Revolution in den ökonomischen Zuständigkeitsbereich zurück. Keynes leitete die Staatstätigkeit endlich aus dem wohlverstandenen Eigeninteresse des freien Marktes ab:

> "Der Zwang zur Intervention ergibt sich für Keynes (als fundamental neoklassisch orientiertem Denker) jedoch nicht aus sozialstaatlichen oder gar staatssozialistischen Überlegungen, sondern aus der strikt konservativen Einstellung, es gelte, die freie Wirtschaft um ihrer Selbsterhaltung willen in den Grenzen zu halten, innerhalb derer langfristiges Wachstum ohne Depression und Inflation möglich ist" (3).

Dieser Grundzug der keynesianischen Wende bedeutete die Auflösung jenes gordischen Knotens, in dem sich die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Zwischenkriegszeit hoffnungslos verheddert hatte. Die "keynesianische Revolution" beendete den permanenten Wider-

(1) Die britische Regierung tut sich hier besonders rühmlich hervor, und Keynes polemisiert ganz zurecht seit Anfang der 20er Jahre gegen diese Politik, die die ökonomischen Potenzen des Landes fast planmäßig erdrosselt.

(2) Diese Sicht wird heute auch von der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft unisono vertreten. Vgl. etwa Charles Kindleberger und Otto Barbarino.

(3) ebd. S. 38

spruch zwischen dem überlieferten neoklassischen Dogma, das den Staat soweit wie irgend möglich aus dem Wirtschaftsleben heraushalten wollte, und der schnöden Realität, die sich dieser Lehre partout nicht mehr beugen wollte und ein ums andere mal die Ausdehnung der Staatsintervention erzwang. Endlich durften die Wirtschaftspolitiker ihr schlechtes Gewissen ablegen, und die aussichtslose Don Quichotte Existenz beenden, die sie jahrzehntelang führen mußten, solange sie sich noch am neoklassischen Leitbild orientiert hatten.

Der Übergang zum Keynesianismus bereinigte diese Situation. Die bürgerlichen Wirtschaftpolitiker durften endlich guten Gewissens und mit wirtschaftswissenschaftlichem Segen den Weg einschlagen, den die Pragmatiker unter ihnen von sich aus schon lange in Angriff genommen hatten. Keynes', General Theory schob eine verallgemeinernde Rechtfertigung für das nach, was der "gesunde Menschenverstand" wirtschaftswissenschaftlicher Vollblutdilettanten wie Roosvelt und Hitler bereits erprobt hatte, oder dabei war zu erproben.

Die keynesianische Herausforderung und die Marxisten

Wenn es auch offensichtlich ist, daß die Krise von 1929 durch falsche Wirtschaftspolitik, zumal durch den Verzicht auf sie, verschärft wurde, so wäre es doch falsch, dieses Versagen zur Ursache der Krise zu erklären. Was Marx in Bezug auf seine Kritik der currency-theory und die Krise von 1847 schrieb, daß eine falsche Geldtheorie zwar krisenverschärfend wirken kann, aber niemals als der letzte Grund der Krise angesehen werden darf, das gilt selbstverändlich auch für die 29er Krise. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 wäre sicher weniger hart ausgefallen, wenn die praktische Wirtschaftspolitik sich den ihr aus dem erreichten neuen Stadium der Wertvergesellschaftung entspringenden Möglichkeiten und Aufgaben von vornherein gestellt hätte, sie wäre aber deswegen nicht ersatzlos entfallen. Das Gedeihen der Weltwirtschaft und ihre Konjunkturen hängen nicht ursächlich an der Anwendung "richtiger" oder "falscher"Theorien, weder im Guten noch im Bösen, weder in der Krise noch im Aufschwung. Die "keynesianische Revolution" beseitigte zwar einige Hemmungen in den wirtschaftswissenschaftlichen Köpfen, die einem Neuaufschwung unter den modernen Bedingungen im Weg standen, die Anwendung keynesianischer Grundsätze kann aber keinesfalls als letzte Ursache für die Überwindung der Krise verantwortlich gemacht werden. Die Entwicklung in jenen Ländern, in denen in den 30er Jahren eine protokeynesianische, antizyklische Wirtschaftspolitik verfolgt wurde, machen diesen Sach-

verhalt deutlich. Im faschistischen Deutschland etwa hob das staatliche deficit spending in der Aufrüstungskonjunktur zwar das Beschäftigungsniveau erst einmal an, dieser Erfolg wurde allerdings mit einer immensen Staatsverschuldung bezahlt. Hitlerdeutschland stand Ende der 30er Jahre nur mehr vor der Wahl, über kurz oder lang Staatsbankrott anzumelden oder, in der Hoffnung, die Begleichung der Rechnung auf die Schultern anderer Nationen umzuwälzen, die Flucht in den Weltkrieg anzutreten. Diese historische Alternative spricht nun aber keinesfalls für die Praktikabilität keynesianischer Krisenregulierung.

Trotz dieses abschreckenden Beispiels hat sich, geblendet vom realen Aufschwung der Weltwirtschaft nach dem 2.Weltkrieg, der Irrglaube durchgesetzt, die Ausdehnung staatlicher Nachfrage sei ursächlich verantwortlich für den Nachkriegsboom. Diesen Ursache-Wirkung-Zusammenhang unterstellen nicht nur eingefleischte Keynesianer, gerade viele marxistisch orientierte Theoretiker kommen gleichfalls zu dieser Fehleinschätzung. Auf der Suche nach den Wurzeln der Nachkriegsprosperität streifen sie bestenfalls die Geschichte der Verdrängung und Reabsorption lebendiger Arbeit im unmittelbaren Produktionsprozeß, die, wenn wir die Gültigkeit der Marxschen Werttheorie voraussetzen, allein die reale Basis der ökonomischen Entwicklung abgeben kann, und konzentrierten sich vielmehr auf die Veränderungen in der Wirtschaftspolitik (1). Mit dieser Schwerpunktsetzung stellt sich der reale Zusammenhang auf den Kopf und die permanente Ausdehnung der Staatstätigkeit erscheint als Motor des neuanlaufenden Akkumulationsschubs. Sie wird nicht als sekundäres, aus den stofflichen Notwendigkeiten der Akkumulation auf einem bestimmten Produktivkraftniveau abzuleitendes Moment betrachtet, sondern wird zur logischen Basis der Akkumulationsbewegung umgebogen. Damit verschiebt sich die Ebene, von der Entwicklung und Reproduktion des Kapitalverhältnisses abhängt, aus der ökonomischen Sphäre zur nun alles entscheidenden *politischen* Instanz. In dieser gelegentlich ins Paranoide umschlagenden Weltsicht markiert der Übergang zum Keynesianismus die Emanzipation der Politik vom Selbstlauf des ökonomischen Prozesses und die Heraufkunft eines neuen, seiner selbst bewußt gewordenen und seine Entwicklung selber steuernden Kapitalismus. Diese Interpretation verfestigte sich in den 60er Jahren zum *fast* allgemeinverbindlichen linken

(1) Das gilt auch für die linkssozialistischen Theoretiker, die neuerdings mit dem Begriff des Akkumulationsmodells hausieren gehen. In der Angst, keinesfalls "monokausal" zu argumentieren, zerfällt ihnen ihr "fordistisches Akkumulationsmodell" in eine üppige Vielzahl sich durchkreuzender technischer, ökonomischer und politischer Faktoren, die die Geschichte der Absorption lebendiger Arbeit bestenfalls unter ferner liefen kennt.

Vorurteil. Das wachsende ökonomische Gewicht des Staates wird als Vordringen eines anderen außerökonomischen Prinzips ins Wirtschaftsleben mißverstanden und fälschlich als zunehmende Zurückdrängung der verselbständigten privaten Wert- und Profitlogik identifiziert. Die Spukgestalt einer gemischten Wirtschaft, in der die der "Profitlogik" enthobene öffentliche Sphäre weiter an Gewicht gewinnt, geht um. Im wesentlichen macht sich diese Sicht an der nach dem Krieg entscheidend anwachsenden staatlichen Nachfrage fest. Die Ausdehnung der Staatsquote gilt per se als Indikator für die wachsende Potenz der "Globalsteuerung" und wird zum Garanten für die innere Stabilität des kapitalistischen Molochs. Eine zentrale Stellung nimmt in diesem Zusammenhang die ökonomische Deutung von Wettrüsten und Kriegsproduktion ein. Unter dem Stichwort "Warfarestaat" gehörte es während der Zeit des Vietnamkriegs zu den Standardvorwürfen gegen das bestehende kapitalistische System, seinen ökonomischen Erfolg aus Verschwendung, Rüstungsproduktion und Völkermord herzuleiten,um es damit madig zu machen. Diese Interpretation war (und ist) nicht nur populär, sie war auch in der linken theoretischen Diskussion vorherrschend und spukt heute noch in der einen oder anderen Version durch den linkssozialistischen "Diskurs". Der recht umfang- und einflußreiche, von der Frankfurter Schule herkommende Theoriestrang etwa sucht durchgängig die Erklärung für die jahrzehntelange Vollbeschäftigungsphase außer in planmäßiger Verschwendungsproduktion in erster Linie im Expandieren der Militärausgaben. Neben den Frankfurtern und ihren Adepten reiten die unterkonsumtionstheoretisch orientierten marxistischen Ökonomen mit besonderer Begeisterung auf dieser Vorstellung herum. Für Baran und Sweezy etwa schrumpft der Unterschied zwischen der Depression der 30er Jahre und dem Boom der 50er auf die rasant gestiegenen Rüstungsausgaben und die daraus vermeintlich entspringende Produktion und Absorption von zusätzlichem Surplus:

"Der Unterschied zwischen der tiefen Stagnation der Dreißiger- und der relativen Prosperität der Fünfzigerjahre geht völlig auf die hohen Rüstungsausgaben in den Fünfzigerjahren zurück. 1939 zum Beispiel waren 17.2 Prozent der Arbeitskräfte ohne Beschäftigung, und von den übrigen mögen 1.4 Prozent mit der Produktion von Gütern und Dienstleistungen für die Rüstung beschäftigt gewesen sein. Gut 18 Prozent der Arbeitskräfte waren, mit anderen Worten, entweder arbeitslos oder von Beschäftigungen abhängig, die aus dem Rüstungsetat finanziert wurden. 1961 .. waren die vergleichbaren Ziffern 6.7 Prozent Arbeitslose und 9.4 Prozent Arbeitskräfte, die von Rüstungsausgaben abhingen, insgesamt also 16 Prozent. Man könnte diese Rechnungen vervollkommnen oder verfeinern, ohne daß sich an der allgemeinen Schlußfolgerung etwas ändern würde: Der Prozentsatz an Arbeitskräften, die entweder unbe-

schäftigt oder von Rüstungsausgaben abhängig sind war 1961 etwa der gleiche wie 1939. Daraus folgt, daß die Arbeitslosigkeit würde der Rüstungshaushalt auf den Umfang von 1939 reduziert, ebenfalls wieder die Ausmaße von 1939 annehmen würde" (1).

Mit ihrer flachen Unterkonsumtionsvorstellung, in der unproduktiver Staatskonsum für die mangelhafte Nachfrage der ausgebeuteten Arbeitermassen in die Bresche springen muß, transportieren unsere beiden Mac-Donalds-Marxisten ein für die marxistische ökonomische Nachkriegsdebatte insgesamt charakteristisches Motiv. Wie Baran und Sweezy so leugnen auch alle anderen aus der Marxschen Tradition kommenden Ökonomen schlicht die Realität der Prosperität oder verharmlosen den Nachkriegsboom zu einem unwesentlichen, zufälligen Strohfeuerchen. Nicht nur Ernest Mandel zerredet den Nachkriegsaufschwung bis zur Unkenntlichkeit und läßt ihn lediglich aus einem Bündel für das Kapital äußerst günstiger Umstände resultieren, auch in den ernsthafteren Versuchen, die Nachkriegsentwicklung theoretisch in den Griff zu bekommen, wiederholt sich dieser Tenor und der Boom wird allzu gern zum Boomchen miniaturisiert. Paul Mattick etwa, dessen Ansatz ansonsten keinesfalls mit den die Schwachsinnsgrenze streifenden Milchmädchenrechnungen der Mac-Donalds-Marxisten und der trotzkistisch bornierten Harmlosigkeit auf eine Stufe gestellt werden kann, verfällt ebenfalls dieser Versuchung und bagatellisiert schamlos den Stellenwert des selbsttragenden Aufschwung der kapitalistischen Weltwirtschaft. Er rutscht bedrohlich in die Nähe der Position von Sweezy und Baran ab und schreibt über die USA:

"Aber da die Arbeitslosigkeit nicht unter vier Prozent der Gesamtbeschäftigung fiel und die Produktionskapazität keine volle Ausnutzung fand, ist es mehr als wahrscheinlich, daß ohne den 'öffentlichen Konsum' der Aufrüstung und Menschenschlächterei die Arbeitslosenzahl weit höher gestanden hätte, als es tatsächlich der Fall war. Und da ungefähr die Hälfte der Weltproduktion auf Amerika fällt, ließ sich trotz des Aufschwungs in Westeuropa und Japan nicht von einer völligen Überwindung der Weltkrise sprechen, und besonders dann nicht, wenn die unterentwickelten Länder in die Betrachtung mit einbezogen werden. So lebhaft die Konjunktur auch war, so bezog sie sich doch nur auf Teile des Weltkapitals, ohne es zu einem allgemeinen die Weltwirtschaft umfassenden Aufschwung zu bringen" (2).

In dieser mit schon beneidenswerter Ignoranz gesegneten Interpretation wird aus einer Epoche, die historisch einmalige, weder vorher noch nachher je annähernd erreichte Wachstumsraten mit sich brachte, ein halbherziger Wiederaufschwung, wie er nun einmal auf jede "zykli-

(1) Paul A. Baran, Paul M. Sweezy, "Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung", S. 174.

(2) Paul Mattick, "Krisen und Krisentheorien", Frankfurt 1974, S. 133.

sche Krise", wenn sie sich erschöpft hat, irgendwann folgen muß. Aufschlußreich für diese verharmlosende Herangehensweise sind die Ursachen, die Paul Mattick für den relativen Wiederaufschwung anzugeben weiß. Die Nachkriegskonjunktur hat keine eigenen positiven Ursachen, sie ist für ihn lediglich das Echo der Weltwirtschaftskrise und des verheerenden Weltkriegs, die relative Stabilisierung, die die vorhergegangene katastrophale Entwicklung irgendwann nach sich ziehen muß. Um die Nachkriegskonjunktur zu erklären, beschränkt er sich nämlich auf den obligatorischen Hinweis auf die in jeder zyklischen Krise sich vollziehende Kapitalvernichtung und die parallell dazu stattfindende Erhöhung der Mehrwertrate und stellt dabei den Krieg als Verstärker in Rechnung:

"Die Kombination fortwährender Kapitalvernichtung während der langen Depressionsperiode mit der enormen Akzeleration dieses Prozesses durch die Zerstörung von Kapitalwerten während des Krieges fand das überlebende Kapital in einer veränderten Welt, in der die gegebene Profitmasse einem weithin verringerten Kapital zugute kam und dessen Rentabilität entsprechend vermehrte. Gleichzeitig erlaubte die durch den Krieg forcierte technische Entwicklung eine bedeutsame Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die, in Verbindung mit der veränderten Kapitalstruktur, die Profitabilität des Kapitals genügend anhob, um Produktion und Produktionsapparat zu vergrößern" (1).

Das zentrale Problem, die technische Entwicklung und ihre Rückwirkung auf die Wertproduktion (Reabsorption oder Verdrängung lebendiger Arbeit), blendet Mattick aus oder verschüttet sie vollkommen unter allgemeinsten Leerformeln. Den technischen Fortschritt nimmt er nur unter zwei Gesichtspunkten wahr. Einerseits und in erster Linie unter dem Vorzeichen der Erhöhung der Mehrwertrate und andererseits unter dem Gesichtspunkt der Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals. Beides sind für ihn unmittelbare Ergebnise der Kapitalvernichtung in der Krise. Unter diesem beschränkten Blickwinkel bleibt der Nachkriegsboom ein retardierender Reflex innerhalb des kapitalistischen Krisenprozesses und die "große Depression" im Kern unüberwunden. Auch nach dem Krieg bleibt die aus dem Gesetz vom tendenziellen Fall resultierende Schwierigkeit für die Kapitalverwertung im wesentlichen akut. Auch Mattick landet dann aus der Erklärung der unverkennbaren "relativen Stabilisierung" des kapitalistischen System bei der wachsenden Rolle des Staates. In seinem Konzept einer "gemischten Wirtschaft" kommt er dabei der Sicht von Baran/Sweezy unfreiwillig recht nahe. Auch er meint, die Krise der 30er wirkt im Grunde immer noch fort, sie wird aber in ihrer Wirksamkeit vom keynesianischen Interventionsstaat überlagert. Die Zusammenbruchstendenz

(1) ebenda, S. 131.

existiert unverändert weiter, ihr gelingt es nur nicht mehr, empirisch in Erscheinung zu treten (1). Die oft schon komisch wirkenden Verrenkungen, mit denen Mattick seine vom Vorkriegstheoretiker Henryk Grossmann übernommene Zusammenbruchstheorie vor der drohenden Falsifizierung durch den realen Nachkriegsboom zu retten versucht, zeigen exemplarisch, wie wenig die marxistischen Nachkriegsökonomen bereit waren, die Veränderungen der Akkumulationsbedingungen anzuerkennen und sie im Lichte der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie zu analysieren. Sie begnügten sich in ihrem ureigensten Bereich damit, die überlieferten Motive der Nachkriegsdebatte zu variieren und dankten de facto ab. Statt die bisherige Theoriebildung kritisch zu durchleuchten, bewegte sich die innermarxistische Debatte stur auf den Holzwegen weiter, auf denen sie schon zur Erklärung der 29 er Krise und ihrer Vorgänger real hatte nichts beitragen können, und mühte sich im besten Fall damit ab, die verborgenen Krisentopoi als im Nachkriegsboom noch immer existent nachzuweisen. Die marxistische Politökonomie trat steril auf der Stelle und hantierte mit handgeschneiderten Ergänzungen, um die Fortschreibung der überlieferten Theoreme irgendwie zu legitimieren. Der offensichtliche Triumph der kapitalistischen Produktionsweise führt zum Rückzug in die Wagenburg. Die letzten Getreuen gruben sich in den obsolet gewordenen Stellungen ein und bewahrten sich ihre "marxistische" Identität im zähen Bemühen, das arg geflederte tradierte Fähnchen weiterhin hochzuhalten. Krisentheoretisch lief das darauf hinaus, den schon Anno 29 gebrochenen Stab dem Kapital weiterhin um die Ohren zu hauen. Aus dem kleinen Häufchen marxistischer Nachkriegsökonomen echot noch einmal das gleichen Verdikt, das schon die divergierenden klassischen marxistischen Krisentheorien über den Vorkriegskapitalismus gesprochen haben. Faktisch lief dieses Festkrallen an den überlieferten Krisentheorien freilich auf die Selbstaufgabe jedes krisentheoretischen Ansatzes hinaus. Denn wenn die alten Theoreme zutreffend die Krisengesetzmäßigkeit des kapitalistischen Systems beschrieben haben sollen, gleichzeitig aber der moderne Kapitalismus partout nicht die geringsten Anstalten macht, in gewohnter Weise in Stagnation zu verfallen, so konnte dieser Widerspruch nur aufgelöst werden, wenn bewußt oder stillschweigend eine grundsätzliche Metamorphose des Kapitalverhältnisses angenommen wurde. Wenn die tradierten marxistischen Krisentheorien die bisherigen Krisen befriedigend erklärt haben, so müssen sie sich zur Nachkriegsrealität wie die Newtonsche

(1) Besonder hübsch bringt Mattick seine Windungen, mit denen er eine empirisch nicht erscheinende Krisenwesenheit konstruiert, in seiner Polemik gegen Gillman aufs Papier. Nachzulesen in "Kritik der Neomarxisten", Frankfurt, 1974.

Physik zu den in der allgemeinen Relativitätstheorie beschriebenen Phänomenen verhalten. Das sture Festhalten an den Standpunkten der Vorkriegskrisendebatte, verwandelte ein Herzstück marxistischer Theorie in ein nebensächliches, gegenüber einer veränderten Wirklichkeit letztlich bedeutungslos gewordenes Abstellgleis. Der reale Nachkriegsboom konnte in die überholten Konzeptionen nicht wirklich eingearbeitet werden und blieb ein äußeres störendes Faktum. Die Möglichkeit eines derart langen und gründlichen Aufschwungs war im Horizont keiner der landläufigen Krisentheorien enthalten, und so ließen sie sich mit der realen Entwicklung nur verquer und gewaltsam auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Die marxistischen Krisentheoretiker konnten mit ihren überlieferten Theoremen den Boom nicht plausibel erklären und schrieben ihn daher dem Vordringen "außerökonomischer Faktoren" zugute. Der Unterschied zwischen Vorkriegsdepression und Nachkriegsboom schrumpfte im Kern auf das neue Phänomen des "keynesianischen Interventionsstaats". Er galt als die vermeintlich schlagende politische Antwort des Kapitals auf seine innerökonomisch unüberwindbare Krise, die in der Lage war, den klassischen Krisenmechanismus auszuhebeln. In dieser Interpretation der marxistischen Ökonomen wurde der Siegeszug des Keynesianisums gleichbedeutend mit dem Sieg der politischen Sphäre über die Eigengesetzlichkeit der Ökonomie, und so war die Reproduktion des Kapitals im Gültigkeitsbereich der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie gar nicht mehr voll zu erfassen. Die blinde Nibelungentreue zu den klassischen marxistischen Krisentheorien, die Leugnung eines sellbsttragenden Akkumulationsschubs, mündete ganz folgerichtig in den Abschied von der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie. Die politökonomische Debatte rutschte in der marxistischen Binnentheoriegeschichte an den Rand und blieb das Steckenpferd weniger verstreuter Spezialisten ohne breitere Resonanz. Das Interesse konzentrierte sich von nun an auf politische und legitimatorische Fragestellungen, von denen unter den neuen Bedingungen die Existenz und Lebenskraft des Kapitalverhältnisses allein abzuhängen schien. Diese Verschiebung des theoretischen Interesses der Marxisten ist vor dem Hintergrund einer scheinbar endlosen Boomphase, in der die innere Widersprüchlichkeit des Akkumulationsprozesses innerhalb der ökonomischen Sphäre nicht mehr spürbar war, vielleicht verständlich. Die einseitige Orientierung auf die politische Sphäre endete aber keineswegs mit der ihr zugrundeliegenden krisenfreien Konjunkturentwicklung, sie ist auch heute noch das Nonplusultra aller linker Ansätze. Selbst für die theoretisch interessierten Teile der Linken, die sich mit wirtschaftlichen Fragen intensiv auseinandersetzen und sich daher der Krisenwirklichkeit nicht

einfach verschließen können, ist das Ausweichen vor dieser Realität in die politische Sphäre zum unumstößlichen Paradigma geworden. Aus diesem Impuls speist sich im wesentlichen die intensive und begeisterte Keynesrezeption bei den Linkssozialisten. Der politizistische Zauberlehrling bleibt bei der verzweifelten Hoffnung auf den Spielraum politischer Entscheidungen, auch wenn sich der längst gebändigt geglaubte Dämon der Wertlogik, lebenskräftiger und irrationaler denn je, neu erhebt. Fortschrittliche, reformorientierte Politik soll richten, was der Selbstlauf des ökonomischen Prozesses anrichtet, und ihn an ihren Zügel nehmen. Besonders plastisch präsentiert Harald Mattfeldt von der SOST das realitätsblinde Festkrallen am Politikasterzauberstäbchen. In seinen Kommentaren zu einer Auswahl aus den Werken von Keynes entblödet er sich nicht, die Hosen bis zu den Knöcheln herunterrutschen zu lassen, und greint:

"Wenn auch der Staat ganz selbstverständlich nicht ein anderes Prinzip gegenüber der Wert- und Profitlogik verkörpert, sondern immer nur das abstrakt allgemeine Interesse gegen gesonderte Einzelinteressen durchsetzen kann, so bleibt mit der Entwicklung der Wertvergesellschaftung doch immer ein Spannungsverhältnis zwischen den verschiedenen Ebenen und Formen, in der sich die Wertbeziehung gesellschaftlich durchsetzt. Die Freiheit des Staates...."Der 'linke' Keynesianismus ist also ein Versuch, das politische System mit seinen zentralen Institutionen, insbesondere dem Parlament, und seinen Rationalitäten ('Eigengesetzlichkeiten') als Schutzschild gegen die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu mobilisieren und sie mit Hilfe dieses Schildes zurückzudrängen. So können profitlogisch verdünnte oder 'befreite Gebiete', Basen geschaffen werden, von denen aus weitere Schritte überlegt und unternommen werden können. Diese Position wird manchmal als 'falsche Staatstheorie' bezeichnet, da der Mechanismus des politischen Systems gerade, im Prinzip zumindest, stromlinienförmig auf die Bedürfnisse des Kapitalismus zugeschnitten sei. Aber wenn nicht im ökonomischen System und nicht durch das politische System und über dieses eine Politisierung der Ökonomie möglich sein soll, wie denn dann? Hoffen auf die 'Superkrise' mit ihrer gefährlichen konservativen bis reaktionären Dynamik" (1)?

Mattfeldt zieht mit aufgepflanzter weißer Fahne aufs theoretische Schlachtfeld. Seine bescheidene Logik lautet: Die Krise darf nicht sein, sie würde ja die Grundlagen jeder reformistischen Strategie zertrümmern, deshalb wird sie auch nicht sein! Seine Kriegserklärung an jede moderne Version einer "Zusammenbruchstheorie" kommt einer bedingungslosen Kapitulation gleich.

Diese erbarmungswürdige Selbstentblößung des Politikasterdogmas ist recht jungen Datums. Erst die Krise enthüllt rücksichtslos den Glauben an die souveräne Herrschaft des wirtschaftspolitischen Instru-

(1) Harald Mattfeldt, "Keynes", Hamburg 1985, S. 46 f..

mentariums über die herrschende Wertlogik als Treppenwitz und ebnet der Einsicht den Weg, daß die politische Sphäre nur als abgeleitete Ebene des Wertverhältnisses gefaßt werden kann und immer allen Unbilden unterworfen bleibt, die die Realakkumulation auch weiterhin treffen (1). Fruchtlos für die reale theoretische Durchdringung des zeitgenössischen Kapitalismus war der Irrglaube an die Selbstregulierungsfähigkeit des keynesianisch moderierten Kapitalismus aber von Anbeginn an. Er blamiert sich im Grunde nicht erst an der Krise der 80er, sondern schon bei der Erklärung des "Wirtschaftswunders".

Die Suche nach den Ursachen muß die Wertproduktion zum Aus-

(1) Natürlich kann sich auch die linkssozialistische Diskussion um den Interventionsstaat der platt empirischen Tatsache nicht einfach verschließen, daß die unproduktiven, staatlichen Tätigkeiten finanziell vom Funktionieren der Wertproduktion abhängen. Sie geht trotzdem aber davon aus, daß der "politische Faktor" in der unauflöslichen Ehe von abstrakter Allgemeinheit und abstrakter Reichtumsproduktion letzlich doch den Spielraum zur freien Gestaltung sich erkämpfen könne. Dabei bleibt der Wunsch stets Vater des Gedankens. Das Ideologem und Volksvorurteil von der Herrschaft der Politik springt als deus ex machina vollkommen unabgeleitet und unbegründet den von den schnöden Fakten hart bedrängten linkssozialistischen Theoretikern hilfreich zur Seite. Besonders schön, ja schon klassisch ist die Hickelsche Version dieses allgemeinen Motivs. Rudolph Hickel weiß insgesamt nicht sehr viel, aber zumindest ist ihm klar: "Der außerhalb privater Wertschöpfung stehende Staat kann sich im Kern lediglich durch die Abschöpfung dieser finanzieren. Damit wird ein früherer Hinweis verständlich, demzufolge der Staat seine aufgabenspezifischen Interventionen auf die Sicherung und Erweiterung der Konkurrenzökonomie konzentrieren muß, denn diese ist -wie sich jetzt zeigt- seine Finanzierungsgrundlage. Die Finanzierungsfähigkeit des Staates hängt von der Entwicklung privater Wertschöpfung unmittelbar ab", S.13. Rudolf Hickel als Herausgeber und Vorwortschreiber zu Rudolf Goldscheid/Joseph Schumpeter "Die Finanzkrise des Steuerstaates Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen" ,Frankfurt 1976, S.13. "Die zwangsmäßige, d.h. steuerliche Abschöpfung der privaten Wertschöpfung unterliegt einer prinzipiellen Grenze. Abstrakt ist die Grenze dadurch charakterisiert, daß die Abschöpfung ihre Quelle, die werteschaffende Ökonomie, nicht zum Versiegen oder, besser, zum 'Schrumpfen' bringt", (ebenda S.13). Diese Überlegungen haben aber nur auf abstrakter Ebenene Bedeutung. "Praktisch-konkret" sind sie ohne Belang. Real sind, wie sich jeder Lieschen-Müller-Marxismus mit Erfolg einredet, jene mystisch-dunklen "Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen" das entscheidende Kriterium für die weitere Entwicklung: "Ähnlich wie bei der Analyse des Funktionskorridors des Interventionsstaats läßt sich die Besteuerungsgrenze nur in ihrer prinzipiellen Bedeutung abstrakt bestimmen; in ihrer realen Ausprägung ist sie durch die politischen Kräfteverhältnisse, die sich im Staat reproduzieren determiniert" (ebenda S.13.)

gangspunkt nehmen, eine Ebene also, in die das keynesianische Begriffsinstrumentarium, das die verwaschene Kategorie "Einkommen" als Grundlage hat, überhaupt nicht hineinreicht. Die letzte Ursache für die Überwindung der Weltwirtschaftskrise war keineswegs der keynesianische Interventionsstaat, seine Durchsetzung und Verallgemeinerung war nur ein begleitendes Moment eines selbsttragenden Aufschwungs. Das Ende der Depression, der Übergang zu einer neuerlichen, in der Geschichte des Kapitalismus einmaligen Prosperitätsphase, ist allein von den produktiven Grundlagen her erklärbar.Die ungeahnte Blüte der kapitalistischen Weltwirtschaft entsprang aus einer bemerkenswerten Verbreiterung der Verwertungsbasis. Die Weltwirtschaft konnte sich nicht aus ihrem Tief befreien, weil der Staat ansonsten brachliegendes Kapital an sich zog und Menschen darüber in Brot und Arbeit setzte, sondern weil die Umstrukturierung der stofflichen Produktion seit den 40er Jahren neue Industriezweige schuf, die massenhaft bis dahin freigesetzte lebendige produktive Arbeit reabsorbierte und die Verwertungsbasis des Kapitals insgesamt sprunghaft absolut ausdehnte. Die fordistische Umwälzung der Produktionsstruktur ließ auf breiter Front neue Industriezweige entstehen, deren technische Struktur die massenhafte Einsaugung lebendiger Arbeit bedingte und so zu einem sprunghaften absoluten Wachsen der produzierten Wertmasse führte. An erster Stelle ist hier natürlich die Automobilindustrie zu nennen. (Die Massenmotorisierung wurde zu einer der tragenden Säulen des Nachkriegsbooms; noch heute hängt bekanntlich in der BRD jeder 7. Arbeitsplatz am Auto.) Aber auch die Massenproduktion anderer Konsumgüter beruhte auf ähnlichen technologischen Gundlagen und zeitigte daher die gleichen ökonomischen Folgen. Die verschiedenen Teilströme neu eingesaugter unmittelbarer Produktionsarbeit vereinigten sich zum "fordistischen Akkumulationsschub". Die sprunghafte Erweiterung der realen Basis der Wertschöpfung löste dabei gleichzeitig das Realisationsproblem. Die Ausdehnung der produktiv vernutzten lebendigen Arbeit schuf durch ein rasantes Wachstum der Lohnsumme (Reallohnanstieg und Wachstum der Beschäftigtenzahl in den wertproduktiven Bereichen) die nötige Massenkaufkraft. Die fordistische Massenproduktion erzeugte den notwendigen Massenkonsum aus ihrer eigenen Logik heraus selber, und das auf den 2.Weltkrieg folgende Vierteljahrhundert stand im Zeichen eines *sich selbst tragenden* weltweiten Booms.

Für die Genese dieser wohl alle Zeitgenossen überraschende Entwicklung war die Ausdehnung der Staatstätigkeit keineswegs ohne Belang. Ihre Bedeutung lag aber auf einer ganz anderen Ebene als es der populäre keynesianische Irrglauben annahm. Der Staatsnachfrage kam

durchaus eine Katalysatorfunktion zu. Sie betraf aber nicht die Absorption von "überschüssigem Surplus", sondern bezog sich auf die beschleunigte Veränderung der technischen Struktur der Produktion. An der Wiege der neuen Massenproduktion stand zunächst die Produktion für den totalen Krieg. Die Erfordernisse der Kriegswirtschaften erzwangen die Verallgemeinerung der neuen fordistischen Prinzipien. Die Herstellung genormten Kriegsgeräts in hohen Stückzahlen (Panzer, Flugzeuge, Schiffe, dazu gehörige Basisindustrien etc.) gab *technologisch* die Matrix ab, nach der sich die Produktion der "zivilen" Massenkonsumgüter ausrichtete. In diesem Sinne legte die Kriegswirtschaft den Keim zum Nachkriegsboom.

Wenn wir die Nachkriegswirtschaft betrachten und damit allgemein zum Zusammenhang zwischen der Ausdehnung der Staatsquote und dem fordistischen Akkumulationsschub durchstoßen, so wiederholt sich auf einer ganz anderen Ebene diese primär stofflich-technologische Verknüpfung von Staatsnachfrage und fordistischem Akkumulationsschub. Entscheidend für die unaufhaltsame Expansion der Staatsquote war nicht deren Nachfragewirksamkeit, entscheidend waren die *veränderten Erfordernisse der stofflichen Produktion und Reproduktion.* Der Vergesellschaftungsschub, den der Übergang zum "fordistischen Akkumulationsmodell" mit sich brachte, führte zu einer sprunghaften Ausdehnung von Bereichen, die für die gesellschaftliche Reproduktion unumgänglich waren, sich aber einzelkapitalistischer Verwertung entzogen und daher dem Staat anheim fielen. Die Zunahme der produktiv vernutzten unmittelbaren Produktionsarbeit erforderte parallel dazu umfängliche Investitionen in die gesamtgesellschaftliche Infrastruktur, die selber aber auf breiter Front keinesfalls Warenform annehmen kann. Die nach dem Krieg anlaufende Massenmotorisierung etwa verlangte nicht nur die Massenproduktion von Automobilien, sie erforderte genauso die Schaffung eines umfänglichen Straßennetzes. Besonders krass führt uns diesen Sachverhalt vielleicht die stetige Ausdehnung der Bildungsinstitutionen vor Augen, die in allen wichtigen kapitalistischen Ländern unabhängig von deren politischen Präferenzen sich unaufhaltsam durchsetzte. Die neuen Methoden wissenschaftlicher Betriebsführung und die betriebswirtschaftliche Verwertung moderner naturwissenschaftlicher Erkenntnisse bedürfen selbstverständlich eines entsprechenden Menschenmaterials. Die fordistischen Fabriken kommen nicht mit gut konditionierten, Knöpfchen drückenden Halbaffen, wie sie Taylors großer Vision entsprachen, aus. Sie hängen am anderen Pol ebenso von einem umfänglichen Reservoir qualifizierter Arbeitskräfte ab. Diese menschliche Potenz kann aber weder im Naturzustand von den Bäumen geschüttelt werden, noch sind die erforderlichen zu-

grundeliegenden allgemeinen Qualifikationsmerkmale dafür geeignet, im Einzelbetrieb unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten vermittelt zu werden. Mit dem wachsenden Gewicht allgemeiner, betriebsunspezifischer Qualifikationen im Arbeitsprozeß wird es daher mehr und mehr zur Staatsfunktion, für die Bereitstellung eines adäquaten Arbeitskräftepotentials zu sorgen, und die allgemein-qualifizierenden Bildungsinstitutionen schwellen in einem historisch einmaligen Umfang an. Der Übergang vom "Bildungsnotstand" zur "Bildungsschwemme" ist kein historischer Ausrutscher, der von allzu reformfreudigen Politikern verursacht worden wäre, er entspringt notwendig dem allgemeinen Widerspruch, in dem sich das fordistische Akkumulationsmodell bewegt und an dem es schließlich zugrundegeht. Der armselige Selbstzweck der Verwertung des Werts bricht sich an den Mitteln, derer er sich bedienen muß. Die Produktion des stofflichen Reichtums wird zusehends abhängig von der Leistung gesamtgesellschaftlicher Aggregate (Infrastruktur etc.), *deren Anteil an der Herstellung von Gebrauchswerten sich nicht als Tauschwert darstellen kann* (1). Der Widerspruch zwischen der allein herrschenden Wertbeziehung und den stofflichen Inhalten, die sich dieser Form energisch entziehen, kann unter kapitalistischen Bedingungen nur durch die Verstaatlichung dieser zentralen Sektoren überbrückt werden. Für die Verwertung des Kapitals hat diese Entwicklung prekäre Folgen, denn wenn die öffentlichen Arbeiten sich der Tauschwertproduktion sperren, so heißt das natürlich nicht, daß sie in einer warenproduzierenden Gesellschaft deshalb kostenlos wären. Im Gegenteil. Die vom Staat für diese Aufgaben verausgabten Mittel können nur durch Steuern, sprich Umverteilung aus dem wertproduktiven Bereich aufgebracht werden. In einer vom Wert konstituierten Gesellschaft nehmen auch die in ihrer Zwecksetzung von vornherein gesellschaftlichen Arbeiten Geldform an. Sie können es aber nicht als positiver Beitrag zur Wertschöpfung, sondern nur als faux frais. Der Staatskonsum ist real und nicht nur in der monetaristischen Propaganda eine schwere Bürde für die private Kapitalakkumulation. Stofflich zwar unumgänglich notwendig, wird sein exponentielles Wachstum vom Standpunkt der Tauschwertproduktion zum kaum tragbaren Luxus. Dieser Doppelcharakter führt dazu, daß der gigantisch gewachsene Staatskonsum in der Akkumulationskrise zum zusätzlichen und verschärfenden Moment wird (ein Moment, das in allen bisherigen Krisen kaum eine Rolle spielte), trotzdem aber auch unter Krisenbedingungen nicht beliebig zusammengestrichen werden kann. Da die Ausdehnung der Staatsquote nicht einfach das Eigenge-

(1) Vgl in diesem Zusammenhang den zentralen Artikel von Robert Kurz aus der "MK"1, "Krise des Tauschwerts".

wächs der politischen Sphäre und das Ergebnis der siegreichen Kämpfe der Arbeiterklasse ist, wie es die Linkssozialisten in ihren Schriften so gerne phantasieren, sondern schlicht und platt den Notwendigkeiten des stofflichen und gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses auf fortgeschrittenem Produktivkraftniveau entspringt (1), kann der Welfarestate auch nicht durch anders gelagerte politische Entscheidungen still und heimlich rückgängig gemacht werden, ohne den Reproduktionsprozeß der Kapitalien wiederum, diesmal von der stofflichen Seite her in Frage zu stellen (2). Wie wir das Problem auch drehen und wenden, der grundsätzliche Antagonismus zwischen zunehmender Vergesellschaftung der Produktion und ihrer Formbestimmtheit durch den Tauschwert setzt sich auch in Bezug auf den Staatkonsum durch. Er erscheint hier als Widerspruch zwischen der wachsenden Notwendigkeit staatlicher Eingriffe für die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses einerseits und der wachsenden finanziellen Last, die er für die wertproduktiven Sektoren andererseits bedeutet. In den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg wurde dieses Problem nur deshalb (noch) nicht akut, weil das Anwachsen der produktiv vernutzten, unmittelbaren Produktionsarbeit die Expansion des staatlichen Sektors und anderer wertmäßig unproduktiver Bereiche in seinem Windschatten noch mehr als kompensierte. Trotz dieser günstigen Rahmenbedingungen war die öffentliche Hand aber schon während der Boomphase nicht in der Lage, ihre laufenden Ausgaben aus dem laufenden Steueraufkommen allein zu bestreiten. Weit entfernt, dem

(1) Das soll natürlich nicht heißen, daß die gewerkschaftlichen und sonstigen Kämpfe keinerlei Bedeutung bei der Herausbildung des staatlichen Sektors gespielt hätten. Allein, wo sie erfolgreich waren, verdankten sie ihre Siege dem Umstand, daß sie Forderungen auf ihre Fahnen schrieben, die im Trend lagen, also einem entwickelteren Kaptialverhältnis nur adäquat und förderlich waren. Das schließt die Auseinandersetzung mit empirischen Kapitalisten und Kapitalfraktionen natürlich nicht aus, aber auch die verliefen, in der BRD zumal, bekanntlich eher gesittet und im grundsätzlichen sozialpartnerschaftlichen Einverständnis.

(2) Die Reprivatisierung verstaatlichter Bereiche hat eine absolute Grenze. Sie liegt dort, wo Einschnitte in die Infrastruktur die Reproduktionsfähigkeit einer modernen Industriegesellschaft in Frage stellen. Die in die Tiefe zielenden Entstaatlichungsideologeme, mit denen etwa Mrs. Thatcher schwanger geht, müssen die Kernbereiche der unproduktiven Staatsausgaben aussparen, will sie Großbritannien nicht auch in der Konkurrenz der führenden kapitalistischen Staaten auf das Niveau eines 3.Welt-Landes herunterdrücken. Folgerichtig bestand ihre reale Reprivatsierungspolitik fast ausschließlich in der Verschleuderung verstaatlichter Industrien (Pünktlich zum Börsenkrach 1987 wurde die BP in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, und das gleiche Schicksal trifft derzeit die verstaatlichten Bereiche der britischen Stahlindustrie).

Keyneschen Konzept folgend die Staatsausgaben antizyklisch zu regulieren, wich die abstrakte Allgemeinheit schon sehr früh bei der Mittelbeschaffung auf den Kreditmarkt aus und löste ihre aktuellen Finanzprobleme durch einen Wechsel auf künftiges gesteigertes Wirtschaftswachstum. Schon in den Jahren der Hochkonjunktur stieg die Staatsverschuldung in allen kapitalistischen Kernländern langsam aber kontinuierlich an. Im Wirtschaftswunderland Deutschland, das auf diesem Gebiet noch einen sehr vorsichtigen, "konservativen" Kurs fuhr, bewegte sich die Kreditmarktneuverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen 1950 bei 1,22 Mrd. DM, kletterte 1960 auf 20,1 Mrd. und erreichte 1970, gegen Ende der Boomära bereits 91.52 Mrd. DM. Der säkulare Trend zur Finanznot der öffentlichen Hand, der sich schon in "guten Zeiten" durchgesetzt hatte, mußte sich mit dem Abflachen der Konjunktur enorm verschärfen. 1980 erreichte die Kreditmarktneuverschuldung bereits 430,75 Mrd DM, und auch die Wenderegierung brachte keine Veränderung sondern nur eine weitere Zuspitzung dieser Entwicklung. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in der BRD kletterte im Zeitraum von 1980 bis 1987 von 468,61 Mrd DM auf 848,36 Mrd DM (1) Das für die 80er Jahre charakteristische Nebeneinander von erschlaffter Realakkumulation (2) und exponentiell steigender Staatsverschuldung kann als empirischer Beleg dafür genommen werden, wie wenig die Nachfragewirkung wachsender öffentlicher Ausgaben als dauerthaftes Subsitut für erlahmende "private Nachfrage" taugt. Trotzdem bleiben alle reformistischen Krisenbewältigungskonzepte permanent in dieser Denkfigur stecken. Die linkssozialistische Platte hat hier ihren Sprung. Während das ständig wiederholte Credo: "kreditfinanzierte Ausdehnung des Staatskonsums" von Umlauf zu Umlauf schriller klingt, bemerken die eifrigen Protagonisten diesen Umstand gar nicht. Sie empfehlen agnz unbekümmert und vertrauensselig man möge das lodernde Krisenfeuer doch mit Napalm zu löschen. Mit armseligsten und abgeschmacktesten Fassung dieses ausgelutschten Gedankens, geht wohl derzeit Karl Georg Zinn hausieren. Schon 1986

(1) Quelle Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, 1988.

(2) Der Beschäftigungsboom, mit dem die Reaganadministration hausieren ging, beschränkte sich vollständig auf den unproduktiven Sektor. Die Beschäftigtenzahlen im Dienstleistungbereich wuchsen zwar in den 80er Jahren in den USA real an, die klassischen Industriezweige dagegen erlitten enorme Arbeitsplatzverluste, die durch die Entstehung weniger Spitzentechnologien (Computer etc.) bei weitem nicht wett gemacht wurden. Die USA sind dabei kein Einzelfall, sondern zeigen nur wie im Brennglas die Entwicklung des Weltmarkts insgesamt. Auch in der BRD konzentrierten sich alle Beschäftigungszuwächse auf die unproduktive Sphäre. Die Wachstumsbranche Nummer 1 waren auch hierzulande Banken und Versicherungen.

schrieb er seine bedingungslose liebeserklärung an den Staatskredit.

"Die ökonomisch verständliche Vorliebe für 'produktive' Kredite hat...manche Ökonomen und Wirtschaftspolitiker gegenüber der Tatsache blind werden lassen, daß es für die gesamtwirtschaftliche Stabilität immer noch besser ist, Kredite für 'unproduktive' Zwecke aufzunehmen und damit jenes von den Ersparnissen der Haushalte gerissene Nachfrageloch zu stopfen, als sich einer allgemeinen Absatzkrise auszuliefern...Salopp formuliert läßt sich sagen 'produktive' Schulden sind besser als 'unproduktive', aber wenn die Haushalte sparen, dann muß es irgendwelche Schuldner geben, sonst ist die Krise unvermeidbar. Fehlt es an Möglichkeiten der 'produktiven' Verwendung von Krediten, so sind auch 'unproduktive' Schulden gerechtfertigt. Denn der Nachfrageeffekt für die Gesamtwirtschaft ist der gleiche, ob nun Kredite für Investitionen, für Konsumgüter oder für staatliche Ausgabenerhöhungen aufgenommen wurden. Um es kurz an einem empirischen Beispiel zu erläutern: der US-amerikanische Wirtschaftsaufschwung von 1983/84 ist vorwiegend durch eine starke Ausweitung von kreditfinanzierten Ausgaben getragen worden. Die Kredite waren zudem überwiegend 'unproduktiv'. Eindeutig trifft dies für die mit 14% im Jahr 1984 gewachsene Konsumentenverschuldung zu; aber auch die staatlichen Haushaltsdefizite sind vor dem Hintergrund des US-Rüstungsetats wohl kaum als 'produktiv', schon gar nicht im Sinne des Produktivitätsverständnisses konservativer Ökonomen einzustufen" (1).

Zinn ist dumm genug sich in seinem begriffslosen Gestammel auch noch positiv auf die Reaganomics zu beziehen. Dabei zeigt gerade die US-Erfahrung handgreiflich, was immer schon unmittelbar einsichtig gewesen ist: Staatliche Kreditaufnahme stößt früher oder später auf immanente Schranken. Obwohl die hegemoniale Stellung der USA, und die Funktion des Dollars als Weltgeld der US-Administration den einmaligen Spielraum eröffnete ein Inlandscheinblüte auf Pump zu inszenieren, ist dieser Traum doch binnen weniger Jahre für die USA zum Trauma geworden. Der Anteil der Zinszahlungen an dem für das Jahr 1990 vorgelegten US-Haushalt beläuft sich bereits auf 14,8% (2) und stellt damit schon den drittgrößten Haushaltsposten dar. Die Staatsverschuldung insgesamt hat sich unter Reagan explosionsartig vermehrt. Entsprechend hat sich die Manövriermasse verringert, die dem neuen Präsidenten Bush noch bleibt.

Zinns Vulgärökonomik, mit ihrer pikanten Wendung zur Reganomicsapologetik, sticht aus dem linkssozialistischen Meinungspluralismus nur deshalb noch einmal besonders negativ heraus, weil Zinn auch noch Keynes gnadenlos vulgarisiert. Mit seinen Grundaxiomen schwimmt er aber durchaus im Hauptstrom linkssozialistischer Theoriebildung. Das Desinteresse an der Klärung zentraler theoretischer

(1) Karl Georg Zinn, "Arbeit, Konsum, Akkumulation", Hamburg, 1986, S.41 f..

(2) Quelle:"Frankfurter Rundschau" vom 11.1.1989

Fragen ist ebenso ein allgemeiner Zug dieses Debattenstrangs, wie die Flucht zu keynesianisch inspirierten Oberflächenkategorien. Die ökonomische Scharlatanerie eines Zinn kann nur deshalb im linkssozialistischen Theoriepluralismus mitschwimmen, weil die linkssozialistische Debatte insgesamt sich nur mehr auf Oberflächenphänomene fixiert und um entscheidende Probleme, wie die Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit, einen großen Bogen macht. Mit dem allgemeinen theoretischen Rückzug von Marx auf Keynes verschwanden die werttheoretischen Grundlagen aus dem Blickfeld, und die Irrungen und Wirrungen der alle entscheidenden kategorialen Unterschiede einebnenden Zirkulation vernebelten den analytischen Zugriff. Auch der Glaube an die Heilkraft des deficit-spending lebt in seinem Kern von diesem Standpunktwechsel. Plausibel erscheint der Ersatz von Akkumulation im wertschaffenden Bereich durch Staatskonsum nur vom Standpunkt des Einzelkapitals aus. Nur ist real der Standpunkt der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung keineswegs identisch mit der bloßen Summe der produktiven Kapitalien. Einige grundsätzliche Überlegungen mögen das verdeutlichen.

Betrachten wir zunächst isoliert die Akkumulation eines einzelnen Kapitals, so ist klar für dieses Kapital der Staat als Käufer ebenso gut wie jeder andere. Das Einzelkapital muß den von ihm produzierten Wert realisieren, das ist alles. Wer ihm dazu verhilft, ist ihm völlig gleichgültig. Mit dem Verkauf hört die Ware auf, ein Bestandteil dieses Kapitals zu sein, und damit endet auch jede Beziehung dieses Kapitals zu dieser Ware. Ihr weiteres Schicksal hat für den Einzelkapitalisten keinerlei Bedeutung. Ihn interessiert allein, daß er verkaufen kann. Was der Käufer mit dem Gekauften anfängt, ob er die erworbene Ware produktiv konsumiert, wegwirft oder verzehrt, ist dessen Privatangelegenheit. Die Frage, aus welchen Quellen der Käufer die Mittel zur Bezahlung schöpft, berührt den Verkäufer ebenso wenig. Im Händewechsel des abstrakten Reichtums ist die Zukunft der Ware, die das Kapital austauscht, ebenso ausgelöscht wie die Vergangenheit des Geldes, die es als Gegenwert dafür erhält. In diesem Akt hat nur das Hier und Heute, das stumme Sein des Geldes Gültigkeit. Das Auftreten des Staates als besondere Sorte Käufer ändert an diesem Verhältnis für das Einzelkapital selbstverständlich nichts. Die zusätzliche Nachfrage, gleichgültig aus welchen Quellen sie fließt, wird sich in verstärkten produktiven Anstrengungen niederschlagen und die vernutzte produktive Arbeit wird anwachsen. Von dieser Perspektive leben alle nachfrageorientierten Wirtschaftsdoktrinen. Deren Standpunkt löst sich aber in Wohlgefallen auf, wenn wir nicht von der Oberfläche des Zirkulationsprozesses ausgehen, die alle Katzen unterschiedslos grau macht, son-

dern stattdessen auf die Produktion und Reproduktion des Werts zurückgehen (1). Wechseln wir die Ebene und betrachten wir nicht nur punktuell die Realisation eines Kapitals, sondern die Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und dessen Akkumulation in ihrem zeitlichen Fluß, so reproduziert sich dieser Zusammenhang keineswegs. Nehmen wir den Reproduktionsprozeß einer kapitalistisch verfaßten Gesellschaft als ganzes ins Visier, so ist es alles andere als gleichgültig, auf welchem Weg die jeweiligen Käufer ihren Anteil aus dem abstrakten Reichtum beziehen und wie sie das Erworbene verwenden. In die gesamtgesellschaftlichen Akkumulationsfonds kann eine Ware nämlich nur eingehen, wenn sie produziert wurde, um selber wieder als Kapital verwandt zu werden. Alle Produkte, die dieser Bedingung nicht genüge tun und unproduktiv verausgabt werden, also nicht in den nächsten Produktionszyklen als Bestandteile eines Kapitals wiedererscheinen, verwandeln sich für das gesellschaftliche Gesamtkapital zu faux frais, auch wenn die in ihrer Erzeugung vernutzte Arbeit eindeutig als produktive, wertschaffende Arbeit zu klassifizieren ist. Was für das Ein-

(1) Dieser Rekurs auf die den Zirkulationsphänomenen zugrundeliegende Ebene der Wertproduktion und -reproduktion ist aber nur innerhalb der Marxschen Werttheorie möglich. Alle bürgerlichen Theoreme, die seit 100 Jahren die Arbeitswertlehre ersatzlos fallen gelassen haben, verschließen sich damit selbstverständlich auch von vornherein den Weg zur analytischen Durchdringung der Erscheinungen auf der Marktoberfläche. Das gilt insbesondere auch für die Keynesche Theorie. Keynes' Dreh- und Angelpunkt ist die vollkommen unspezifische, rein auf den bloßen Austausch fixierte Kategorie Einkommen. Diese grundlegende Beschränktheit müssen natürlich auch die mittlerweile zahllosen "linken" Interpretationsversuch dieser Theorie transportieren. (Genauso wie sich die ehemals "marxistischen" Soziologen zunehmend auf Max Weber zurückziehen, haben die "marxistischen" Ökonomen seit einigen Jahren fast geschlossen Sir Maynard Keynes zur theoretischen Fluchtburg auserkoren.) Diesen Zusammenhang können wir schon mustergültig an der wohl ausgefeiltesten linken Keynesrezeption, bei Stephan Krüger verfolgen. Krüger siedelt in seiner Arbeit "Keynes contra Marx?" das Werk von Keynes "gewissermaßen zwischen der klassischen (und neoklassischen) Ökonomie einerseits, der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie andererseits" (Stephan Krüger, "Keynes contra Marx?", Hamburg 1984, S. 14) an und erhofft sich von Keynes tiefere Einsichten in die von Marx nicht näher analysierten Oberflächenphänomene. Mit diesen ungerechtfertigten Vorschußlorbeeren für Keynes ist das Endresultat seiner Anstrengung schon vorgezeichnet. Statt die von Keynes thematisierten Problemfelder im Sinne der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie auszuleuchten, fährt Krüger die marxistische Theorie auf das oberflächenbornierte Niveau des Keynesschen Ansatzes zurück und kann am Schluß seines Buches nur mehr ganz allgemein auf eine der Zirkulation zugrundeliegende Produktionsebene verweisen, um ganz abstrakte und nichtssagende Forderungen nach Änderungen in der Produktionsstruktur zu stellen.

zelkapital die Realisierung des von ihm produzierten Werts brachte, ist gesamtgesellschaftlich dann trotzdem als Abzug in Rechnung zu stellen. In einer auf der Selbstverwertung des Werts beruhenden Gesellschaft sind daher grundsätzlich zwei Kategorien von Käufen zu unterscheiden. Auf der einen Seite Käufe von Waren, die selber wiederum unmittelbar in die Erzeugung von Tauschwert eingehen, auf der anderen Seite Erwerb von Waren für nicht produktive Zwecke. Zur ersten Sorte gehören sowohl alle Käufe von Produktionsmitteln als auch alle Käufe, mit denen die Ware Arbeitskraft, der variable Bestandteil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals seine unmittelbare Reproduktion sicher stellt. Sie allein summieren sich zur Realakkumulation, von der die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit des Kapitalverhältnisses abhängt. Die wertmäßige Reproduktion des Kapitals, die von der Unterkonsumtionstheorie immer beschworene Realisierung, ist in letzter Instanz in diese Verflechtung eingefangen und vollzieht sich in deren Rahmen. Solange die Akkumulation problemlos voranschreitet, ist auch sie gesichert. Marx hat in seinen berüchtigten Reproduktionsschemata aus dem wirren Geflecht von Käufen und Verkäufen, wie sie auf der ökonomischen Oberfläche vonstatten gehen, die für die wertmäßige und stoffliche Akkumulation wesentlichen Verknüpfungen herausgehoben und näher betrachtet. Er sah dabei bewußt von allen nichtkapitalistischen Konsumenten ab und beschränkte sich auf das Ineinander der Käufe der Kapitalisten und Arbeiter, um den Reproduktionsprozeß des Kapitals "rein" zu untersuchen. Wir können für unsere Zwecke, um den Akkumulationsprozeß idealtypisch darzustellen, die Marxsche Abstraktion noch etwas weiter treiben und selber eine Schema konstruieren, in der die Kapitalisten allein als Charaktermasken des sich verwertenden Werts erscheinen und ausschließlich dem Beruf der Akkumulation nachgehen. Diese Vereinfachung hat den Vorteil, daß wir so die Logik von Realisation des Mehrwerts durch Akkumulation idealtypisch darstellen können. Denn während Marx die Fleischlichkeit der lebendigen Kapitalisten in Rechnung stellte, indem er in seinen Schemata einen Teil des produzierten Mehrwerts unproduktiv zwischen den Kapitalistenzähnen verschwinden ließ, übt sich unser entpersonalisiertes Kapital in vollkommener Askese, ißt und trinkt nicht und kennt nur eine Beschäftigung, seine rastlose Vermehrung. Auf diese Weise kommen wir zu einem Reproduktionsschema, in dem der gesamte in einer Produktionsperiode erzeugte Wert im nächsten Produktionszyklus wiedererscheint. Wenn jede Mark Mehrwert in Lohn- und Anlagefonds fließt, ergibt sich in Anlehnung an das zweite Beispiel für erweiterte Reproduktion im 2.Band des Kapitals (d.h wenn wir eine konstante Mehrwertrate von 100% und konstante organische

Zusammensetzung unterstellen) folgendes Bild (1):

	c	v	m	av	ac	Produktenwert
Abt I	4000	1000	1000	200	800	6000
Abt II	1000	250	250	50	200	1500
	5000	1250	1250	250	1000	7500

	c	v	m	av	ac	Produktenwert
Abt I	4800	1200	1200	240	960	7200
Abt II	1200	300	300	60	240	1800
	6000	1500	1500	300	1200	9000

	c	v	m	av	ac	Produktenwert
Abt I	5760	1440	1440	288	1152	8640
Abt II	1440	360	360	72	288	1860
	7200	1800	1800	360	1440	10500

	c	v	m	av	ac	Produktenwert
Abt I	6912	1728	1728	345.6	1382.4	10368
Abt II	1728	432	432	86.4	345.6	2292
	8640	1860	1860	432	1728	12160

Die einzigen Konsumenten in unserem Schema sind die Arbeiter. Die Realisation der gesamten produzierten Wertmasse erfolgt also ausschließlich durch deren Mägen hindurch, und trotzdem muß keine "Unterkonsumtionskrise" eintreten. Die künftige Konsumtion der Arbeiter verschlingt die im gegenwärtigen Produktionszyklus angehäuften Wertmassen und vermittelt deren Rückverwandlung in Kapital. In unserer einfachen schematischen Darstellung drückt sich dieser Zusammenhang als Spezifizierung der aus den Marxschen Reproduktionsschemata vertrauten Gleichgewichtsbedingungen aus. Die Akkumulation hängt an zwei Voraussetzungen:

1. muß innerhalb jeden Produktionszklus' gelten: vI=cII, sowie fol-

(1) In unserer schematischen Darstellung steht, analog zu den Marxschen Reproduktionsschemata im 2.Band des Kapitals, Abteilung I für den Teil des gesellschaftlichen Produkts, der aus Elementen des konstanten Kapitals besteht, Abteilung II für die Konsumgüterproduktion. m umfaßt den in den Abteilungen produzierten Mehrwert, av setzt sich aus dem akkumulierten und schließlich für zusätzliche Lohngüter verausgabten Teil des Mehrwerts, ac aus dem zusätzlichen, neu akkumulierten konstanten Kapitalteil zusammen.

gerichtig auch avI=acII

2.zwischen aufeinanderfolgenden Produktionszyklen herrscht folgende Verknüpfung: Produktenwert in Abt II im Zyklus x = variables Kapital im darauffolgenden Zyklus.

Solange wir die organische Zusammensetzung belassen und auch ansonsten die Ausgangsbedingungen einfach fortschreiben, gilt dieser Zusammenhang allgemein. Verändern wir die Mehrwertrate (hier auf 150%) so bleibt dennoch diese Verknüpfung:

	c	v	m	av	ac	Produktenwert
Abt I	4000	1000	1500	300	1200	6500
Abt II	1000	250	375	75	300	1625
	5000	1250	1875	375	1500	8125

	c	v	m	av	ac	Produktenwert
Abt I	5200	1300	1950	390	1560	8450
Abt II	1300	325	478.5	97.5	390	2212,5
	6500	1625	2437,5	487.5	1950	10662,5

Wir haben damit die zirkulative Beziehung im Kernsegment des kapitalistischen Akkumulationsprozesses herausdestilliert. Betrachten wir den Reproduktions- und Akkumulationsprozeß einer kapitalistisch verfaßten Gesellschaft als ganzer, so ist klar, daß er seine Kraft und Wucht allein aus diesem Bereich bezieht, in dem die produktiv verausgabte Arbeit sich wertmäßig perpetuiert und sich so dem Erlöschen in der bloßen Konsumtion entzieht. Alle Käufe und Verkäufe, die sich nicht zwischen den Polen der Realakkumulationssphäre bewegen und den Stoffwechsel mit dem Rest des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs vermitteln, schlagen sich als gesamtgesellschaftliche Kosten und damit als Abzug von der gesamtgesellschaftlichen Realakkumulation nieder. Sie können daher das Erlahmen des Akkumulationsprozesses nicht konterkarieren, ihr wachsendes relatives Gewicht belastet im Gegenteil zusätzlich dessen Fortgang. Das gilt natürlich auch und in erster Linie für den Staatskonsum. Ein weiteres Schema mag das illustrieren. Gehen wir von unserem zweiten Schema

aus, so kann durch die Einführung unproduktiven Staatskonsums (1) unser Wirtschaftsmechanismus unschwer auf Stagnation umgestellt werden. Wenn wir unsere schematische Darstellung um eine dritte Abteilung, die wertmäßig unproduktiven Staatsausgaben, ergänzen, die den gesamten akkumulierten Mehrwert (ac+av) abschöpft, so ergibt sich folgendes Bild:

	c	v	m	Produktenwert
Abt I	4000	1000	1500	6500
Abt II	1000	250	375	1625
	5000	1250	1875	8125

	c	v	m	Produktenwert
Abt I	4000	1000	1500	6500
Abt II	1000	250	375	1625
	5000	1250	1875	8125
Abt III	1500	375	---	---

	c	v	m	Produktenwert	
Abt I	4000	1000	1500	6500	
Abt II	1000	250	375	1625	
	5000	1250	1875	8125	
Abt III	1500	375	---	---	usw.

Abteilung 1 produziert zwar in jedem Zyklus einen Mehrwert von 1500, und Abteilung 2 einen von 375, diese Güter werden aber vom unproduktiven Sektor aufgesogen und können daher im nächsten Zyklus nicht mehr als Kapital wiedererscheinen. Die produktive Basis stagniert. Das von Abteilung I erzeugte Mehrprodukt verendet als staatliche Sachinvestition, das Mehrprodukt von Abteilung II erlischt im Konsum der staatlichen Almosen- und Gehaltsempfänger. Damit ist

(1) Auf der Abstraktionsebene, auf der wir uns hier bewegen, sind die konkreten Mechanismen des Steuersystems irrelevant. Da wir unterstellen, daß die Arbeitskraft sich zu ihrem Wert reproduzieren kann und nicht durch die Steuerlast unter dieses Niveau gedrückt wird, kommt als einzige andere primäre Einkommensquelle in einer durchkapitalisierten Gesellschaft nur der Mehrwert in Betracht.

eins klar: Soweit der Staatskonsum aus dem aktuellen Steueraufkommen finanziert wird, fließen in ihn Teile des gerade erzeugten Wertprodukts und er wirkt als unmittelbarer Abzug von der Realakkumulation.

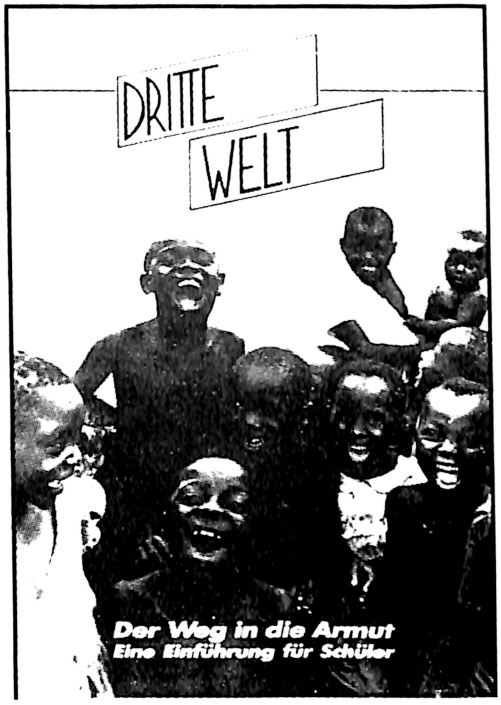
Wenn zu seiner Finanzierung Kapitalien herangezogen werden, die sich außerhalb der produktiven Basis im Kreditüberbau tummeln, ändert sich am grundsätzlichen Verhältnis natürlich nichts, die Schwierigkeiten werden damit nur zeitlich gestreckt und verlagert. Die Dazwischenkunft des Kreditsystems kann die aktuelle Belastung von der gegenwärtigen auf die künftige Realakkumulation umwälzen. Die Notlösung Staatsverschuldung funktioniert, sie funktioniert aber nicht unbegrenzt. Früher oder später müssen die gemachten Schulden zurückgezahlt werden und es kommt ans Licht, daß in letzter Instanz die aus dem Nachlassen der Realakkumulation entstehenden Probleme durch das Leben auf Pump nur angestaut und um ein weiteres Moment bereichert wurden (1). Die negativen Rückwirkungen der ins astronomische gewachsenen Staatsverschuldung werden am Beispeil der USA besonders deutlich. Das unter Reagan ins unermeßliche gestiegene US-Haushaltsdefizit war nur durch eine Hebung des US-Zinsniveaus finanzierbar, die Investionen in die kränkelnden wertproduktiven US-Industrien zur unrentablen Kapitalanlage machte und zu einer gigantischen Umlenkung der Geldströme aus den darbenden produktiven in die unproduktiven Sphären führte. In den USA, aber nicht nur dort, haben spekulative Anlagen die produktive Verausgabung des akkumulierten Geldkapitals mehr und mehr verdrängt. Aber nicht allein das ist ein Problem. Selbst die unmittelbare Belastung durch Tilgungs- und Kreditzahlungen, die "finanziellen Altlasten", sind zu einem ernsthaften Faktor innerhalb der staatlichen Ökonomie geworden. Schon heute fließt der größere Teil der staatlichen Kreditaufnahme in den Schuldendienst.

Vor der brutalen Wucht der sich anbahnenden Weltmarktkrise werden alle Hoffnungen in die Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftspolitik und in die heilsame Wirkung des keynesianischen deficit-spending sich sehr schnell als völlig lächerlich und illusionär erweisen. Denn genauso

(1) Was für die Entwicklung von Staatausgaben und Staatsschulden gilt, ist allgemein für die gesamte Entwicklung des unproduktiven Sektors und des Kreditüberbaus charakterstisch. Die Aufblähung des unproduktiven Sektors kann zwar einstweilen die ökonomischen Krisensymptome übertünchen, aber nur, damit seine eigene unvermeidbare Krise künftig mit umso verheerenderer Gewalt auf die wertproduktive Basis zurückschlägt. Die grundlegende Krise der Wertproduktion wird erst einmal von der Eigendynamik der abgekoppelten Bereiche überlagert, aber nur, damit der Zusammenbruch der Kredit- und Finanzsphäre zum Fanal der akuten Weltmarktkrise werde. In der gegenwärtigen Situation zeichnet sich der bevorstehende Eklat bereits auf verschiedenen Ebenen deutlich ab.

wenig wie die Lehren von Keynes' real für die Überwindung der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre verantwortlich gemacht werden können, so wenig sind sie in der Lage, die Zuspitzung einer neuen weltweiten Akkumulationskrise zu verhindern. Der viel gepriesene "keynesianische Interventionsstaat" hat nie die Geschicke der Wirtschaft gelenkt, er war immer nur Trittbrettfahrer des sich selbst tragenden fordistischen Akkumulationsschubs. Das Auslaufen des Nachkriegsbooms läutet das lange Sterben der keynesianischen Ideologeme ein, und der Weltmarkteklat wird schlagartig enthüllen, wie nackt dieser scheinbar im vollen Ornat prunkende Monarch doch immer schon gewesen ist. Sobald das Schiff der Weltwirtschaft in schweres Wetter gerät, zeigt sich, wie fragil das Ruder der staatlichen Nachfrageregulierung ist. Das imposante Instrumentarium wirtschaftspolitischer Steuerung erweist sich dann als sekundäres, abhängiges System, das am Kurs der säkularen Entwicklung der Absorption lebendiger produktiver Arbeit nichts ändern kann. Die Eigengesetzlichkeiten der Wirtschaftspolitik wirken zuguterletzt verschärfend (!) auf Zeitpunkt und Verlaufsform der krisenhaften Zuspitzung ein, sie sind aber weit davon entfernt, die Eigendynamik des ökonomischen Prozesses aus den Angeln zu heben.

Anzeige



Aus dem Inhalt:
Kolonialismus, Frauen dieser Welt, Der Mythos von der Überbevölkerung, Hunger wird gemacht, Landwirtschaft u. Gentechnologie, Nach dem Profit kommt die Wüste, Die Handelsfalle, Zahlen bis zum Untergang, Rüstungsexporte, Was können wir hier tun?

Für Schüler der Sek. I/II.
48 Seiten DIN A 4, Einzelpreis 3 DM,
ab 10 Stück 10% Rabatt.

Bestellung nur bei:
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

blätter des iz3w Freiburg

Biotechnologie - Die Zukunft der Welternährung im Griff des Agrobusiness

mit Beiträgen über:
Strategien der Agro- und Chemiekonzerne,
Anwendung von Bio- und Gentechnologie
in der Landwirtschaft,
Auswirkungen in Ländern
der „Dritten Welt" u.a.

Nr. 155, Februar 1989
Einzelheft 5 DM + 1,50 DM Porto

8 mal im Jahr für 40 DM/erm. 30 DM

blätter des iz3w Freiburg
zu bestellen bei: iz3w, Pf. 5328
7800 Freiburg i. Brsg.
Für den Buchhandel
Prolit Vertrieb
Gießen

Nuno Tomazky

MILITANTER EMPIRISMUS UND IWF-KAMPAGNE

Zur Kritik der Zeitschrift "Autonomie" und ihrer Apologeten

Die Bewegung flirtet mit der Theorie

Die Erwartungen der Oppositionsbewegung an die letztjährige Kampagne gegen die Tagung von Weltbank und IWF in West-Berlin waren hoch. Sie sollte die müde gewordenen Aktivisten wieder aufrütteln, der Zersplitterung in verschiedene "Teilbereichsbewegungen" entgegenwirken, gar eine neue Qualität darstellen. Auch die autonome Szene versuchte, wieder auf die Beine zu kommen; von "neuem Antiimperialismus" und "internationalem Klassenkampf" war da die Rede, und der Ruf nach Theorie wurde laut. Zumindest im Vorfeld der Kampagne schossen Arbeitskreise wie Pilze aus dem Boden, die sich durch Berge empirischen Materials zur Soziologie der beiden Geldmonster, zur internationalen Verschuldung und zu Kämpfen und Auseinandersetzungen in den Ländern der kapitalistischen Peripherie durchquälten. Doch das euphorische Techtelmechtel mit "der Theorie" war von kurzer Dauer. Je näher die "Herbstkampftage" heranrückten, desto stärker trat die inhaltliche Debatte in den Hintergrund und machte hektischen organisatorischen Überlegungen Platz. Natürlich konnte auch auf dieser Ebene keineswegs von "Angriff" die Rede sein, wie dies die diversen Flugblätter in gewohnt großkotziger Weise angekündigt hatten. Angesichts des massiven Polizeiaufgebotes ließ man seine schwarze Lederjacke lieber zuhause und versteckte sich unter den demonstrierenden Christen und den anderen im Vorfeld so verschmähten "Reformisten". Übrig blieb die verschämt- hilflose Parole "Einheit in der Vielfalt" und die gewohnte Leere, als die imperialistische Invasion vorüber war. Mit dem Aktionsziel fehlte nun auch jeglicher Antrieb für "theoretische Arbeit".

Der Konjunkturverlauf der Kampagne ist an sich nicht weiter verwunderlich, es wiederholt sich lediglich die Fieberkurve aller Kampagnen der letzten Jahre. Zwar erschallte der Ruf nach "mehr Theorie" etwas lauter als üblich - offenbar, weil immer mehr Aktivisten ihre eigene Hilflosigkeit deutlich verspüren - doch diese Hinwendung vom Stein zum Inhalt blieb selbst wieder hilflos, da sie unmittelbar an die überkommene Bewegungsform gekoppelt war und damit eine wirklich grundsätzliche theoretische Aufarbeitung ausschloß. Wenn die theoreti-

sche Arbeit von vorneherein lediglich der Legitimation einer ohnehin schon beschlossenen Praxis dient, also instrumentalisiert wird, muß sie zwangsläufig in einer Kurzatmigkeit münden, die es nicht erlaubt, über den Tellerrand des Aktionismus hinauszuschauen und dessen Stoßrichtung grundsätzlich in Frage zu stellen. Tatsächlich reduziert sich eine solche "Theorie" in der Regel auf die Betriebsamkeit des empiristischen Sammelns kruder facts für die "Agitation" oder "Aufklärung", die dann nachträglich noch mit einer ideologischen Fertigsoße übergossen werden, deren Farbtönung je nach Temperament und politischer Szene variert (1). Da hilft kein Ruf nach "mehr Theorie", denn mehr Theorie von dieser Sorte wird die Verwirrung eher noch vergrößern, und es ist kein Wunder, wenn sich die Aktivisten nach dem Abschluß der jeweiligen Kampagne erschöpft zurückfallen lassen und die üblichen Ankündigungen, die inhaltliche Arbeit werde fortgesetzt, nichts als magische Beschwörungsformeln bleiben, bis man sich dem nächsten Kampagnenthema zuwendet.

Die ideologische Fertigsoße, der sich das autonome Spektrum diesmal bediente, war keineswegs neu, auch wenn dies einem großen Teil der Aktivisten so erschienen sein mag. Sie kam von der Zeitschrift "Autonomie (NF)". Der plötzliche Andrang auf ihre Druckerzeugnisse dürfte die ehemaligen Redaktionsmitglieder selbst überrascht haben, denn mit der jetzt nachgedruckten Nr. 14 hatten sie ihr Zeitschriftenprojekt etwas resigniert beendet; viel erstaunlicher ist jedoch im Grunde, daß die "Autonomie" nicht bereits viel früher die wohlverdienten Ehrungen empfangen durfte. Schließlich wiederholt sie nur das, was der durchschnittliche Bewegungsaktivist ohnehin schon immer gedacht hat, mit dem Unterschied, daß sie es geschliffener formuliert und dem Ganzen dadurch einen theoretischen Anstrich verleiht. Hinter der glatten Fassade ihres scheinbar originellen Ansatzes verbirgt sich allerdings nicht viel mehr als ein bunt zusammengewürfeltes Konglomerat aus Bruchstücken verschiedenster linker Ideologeme, die nur deshalb scheinbar problemlos zusammengefügt werden können, weil auf die zugrunde liegenden Theorieansätze so gut wie nie explizit Bezug genommen wird, geschweige denn die mit ihnen verbundenen Grundsatzprobleme aufgearbeitet werden. Die "Autonomie" führt in geradezu grotesker Weise den eklektischen und instrumentellen Umgang mit Theorie vor, wie er in der "Neuen Linken" seit 1968 fast

1) Dieser Zusammenhang ist keineswegs zufällig. Da der Empirismus aus sich heraus keinen Begriff von gesellschaftlicher Totalität entfalten kann, muß, um ihn politisch zu machen, eine (politische) Moral oder Religion äußerlich, also letztlich willkürlich, an ihn herangetragen werden. Positivismus und Irrationalismus sind die beiden Seiten bürgerlicher Theoriebildung und seit der Aufklärung unheilvoll miteinander verschwistert.

durchgängig praktiziert wurde. Nicht kritisches Durchgehen durch die traditionelle Debatte und Entwicklung einer theoretischen Position auf der Höhe der Zeit, sondern "Ausprobieren" nach dem trial and error Prinzip bestimmte deren durch und durch positivistisches Verhältnis zur Theorie. In der Folge wurde eine Position nach der anderen enttäuscht fallen gelassen, weil sich bald herausstellte, daß sie auf die aktuelle Situation nicht unmittelbar "anwendbar" war und konsequenterweise stand am Ende die "Erkenntnis", daß "die ganze Theoriewichserei eh nichts bringt". Bestand das Verdienst dieses Sprints durch die Geschichte in den 70er Jahren jedoch immerhin darin, daß die gesamte Palette linker Theorieproduktion überhaupt erst einmal wieder zugänglich gemacht und ausgegraben wurde, so präsentiert uns die "Autonomie" eine groteske Karikatur dieser Umgangsweise, tut obendrein noch einen Schritt zurück und deckt die Quellen nicht etwa auf, sondern verschüttet sie geradezu systematisch. Da läßt sich Marcuse neben Lenin ahnen, ein vergewaltigter Marx neben Fanon, die Operaisten neben Kautsky und den Frühsozialisten etc. etc., das ganze überkleistert mit Versatzstücken des Feminismus der "Bielefelder Schule" und mühsam zusammengehalten durch eine resigniert existentialistische Haltung. Wo immer man auch am matten Lack kratzt, bröckelt der Rost und es ist schwerlich vorzustellen, daß dieses Theorieversatzstück überhaupt ernsthaft zur Kenntnis genommen worden wäre, würde es nicht das ausdrücken, was die Aktivisten des subjektiven Radikalismus ohnehin schon "gewußt" haben.

Nun stieße allerding selbst der dreisteste Eklektizismus auf gewisse Schwierigkeiten, verbände die von ihm oberflächlich zusammengeflikkten Bruchstücke nicht eine, wenn auch von ihm nicht begriffene, Grundstruktur in den Denkansätzen; die "Autonomie" macht ihre Theorie selbst, aber sie weiß nicht was sie tut. Diese Grundstruktur, die alle Ansätze der traditionellen Linken durchzieht wie ein roter Faden, ist die unmittelbare Fixierung auf die Oberflächenerscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft, auf die Klassen bzw. den Klassenkampf. Die grundlegende und jedes Handeln im Kapitalismus konstituierende Kategorie, der Wert, gerät gar nicht erst ins Blickfeld, stattdessen hat die Analyse ihren Ausgangspunkt direkt auf der Ebene der Interessenskonflikte. Die soziologisch bestimmbaren Interessensgruppen, die Klassen, werden als voraussetzungslose Grundlage der Gesellschaft genommen und ihr Kampf wird mystifiziert. Traditionell war in dieser Interpretation die soziale Schicht der Industriearbeiter das "revolutionäre Subjekt", dessen dem Kapitalismus feindlich gesonnenes Bewußtsein im Interessenskampf mit der, ebenfalls als bestimmte soziale Schicht gedachten, Bourgeosie bzw. dem Kapital zum Ausdruck

kommt. Mit dem empirischen Verschwinden der Arbeiterklasse im *alten Sinne* (als soziale Schicht mit ständischen Merkmalen, wie gemeinsames soziales Schicksal qua Geburt, Arbeiterwohnvierteln, Arbeiterkultur etc.) bricht auch das Denkgebäude der ganz auf diese bestimmte historische Erscheinung fixierten traditionellen Linken zusammen. Auch die "Autonomie" reflektiert diese Entwicklung, indem sie nämlich das Subjekt Arbeiterklasse enttäuscht beiseite legt, ohne allerdings daraus die Konsequenz zu ziehen, die zunehmend mörderischen Widersprüche der Wertgesellschaft nach vorne aufzulösen. Sie rückt nicht das Wertverhältnis als solches in das Visier ihrer Kritik, bemüht sich auch nicht um einen *logisch* neuen Begriff von Klassenkampf, sondern regrediert lieber in die heimelige Vergangenheit, um "empirisch" ein neues "revolutionäres Subjekt" in der angeblichen "Subsistenzwirtschaft" des Frühkapitalismus bzw. der heutigen kapitalistischen Peripherie herbeizuphantasieren.

Ironischerweise treffen sie, nebenbei bemerkt, bei diesem Trip in die Vergangenheit auf die von ihnen so verabscheute reformistische Linke, die ihrerseits inzwischen die Ideale von 1917 gegen die von 1848 eingetauscht hat und der schnöden Realität die "wahre Demokratie" entgegenhält. Die alten Kämpfe der Vergangenheit können also auch an dieser Front wieder aufgegriffen und als Farce neu aufgeführt werden, eine Tatsache übrigens, die mehr als zufällig ist, vielmehr auf die innere Verwandschaft beider Positionen verweist, denen mit dem Verlust ihres empirischen Subjekts auch die theoretische Grundlage entzogen wurde (1).

Nun kann es nicht Aufgabe eines Zeitschriftenartikels sein, all jene theoretischen Stränge aufzuarbeiten, deren unreflektierter Erbe die "Autonomie" ist; ich will mich deshalb damit begnügen, bei einer relativ jungen Position anzusetzen, in deren Traditon sie in direkter Linie steht: die des italienischen Operaismus der 60er und 70er Jahre. Zwar kann auch die Auseinandersetzung mit dieser Strömung hier nicht mit der angemessenen Ausführlichkeit erfolgen, doch ist es notwendig, sie in ihren Grundzügen darzustellen und zu kritisieren (2). Nur so werden einige wesentliche Argumentationszusammenhänge der "Autono-

1) Entsprechend langweilig und unfruchtbar waren deshalb auch die Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und dem Rest der Bewegung im Verlauf der IWF-Kampagne. Man haute sich ein ums andere Mal die bekannten Prinzipien um die Ohren und kam keinen Schritt weiter.

2) Die Auseinandersetzung mit dem Operaismus steht auf unserem theoretischen Fahrplan. Da es mir hier nur um das Grundmuster der operaistischen Argumentation geht, das sich auch bei der "Autonomie" wiederfindet, kann ich die Richtung der Kritik hier nur andeuten.

mie" deutlich, da sie wichtige Grundmuster des Operaismus übernimmt, aber fast durchgängig darauf verzichtet, diese zu begründen.

Die Erbschaft des Operaismus

Hatte schon der traditionelle Marxismus den real verdinglichten gesellschaftlichen Zusammenhang versubjektiviert und den Zusammenprall der Klassen zum bewegenden Moment erhoben, so denkt der Operaismus diese Interpretation konsequent zu Ende und führt sie damit letztlich ad absurdum. Insofern ist diese Strömung so etwas wie der logische Schlußpunkt der traditionellen Theoriebildung. Hören wir Mario Tronti, einen der theoretischen Köpfe der Operaisten:

> "... ein Klassenverhältnis wird zum ersten Mal von der Arbeiterklasse gesetzt....So wie keine Klassen existieren können, bevor nicht die Arbeiter als Klasse zu existieren beginnen, so gibt es keine Revolution, bevor nicht jener zerstörerische Wille Gestalt angenommen hat, den die Arbeiterklasse mit ihrer bloßen Existenz mit sich bringt." (Tronti 1974 [1966], S.212; erste Hervorheb. im Original) (1).

Deutlicher geht es nicht mehr! Die Arbeiterklasse, verstanden natürlich immer als die klassische Industriearbeiterschaft, bzw. bei Tronti vor allem die unqualifizierten Massenarbeiter, hat von allem Anbeginn an, durch ihre bloße Existenz, den Willen, die kapitalistische Gesellschaft revolutionär zu beseitigen. Dieser Wille bzw. dieses Bewußtsein muß durch die Kämpfe hindurch nur noch Gestalt annehmen, sozusagen sich selbst bewußt werden, so daß die revolutionäre Aufgabe lediglich darin besteht, diesen Willen adäquat zu organisieren und in taktisch angemessener Weise auf den Klassenfeind zu reagieren. Erfolg oder Mißerfolg der Revolution hängen also letzlich von den praktischen Kriterien "Organisation und Taktik" ab.

> "Das was im allgemeinen 'Klassenbewußtsein' genannt wird, ist für uns nichts anderes als Moment der Organisation, die Funktion der Partei, das Problem der Taktik." (Tronti a.a.O., S. 223) (2)

Der Arbeiterklasse tritt das als gesamtgesellschaftliches Subjekt

1) Deutlich auch die Grundannahme, das Klassenverhältnis sei dem Wertverhältnis vorausgesetzt, in folgendem Zitat: "Das Gesetz des Arbeitswerts kann in der Marxschen Interpretation in der Tat nicht vom kapitalisitischen Produktionsverhältnis und vom Klassenverhältnis, das dessen Grundlage ist, extrapoliert werden." (Tronti a.a.O., S. 194; Hervorheb. N.T.); Tronti verbindet eine frappierende Verwandtschaft mit dem sozialdemokratischen Theoretiker Kautsky: "Wenn nicht der Urgrund aller ökonomischen Notwendigkeit, der Wille zu leben, in den Arbeitern aufs kraftvollste wirkte, wenn dieser Wille in ihnen erst künstlich geweckt werden müßte, dann wäre all unser Streben vergeblich" (Kautsky 1972 [1909], S.43; Hervorheb. N.T.).

2) vgl. auch Tronti a.a.O., S. 191

konstituierte Kapital (bzw. die Kapitalistenklasse) gegenüber, das seinerseits mit dem Willen ausgestattet ist, die Arbeiter zu unterwerfen und auszubeuten. Soweit bewegt sich Tronti ganz im Rahmen der marxistischen Tradition. Das Spezifische an seiner Position besteht nun darin, daß er dem Bewußtsein der Arbeiter eine geradezu mystische Selbständigkeit andichtet. Er postuliert nämlich, daß die Arbeiterklasse zwar gezwungen ist, sich dem Ausbeutungsprozeß innerhalb der Produktion zu unterwerfen, also ökonomisch als variables Kapital fungiert, sich aber dennoch die *subjektive Feindschaft gegen das Kapitalverhältnis* bewahrt. Die Arbeiterklasse bewegt sich "innerhalb des Kapitals" , jedoch als wesensfremde, feindliche Macht. Darin besteht die "Autonomie" der Arbeiterklasse (autonomia operaia) (vgl. Tronti a.a.O., S. 107, S. 139 u.a.), die tagtäglich zum Ausdruck kommt, sowohl in Form von Arbeitskämpfen, als auch als Störung des Produktionsprozesses durch Arbeitsverzögerung, Absentismus etc.

Das Kapital bzw. die Kapitalistenklasse ist auch bewußt handelndes Subjekt, wenn auch nur ein abgeleitetes, es reagiert auf die ständigen Angriffe der Arbeiterklasse, etwa indem es bewußt Krisen produziert oder den Produktionsprozeß technologisch umstrukturiert etc. In dem Maße, in dem die Arbeiterklasse durch ihre historischen Kämpfe hindurch beginnt, sich gesamtgesellschaftlich zu organisieren (Gewerkschaften, Arbeiterparteien), reagieren die Kapitalisten ebenfalls mit ihrer Organisierung als Klasse. Entscheidender historischer Wendepunkt ist, so Tronti, das Jahr 1917, wo der Sog der russischen Revolution die Kapitalisten in den westeuropäischen Ländern dazu zwingt, sich auf nationaler Ebene als "Gesellschaftskapital" zu konstituieren, um den revolutionären Bestrebungen der selbst bereits gesamtgesellschaftlich organisierten Arbeiterklasse effektiv gegenübertreten zu können. Seit diesem Zeitpunkt gibt es keine Einzelkapitalien mit widerstreitenden Partialinteressen mehr, sondern nur noch "das Kapital", das die Gesellschaft organisiert und, im antagonistischen Interessengegensatz dazu, die Arbeiterklasse (vgl. Tronti a.a.O., S. 221).

Die Parallelle zu Hilferding, Lenin und der daran anknüpfenden Tradition sticht ins Auge - Tronti beruft sich auch ausdrücklich auf Lenin - wobei jene allerdings den angeblichen Übergang zum "Monopolkapitalismus" mit der dem Kapitalismus immanenten ökonomischen Tendenz zur fortschreitenden Konzentration und Zentralisation von Kapital begründen und den Zeitpunkt für den Höhepunkt dieser Entwicklung auf die Jahrhundertwende datieren. Da Tronti jedoch konsequent in den soziologischen Kategorien des Klassenkampfes denkt und ihm jegliche ökonomische Reflexion fremd ist, orientiert er seine Geschichtsschreibung an den Höhepunkten dieses Kampfes (in diesem

Fall also die Oktoberrevolution). Das logische Resultat beider Positionen ist jedoch das gleiche. Das Kapital, in Form der Monopole bzw. des "Gesellschaftskapitals", wird zu einem Subjekt, das die gesamte Gesellschaft kontrolliert und seiner Willkürherrschaft unterwirft, das Wertgesetz ist ausgeschaltet und die ökonomischen Vorgänge werden nun *bewußt vom Kapital gesteuert* (1). Damit wird der Klassenkampf zu einer reinen politischen Machtfrage, denn im Prinzip gibt es ja schon eine gesellschaftliche Planung, nur daß sie von den "falschen Leuten" durchgeführt wird, den blutsaugenden Kapitalisten oder Monopolisten nämlich, im Sinne ihres "Profitinteresses".

Die crux dieser subjektivistischen Sichtweise ist, daß sie zwar abstrakt von Interessen spricht (z.B. dem Verwertungsinteresse), nicht aber erklären kann, wo diese ihren Ursprung haben, diese also letztlich den Subjekten selbst als ontologische Eigenschaft anheften muß ("Profitgier"). Die Interessenskategorie läßt sich aber nur verstehen, wenn sie aus der *durch den Wert gesetzten Konkurrenz* erklärt wird. Da das Kapital nichts weiter ist, als nach Verwertung drängender Wert, schließt der Begriff des Kapitals Konkurrenz ein, sowohl logisch wie auch empirisch (!), und zwar Konkurrenz sowohl zwischen Einzelkapitalien (ein Gesamtmonopol kann es folglich gar nicht geben) als auch zwischen den atomisierten Einzelnen (Individuen, Gruppen, Nationalstaaten etc.) auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Reproduktion.

Auch die Arbeiter agieren also zunächst einmal als *konstituierte* Interessensubjekte innerhalb des Prozesses der Kapitalverwertung (2), was nicht heißt, daß es hier keine Konfliktlinien gibt, entlang derer sich ein wirklich antikapitalistisches Bewußtsein, d.h. ein gegen den Gesamtzusammenhang der Wertvergesellschaftung gerichtetes, entfalten kann. Dieses Bewußtsein ist jedoch nicht apriori vorhanden. Im Gegenteil, der Interessenskonflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital ist historisch als ein vollkommen wertimmanenter ausgetragen worden, für höhere Löhne und nicht für die Abschaffung der Lohnarbeit, für politische Rechte und nicht für die Abschaffung von Staat und formalem Recht überhaupt etc. (3). Erst indem sich diese Form der Konflikt-

1) Lenin äußert sich in dieser Hinsicht zwar etwas widersprüchlich, stimmt aber im Wesentlichen den Aussagen Hilferdings zu; vgl. dazu "Aufsätze zur Diskussion" Nr. 39.

2) Die Fronten der Interessenskonflikte verlaufen dabei auch keinesfalls so eindeutig. So kann der einzelne Arbeiter dem Gewerkschaftsstandpunkt entgegengesetzte Interessen haben, wenn er an seinem individuellen Fortkommen interssiert ist, die Beschäftigten in der Atomindustrie verbünden sich mit den Betreibern der Kraftwerke gegen die Anti-AKW-Bewegung und die bundesdeutschen "Arbeitnehmer" erwarten von der Bundesregierung eine knallharte Interessenspolitik gegenüber den USA etc.

3) vgl. hierzu die Artikelserie von Peter Klein, "MK" 3 - 6

austragung historisch erschöpft, die Arbeiterklasse ihre Anerkennung als *gleichberechtigtes Interessensubjekt* erkämpft hat und damit als soziologisch bestimmte Schicht verschwindet, die Lohnarbeit aber gleichzeitg zur verallgemeinerten Existenzform geworden ist, sind die *Voraussetzungen* für ein massenhaftes antikapitalistisches Bewußtsein geschaffen. Ein solches Bewußtsein wird sich aber gerade nicht auf den hilflosen Standpunkt stellen, "die Arbeiter" sollten doch endlich ihre "objektiven Interessen" konsequent wahrnehmen, sondern muß im Gegenteil die Interessenskategorie selbst durchbrechen. Es muß die Abschaffung des Arbeiterdaseins überhaupt (wie auch die des Technikerdaseins, des Sozialarbeiterdaseins etc.), d.h. der auf dem Wert beruhenden Arbeitsteilung, auf seine Fahnen schreiben, was nichts anderes heißen kann, als die Beseitigung des Wertverhältnisses und die Herstellung einer direkten, also bewußten Vergesellschaftung.

Dieser Sprung über die Interessenskategorie hinaus klingt zwar auch bei den Operaisten an, etwa in der Parole "Kampf gegen die Arbeit". Allerdings bleibt diese Parole vollkommen abstrakt und unvermittelt (1) und läßt sich letztlich nur als reine Negation des Bestehenden formulieren.

> "... vom Arbeiterstandpunkt aus existiert die Zukunft nicht; vielmehr nur als Blockade des Bestehenden, Unmöglichkeit, daß es so weiter funktioniert, wie es aktuell organisiert ist ..." (Tronti a.a.O., S.224)

Schon in Trontis mehr als vagen Umschreibungen des revolutionären Ziels, dem "Arbeiterstaat", rächt sich diese begriffliche Schwammigkeit. Das Wortmonstrum enthält gleich die beiden wesentlichen Bestimmungen der Wertgesellschaft, denn die Kategorie des Arbeiters kann ja wohl schwerlich ohne die dazugehörige Lohnarbeit existieren und die dann unvermeidliche Staatsgewalt wird auch gleich mitgeliefert. Entsprechend hilfos bleiben dann auch die Abgrenzungsversuche gegenüber der Sowjetunion und ihren Anhängseln. Tronti konstruiert die "Erklärung", die "*politische Macht des Kapitals*" habe dort die "*Form des Arbeiterstaates* angenommen" (Tronti a.a.O., S.195; Hervor-

1) Schon die Formulierung "Kampf gegen die Arbeit" verrät die begriffliche Verwirrung. Die Arbeit als gebrauchswertsetzende, als Stoffwechsel mit der Natur, kann selbstverständlich nicht bekämpft werden. Abgeschafft werden muß die kapitalistische Form der Arbeit, die Lohnarbeit also und die durch sie konstituierte Arbeitsteilung.

heb. N.T.) (1). Über den Inhalt "*seines*" Arbeiterstaates kann er uns bedauerlicherweise keine Auskunft geben.

Auch der bekannte operaistische Theoretiker Toni Negri führt uns überdeutlich die Beschränktheit eines Ansatzes vor, dessen Ausgangspunkt die unmittelbar empirische Interessenkategorie ist. In seinem Bemühen um eine Krisentheorie, beispielsweise, interpretiert er, in expliziter Anlehnung an Keynes, die Krise von 1929/30 als ursächlich durch eine Störung von Angebot und Nachfrage bedingt. Die Ursache dieser Störung ist bei ihm allerdings nicht das Wirken blinder ökonomischer Gesetzmäßigkeiten sondern der antagonistische Wille der feindlichen KLassensubjekte.

> "Die herrschende politische Schicht ... hatte nicht gewollt (!), daß auf die massenhaften Bewegungen des Angebots eine ebensolche Vermassung der Nachfrage Einfluß nehmen könnte..." (Negri, 1972 [1968], S. 26) (2)

Die Bourgeosie = Angebot, die Arbeiterklasse = Nachfrage und letztere bringt ihre "Autonomie" dadurch zum Ausdruck, daß sie auf einer bestimmte Mindestlohnhöhe beharrt.

> "Denn sagt man 'Nachfrage', so sagt man Arbeiterklasse, Massenbewegung, die eine politische Identifikation gefunden hat, Möglichkeit des Aufstandes und der Umwälzung des Systems." (Negri, a.a.O., S. 26f.)

Negri übernimmt hier also blind die vulgärsten, auf die Oberflächenerscheinungen der Zirkulation fixierten Krisenerklärungen der bürgerlichen Ökonomie und versucht sie in seinem Sinne "positiv" zu wenden, indem er das bloße Stellen von Lohnforderungen zur bewußten gegen den Kapitalismus gerichteten Aktion umlügt. Schon die Formulierung "Identifikation mit der Rolle der Nachfrage" macht jedoch unübersehbar deutlich, daß hier auch ideologisch ein rein immanenter Interessenstandpunkt bezogen wird.

Dagegen wirkt es hilflos, wenn Tronti seinerseits nur dem institutionalisierten gewerkschaftlichen Kampf vorwirft, er sei nicht mehr als

1) Der Schwäche dieser Argumentation scheint sich Tronti selbst bewußt zu sein, denn er merkt an, daß es sich dabei um eine "Absurdität" handle, die jedoch "eine reale historische Tatsache" sei (ebd.). Es schimmert hier die Ahnung durch, daß der Kapitalismus eben nicht die persönliche Herrschaft einer Clique ist, sondern ein versachlichter Zusammenhang, der sich nicht daran stört, welcher Name ihm jeweils verliehen wird. Tronti durchschaut dies jedoch nicht, da er sich selbst an die Kategorien direkter Herrschaft klammert, die Verhältnisse also versubjektiviert.

2) Tronti argumentiert analog: "Genau mit dem Jahr 1917 wird die Vermittlung des Kapitals durch die Arbeiter den Kapitalisten subjektiv aufgezwungen. Was früher von selber funktionierte, ohne daß es irgendjemand kontrollierte, als blindes ökonomisches Gesetz, muß von diesem Moment an von oben in Bewegung gebracht werden durch den politischen Willen dessen, der die Macht besitzt..." (Tronti, a.a.O., S.221).

"der Reflex der Notwendigkeiten des Kapitals" (Tronti, 1974 [1966], S.222). Im Grunde tut er nicht mehr, als der institutionalisierten Interessensvertretung durch Gewerkschaften und Parteien wütend den unmittelbaren Interessenstandpunkt des (Massen-)Arbeiters entgegenzuschleudern - er nennt dies den "Arbeiterstandpunkt" - und als solchen zu hypostasieren (1). In dieser Hypostasierung des unmittelbaren empirischen Interesses ist im übrigen schon ein völlig instrumentelles Verhältnis zur Theorie bzw. eigentlich die Negation jeglicher Theorie angelegt. Wenn die kämpfenden Subjekte den gesellschaftlichen Zusammenhang bewußt konstituieren, so sind die Verhältnisse klar und durchsichtig. Was es an Rätseln zu lösen gibt, sind bestenfalls die Mystifikationen (Ideologie, "falsches Bewußtsein"), die der Gegner in die Welt setzt und sie zu durchschauen ist der gesunde "revolutionäre" Menschenverstand selbstverständlich zureichend.

"Theorie" wird dann zu einer Frage der Taktik, zu dem Versuch, die "Schachzüge des Gegners" zu antizipieren und beschränkt sich dementsprechend in der Regel auf ein maßloses Ansammeln empirischen Materials. Den revolutionären Anstrich erhält dieses durch und durch bürgerliche Theorieverständnis per Adjektiv ("militante Untersuchung" u.ä.) (2). Tronti etwa empfiehlt, jeden Moment der ökonomischen Entwicklung genau zu studieren, um dann immer genau das zu fordern, was "über den Spielraum der Kapitalisten hinausgeht" (Tronti, a.a.O., S. 219). Dadurch werde das Kapital von einer Krise in die nächste gestürzt, bis nur noch eine Forderung bleibt, nämlich die nach politischer Macht (Tronti, a.a.O., S.220 f.) (3). Diese letztlich völlig abstrakten taktischen Überlegungen, die in keinster Weise das reale Bewußtsein der anvisierten Akteure mitreflektieren, wiederholen sich nicht zufällig in der beliebten Agitationsfigur der ML-Sekten der 70er Jahre , die Arbeiter sollten doch endlich ihre Interessen "konsequent" wahrnehmen (die "Marxistische Gruppe" ist bis heute nicht über diesen Standpunkt hinausgekommen) und haben sich dort restlos blamiert. Da die Interessenskategorie selbst und damit der *Inhalt* dieser Kämpfe nicht in Frage gestellt wird, bleibt von dem, was bei Tronti "Strategie der Verweigerung" heißt, die Weigerung "die Bedürfnisse des Kapitals

1) Historisch erklärt sich dies aus der spezifischen Situation im Italien der Nachkriegszeit. Die Operaisten hatten insofern, mit den unzufriedenen Massenarbeitern, tatsächlich einen empirischen Anknüpfungspunkt für ein scheinbar revolutionäres Subjekt.

2) Diese Form der "Theoriebildung" findet sich konsequenterweise nicht nur bei den bundesrepublikanischen Erben der Operaisten ("Wildcat", "Autonomie" etc.), sondern trift sich auch mit dem Unmittelbarkeitsfetischismus der Oppositionsbewegung.

3) Auch hier zeigt sich wieder die Befangenheit im traditionellen Standpunkt, der gänzlich auf die "Eroberung der politischen Macht" fixiert ist.

durch die Arbeiterforderungen zu *tragen*" (Tronti, a.a.O., S.222), in der Praxis bestenfalls eine Radikalität in der *Form* übrig ("wilde" Streiks, Fabrikbesetzung, Sabotage etc.).

Die "Subsistenzklasse", das "neue" revolutionäre Subjekt

Ein theoretischer Ansatz, der unmittelbar an die Interessen eines bestimmten empirischen Subjekts anknüpft, mußte mit dem tendenziellen Verschwinden dieses Subjekts selbst obsolet werden. Angesichts der sozialen Auseinandersetzungen im Italien der 70er Jahre wurde zwar zunächst versucht, den Operaismus dadurch zu retten, daß die Beschränkung auf die Produktionssphäre aufgegeben und die gesamte Gesellschaft als eine "Fabrik des Kapitals" begriffen wurde (Negri), doch mit dem Abebben der Kämpfe versank der Ansatz in der Bedeutungslosigkeit.

Nur einige unermüdliche Aktivisten setzten die Traditionslinie fort, in der Bundesrepublik, neben einigen Vertretern des klassischen Operaismus ("Wildcat"), vor allem die Zeitschrift "Autonomie". Sie treibt den Subjektivismus auf die Spitze, indem sie die alte Arbeiterklasse endgültig ad acta legt, um - nach einer Irrfahrt durch die "neuen sozialen Bewegungen" - beim "revoltierenden Subjekt schlechthin" zu landen, dessen Wurzeln sie in der "Subsistenz" verortet. Dabei reproduziert sie bewußtlos weit mehr von der logischen Herangehensweise des Operaismus und des traditionellen Marxismus, als ihr angesichts der wortgewaltigen Scheingefechte, die sie vor allem gegen letzteren führt, lieb sein dürfte. Nicht nur das instrumentelle Theorieverständnis, sondern vor allem auch die Hypostasierung des unmittelbaren Interesses übernimmt sie unhinterfragt. Selbst bei ihrer Wendung weg von der Arbeiterklasse stand das operaistische Geschichtsverständnis unübersehbar Pate. Auch die "Autonomie" begreift die Geschichte des Kapitalismus als permanenten Kampf zweier antagonistischer Subjekte, der Klasse und dem Kapital, und kann daher das Verschwinden der alten Arbeiterklasse nur als deren vollständige Unterwerfung unter die Herrschaft des Kapitals interpretieren. Das Kapital hat, in dieser Interpretation, in den Metropolen auf (fast) ganzer Linie gesiegt, es bleiben noch Minderheiten übrig, auf die sich die Hoffnung stützen kann. Demnach, so folgert die "Autonomie" messerscharf, kann etwas nicht stimmen mit der theoretischen Konstruktion des Operaismus, nach der sich die Arbeiterklasse zwar innerhalb des Kapitals (der Produktion, der Fabrik) bewege, dabei aber die subjektive Feindschaft dagegen bewahre - die Empirie spricht offenbar gegen diese Behauptung. Besteht also Tronti noch auf einem immanenten Widerspruch des Kapitalver-

hältnisses, der darin bestehe, daß sich die Arbeiterklasse als (feindliches) "Außen" im "Innen" des Kapitals (der Produktion) bewege, kommt die "Autonomie" zu dem Schluß, das feindliche Subjekt könne tatasächlich nur von außen hinzutreten und verortet es in dem Bereich, der bei ihnen die "Subsistenz" bzw. "Reproduktion der Unterschichten" heißt (1).

Die "antagonistische Konstitution der Klasse" um die Jahrhundertwende wird dementsprechend folgendermaßen erklärt:

> "Diese Konstitution ist nicht Resultat des Produktionsprozesses allein, mißt sich nicht am Grad der Vereinahmung, sondern genau am Gegenteil: an der archaischen Reproduktion der Unterschichten, die in erster und zweiter Generation dem Leben als Industriearbeiter fremd gegenüberstehen, und an der Bereitschaft, aus dieser Fremdheit heraus das gesamte soziale Verhältnis infrage zu stellen" (Autonomie 14, S.206).

Die Strategie des Kapitals im permanenten Klassenkrieg ist demzufolge voll darauf ausgerichtet, der Klasse ihre "autonome Reproduktionsbasis" zu entziehen. Elemente dieser Strategie sind z.B. die Einrichtung von Werkssiedlungen, die Einführung der Sozialversicherung, Familienplanung, ideologische Manipulation, soziale und polizeiliche Überwachung etc. (vgl. Autonomie 14, S. 207 - 214). Jegliche Erscheinung der fortschreitenden Wertvergesellschaftung wird als Teil des allgegenwärtigen Kampfes gegen "die Klasse" interpretiert, aus dem, zumindest in den westlichen kapitalistischen Ländern, "das Kapital" als Sieger auf ganzer Linie hervorgegangen ist.

> "Die Singularisierung der Individuen, der Zusammenbruch familiärer Gewaltstrukturen unter den verschärften Zumutungen der Krisenpolitik leiten nur den letzten Schritt ein in der Auflösung sozialer Strukturen, in denen noch Reste und pervertierte Formen proletarischer Selbstbestimmung gelegen haben mögen. Einerseits in der kybernetischen Planung gesellschaftlicher Prozesse (Neue Technologien, Überwachung etc., N.T.) ..., andererseits in der Subsumtion der sozialen Bedürfnisse noch auf dem kleinsten Niveau und in der Subsumtion auch der generativen Reproduktion selbst (Gen- und Reproduktionstechnologien, N.T.) liegt das Projekt der Dekonstitution und Abschaffung der Klasse, die mit der reellen Subsumtion ihre aus sich selbst bestimmte Existenz verloren hatte, die aber als gesellschaftlicher Widerspruch innerhalb des Kapitalverhältnisses noch im Zentrum des gesellschaftlichen Prozesses gestanden hatte" (Autonomie 14, S. 213, Hervorheb. N.T.).

Die Widersprüche des Kapitalverhältnisses sind also beseitigt, weil das revolutionäre Subjekt die "aus sich selbst bestimmte Existenz" verloren hat. Wenn aber jegliche Grundlage für ein revolutionäres Be-

1) Mit dieser Argumentationslogik folgt die "Autonomie" im Übrigen nicht nur der Entwicklung des italienischen Operaismus der 70 er Jahre, sondern u.a. auch dem Feminismus der "Bielefelder Schule", bei dem sie das "Subsistenz"-Konzept im wesentlichen abgekupfert haben.

wußtsein fehlt, sobald die Gesellschaft kapitalistisch durchstrukturiert ist, kann das revolutionäre Subjekt nur ausserhalb des Kapitalismus zu finden sein und dieses "ausserhalb" ist bei der "Autonomie" die "Subsistenzökonomie". Sie behauptet, daß eine kommunistische Revolution nur an der "Bruchstelle zwischen Subsistenzwirtschaft und Kapitalismus" möglich war bzw. ist. Dort, wo das Eindringen des Kapitalverhältnisses subsistenzwirtschaftliche Strukturen zerstört, werde ein Widerstand produziert, in dessen Gefolge die traditionellen "Lebens- und Subsistenzzusammenhänge ... revolutionär aktualisiert und umgedeutet" würden (1).

Die "Autonomie" baut hier eine künstliche Frontstellung zweier Produktionsweisen auf, was nur deshalb möglich ist, weil sie einen völlig aufgeblähten Begriff von "Subsistenzwirtschaft" zugrunde legt. Subsistenzproduktion oder Subsistenzwirtschaft, im strengen Sinne, wäre eine den Naturvölkern angehörende Produktionsweise, in der nicht nur alle Produkte für den unmittelbaren Verbrauch hergestellt werden, sondern die Produktion, auch bedingt durch den geringen Grad an Produktivkraft der Arbeit, den unmittelbar lebensnotwendigen Bedarf nicht übersteigt. Es wird also kein Mehrprodukt erwirtschaftet, das für andere Zwecke als das pure physische Überleben verwendet werden könnte. Wenn man den Begriff der Subsistenzproduktion über diese strenge Definition hinaus ausdehnen kann, dann allenfalls auf solche Produktionsweisen, in denen zwar ein gewisses Mehrprodukt hergestellt wird, dieses Mehrprodukt aber, in welchem gesellschaftlichen Zusammenhang auch immer, i.d.R. in *Naturalform* angeeignet wird (Naturaltausch, Aneignung durch eine Kriegerkaste/ einen Feudalherren etc.), d.h. Geldwirtschaft und Warenproduktion noch nicht entwickelt sind oder eine sekundäre Rolle spielen.

Welchen Inhalt hat nun der Begriff der Subsistenzproduktion für die "Autonomie"? Zwar suchen wir vergeblich nach einer expliziten Begriffsbestimmung, eine Spezialität der überwiegend assoziativ arbeitenden Autoren, doch geht aus dem Zusammenhang des Textes eindeutig hervor, daß hier unter "Subsistenzökonomie" nicht eine bestimmte historische *Produktionsweise* sondern die *Bewußtseinshaltung* vor- und frühkapitalistischer Familienverbände gemeint ist, deren erstes Ziel darin bestand, das Überleben (in der Diktion der "Autonomie": die Subsistenz) aller Angehörigen des Verbandes zu gewährleisten. So wird etwa eine sich überwiegend durch Heimarbeit reproduzierende Familie des 19. Jahrhunderts, als "subsistenzwirtschaftlich orientierte Produktions-

1) vgl. Autonomie 14, S. 112; diese Auffassung entspricht im übrigen einem weit verbreiteten linken "Niederlagenbewußtsein" und findet sich u.a. ausdrücklich bei dem in der Tradition der "Kritischen Theorie" stehenden Stefan Breuer und bei Joscha Schmierer.

familie" bezeichnet, über die es weiterhin heißt:

"Der Arbeitsaufwand der ganzen Familie richtete sich nicht auf einen zu erzielenden Überschuß, auf Sparen oder auf in der Zukunft liegende Befriedigung von Bedürfnissen, sondern nach der 'Ökonomie der begrenzten Ziele' nach dem Interesse an Konsum, Muße, Vergnügungen usw. Und so konnte es sehr wohl vorkommen, daß die subsistenzarbeitende Familie, wenn sie genug Einkommen zusammenhatte, anläßlich eines Festes ... 'alles auf den Kopf haute' ... Das Interesse an Arbeit - und zwar der ganzen Familie - war nur insoweit vorhanden, wie es zur Sicherstellung des Konsums der Familie diente." (Autonomie 14, S. 154, Hervorheb. N.T.)

Indem der Begriff so völlig aufgelöst und auf die Frage der *Einstellung* zur eigenen Reproduktion reduziert wird, läßt er sich nun beliebig mit Inhalt füllen. Neben tatsächlicher bäuerlicher Subsistenzproduktion wird ausdrücklich auch bäuerliche Warenproduktion (1) und die zitierte frühkapitalistische Heimarbeit hineingepackt, beides also Reproduktionsformen, wo ganz eindeutig nicht für den eigenen Bedarf produziert wird, sondern die eigenen Produkte bzw. die eigene Arbeitsleistung *verkauft* werden, der subsistenzwirtschaftliche Zusammenhang also bereits durch das Eindringen des Wertes zersetzt wurde. Daß in diesen Übergangsformen zur kapitalistischen Produktion (die Heimarbeit wird häufig als "protoindustrielle" Produktionsform bezeichnet) Bewußtseinsformen überlebten, die "eigentlich" im Kontrast zum - der Produktionsweise inhärenten - Rentabilitätsdenken standen (vgl. dazu auch Sieder 1987, S. 73ff.), ist eine andere, sehr interessante Frage, auf die noch zurückzukommen sein wird. Die "Autonomie" aber, weil sie das Bewußtsein von der historischen Verlaufsform isoliert, setzt *stoffliche* Produktion für den eigenen Bedarf (also Gebrauchswertproduktion) unmittelbar in eins mit einer Reproduktionsform, in der zwar das Sichern der Existenz des Familienverbandes Priorität genießt, dies aber nur vermittelt über *wertmäßige* Produktion gewährleistet werden kann.

Die schwammige Verwendung des Begriffes drückt sich übrigens auch darin aus, daß ausdrücklich von "städtischer Subsistenzökonomie" die Rede ist (Autonomie 14, S.121), worunter die "Autonomie" die Reproduktion städtischer Handwerker, Kleinhändler und sogar früher Lohnarbeiter faßt. Allerdings scheint ihr die inflationäre Verwendung des Begriffes der "Subsistenzproduktion" selbst nicht ganz geheuer zu sein, denn weitaus häufiger verwendet sie in diesem Zusammenhang die Begriffe der "Reproduktion der Unterklassen" bzw. der "selbständigen Reproduktion", die dann neben Handwerk und Kleinhandel auch Diebstahl, häusliche Reproduktionsarbeit und den Rekurs städtischer

1) vgl. die Verweise auf die "Marktrevolten" gegen die "Zerstörung der Transparenz des Marktvorganges" (!), Autonomie 14, S.109

Lohnarbeiter auf die Unterstützung durch den auf dem Lande lebenden Familienverband beinhaltet (1). Diese Begriffsdifferenzierung ist jedoch eine rein formelle, denn tatsächlich werden alle drei Begriffe vom Bedeutungsinhalt her synonym verwendet, was allein daran deutlich wird, daß deren Verhältnis zueinander an keiner Stelle explizit geklärt wird. Alle drei Begriffe umfaßen jegliche Reproduktion, die nicht unmittelbar auf Lohnarbeit beruht oder durch staatliche bzw. quasi-staatliche Institutionen (Sozialversicherung, Sozialverwaltung etc.) geregelt wird. Solange die Subjekte sich noch Einkommensquellen bzw. ergänzende Reproduktionsbasen neben der Lohnarbeit und der staatlichen Versorgung erhalten, solange kann also noch von (Resten) "selbständiger Reproduktion" gesprochen werden, und nur solange ist auch die Grundlage für ein "autonomes", also antikapitalistisches Bewußtsein gegeben.

Doch das Kapital schläft nicht:

"Mit der Ausweitung der Sozialversicherungen subsumiert der Staat auch das Existenzrecht der Klasse in einem versicherungsrechtlichen Verhältnis. Aus der Rache für das erlittene Unrecht wird der 'Generationenvertrag'. Das ehedem antagonistische, unvermittelt dem Kapital gegenüberstehende Existenzrecht wird umgedreht zum Mittel kapitalistischer Reproduktion. Die autonome Klassenkonstitution wird damit ihrer moralischen und ökonomischen Grundlage beraubt" (Autonomie 14, S.207).

Die Frontstellung, die künstlich aufgebaut wird, ist die zwischen Kapitalismus und Subsistenzwirtschaft, zwischen "kapitalistischer Reproduktion" und "selbständiger Reproduktion". Das Kapitalverhältnis wird nicht begriffen als das logisch-historische Resultat der Warenproduktion, sondern als eine äußerliche, fremde Macht, die vollkommen willkürlich die Bühne der Geschichte betritt und mit dem subjektiven Willen ausgestattet ist, alle anderen Formen der Produktion und Reproduktion zu unterwerfen oder zu zerstören.

"Es hat keinen selbstgesetzlichen Zwang gegeben, unter dem eine Gesellschaft auf der Grundlage von Feudalrente, Subsistenzproduktion und kleiner selbständiger Warenproduktion zu einem modernen, auf kapitalistischer Lohnarbeit beruhenden Produktionsverhältnis hätte fortschreiten müssen" (Autonomie 14, S. 127).

Woher allerdings dieses Subjekt kam, das hier so anmaßend einfach den Gang der Geschichte bestimmt hat, woher es seinen Zerstörungswillen bezogen hat, kann uns die sonst so mit historischen Fakten um sich schmeißende "Autonomie" leider nicht verraten. Wie jeder Empirismus muß sie zu Mystifizierungen greifen, sobald sie übergreifende Zusammenhänge erklären will, die mit den Mitteln der kruden Faktenklauberei nicht mehr faßbar sind. Das Kapital als "diabolus ex machi-

1) vgl. etwa Autonomie 14, S. 113 f.; ebd. S.109: "Die Basis dieser selbstbestimmten Reproduktion blieb die Subsistenzökonomie"

na".

Wenn man überhaupt eine historische Frontstellung zwischen Produktionsweisen aufbauen wollte, dann die zwischen wirklicher (dem Wesen nach bäuerlicher) Subsistenzproduktion und Warenproduktion. Erstere wurde im Verlaufe der historischen Entwicklung durch die Ausbreitung von Tausch und Geld zunehmend zersetzt - wobei die Übergänge von einer Form zur anderen fließend und regional extrem ungleichzeitig waren. Die kapitalistische Produktionsweise allerdings ist *kein Gegensatz* zur Warenproduktion, sondern deren *entfaltete Form*, die durch die Verwandlung der Arbeitskraft in Ware die Verwertung des Wertes zum Selbstzweck der Produktion macht und damit tendenziell alles in die Wert-/Geldform preßt. Soziale Zusammenhänge, die auf persönlicher Abhängigkeit und Blutsverwandschaft beruhen, werden durch die entfesselte Eigendynamik des Wertes aufgelöst, die Vergesellschaftung, die sich hinter dem Rücken der Subjekte herausbildet, ist keine bewußt organisierte, sondern tritt ihnen als äußerlich und fremd gegenüber. Die gesellschaftliche Beziehung der Menschen ist in ein "gesellschaftliches Verhalten der Sachen verwandelt" (1).

Soweit auch unter den Bedingungen entfalteter Wertproduktion noch Reste direkt gebrauchswertmäßiger Reproduktion erhalten bleiben (z.B. der Gemüsegarten), so hat dies bestenfalls ergänzenden Charakter. Was die Hausarbeit im engeren Sinne betrifft, die etwa von den Bielefelder Feministinnen auch unter die Rubrik "Subsistenzarbeit" gefaßt wird, so hat sie sich als solche - als getrennte Sphäre - selbst erst im Rahmen der kapitalistischen Vergesellschaftung, als unerlässliche Ergänzung zur

1) vgl. Grundrisse der Kritik der pol. Ökonomie, MEW 42, S.91: Natürlich agieren im Prozeß der Durchsetzung der Wertproduktion immer auch Subjekte, doch agieren sie innerhalb des begrenzten Interessenshorizontes ihrer Zeit. Wenn z.B. ein Feudalherr die Naturalsteuer durch eine Geldsteuer ersetzt, tut er dies selbstverständlich nicht deshalb, weil er den Plan gefaßt hat, den ersten Schritt zur "Einführung" des Kapitalverhältnisses zu vollziehen, sondern weil er etwa seinen Konsum auf Produkte ausdehnen möchte, die selbst nur gegen Geld erhältlich sind (z.B. ausländische Textilien) oder Söldner anheuern will etc. Indem er aber seine Vasallen zur Warenproduktion zwingt, trägt er gleichzeitig selbst zur Ausweitung der arbeitsteiligen, spezialisierten Produktion für den Verkauf bei (also Zunahme des Handels, Entstehung von Handelskapital etc.). Dem ganzen Prozeß wohnt also eine Eigendynamik inne, deren Resultat von den Protagonisten weder antizipiert, noch viel weniger bewußt angestrebt wird. Vgl. dazu u.a. MEW 42, S. 146-152

Lohnarbeit, herausgebildet (1). Beides, sowohl die Reste gebrauchswertmäßiger Reproduktion als auch die Hausarbeit, sind also immer schon kapitalistisch subsumiert und können daher gar keinen unabhängigen "sozialen Raum" bilden, geschweige denn isolierte Grundlage für ein "autonomes antikapitalistisches Bewußtsein" sein. Dies gilt auch für Überlebensstrategien, wie sie in Krisen- und Kriegszeiten immer wieder aufleben und in der 3. Welt weit verbeitet sind. Sie haben entweder Übergangscharakter, soweit Perspektiven für einen Wieder-Aufbau kapitalistischer Reproduktion bestehen, oder sie sind in der ein oder anderen Weise an diese gebunden, sei es durch Kleinhandel, "Müllhaldenproduktion", gelegentliche Lohnarbeit, Diebstahl oder schlicht durch Orientierung der (meist unerfüllbaren) Konsumwünsche an der Warenwelt.

Für die "Autonomie" stellt sich die Verallgemeinerung des Kapitalverhältnisses jedoch vollkommen verquer dar -übrigens ganz in der Tradition der linken Debatte - nicht als *Versachlichung*, sondern als Herausbildung der *persönlichen Herrschaft* des Subjektes Kapital über das Subjekt Klasse. Die Subjektivität, das Bewußtsein der Kontrahenten wird als fertiges vorausgesetzt, ist den Subjekten genauso unveränderlich angeheftet wie ihre Hautfarbe. Wenn "die Klasse" in den kapitalistischen Metropolen also mittlerweile in "das Kapital" integriert ist, so heißt dies demnach, daß ihr "eigentliches Bewußtsein" im Verlauf der Kämpfe verschüttet wurde. Voraussetzung einer Revolution ist dann logischerweise, daß

> "es gelingt Räume für proletarische Rekonstitution zu eröffnen und zu sichern." (Autonomie 14, S. 214, Hervorheb. N.T.) (2)

Die "Autonomie" versucht diese haarsträubende These dadurch zu stützen, daß sie blindwütig in der Geschichte wildert und einen Berg

1) Nichts ist insofern lächerlicher, als moraltriefende Ereiferung darüber, der "Wert" der Hausarbeit werde von Marx bzw. dem Marxismus nicht gebührend gewürdigt (Autonomie 14, S.115 ff.). Die Begriffe der "produktiven" und "unproduktiven" Arbeit enthalten keinerlei moralische Wertung, sondern sind analytische Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie, die damit gleichzeitig schon immer gegen den Kapitalismus gerichtet sind. Die Hausarbeit wird nicht unmittelbar im Produktionsprozeß verwertet (als ob dies eine besondere Ehre wäre!), ist aber das notwendige Pendant zur Lohnarbeit und muß damit zusammen mit dieser verschwinden.

2) Die perfekte Hilflosigkeit schlägt uns auch an folgender Stelle entgegen: "Und es müssen Orte proletarischer Subsistenz, d.h. unkontrollierter proletarischer Reproduktion erkämpft werden ... (vermutlich Radieschen-Anbau in Kreuzberger Hinterhöfen ! N.T.)... Bis dahin bleibt der metropolitane Widerschein des Weltproletariats eine Bezugsgröße für revolutionäres Handeln, welche zunächst moralisch (!) zu antizipieren ist." (Autonomie 14, S.11)

beliebiger Details herbeischaufelt, wobei ihr im Eifer des Gefechtes nicht einmal auffällt, daß schon diese Beispiele gerade das Gegenteil ihrer eigenen Behauptungen belegen. Alles was ihnen nämlich als "antikapitalistischer" sozialer Kampf erscheint, entpuppt sich meist schon auf den zweiten flüchtigen Blick selbst schon als Teil der sich herausbildenden Wertlogik. Ein krasses Beispiel hierfür ist die Beschreibung der Arbeitskämpfe der deutschen Eisenbahnarbeiter um 1845/47. Ausführlich schildert die "Autonomie", daß es sich hierbei ganz offensichtlich um Lohnkämpfe gehandelt hat, deren Härte sich wohl in erster Linie aus dem Status dieses sich gerade erst herausbildenden neuen Typus des Massenarbeiters erklären läßt. Der Eisenbahnbau pferchte zum ersten Mal große Massen unqualifizierter Arbeiter unter schärfsten Ausbeutungsbedingungen zusammen und entkoppelte sie gleichzeitig von ihren bisherigen Lebens- und Reproduktionszusammenhängen. Die "Autonomie" selbst:

"Obermann, D. Eichholtz u.a. sehen in dieser fortgeschrittenen kapitalistischen Ausbeutungsform, sicher nicht zu unrecht, eine Grundlage für die ständige Kampfbereitschaft und Aktivität der Eisenbahnarbeiter im Vormärz und für die Härte ihrer Kämpfe, die sich überwiegend als Lohnkämpfe darstellten..." (Autonomie 14, S.50)

Umso erstaunlicher ist dann die Schlußfolgerung aus dieser Feststellung:

"Die spezifische Modernität der Eisenbahnarbeiterkämpfe ... lag in der Revolte gegen das System der Lohnarbeit selbst." (ebd.)

Eine wahrhaft logische Denkleistung, die folgendermaßen "begründet" wird:

"Selbst wo immer Lohnforderungen gestellt und Lohnkämpfe geführt wurden, ist daraus nicht zu folgern, daß die Arbeiter ihre Unterwerfung unter das Lohnsystem gewollt hätten. Im Eisenbahnbau wurden höhere Löhne gefordert als anderswo..." (ebd., Hervorheb. N.T.)

Als ob es einen freien Willen gäbe, der außerhalb des erreichten Vergesellschaftungszusammenhanges stünde und sich zwischen verschiedenen Formen der Reproduktion entscheiden könnte, wie zwischen zwei Waschmittelmarken im Supermarkt! Das unmittelbare Wollen der Eisenbahnarbeiter mußte sich auf Lohnforderungen konzentrieren, denn nur über den Lohn konnten sie sich reproduzieren. Das heißt allerdings nicht, daß es für die ersten Lohnarbeiter selbstverständlich war, ihre Arbeitskraft zu verkaufen; dies erforderte in der Tat einen langen historischen Gewöhnungsprozeß, der keineswegs reibungslos verlief. Die Bewußtseinsformen, die im Laufe dieses Prozesses ausgeprägt werden, reflektieren jedoch allesamt die jeweils erreichte Stufe der Wertvergesellschaftung, und das gilt nicht nur für Lohnkämpfe und die sich daraus entwickelnden Gewerkschaften, sondern genauso

auch für die frühsozialistischen Vorstellungen von "Gemeindesozialismus", auf welche die "Autonomie" sich positiv bezieht (1). Dem geringen Verallgemeinerungsgrad des Wertverhältnisses entsprach die Utopie einer genossenschaftlich organisierten kleinen Warenproduktion und nicht etwa die Überwindung der Warenproduktion überhaupt.

Auch die von der "Autonomie" mehrfach zitierten Hungerunruhen im vorrevolutionären Frankreich der 1770er un 80er sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Sie waren in erster Linie spontane Reaktion der Volksmassen auf die existentielle Bedrohung, die von der Freigabe (und damit Erhöhung) der Getreide- und Brotpreise und der Etablierung eines nationalen Marktes ausging. Gegenüber diesen Bedrohungen forderten sie, die bisherigen Zustände vor Auge, *"gerechte" Lebensmittelpreise* und die Wiederherstellung von lokalen, *"überschaubaren" Märkten* (2). Natürlich waren solche Revolten nie ausschließlich auf die Verteidigung eines "rein materiellen" Lebensstandards ausgerichtet, denn die materielle Reproduktion war ja in vorkapitalistischen Zuständen immer unmittelbar und unauflöslich mit dem sozialen Lebenszusammenhang verquickt. Das Auseinanderfallen des sozialen Zusammenhangs in getrennte Sphären, (Lohn)Arbeit und Familie, öffentlich und privat etc., ist ja überhaupt erst ein Produkt der Wertvergesellschaftung, und Voraussetzung für ein Bewußtsein, das diese Getrenntheit als selbstverständlich empfindet (erst ab diesem Punkt können auch die sozialen Auseinandersetzungen in "Einzelprobleme" zerfallen, die bloß additiv verknüpft werden, in "Lohnfrage", "Frauenfrage", "Agrarfrage" etc.). Die kleine bäuerliche und handwerkliche Warenproduktion dagegen findet noch bis ins 19. Jahrhundert hinein im Zusammenhang des "ganzen Hauses" statt, und selbst in der protoindustriellen Heimarbeit ist die Trennung zwischen den Orten von Produktion und Reproduktion noch nicht gegeben, obwohl die Heimarbeiterfamilie bereits auf Gedeih und Verderb von der Konjunktur des nationalen und internationalen Marktes abhängig ist. Die Zersetzung dieser sozialen Strukturen provoziert selbstverständlich Gegenwehr, doch bleibt diese bewußtseinsmäßig dem erreichten Stand der Vergesellschaftung verhaf-

1) vgl. Autonomie 14, S. 126; die "Autonomie" zeigt hier im Übrigen einmal mehr ihre Verwandtschaft mit der Produktivkraftkritik der von ihnen äußerlich abgelehnten Grün-Alternativen. Zur Kritik der produktivkraftkraftkritischen Vorstellungen vgl. die Artikelserie von R.Kurz in MK 2-3

2) "Es war kein Vorurteil, wenn die Unterklassen sich der Zerstörung der Transparenz des Marktvorganges und der Preisbildung durch ökonomische Zentralisierung - durch das Wertgesetz, wenn man so will - widersetzten ..." (Autonomie 14. S. 109. Hervorheb. N.T.)

tet, ist sogar häufig offen rückwärtsgewandt (1).

Interessanterweise findet in der französischen Revolution die Forderung nach lokaler Preisregulierung auf dem Lande ihr Pendant in der politischen Forderung der städtischen Massen (vor allem der Sansculotten-Bewegung) nach einem "Allgemeinen Maximum" d.h. nach Obergrenzen für die *Preise der wichtigsten Lebensmittel* und einer *Festsetzung der Arbeitslöhne* entsprechend den Preisen dieser Waren, was der "Autonomie" sofort zur "sozialrevolutionären Forderung" gerinnt (vgl. Autonomie 14, S.80 f.). Zwar ist es sicher richtig, daß in den erhobenen Forderungen Elemente der "moral economy" fortleben ("das Überleben aller sichern"), doch kleiden sie sich bereits in die grundlegenden Kategorien der Wertgesellschaft. Indem an den *Staat* appelliert wird, er solle in das Wirken des *Wertgesetzes* eingreifen, werden ja gleichzeitig diese beiden Kategorien affirmiert, gewissermaßen wird ihnen sogar zum Durchbruch verholfen. Nicht zufällig findet sich die Forderung nach Preisregulierung in allen späteren populistischen Bewegungen (inkl. der alten Arbeiterbewegung, dem "Realsozialismus" und dem Faschismus) wieder, die allesamt dem Staat die Rolle des Regulators *innerhalb der Wertvergesellschaftung* zuschreiben (neben Preisregulierung auch Subventionierung, Investitionslenkung etc.).

Es hieße die Geschichte nicht zu verstehen, wollte man den Sansculotten etwa "falsches Bewußtsein" vorwerfen, doch muß ihr Bewußtsein, aus heutiger Sicht, als ein notwendig seiner Epoche verhaftetes entziffert werden. Der "Autonomie" ist aber ein solcher Zugang zur Geschichte verschlossen, da sie sich immer ganz unmittelbar mit Revoltierenden und ihren Forderungen identifiziert, als säße sie im Kino und die Geschichte würde als riesige Hollywood-Inszenierung auf der Leinwand abgespult. Die unmittelbarsten Interessen der jeweiligen Subjekte werden absolut gesetzt und nicht mehr hinterfragt (im klassischen Operaismus kommt dies als "Arbeiterstandpunkt" daher).

> "So bleibt es letztlich belanglos, mit welcher politischen Fahne, mit der royalistischen oder der von 1793, die Revolten sich auszeichneten. Ihre eigentliche Kampfansage war die welche noch 1848 von den Frauen erhoben wurde:'Du pain ou la mort' (Brot oder Tod)." (Autonomie 14, S. 82, Hervorheb. N.T.)

1) schlaglichtartig kommt dies in der Forderung nach "Brot und Rückkehr des Königs" (!) zum Ausdruck, die, wie die "Autonomie" selbst berichtet, z.T. in ländlichen Hungerunruhen des revolutionären Frankreichs um 1795 erhoben wurde (Autonomie 14, S. 82). Dies hindert sie jedoch nicht daran, selbst hier transzendierendes Bewußtsein hineinzulesen.

Die ewige Wiederkehr des Immergleichen

Da die "Autonomie" im Gegensatz zum Operaismus real auf kein empirisches soziales Subjekt verweisen kann, muß sie sich auf das "allgemein Menschliche" zurückziehen, den Kampf um das elementarste Überleben. Wenn die Menschen nichts mehr zu beißen haben, dann revoltieren sie, lautet die tiefschürfende Erkenntnis von 300 Seiten "Autonomie 14". Die Geschichte gerinnt ihnen damit zu einem völlig unförmigen Brei des immergleichen Gegensatzes zwischen arm und reich, Herrschern und Beherrschten und einer ewigen Wiederkehr von Klassenkämpfen, verstanden als die "Permanenz der Revolution der Armen" (Autonomie 14, S.84). Der primitivste Vulgärmaterialismus kommt hier im Gewande des Subjektivismus daher, entlarvt sich allerdings schon in der Begriffslosigkeit, mit der er in allen Revolten letztlich nur den "Kampf um das Recht auf Existenz" (Autonomie 14, S.109 f.) entdekken kann.

Dieser Begriff ist tatsächlich nicht mehr als eine leere Abstraktion, die versucht, völlig disparate Kämpfe krampfhaft auf einen Nenner zu bringen und das reale Bewußtsein der Kämpfenden wird völlig ignoriert. Deren unmittelbare Forderungen samt der damit verknüpften Ideologie können so nicht im Kontext der jeweiligen historischen Situation begriffen werden; letztlich wird jeglicher Fortschritt im gesellschaftlichen Bewußtsein schlichtweg geleugnet, was insofern verständlich ist, als die "Autonomie" die Perspektive, den Kapitalismus nach vorne aufzulösen, längst aufgegeben hat. Stattdessen weint sie der "guten alten Zeit" hinterher und führt jeden revolutionären Impuls immer nur auf einen (schwindenden) Rest von "Subsistenzbewußtsein" zurück, welches seine materielle Basis in Überbleibseln einer "selbständigen Reproduktion" habe.

Das Bewußtsein der revoltierenden Arbeiter von 1918, beispielsweise, unterscheidet sich demnach von dem der Aufständischen von 1848 nicht qualitativ vom Inhalt her, sondern rein quantitativ: die "Unterklassen" von 1848 besaßen halt "noch mehr" Subsistenzbewußtsein als die von 1918. Der Karnickelstall im Hinterhof des Wohnblocks läßt die "Autonomie" darauf schließen, daß die dort wohnenden Arbeiter sich nichts sehnlicher gewünscht hätten, als ein Zurück in den Stallmief der Subsistenzwirtschaft. Wenn die Arbeiter hingegen für allgemeines Wahlrecht auf die Straße gingen und für ihre Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürger kämpften, dann muß die "Autonomie" dies wohl für Geschichtsklitterung oder einen besonders perfiden Schachzug des Kapitals halten, denn "eigentlich" ging es den Arbeitern immer nur um ihr "Recht auf Existenz". Der Begriff ist nichts als eine Leerfor-

mel, die gerade deshalb auch jeder beliebigen Bewegung übergestülpt werden kann, und den "Theoretiker" der Notwendigkeit enthebt, sich konkret mit dem jeweils realen Inhalt auseinanderzusetzen und ihn zu erklären.

Mit diesem im schlechtesten Sinne abstrakten Vorgehen verballhornt die "Autonomie" nicht nur die Geschichte, sondern sie phantasiert damit auch die angebliche "Klassenhomogenität eines Weltproletariats der Armen" herbei. Drastisch vor Augen geführt wird uns dies in der "Autonomie 10" (S.49 f.), wo die Autoren unter der Überschrift: "Der neue Bauernkrieg aus den Slums: Beispiele aus der jüngeren Zeit", eine Kollage aus Zeitungsschnipseln zusammengestellt haben. Einträchtig nebeneinander finden wir hier die Straßenblockaden von Bauern aus dem afrikanischen Benin, die den Abtransport des von ihnen produzierten Mais verhindern, weil sie mit dem vom Staat festgesetzten geringen (!) Preis nicht einverstanden sind, militante Proteste und Plünderungen in liberianischen Städten, die sich gegen Preiserhöhungen (!) beim Grundnahrungsmittel Reis richten, der Streik städtischer Angestellter und Kleinbusfahrer im peruanischen Huancayo, ein durch die Gewerkschaften organisierter Generalstreik in Kolumbien etc. Schon auf der Ebene der krudesten Empirie sticht ins Auge, daß die verschiedenen Teile dieses "Weltproletariats" ganz offenbar vollkommen unterschiedliche und sogar entgegengesetzte unmittelbare Interessen verfolgen. Genauer gesagt, sie verfolgen zwar alle das gleiche *unmittelbare Einzelinteresse*, nämlich das nach Geld, doch schließt genau dies ein, daß ihre Interessen miteinander konkurrieren, eben nicht auf einen Nenner zu bringen sind. Wenn die Bauern beispielsweise ihr Interesse an hohen Preisen für ihre Produkte verfolgen, die städtische Bevölkerung ihrerseits gegen die gestiegenen Lebenshaltungskosten auf die Straße geht, dann agieren sie als zwei Pole eines Interessengegensatzes innerhalb der Wertgesellschaft, keinesfalls als Klassensubjekt gegen "das Kapital" (obwohl natürlich fast immer irgendwelche Einzelkapitalien tangiert werden). Selbst da jedoch, wo keine unmittelbaren Interessensgegensätze vorliegen, läßt sich beim besten Willen nicht erkennen, worin die Grundlage für ein gemeinsames Bewußtsein dieser auf dem Papier zusammengebrachten Protestewegungen bestehen soll. Es ist schwerlich vorzustellen, daß ein städtischer Angestellter aus Peru sein "Recht auf Existenz" in Form einer Strohhütte in der afrikanischen Steppe einklagt und der Bauer aus Benin wird wohl kaum nach einem sicheren Arbeitsplatz in der kolumbianischen Autoindustrie trachten.

Auch Bewußtseinslage und Interessenskonstitution von Slumbewohnern sind keineswegs so homogen, wie die "Autonomie" das gerne hätte

(aber vorsichtshalber nicht näher belegt). Sie geht dabei sogar so weit, etwa indische, malaysische, mexikanische und chilenische Slums, als ein und dasselbe zu behandeln (vgl. Autonomie 10, S.50). Völlig beliebig werden hier Unterschiede in der geschichtlichen und politischen Entwicklung der Länder, des erreichten Vergesellschaftungsniveaus, der sozialen Schichtung, der kulturellen und religösen Traditionen etc. mit der Geste des großartigen Theoretikers, der sich auf das "Wesentliche" konzentriert, beiseite gewischt und schon wird das "Weltproletariat" aus dem Zylinder gezaubert. Dieses "Wesentliche" ist aber bei Licht betrachtet nicht viel mehr als die Gemeinsamkeit, daß alle zitierten Auseinandersetzungen sich meist an unmittelbar existentiellen Bedrohungen entzünden und daß sie in der Regel sehr heftig ausgetragen werden. Die realen Unterschiede der jeweiligen Anlässe, das Bewußtsein der Akteure, ihre konkreten Forderungen und Ziele etc., werden bei dieser Betrachtungsweise völlig verschüttet und die aufgeblähte, aber völlig inhaltsleere Begrifflichkeit "Kampf um das Recht auf Existenz" kaschiert nur mühsam, daß die "Autonomie" selbst in keinem Moment über die phänomenologische Beschreibung einzelner Momente der unmittelbarsten Empirie hinauskommt.

Indem sie aber in der Unmittelbarkeit der Betrachtung verharrt, affirmiert die "Autonomie" zwangsläufig die Unmittelbarkeit des Geldes und ihre "Subsistenzkämpfe" entpuppen sich als auseinanderdriftende Interessenskonflikte innerhalb der (in die Krise geratenen) Wertgesellschaft. Eine revolutionäre theoretische Position hingegen müßte den Rahmen der Interessenkonkurrenz selbst sprengen, d.h. die Ebene der Unmittelbarkeit verlassen, deren Wertkonstituiertheit kritisieren und damit die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schaffen. Das heißt natürlich nicht, den handelnden Subjekten etwa eine "falsche Praxis" vorzuwerfen und sie auffordern, sich doch endlich das "richtige Bewußtsein" zuzulegen. Natürlich ist es richtig, wenn die kolumbianischen Arbeiter für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streiken, wenn Slumbewohner gegen Erhöhung der Lebensmittelpreise auf die Straßen gehen, sich organisieren etc.; die Theorie darf sich jedoch nicht auf diese Ebene des unmittelbar Notwendigen beschränken und in falscher Bescheidenheit vor dem begrenzten Horizont des Unmittelbarkeitsbewußtseins kapitulieren, will sie nicht den Anspruch auf Überwindung dieser Gesellschaft aufgeben und überhaupt aufhören, Theorie zu sein. Genau dies aber tut die "Autonomie":

> "Der Verzicht auf die Idee einer historischen Gesetzmäßigkeit, auf die Formulierung eines jenseits der Subjekte liegenden Ziels wird zur Voraussetzung revolutionärer Moral und für ein revolutionäres Handeln, welches nicht in die Verachtung der Massen umschlägt und diese schließlich auf ein Ziel zutreibt." (Autonomie 14, S.138, Hervor-

heb. N.T.)

Ihre dichotomische Denkweise kommt hier voll zum Ausdruck: Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder die Theorie unterwirft sich "die Massen", oder sie ordnet sich ihrerseits "den Subjekten" unter. Woher diese Subjekte allerdings ihre "in ihnen liegenden Ziele" beziehen, darf eine Theorie, die sich für den Denkverzicht entschieden hat (also schon gar keine Theorie mehr ist), nicht mehr fragen. Sie muß diese Ziele als gegeben hinnehmen und beraubt sich damit selbst der Möglichkeit, diese als in den jeweiligen Verhältnissen befangene zu erkennen. Letzten Endes muß eine solche Position die Unmittelbarkeit im wahrsten Sinne des Wortes mystifizieren, und so ist es nicht weiter verwunderlich, wenn die "Autonomie" sich positiv auf

> "den nicht institutionalisierten Teil des iranischen Chiliasmus, die indonesischen Moslemrebellen, die philippinischen Christenbewegungen gegen die Landreform..." (Autonomie 10, S.48)

bezieht. Der Logik der Argumentation entsprechend, ist demnach religiöser Fanatismus ein Teil des "eigentlich" im Subjekt angelegten Bewußtseins. Wir können also gespannt sein, wann Detlev Hartmann sich wieder auf die Jungfrau Maria besinnt.

Hier führt sich die ganze Position ganz offensichtlich ad absurdum. Wenn entwurzelte und verarmte Massen in ihrer Verzweiflung Zuflucht bei religiösen und quasi-religiösen Bewegungen suchen, so ist das zwar objektiv ein Reflex auf die Zerstörung der traditionellen Lebenszusammenhänge, hat aber mit politischer *Bewußtheit* sowenig zu tun wie der abendliche Alkoholrausch eines VW-Arbeiters. Sicher merkt etwa der arbeitslose Slumbewohner, lapidar ausgedrückt, daß es ihm dreckig geht und daß demzufolge "irgendwas" faul sein muß an den Verhältnissen, doch fehlen ihm häufig die elementarsten Voraussetzungen dafür, dies bewußt zu artikulieren (was ja selbst Teil dieser Verhältnisse ist), weshalb er für vorrationale, meist in der jeweiligen Tradition verwurzelte, Deutungsmuster leicht zugänglich ist. Ich kann hier keine Analyse moderner religiöser Massenbewegungen vornehmen, doch läßt sich grundsätzlich feststellen: Der Rückgriff auf Religion oder quasi-religiöse Ideologie (etwa Personenkult) ist ein sicheres Indiz dafür, daß das betreffende Bewußtsein seiner selbst eben nicht bewußt ist. Mit anderen Worten, der eigene soziale Zusammenhang wird nicht als solcher begriffen (geschweige denn bewußt geregelt), sondern es bedarf einer fiktiven, aber *für* dieses Bewußtsein durchaus realen Instanz "außerhalb" dieses Zusammenhanges, auf die die eigene Gesellschaftlichkeit (unbewußt) projiziert wird und vermittels derer die jeweils gültigen Normen legitimiert werden (Fetischismus). Das heißt, selbst dort, wo religiöse Bewegungen "urkommunistische" Züge

annehmen, was historisch vor allem in Umbruchsituationen immer wieder der Fall war, werden der soziale Zusammenhang bzw. die Zielvorstellungen nur mystifiziert wahrgenommen, etwa als das "Himmelreich auf Erden" oder eine "tausendjährige Gerechtigkeit". Bezeichnenderweise bezieht sich die "Autonomie" allen Ernstes positiv auf diese religiösen Ideologeme (Autonomie 10, S.48)! Ihr erscheint ein solcher noch wenig artikulierter Bewußtseinszustand schon als der Inbegriff des "dem Subjekt" von allem Anbeginn eigenen, fertig ausgeprägten kommunistischen Bewußtseins, das nur deshalb nie den Sieg davongetragen hat, weil die "Rebellion der Bauern" immer wieder "von Eliten usurpiert und in ihren Zielen verdreht worden ist" (ebd.). Leider beantwortet sie uns aber nicht die Frage, weshalb sich ein solches Bewußtsein einfach die Verdrehung seiner Ziele gefallen läßt.

Gefährlich harmloser Verbalradikalismus

Nun kann bei allen Einschränkungen, was das Bewußtsein betrifft, jedoch gesagt werden, daß viele der heutigen Bewegungen in der kapitalistischen Peripherie tatsächlich den Charakter eines objektiven Antiimperialismus haben. Die Gleichsetzung mit Bewegungen aus dem Europa des 18. und 19. Jahrhunderts ist also schon insofern falsch, als diese ein Reflex auf ein sich völlig neu herausbildendes gesellschaftliches Verhältnis waren, während jene auf die Bedingungen eines fertig herausgebildeten Weltmarkts und einer enorm entwickelten Produktivkraft treffen. Insofern können Unruhen, Streiks und das Agieren nationaler Befreiungsbewegungen die Bedingungen internationaler Kapitalverwertung durchaus empfindlich tangieren, vor allem soweit es sich um strategische Rohstofflieferanten (z.B. Iran), wichtige Regionen der Kapitalanlage oder Großschuldnerländer handelt. Sollten beispielsweise mehrere der großen Schuldnerländer die Zahlungen einstellen, so könnte dies der *Auslöser* für einen Zusammenbruch des internationalen Bankensystems, des spekulativen Überbaus und letztlich des gesamten Weltmarktes sein. Es würde sich dabei aber tatsächlich nur um einen Auslöser handeln, um das Streichholz, das an die Lunte des durch die Eigendynamik der Akkumulation angehäufte Krisenpotentials gehalten wird (1).

Insofern steckt ein Körnchen Wahrheit in der "Autonomie"-These vom antiimperialistischen Charakter der "IWF-riots". Allerdings leugnet sie gerade die objektive Seite dieser Erscheinung, denn für sie existie-

1) Die Reaktionen der Bankenwelt auf die jüngsten Unruhen in Venezuela zeugen von der Angst vor einem Schuldenmoratorium, daß dadurch ausgelöst werden könnte und eventuell Beispielscharakter für andere Länder hätte.

ren selbstverständlich keine inneren Widersprüche der Weltmarktentwicklung, außer dem ewigen Gegensatz zwischen den beiden Großsubjekten Kapital und Klasse. Krisen sind lediglich Instrumente des Kapitals zur Unterwerfung der Klasse und das System von Bretton Woods ist "eine Waffe gegen die Klasse, ein Klassenkampfprojekt" (Autonomie 14, S.282) mit dem Ziel der "Zerstörung der Subsistenz". Damit steigert sich die Argumentation bis zum offenen Widersinn. War der Klassenkampf im klassischen Marxismus und im Operaismus immerhin noch gekoppelt an den Interessensgegensatz von Kapital und Arbeit, also an die Verwertung des Kapitals durch Vernutzung der Ware Arbeitskraft im Produktionsprozeß, gerät der "Autonomie" der Klassenkampf praktisch zum Selbstzweck. Sie treibt den Subjektivismus endgültig auf die Spitze und unterstellt zwei ontologisch feindliche Willensmächte, die im Dauerclinch liegen. Zwar redet auch sie von "Verwertung", doch weiß sie offenbar selbst nicht, was sie damit eigentlich meint. So erklärt sie einmal die "Vernichtung der Subsistenz" damit, daß diese "so undurchdringlich schien, daß das Kapital die Möglichkeit der *'Verwertung' nur in der totalen Beseitigung* sah" (1), ein andermal sieht sie gar einen direkten (monetären) "*Transfer aus den Zerstörungsprozessen der Peripherie*" (Autonomie 14, S.283). Damit aber noch nicht genug, kommen Absatzschwierigkeiten des Kapitals hinzu, die es zur Expansion zwingen (Autonomie 14, S.250 f.), dann wieder soll das Einkommen der metropolitanen Klasse gedrückt werden (Autonomie 14, S.284)(und der Absatz?) und schließlich geht es um die Bereitstellung von Arbeitskräften für die Industrie (Autonomie 14, S.282).

Gleichzeitig läßt sich aber nicht verheimlichen, daß unter den Bedingungen des heutigen Weltmarktes die zig-Millionen "freigewordener" Menschen der Peripherie ganz offenbar nicht mehr in die Kapitalverwertung integriert werden können, eine analoge Entwicklung zu der in den Metropolen also ausgeschlossen ist, was ja nichts anderes heißt, als daß die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes an objektive Grenzen stößt. Für die "Autonomie" ist aber selbst dies nur eine weitere Niederträchtigkeit des Kapitals, Teil des *bewußten Plans* zur Vernichtung der, aus seiner Sicht, "unnützen Esser". Soweit dies überhaupt noch möglich ist, beißt sich spätestens hier die Katze vollends in den Schwanz. Denn, wenn das Kapital die "Subsistenz" zerstört, um Arbeiter für seine Verwertungsmaschinerie "freizusetzen", warum sollte es sich dann Millionen von Menschen aufbürden, für die es keine Verwendung hat und diese deshalb physisch vernichten muß?

1) Autonomie 14, S. 264; das geht so weit, daß sie mit diesem mehr als vulgärmaterialisitischen Argument, die Vernichtung der "jüdischen Subsistenz" durch den Nationalsozialismus "erklärt" (Autonomie 14, S.264)

Entweder-Oder! Entweder das Kapital ist weltweit planendes Subjekt, das die Bedingungen seiner eigenen Verwertung optimiert, dann wird es sich gar nicht erst zu viele "unnütze Esser" schaffen, oder man muß zugeben, daß die Verwertung des Wertes einer Eigendynamik unterliegt, die von niemandem kontrolliert werden kann und immanente Widersprüche erzeugt. Oder sollte das Kapital ausgeflippt sein? Die unsägliche Behauptung, das Kapital müsse die Subsistenzklasse vernichten, weil diese ihm in unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstehe und seine Verwertungsbdingungen bedrohe, ist nicht mehr als eine platte Tautologie. Solange es sich um real subsistenzwirtschaftende Bauern handelt, können sie auch keine Verwertungskrisen auslösen, weil sie gar nicht in den Geldkreislauf eingebunden sind (1), soweit sie aber bereits ihrer Subsistenzbasis beraubt sind, wäre dies ja wiederum eine Strategie des Kapitals. Ergo schafft sich das Kapital seine Feinde selbst, nur um sie anschließend unter großem Aufwand und Gefahr des eigenen Untergangs wieder zu vernichten. Das Kapital als Dracula! (2).

Die "Autonomie" kann den gordischen Knoten dieser Widersprüche nicht auflösen, weil sie der abgeleiteten Ebene der Oberflächenphänomene total verhaftet bleibt. Sie begreift nicht, daß der quasi-naturwüchsig verlaufende Prozeß der Weltmarktentwicklung in der Tat widersprüchliche Momente erzeugt und gerade weil er keiner Kontrolle unterliegt ein ungeheures Krisenpotential anhäuft (3). Stattdessen versucht sie überall Planmäßigkeit zu entdecken, und die Oberfläche der gesellschaftlichen Erscheinungen zerfällt ihr in lauter Bestandteile einer Globalstrategie des Klassenfeindes. Die einzelnen, oft nicht unmittelbar miteinander kompatiblen Phänomene bleiben dann zwangs-

1) Die "Autonomie" schreckt allerdings vor keiner Dreistigkeit zurück. In offener Geschichtsfälschung geht sie soweit zu behaupten, die Weltwirtschaftskrise sei durch den Widerstand der südosteuropäischen "Subsistenzklasse" verursacht worden! (Autonomie 14, S.228 f.)

2) Dies erinnert an einen Mythos, der unter der Indio-Bevölkerung der peruanischen Anden weit verbreitet ist. Danach gibt es gewisse Halbmenschen weißer Hautfarbe, namens "Pistaco", welche die Indios mit einem Messer umbringen, um ihnen das Fett aus dem Körper zu saugen. Dieses Fett wiederum sei unabdingbares Schmiermittel für das Funktionieren der westlichen Industrie. Hier wird ganz offenbar der reale Zusammenhang in die Form des Mythos gepackt (der Mythos geht auf die Zeit der Kolonisation zurück), weil sich das Bewußtsein auf einer Ebene bewegt, auf der ein tatsächliches Begreifen noch nicht möglich ist. Vgl. den aufschlußreichen Bericht von Shakespeare in "Lettre International" Nr. 2, S.11 f. Die Mythologisierungen der "Autonomie" sind, wie erwähnt, das notwendige Korrelat zu ihrem begriffslosen Empirismus.

3) vgl. dazu die Artikel von Robert Kurz und Ernst Lohoff in dieser Nummer

läufig genauso äußerlich aneinandergereiht (besonders deutlich in der hilflosen Addition von "Verwertung und Vernichtung"), wie vorher schon die einzelnen Fraktionen des "Weltproletariats".

Da die "Autonomie" den realen Zusammenhang nicht begriffen hat, bleiben auch ihre Äußerungen zur revolutionären Strategie in dunklen Andeutungen und trotzigem Verbalradikalismus stecken. Tatsächlich verharmlost sie nicht nur die reale Gefahr der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise (und verbaut damit auch den Blick für Handlungsperspektiven vor deren Hintergrund), sondern sie führt auch in der Frage des revolutionären Subjekts nur noch tiefer in die alte Sackgasse. Mit dem stumpf gewordenen Instrumentarium der traditionellen Klassenanalyse stochert sie hilflos in einer kapitalistischen Realität herum, die längst die Reste des Ständischen abgeschüttelt hat und der totalen Herrschaft des Geldes unterworfen ist (1). Die autonomen Aktivisten der IWF-Kampagne sind ihr auf diesem Holzweg blind gefolgt und haben - weit davon entfernt, sie grundsätzlich in Frage zu stellen - die "Autonomie"-Position bestenfalls empiristisch "ergänzt". Da wurden "der Klasse" die Rheinhausener Stahlarbeiter, die französischen Studenten, die Jobber etc. hinzuaddiert und nicht zuletzt natürlich dem Kapitalverhältnis das Patriarchat zur Seite gestellt, ohne aber deren inneren Zusammenhang klären zu können (2). Statt also begriffliche Klarheit zu schaffen, wurde die Verwirrung noch potenziert. Deutlich wurde dies in den Beiträgen auf den sogenannten Vorbereitungsveranstaltungen, wo die Zuhörer mit einer Flut unzusammenhängender Fakten - angereichert durch meist halbverdaute Ideologeme aus der "Autonomie" - überschüttet wurden, eine qualvolle Prozedur, die das Interesse an "der Theorie" schnell versanden ließ. Obendrein trugen auch noch die Mystifizierungen des angeblichen Subjekts "Kapital" dazu bei, die Ratlosigkeit zu vollenden und selbst die sonst so eifrigen Vorbereitungen auf die "direkte Aktion" zu lähmen, dies umso mehr, als "die Klasse" sich so gar nicht rühren wollte. Im Anschluß an die Kampagne wurden deshalb erwartungsgemäß bald kritische Stimmen laut, die bemängel-

1) Die "Autonomie" kann nicht begreifen, daß mit der Verallgemeinerung des Werteverhältnisses dieses gleichzeitig an seine objektiven Grenzen stößt, und sich daraus überhaupt erst die Perspektive seiner revolutionären Beseitigung eröffnet, oder besser gesagt aufzwingt. Diese Perspektive erfordert aber auch ein völlig neuer Begriff von Klassenkampf, der sich nicht mehr auf den Interessensstandpunkt einer bestimmten sozialen Gruppe bezieht, sondern den Horizont der Wertvergesellschaftung durchbricht. Ein grundsätzlicher Artikel zu dieser Frage erscheint in der nächsten Nummer unserer Zeitschrift.

2) vgl. etwa "Materialien für einen neuen Antiimperialismus" Nr.1 , S.2-10; "Treibsand-Reader" Nr.70, z.B. S.26-29;

ten, es sei "zuviel Theorie" betrieben worden, die Vermittlung zur Basis und zur "Praxis" habe nicht geklappt (1); der übliche Kurzschluß des instrumentellen Theorieverständnises. Die Kritik richtet sich nicht gegen den *Inhalt* der Theorie - im Gegenteil, die "Unterklassenstrategie" wird blind vorausgesetzt -, sondern es wird eine konsquentere "Umsetzung" gefordert. Das Pendel schlägt wieder zur Seite des Aktionismus aus.

Die ersehnte "neue Qualität" hat die IWF-Kampagne also nicht gebracht, von der angestrebten "Bündelung der Teilbereichsbewegungen" blieb nicht viel mehr als ein beliebig zusammengewürfeltes "Aktionsbündnis" übrig, das es bei solchen Anlässen immer schon gegeben hatte, und die "längerfristige Perspektive" erschöpft sich, soweit nicht an absurden "Organisationskonzepten" gebastelt wird, in der Hoffnung auf die nächste Kampagne - gegen den EG-Binnemarkt. Ein voller Erfolg war die Kampagne nur für die "Autonomie". Sie ist endlich bis zur Ununterscheidbarkeit in der praktischen Bewegung aufgegangen und braucht sich nicht länger mit einem Image herumzuquälen, von dem sie sich ganz zu Unrecht bisher nicht hatte befreien können: dem Image, Theorie zu betreiben.

LITERATUR

- Mario Tronti: Arbeiter und Kapital, Frankfurt/M 1974 [1966]
- Toni Negri: Zyklus und Krise bei Marx, Berlin 1972 [1968]
- "Autonomie (NF)" Nr.14, Berlin 1987[2]
- "Autonomie (NF)" Nr.10, Hamburg 1982
- "Aufsätze zur Diskussion" Nr.39, Gelsenkirchen 1987
- Reinhard Sieder: Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt/M 1987
- Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (MEW 42), Berlin (DDR) 1983
- Karl Kautsky: Der Weg zur Macht, Frankfurt/M 1972 [1909]
- Nicholas Shakespeare: Auf den Spuren Guzmans, in "Lettre International" Nr.2, Berlin 1988
- "Materialien für einen neuen Antiimperialismus", Berlin 1988
- "Neuer Internationalismus und IWF-Kampagne" (Treibsand-Reader Nr.70), AStA Uni Bremen 1988
- "Unzertrennlich" Nr. 10/11, Winter 1988, Berlin

1) Vgl. etwa die Artikel auf S.7 ff. und S.11 ff. in: "Unzertrennlich" Nr.10/11, Berlin 1988

Peter Klein

MODERNE DEMOKRATIE UND ALTE ARBEITERBEWEGUNG

III.Teil: Der politische Inhalt der Sowjets

2. Die beiden Komponenten des Volkswillens

a) Der Volkswille I: Die Legitimationsideologie des (bürgerlichen) Staates

Nach den soeben angestellten Überlegungen ist es nicht weiter erstaunlich, von Lenin am laufenden Band Äußerungen zu vernehmen, bei denen sich einmal der "Sowjetapparat", ein anderes Mal die Kommunistische Partei den "Massen" gegenüber in einer Konstellation befindet, wie sie für jeden bürgerlichen Feld-, Wald- und Wiesenstaat typisch ist. Besonders reichlich finden sich solche Äußerungen natürlich nach dem Oktoberumsturz, nachdem es mit der Sowjetmacht ernst geworden ist.

Vor allem in der auf den Bürgerkrieg folgenden Krise von 1920/21, als die unmittelbare Erfahrung, nämlich Streiks, Demonstrationen und Protestversammlungen der Arbeiter (1), bewaffnete Aufstände der Bauern und nicht zuletzt die Erhebung von Kronstadt die Bolschewiki zu der Einsicht führte, daß sie sich mit der auf Arbeitszwang und Ablieferungspflicht beruhenden Politik des Kriegskommunismus ein wenig von ihrer sozialen Basis entfernt hatten, daß es ihnen nicht gelungen war, die Tadellosigkeit ihrer guten Absichten in Massenloyalität umzusetzen, trat das Problem hervor, "wie man an die Massen herangehen, sie gewinnen, sich mit ihnen verbinden soll..." (LW 32, S. 5ff.). "Die Massen überzeugen", die Massen "erziehen", das "Vertrauen" der Massen gewinnen bzw. bewahren, die "Glaubwürdigkeit" der bolschewistischen Partei aufrechterhalten etc., das sind die Stichworte, die in der bekannten Diskussion über die Rolle der Gewerkschaften, in der sich diese Krisenzeit widerspiegelt, am häufigsten fallen.

Ähnlich klang es bereits im Frühjahr 1918, als es sich darum handelte, im Anschluß an die Phase der Machtergreifung und der spontanen "Expropriationen" den Übergang zur Konsolidierung der Staatsmacht und des Produktionsapparates zu bewerkstelligen. Am Arbeiterdasein änderte sich dabei natürlich nichts, konnte sich nichts ändern unter den gegebenen Umständen, die sogar noch auf eine weitere Verschlechterung der Lebensumstände zusteuerten. An der Fabrikdisziplin

änderte sich nichts, an der Organisation der Produktion durch "bürgerliche Spezialisten" änderte sich nichts. Aber der Staat war ein anderer geworden, einer, der sich legitimieren konnte, der zu argumentieren verstand, der im Namen der Arbeiter selber sprach.

Die Disziplin, die wiederhergestellt und strengstens eingehalten werden muß, heißt nunmehr "Selbstdisziplin der Werktätigen". Die "bürgerlichen Spezialisten", die nach wie vor für die Organisierung der Produktion und Verteilung unerläßlich sind, dienen nunmehr dem Proletariat, das vermittels "seines Staates" die Macht ausübt. Lenin zu den Gewerkschaften: "Gestern war die Losung des Tages das Mißtrauen gegen den Staat" (LW 27, S. 205). Diese Losung ist heute überholt. "Die Gewerkschaften werden und müssen Staatsorganisationen werden" (ebd.) (2). Lenin zu den Gerichten: "In der kapitalistischen Gesellschaft war das Gericht vorwiegend ein Apparat der Unterdrückung, ein Apparat der kapitalistischen Ausbeutung" (LW 27, S. 207). Im Arbeiterstaat ist natürlich genau das Gegenteil der Fall. Die Aufgabe der neu zusammengesetzten Gerichte lautet, "die strengste Einhaltung der Disziplin und der Selbstdisziplin der Werktätigen zu sichern" (ebd.). Von Ausbeutung ist ersichtlich nicht mehr die Rede. Genau die gleiche Argumentationsfigur begleitet auch die mit einer Beschneidung der Rechte der Soldatenkomitees einhergehende Schaffung der Roten Armee: "Als die Macht den Großgrundbesitzern und der Bourgeoisie gehörte, war der Offizier ein Feind der Soldaten. Es ist daher vollkommen natürlich, daß die Soldaten gleich nach der Abschüttelung des Zarismus die Einführung des Wahlprinzips in der Armee verlangten. Etwas anderes ist es nun in einem sozialistischen Staate. Hier besteht die Regierung durch den Willen des Proletariats...Es versteht sich daher von selbst, daß die Werktätigen durch ihr der Regierung entgegengebrachtes Vertrauen (!) dieser auch das Recht erteilen, Beamte und verschiedene Behörden einzusetzen. Ebenso selbstverständlich war es, daß die Regierung auch die Befehlshaber in der Armee ernannte"(3).

Ganz unzweifelhaft offenbart sich in diesen Verlautbarungen die klassische bürgerliche Staatsauffassung, freilich ohne etwas selbst davon zu bemerken. Die Institutionen des Staates, Regierung, Armee, Gerichte, bekennen sich als die Diener des Volkes und leiten aus diesem Bekenntnis ihre Ansprüche an das Volk ab, Ansprüche, die, da sie durch die gute Absicht legitimiert sind und an die Einsicht appellieren, wesentlich größeres Gewicht besitzen als die Anmaßungen des Zarismus. Zur höchsten Vollendung bringt Trotzki, bekannt für seinen Hang zur rhetorischen Überspitzung und Übertreibung, die Logik dieser Legitimation.

Anfang 1920, als mit dem sich abzeichnenden Ende des Bürger-

kriegs und der ausländischen Intervention der wirtschaftliche Wiederaufbau zur vordringlichsten Aufgabe zu werden begann, erhob sich die Frage, ob man nicht das Befehlsregime des Kriegskommunismus, das sich bei der Bewältigung der militärischen Aufgaben so glänzend bewährt hatte, auch an dieser "ökonomischen Front" einsetzen sollte. Dies war in der Tat die Auffassung Lenins, der dabei neben den Illusionen, die er hinsichtlich der *kommunistischen* Qualität des Kriegskommunismus mit den meisten Bolschewiki teilte, auch ein realpolitisches Kalkül, nämlich die Gefahr einer weiteren, diesmal von Polen drohenden Intervention, in Anschlag brachte. Zu Recht, wie die folgenden Monate zeigten. Auf dem IX. Parteitag (29. März - 5. April 1920), auf dem der Streit mit den "linken" Gegnern dieser Politik entbrennt, unterstützt Trotzki Lenin mit Vehemenz. Nach einer kurzen Phase der Unstimmigkeit (4) um so mehr darum bemüht, es an radikalem und konsequentem "Bolschewismus" nicht fehlen zu lassen, bringt er es sogar dahin, den vom Politbüro insbesondere bei der Wiederingangsetzung des zerstörten Transportsystems befürworteten *Arbeitszwang* nicht nur mit der desolaten Lage des Landes, sondern grundsätzlich theoretisch zu rechtfertigen. Der Arbeitszwang würde "während des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus den höchsten Grad an Intensität erreichen" (5). Auf dem unmittelbar darauffolgenden III. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß hält er seinen Opponenten, die -wie der Gewerkschaftsführer Tomski- auf dem prosaischen Thema der "Verbraucheransprüche" der Arbeiter beharren und -wie der Menschewik Abramowitsch- sein Konzept zur "Militarisierung der Arbeit" mit dem Pyramidenbau der Pharaonen vergleichen, das unschlagbare Argument entgegen, daß die Arbeiter schließlich "für den Arbeiterstaat und nicht für die alten besitzenden Klassen produzierten" (6). Im Unterschied zu den "Zwingherren und Fronvögten" früherer Epochen könnten und müßten die Kommunisten an das Problem des Arbeitszwanges "ohne Heuchelei herangehen", "weil sie die ersten seien, die die Arbeit zum Nutzen der gesamten Gesellschaft organisierten" (7). "Zwang, Reglementierung und Militarisierung der Arbeit" seien "nicht nur Notstandsmaßnahmen"; vielmehr besitze "der Arbeiterstaat normalerweise das Recht", "jeden Bürger zu jeder beliebigen Arbeitsleistung an jedem beliebigen Ort zu nötigen" (8). Die abstrakte Allgemeinheit, die der moderne Staat ist und die die "Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik" 1920 allerdings erst noch zu werden versprach, hat sich selten deutlicher *als* Abstraktion zu erkennen gegeben, und selten ist der Irrtum, sie um ihrer bloßen Allgemeinheit willen für den Kommunismus zu halten, mit größerer Naivität vorgetragen worden (9).

In den gleichen Zusammenhang gehört auch der Streit, der sich um die Frage entspann, ob in den verstaatlichten Fabriken das "Kollegialitätsprinzip" oder das "Prinzip der Einzelleitung" anzuwenden sei. Lenin verwirft das von den "Linken" und den Gewerkschaftsführern geforderte "Kollegialitätsprinzip" unter den gegebenen Umständen als "utopisch", "unpraktisch" und "schädlich" (10), Trotzki bleibt es vorbehalten, in fast schon schamlos zu nennender Weise die moralische Keule zu schwingen: "Wer sich davor fürchtet (vor dem System der Einzelleistung, das vornehmlich den "bürgerlichen Spezialisten" zugute kam und ihre Anordnungen mit unbedingter staatlicher Autorität ausstattete), offenbart damit unbewußt ein *tiefes inneres Mißtrauen gegen die Sowjetmacht*" *(11)*.

Vielleicht noch bemerkenswerter als die theoretische Verwirrung, die aus diesen Worten spricht, ist der Umstand, daß Trotzki offensichtlich darauf rechnen konnte, mit diesem moralischen Pathos nicht nur seine unmittelbaren Opponenten auf dem Partei- bzw. Gewerkschaftskongreß zu beeindrucken, sondern die "Massen" überhaupt. Es wird daraus ersichtlich, welche ungeheure Autorität sich die Bolschewiki mit jener Legitimationsideologie verschafft hatten, die ich die "Affirmation der Massen" nenne. Es wird daraus ersichtlich, wie sehr diese im wesentlichen eben nur als Ideologie und als Recht vorhandene Affirmation damals den unmittelbaren Bedürfnissen dieser Massen entsprochen haben muß. Was die Ausübung der in der Verfassung von 1918 niedergelegten Rechte anlangt, insbesondere das Recht auf Wahl und jederzeitige Abwahl des leitenden Personals, so lag sie in der Praxis des Kriegskommunismus natürlich vollkommen brach. Da es in dem rückständigen Land an allen Ecken und Enden an der erforderlichen Qualifikation fehlte, *mußte* buchstäblich *jeder* einigermaßen taugliche Mensch in den staatlichen Verwaltungsapparat hineingezogen werden. Infolgedessen gewann dieser Apparat, von dem Lenin 1922 sagte, daß er nur oberflächlich mit "Sowjetöl" gesalbt sei, eine solche personelle Beständigkeit, daß sich in kürzester Frist sämtliche Wahlprozeduren in ein unbedeutendes Ritual verwandelten, das man sich, wäre nicht die Legitimationsproblematik gewesen, bei dem durchwegs geübten Verfahren der "Ernennung von oben" ebensogut auch hätte sparen können. Auch nach dem Ende des Kriegskommunismus, das auch das Ende jeder legalen politischen Opposition mit sich brachte, blieb der "Demokratismus" weit unterhalb des Standarts, den man heute für ein technologisch entwickeltes Land als unerläßlich ansehen muß. Die Rückständigkeit Rußlands, die der Bürgerkrieg ins Katastrophale gesteigert hatte, war von der Art, daß, wie gezeigt, eine gespenstisch anmutende Diskussion darüber anheben konnte, ob nicht

die staatlich durchgepeitschte Zwangsarbeit der "eigentliche" Sozialismus sei.

Die "Rechte des werktätigen Volkes" waren deshalb nicht ohne Funktion. Sie blieben die legitimatorische Grundlage der Macht derer, die sie feierlich verkündet hatten. Freilich, auch die unbefleckte moralische Autorität bedarf einer materiellen Grundlage. Der Enthusiasmus, den die Bolschewiki bei den Massen allein dadurch entfacht hatten, daß sie sie für Menschen erklärten, stand ihnen nicht grenzenlos zur Verfügung. Die Bereitschaft "zur Selbstaufopferung" (LW 30, .S. 446) erlahmt, wenn ihr im Diesseits nichts anderes entspricht als der nackte Hunger. Mit einem Wort, die schrillen Töne, die sich in der von dem polnischen Feldzug nur vorübergehend unterbrochenen Debatte des Jahres 1920 vernehmen ließen, sie waren die Vorboten jenes vollkommenen wirtschaftlichen und moralischen Zusammenbruchs, der die Bolschewiki im darauffolgenden Frühjahr mehr als es zuvor irgendein militärischer Schlag vermocht hatte, an den Rand der endgültigen Niederlage brachte.

Daß die "Verwirklichung" der revolutionären Ideale von 1917 nur äußerst unvollkommen gelungen war, war den Bolschewiki selbst natürlich nur allzu bewußt. Lenin, auf die durchaus bürgerliche Zweiteilung von Volk und Staat angesprochen, würde, wenn er sich diese Frage gefallen lassen hätte, zweifellos auf die harten Tatsachen verwiesen haben: "Wir leiden schwer unter dem Mangel an Kräften, nach der geringsten Hilfe eines einigermaßen tüchtigen Menschen -und erst recht aus den Reihen der Arbeiter- greifen wir mit beiden Händen. Aber wir haben solche Kräfte nicht" (LW 32, S. 206). Er würde darauf hinweisen, daß "die Millionen Proletarier...unaufgeklärt, meistenteils unwissend, unentwickelt, ungebildet sind..." (LW 32, S. 43). Selbstverständlich sind wir ein Staat, würde er sagen, selbstverständlich müssen wir Zwang anwenden, nicht nur gegen die "verschwindend kleine Minderheit der Kapitalisten", sondern auch gegen diejenigen Arbeiter, die "durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden sind" (LW 25, S. 489). "Wir haben nicht einmal das Analphabetentum liquidiert. Wir wissen, wie sich die noch mit den Bauern verbundenen Arbeiter von unproletarischen Losungen beeinflussen lassen" (LW 32, S. 48). Aber wir sind trotz alledem ein Staat neuen Typs, ein Staat, in dem "die Massenorganisationen eben der Klassen, die vom Kapitalismus unterdrückt wurden...die ständige und einzige Grundlage der gesamten Staatsmacht, des gesamten Staatsapparates" sind. Die "Sowjetmacht in Rußland" bedeutet "für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung" eine "solche praktische Möglichkeit(!), sich der demokratischen Rechte und und Freiheiten zu bedienen, wie es sie noch

niemals auch nur annähernd in den besten und demokratischsten bürgerlichen Republiken gegeben hat" (LW 28, S. 479). Daß die Massen *jetzt* diese Möglichkeit nicht wahrnehmen können, daß sie unwissend, kulturlos, erschöpft sind, das ist nicht unsere Schuld. Das ist ein Erbe des Kapitalismus und des Krieges. "Unser Ziel ist, daß *jeder* Werktätige nach Erfüllung des achtstündigen 'Pensums' produktiver Arbeit *unentgeltlich* an der Ausübung der Staatspflichten teilnimmt" (LW, S. 264, Hervorh. Lenin). Wir, "die Avantgarde des Proletariats, die kommunistische Partei", werden dieses Ziel erreichen, indem wir "die parteilose Masse der Arbeitenden" aufklären, schulen, bilden und erziehen, damit sie schließlich nach und nach, vielleicht noch nicht in der nächsten Generation, aber doch nach einigen Jahrzehnten, dahin gelangt, "die Leitung der *gesamten Volkswirtschaft tatsächlich in ihren* Händen zu konzentrieren" (LW 32, S. 34, Hervorh. Lenin). "Von dem Zeitpunkt an, da alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrheit *selbst* gelernt haben, den Staat zu regieren... -von diesem Zeitpunkt an beginnt die Notwendigkeit jeglichen Regierens überhaupt zu schwinden" (LW 25, S. 488f.).

Niemand wird es wagen, Lenin bei seiner Rechtfertigungsrede ins Wort zu fallen. Niemand wird die besonderen Umstände, die er uns zu erwägen gibt, beiseite wischen. Und niemand wird in Zweifel ziehen, daß die Bolschewiki fest entschlossen waren, aus diesen Umständen das beste zu machen, das beste, um über die "bürgerlich-demokratische Etappe" der russischen Revolution möglichst weit hinauszugelangen in Richtung Sozialismus. Aber so wenig es angeht, eine Epoche danach zu beurteilen, "was sie von sich selbst sagt und sich eibildet" (MEW 3, S. 49), so wenig können wir uns damit zufrieden geben, die Produktionsverhältnisse in Rußland mit dem sozialistischen Willen und Selbstverständnis der Bolschewiki zu identifizieren. Nicht allein der Wille oder der Kampf, wie Lenin schreibt (12), entscheidet darüber, in welchem Umfang die Umgestaltung gegebener Produktionsverhältnisse gelingt, sondern auch die zugehörigen materiellen Voraussetzungen, das erreichte Niveau der Produktivkraftentwicklung. Dieses Niveau bestimmt sogar seinerseits den Willen zum Kampf und die Vorstellungen davon, wie er zu führen sei. Wie niedrig dieses Niveau in Rußland zur Zeit der Oktoberrevolution gewesen ist, darüber gibt eben Lenin mit seinen eigenen Vorstellungen am besten Auskunft -und nicht nur freiwillig mit den diversen Hinweisen auf das Analphabetentum und den Hunger, Erscheinungen, die ohnehin allenthalben bekannt sind, sondern auch unfreiwillig: indem er uns eine "proletarische Staatsmacht" vor Augen führt, die, ausgestattet mit allen Schikanen der bürgerlichen Legitimationsproblematik, eben diese für ihren welthistorischen Fort-

schritt *über den Kapitalismus hinaus* ansieht. Was Lenin für einen höchst unvollkommenen Sozialismus halten mag, das ist in Wirklichkeit ein höchst unvollkommener und entwicklungsbedürftiger Kapitalismus.

Die Anlage zu einem solchen als politische Legitimationsideologie fungierenden Sozialismus befindet sich von Anfang an in den Schriften Lenins. Sie befindet sich bereits in jener Formel, die dem "politischen Überbau" eine "relative" Unabhängigkeit von der "ökonomischen Basis" zubilligt (13); und sie waltet selbstverständlich in der darauf aufbauenden Vorstellung von einer Konkurrenz zwischen den verschiedenen Sorten des "politischen Überbaus", der beschränkten, inkonsequenten "bürgerlichen Demokratie" einerseits und der konsequenten "proletarischen Demokratie" andererseits; wohinter sich wiederum entgegen ausdrücklicher Versicherung (14) der Glaube verbirgt, man könne durch die Steigerung des "Demokratismus", auf rein politischem Wege also, über die Politik überhaupt hinausgelangen und somit innerhalb und vermittels der politischen Form dem niedrigen Niveau der Vergesellschaftung der menschlichen Arbeit, das eben in diesem Glauben an die Form der Politik erscheint, ein Schnippchen schlagen und an die Stelle realer Vergesellschaftung die Proklamation derselben setzen. Dieses Konzept mündet schließlich in dem Eingeständnis Lenins, daß es "uns" an "Zivilisation" mangelt, "um unmittelbar zum Sozialismus überzugehen, *obwohl wir die politischen Voraussetzungen dafür haben*" (LW 33, S. 488, Hervorh. P.K.).

Trotz größter Nüchternheit und Zurückhaltung, was die Beurteilung der unmittelbaren Resultate der russischen Revolution anlangt, hält Lenin also an der Illusion von den "politischen Voraussetzungen" des Sozialismus (die diesen gerade dementieren) bis zuletzt fest. Der trotzigen Unbelehrbarkeit, die aus diesen Worten spricht, kann man angesichts des realen Vergesellschaftungsschubs, der damit weltweit verknüpft war, die Sympathie nicht versagen. Offensichtlich war kein anderer als ein "politischer Sozialismus" möglich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Offensichtlich konnte die "Affirmation der Massen", die mit dem Voranschreiten der wertvermittelten Vergesellschaftung unabweislich wurde, nur unter der ideologischen Form des "Sozialismus" vollzogen werden (15). Die Akteure führten also ihre gespenstisch-großartige Tragödie in Gewändern auf, die einer erst noch als Abstraktion vorhandenen Zukunft entstammten - immerhin ein Unterschied zu 1793.

Um dieser Abstraktion willen wird man sich auch heute noch und sogar heute erst recht dem schon 1920 von Otto Bauer gefällten Urteil über den bolschewistischen Staat anschließen müssen. Er nannte ihn die "Diktatur der *Idee* des Proletariats" (16). Abgesehen von der

Proletariatskategorie, trifft diese Bezeichnung auch vollkommen für das Selbstverständnis des modernen Repräsentativstaates zu, den man die "Diktatur der *Idee* des Volkes" nennen könnte, eine Diktatur, die natürlich um so vollkommener herrscht, je selbstverständlicher ihre ideologischen Prämissen, Freiheit und Gleichheit, im Alltagsdenken herrschen. Alles, was dieser Staat tut, tut er *im Namen* und *für* "seine" Bevölkerung, auf deren von den Meinungsforschungsinstituten sorgfältig beobachtete Loyalität er deswegen Anspruch erhebt. Ganz genau die gleiche repräsentativstaatliche Logik bringt Lenin in der Weise zur Anwendung, wie er unmittelbar vor dem Oktober für die bolschewistische Machtergreifung agitiert. Weil es gar so anschaulich ist, kann ich mich leider nicht enthalten, auch noch dieses letzte Beispiel für die klassische Staatskonfiguration von Lenins Denken dem geneigten Leser und der geneigten Leserin zuzumuten.

Lenin rechnet den Wankelmütigen innerhalb und außerhalb der bolschewistischen Partei, die sich um eine hinlängliche Unterstützung durch die "Massen" sorgen, vor, daß riesige "noch unerschlossene Kräfte...im Volke schlummern." Diese werden sich erst nach der Machtübernahme entfalten und sichtbar werden, "wenn Dutzende Millionen Menschen", die "bis dahin politisch geschlafen, in qualvollem Elend und in Verzweiflung dahinvegetiert haben, die den Glauben daran verloren hatten, daß auch sie Menschen sind, daß auch sie ein Recht zum Leben haben", aus "eigener Erfahrung sehen und *spüren*, daß die Macht im Staate den unterdrückten Klassen gehört", "*daß die ganze Macht des modernen zentralisierten Staates auch ihnen dienen kann* (Hervorh. P.K.), daß die proletarischen Miliztruppen auch *sie* vertrauensvoll(!) zur unmittelbaren, engsten, tagtäglichen Beteiligung an der Staatsverwanltung auffordern" (LW 26, S. 111, ähnlich auch LW 24, S. 356f.).

Wem fiele nicht angesichts dieses Preisliedes auf den Staat als den Diener der Armen unser bewährtes "soziales Netz" ein! Wem klängen nicht angesichts dieses mustergültigen Vortrages zum Thema Staatsbürgerkunde die sorgenvollen Reden "unserer" Politiker im Ohr, die, grundsätzlich mit dem gleichen Vertrauen ausgestattet wie Lenin, aber am Ende des Weges angelangt, den der Repräsentativstaat seit 1917 zurückgelegt hat, Klage über die in der Bevölkerung verbreitete "Versorgungsmentalität" führen, von der sie zu Recht annehmen, daß sie mit einem entsprechenden Mangel an dem einst geschätzten Enthusiasmus und der eigentlich immer geforderten Opferbereitschaft einhergeht (17).

Lenins Kalkül ist seinerzeit natürlich aufgegangen. Das beweist nicht nur die erfolgreiche Machtergreifung, sondern auch der siegreich

bestandene Bürgerkrieg. Sein Fehler liegt nicht in der "Praxis", sondern in der "Theorie". Sein Fehler besteht darin, "das Ganze" bzw. die Mehrheit dieses "Ganzen" (vgl. LW 26, S. 113), das die neue Staatsmacht nun in der modernen bürgerlichen Manier *repräsentiert*, unmittelbar mit dieser Staatsmacht gleichzusetzen. Wie schon oben ausgeführt, identifiziert er das abstrakt-unmittelbare Interesse der "Armen", der "Proletarier und der armen Bauern", unmittelbar mit dem Allgemeininteresse, das in dem Interesse das die Arbeiter und Bauern *als* Arbeiter und Bauern haben, gerade *nicht* als solches erscheint und eben deshalb selber nur als Abstraktion, als Staat existieren kann. In dieser Hinsicht erweist sich Lenin als vollkommen naiv und treuherzig, unerschütterlich in seinem Glauben an die Unmittelbarkeit. Obwohl ihm die weitere Entwicklung ein solches "Klaffen" zwischen den beiden Interessenkategorien, dem transzendentalen Interesse der Revolution der Arbeiter einerseits und dem unmittelbaren Arbeiterinteresse andererseits, vor Augen führte, wie es sich vor allem in der Situation des Februar/März 1921 offenbart, als sich die "proletarische Staatsmacht" gegen den drohenden und teilweise (Kronstadt) bereits ausgebrochenen proletarischen Aufstand zu behaupten hatte, vermochte diese Erfahrung an seinem grundsätzlichen theoretischen Konzept nichts zu ändern. In der Folgezeit, angelangt in den ruhigeren Gewässern der NÖP (der Neuen Ökonomischen Politik), macht sich lediglich ein verstärkter Hang zur Nachdenklichkeit bemerkbar. Vorsicht, Besonnenheit und das Bedürfnis nach Konsolidierung bestimmen den Grundtenor der Schriften, die Lenin in seinem letzten Lebensabschnitt veröffentlicht. Wem es aber wie dem oben zitierten Otto Bauer einfällt, die Oktoberrevolution eine bürgerliche Revolution zu nennen, dem wird in aller Freundschaft der Tod durch Erschießen in Aussicht gestellt (Vgl. LW 33, S. 269).

Die theoretische Front war noch allzu eng mit der Bürgerkriegsfront verknüpft, und hinter dem Zweifel am sozialistischen Charakter des Oktober, insbesondere wenn er von Sozialdemokraten vorgetragen wurde, witterte Lenin sicher nicht zu Unrecht das Plechanowsche Lamento: "Man hätte nicht zu den Waffen greifen dürfen!" Vor dessen Ansteckung mußten sich die Bolschewiki in der damaligen schweren Krise, die auch eine Krise ihres Selbstvertrauens war, allerdings in acht nehmen, wollten sie an der Macht bleiben (18).

Abgesehen von diesem realpolitischen Bezug, ist natürlich für die Beharrlichkeit, mit welcher Lenin die Macht der Bolschewiki mit der "Macht des Proletariats" gleichsetzte, jener grundlegende theoretische Mangel verantwortlich, der die gesamte alte Arbeiterbewegung, zweite wie dritte Internationale, auszeichnet. Es fehlte eine wertkritische Basis

für den revolutionären Willen, eine Basis, die es erlaubt hätte, die sich ja eben erst zur vollen -Transzendentalität ausbildende *Form der Politik selbst* noch als das notwendige Moment der kapitalistischen Vergesellschaftung zu begreifen, und die somit den revolutionären Willen daran zu hindern vermocht hätte, eine staatliche Institution zu werden.

Es versteht sich von selbst, daß dieser Mangel nicht als ein Anzeichen subjektiver Geistesschwäche aufzufassen ist. Vielmehr ist er in dem historisch gegebenen, niedrigen Niveau der Produktivkraftentwicklung zu suchen, das seinerseits für die heute erst in ihrem ganzen Umfang erkennbar werdenden "Entstellungen" des alten Arbeiterbewegungs-Marxismus verantwortlich zu machen ist (19). Man muß es im Gegenteil eine beeindruckende Leistung nennen, mit welcher Geschicklichkeit und Elastizität Lenin es verstand, hinter einer ganz und gar vom Gegenteil zeugenden Erscheinungswelt immer wieder das "Wesen" des Sozialismus zu erblicken. Es ist bewundernswert, wie es ihm gelang, bei größter Wendigkeit in allen realpolitischen, taktischen Fragen einschließlich derjenigen der Zwangsarbeit, unerschütterlich an dem Ziel oder besser: an dem Glauben daran festzuhalten. Dieser Leistung -falls dieses Wort aus meinem Munde ein wenig ironisch klingen sollte, so geschähe das gegen meine Absicht -kam freilich zweierlei entgegen: Das war einmal die juristische Bescheidenheit bei der Definition des Sozialismus, eine Bescheidenheit, die sich schon damit zufrieden gab, daß "die" Kapitalisten formal enteignet worden waren (20), zum anderen handelt es sich um die hautnahe Erfahrung des Volkswillens, wie er nach seiner "anderen Seite" hin beschaffen ist, um die Erfahrung der Massenstimmung. Diese Massenstimmung, der bis zur Todesverachtung gesteigerte Enthusiasmus, der den bolschewistischen Parolen entgegenbrandete, war wohl bis in die Krisenzeit von 1920/21 hinein die entscheidende Kraftquelle, die die Bolschewiki in ihrem sozialistischen Selbstverständnis bestärkte und sie zu ihrer historischen Leistung befähigte. Ihr müssen wir uns nun zuwenden.

b) Der Volkswille II: Die Stimmung der Massen

Lenins Glaube an die Unmittelbarkeit leuchtet am hellsten im Jahre 1917. Wir erinnern uns an das oben (S.4) angeführte Zitat: "...das bewaffnete Volk selbst aber kann nicht über sich herrschen." Darin eben manifestiert sich der Glaube, daß eine politische, das "Volk" in lauter gleichberechtigte *Staatsbürger* verwandelnde Maßnahme (21), nämlich die allgemeine Volksbewaffnung, *unmittelbar* das andere ihrer selbst sei, das Ende der Politik. *Weil* das Volk die Waffen selbst in der Hand hat, so lautet die in diesem Glauben waltende Logik, *deshalb* hat es

auch seinen eigenen gesellschaftlichen Zusammenhang unter Kontrolle, *deshalb* besitzt es die Kompetenz, sich unmittelbar selbst, ohne die Dazwischenkunft eines besonderen Staatsapparates zu "beherrschen", *deshalb* erübrigt sich die Frage nach dem historischen, vom Niveau der Produktivkraftentwicklung bestimmten Inhalt der Abstraktion "Volk". Man sieht leicht, daß diese Beweisführung sich die Ambivalenz der Worte "Kontrolle" und "Kompetenz" (oder Macht, Herrschafft etc.) zunutze machen kann. Sie verzichtet darauf, die formelle und die inhaltliche Seite in der Bedeutung dieser Ausdrücke voneinander zu unterscheiden. Es sieht dann so aus, als sei mit einer Maßnahme, die die formelle Möglichkeit einer Sache betrifft zugleich auch diese Sache selbst erworben worden. Ganz in diesem Sinn könnte man also schlußfolgern: Gib dem Arbeiter ein Gewehr in die Hand, und er hört auf, ein Arbeiter zu sein. Proklamiere die Macht der Arbeiterklasse, und sie besitzt die Macht über die historischen Voraussetzungen, die sie zur Arbeiterklasse konstituiert haben.

Besonders anschaulich zeigt sich diese kurzschlüssige Gleichsetzung von politischer Form und gegenteiligem Inhalt, das, was ich Lenins Glauben an die Unmittelbarkeit genannt habe, in den noch im Schweizer Exil verfaßten "Briefen aus der Ferne" (März 1917). In dem der "proletarischen Miliz" gewidmeten Brief illustriert Lenin mit einem *Rechenbeispiel*, wie er sich etwa für Petersburg die Organisierung einer "wirklichen" Volksmiliz, an der reihum die gesamte erwachsene und körperlich dazu befähigte Bevölkerung teilzunehmen hätte, vorstellt. Im Anschluß an dieses rein technisch konzipierte Milizmodell kommt er zu dem Resultat: "Eine solche Miliz würde zu 95 Prozent aus Arbeitern und Bauern bestehen und *wirklich* die Vernunft(!) und den Willen(!), die Kraft und die Macht der überwältigenden Mehrheit des Volkes zum Ausdruck bringen" (LW 23, S. 343) (22).

Hier werden also die einen bestimmten *Inhalt* meinenden Kategorien "Vernunft" und "Willen", Kategorien, die auf den gesellschaftlichen Zusammenhang verweisen, auf den Entwicklungsstand der Produktivkraft der menschlichen Arbeit, auf die dementsprechenden Produktionsverhältnisse, nicht vom Begriff dieser Produktionsverhältnisse her bestimmt, sondern zu unmittelbaren Eigenschaften "der überwältigenden Mehrheit des Volkes" erklärt. Es wird mit anderen Worten ausser acht gelassen, daß die sozialen Kategorien "Arbeiter" und "Bauer" *an ihnen selbst* ein bestimmtes Produktionsverhältnis, nämlich die Produktion als Produktion von Waren, die Produktion innerhalb der Verkehrsform des Privateigentums, ausdrücken; daß sie also *als* Arbeiter und *als* Bauern eine "Vernunft" und einen "Willen" besitzen, wie er von diesem Produktionsverhältnis konstituiert worden und für dieses Pro-

duktionsverhältnis kennzeichnend ist - und keineswegs über dieses Produktionsverhältnis hinausweist.

Die Nutzanwendung, die aus dieser Einsicht zu ziehen ist, besteht natürlich nicht darin, daß man die betreffende "Vernunft" und den betreffenden "Willen" geringschätzen oder vernachlässigen dürfte. Ganz gewiß nicht. Sie bedeutet nur, daß man sich ihnen auf andere, theoretisch weniger naive Weise nähren wird, daß man gewissermaßen durch sie als das Konstituierte hindurch auf ihr Konstituierendes schauen wird. Man wird also zur Erlangung eines strategischen Ausgangspunktes nicht dabei stehenbleiben, die sozialen Kategorien der kapitalistischen Gesellschaft nach ihrem Willen zu fragen, sondern man wird umgekehrt den gesellschaftlichen Zusammenhang daraufhin untersuchen, inwieweit er mit dem Dasein dieser Kategorien überhaupt noch verträglich ist, inwieweit er im Begriffe steht, sie und die zugehörigen Bewußtseinsformen zunichte zu machen, inwieweit anders gesagt die auf dem Weg der Vergesellschaftung befindliche Produktion sich noch innerhalb der (ungesellschaftlichen, atomistischen) Form des Privateigentums bewegen kann, ohne materiell in ihr komplettes Gegenteil, die Destruktion umzuschlagen. Die kommunistische Strategie kann niemals der *Ausdruck* des Arbeiterwillens sein, sie ist vielmehr immer dessen *Kritik*, eine Kritik freilich, die sich mit dieser "empirischen Oberfläche" taktisch zu vermitteln hat. Der Standpunkt kann nur das Ganze des gesellschaftlichen Zusammenhangs sein, wie es sich historisch vermittels der kapitalistischen Warenproduktion herstellt und nur mit dem kategorialen Apparat des Kapitalbegriffs zu erfassen ist. Damit verhält sich dieser Standpunkt, wiewohl auf vermittelte Weise mit der empirischen Oberfläche identisch, notwendigerweise apriorisch zu jedem einzelnen empirischen Moment innerhalb dieses Zusammenhangs. Er kann also niemals in der Bequemlichkeit jener Demagogie münden, die sich umstandslos in das Bett einer jeglichen Massenstimmung begibt. Wir werden im letzten Abschnitt sehen, daß Lenin dies, seinen "identitären Illusionen" zum Trotz, tatsächlich auch *nicht* getan hat; eine Inkonsequenz in der "Praxis", die gerade seine historische Größe ausmacht.

Da zu Lenins Zeiten die kapitalistische Produktionsweise noch zu gering entfaltet war, um empirisches Material für eine immanente, an der Wertform ansetzende, "realpolitische" Kritik liefern zu können, muß seine Kapitalismuskritik äußerlich und soziologisch werden und mit dem erwähnten tautologischen Verfahren die Arbeiterklasse bzw. das "Volk" *affirmieren*. Auf unsere Frage, *welche* Vernunft und *welchen* Willen das "Volk" zum Ausdruck bringe, antwortet er: seinen eigenen. Er übergeht also die auf die historische Qualität abzielende theoretische Frage und verweist uns theoretisch steril bleibend stattdes-

sen an die empirische Oberfläche, von der diese Frage doch gerade ihren Ausgang nahm. Natürlich haben wir es bei dieser Antwort, mit der wir uns nicht zufrieden geben können, mit einem eindimensionalen, empiristischen Denken zu tun, das philosophisch gesprochen die Erscheinung unmittelbar für das Wesen nimmt.

Lenins Hingabebereitschaft an die Empirie wird natürlich von dieser genährt. Der Glaube an das "Volk", an seine Fähigkeit zur Selbstverwaltung, findet sich scheinbar bestätigt von der akut revolutionären Situation im Rußland von 1917. Die Räte entsprangen ja tatsächlich der selbständigen Initiative der Massen und sie waren Ausdruck von dieser Initiative. "Die Bewegung war spontan in dem Sinne, als unabhängig voneinander und ohne jede theoretische Vorbereitung, aus den praktischen Bedürfnissen des revolutionären Augenblicks heraus, überall Sowjets emporschossen", schreibt Anweiler (23). Der Zusammenbruch des alten Regimes führte auch zur Auflösung der lokalen Verwaltungsorgane und brachte es wie selbstverständlich mit sich, daß die frischgebackenen Räte an vielen Orten deren Aufgaben übernahmen beziehungsweise sich wenigstens in sie hineinmischten. Von daher lag es nahe, in den Räten den künftigen Staatsapparat zu sehen. Überhaupt erzeugte die mit einem Schlag errungene Freiheit, die nach langen Jahren der "bleiernen Zeit" gleichsam explosionsartig entstandene vollkommene politische Öffentlichkeit eine Atmosphäre des allgemeinen Aufbruchs, eine Atmosphäre, in welcher Millionen Menschen erstmals aus der gewohnten Lethargie und Passivität herausgerissen wurden und zu politischer Aktivität erwachten. Diese aufwühlenden ersten Wochen nach dem 27. Februar 1917, Wochen, in denen laut Anweiler die Plenarsitzungen des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats "Kundgebungen und Volksversammlungen" glichen -ein zeitgenössischer Beobachter, den Anweiler zitiert, sprach von den Räten als von dem "Auflauf in Permanenz"- bilden den Hintergrund, vor dem man Lenins optimistisches Konzept der direkten Rätedemokratie sehen muß.

Die Zeit der Masseninitiative war allerdings von kurzer Dauer. "Im Verlauf von zwei Monaten", schreibt Anweiler, hatte sich der Petersburger Sowjet zu einem "wohlorganisierten Verwaltungsapparat" mit mehreren hundert Angestellten entwickelt. Nachdem schon von Anfang an das Schwergewicht der praktischen Arbeit bei dem Exekutivkomitee des Sowjets gelegen hatte (Ende März umfaßte es 42 Mitglieder), verlor dieser im gleichen Maß, "in dem die Arbeit des Sowjets gut zu funktionieren begann", zu einem beträchtlichen Teil den unmittelbaren Kontakt mit den Massen. Die Plenarsitzungen (in der zweiten März-

hälfte fast dreitausend Deputierte), die in den ersten Wochen fast täglich stattgefunden hatten, wurden seltener und von den Deputierten oft nur schwach besucht. "Die Sowjetexekutive verselbständigte sich zusehends..." (24)

Diese Entwicklung, die sich nach dem Oktober unter dem Vorzeichen einer bolschewistischen Rätemehrheit wiederholen und im Bürgerkrieg sogar noch zuspitzen sollte (25), kann niemanden in Erstaunen versetzen, der sich darüber Rechenschaft abgelegt hat, daß die beiden mit der Ware-Geld-Vergesellschaftung aufkommenden Interessenkategorien -privat und öffentlich- grundsätzlich nicht miteinander zu vermitteln sind. Man kann von einer Bevölkerung, die nahezu ihre gesamte Energie den Angelegenheiten der unmittelbaren Reproduktion widmen muß, die, um zu leben, gezwungen ist, täglich *für Geld* zu arbeiten, man kann von einer solchen innerhalb der Zwänge der Armut bzw. des kapitalistischen Privateigentums (das die Logik des Mangels mit verschwenderischen Folgen zum zentralen Gesichtspunkt der Reichtumserzeugung macht) eingepferchten Bevölkerung nicht erwarten, daß sie sich mit der gleichen Intensität und dauerhaft für die dazugehörigen Rahmenbedingungen zu interessieren vermöchte; von einer selbstständigen Organisation oder Kontrolle der allgemeinen Angelegenheiten einmal ganz abgesehen. Sie kann wohl öffentliche Ansprüche anmelden, wie sie sich aus ihrer unmittelbaren Lebenssituation ergeben (26); und sie kann diejenigen Maßnahmen des Staates, die für die unmittelbare Lebenssituation von Belang sind, an Hand der eigenen Erfahrungen gut- oder schlechtheißen, begrüßen oder ablehnen, es fehlt ihr aber die Zeit und das Wissen, das erforderlich wäre, um den jeweiligen Begründungszusammenhang, warum eine Maßnahme nicht möglich oder doch möglich oder sogar zwingend notwendig ist, einsehen und auf seine Stichhaltigkeit hin überprüfen zu können. (27).

Eben diese Konstellation bringt es natürlich mit sich, daß ein solcher gleichzeitig von jedem gesellschaftlichen Ort aus einsichtiger Begründungszusammenhang in der *politischen* Form gar nicht existieren kann, daß somit die Beziehung zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre immer nur eine Angelegenheit des Gefühls sein kann, des Vertrauens, Glaubens etc., wie ich schon oben gesagt habe (28). Das Gefühl aber ist ein schwankender Boden. Es kann schnell erlahmen oder in sein Gegenteil umschlagen. Ja, es *muß* im Fall der revolutionären Begeisterung sogar erlahmen, solange die Revolution in der Sphäre des "politischen Überbaus" (der "politischen Voraussetzungen", vgl. oben S.121) verbleibt und zum Arbeiter- und Bauerndasein nur das Staatsbürgerrecht hinzufügt. Die politische Freiheit ist eine großartige Sache, beseitigt aber für sich nicht den Hunger, noch enthebt sie

der Mühen der Fabrikarbeit (29).

Von daher ist der Vorwurf, den Lenin gegen diejenigen Parteien erhebt, die bis Sommer 1917 die Mehrheit innerhalb der Räte stellten, sie seien für das Abflauen der Massenstimmung, für den Rückgang der Revolution" (LW 25, S. 299) verantwortlich, sie hätten die Räte parlamentarisch "versaut" (LW 25, S. 436) ,nur teilweise berechtigt. Es handelt sich bei der Frage der Massenstimmung durchaus um einen Mechanismus, der für alle Formen politischer Repräsentation Gültigkeit beanspruchen kann. Auch die Bolschewiki waren diesem Mechanismus ausgesetzt und mußten sich ihm unterwerfen. Lenin hat gegenüber den Menschiwiki und Sozialrevolutionären nur insofern recht, als er eine Politik verficht, von der er überzeugt ist, daß sie "den revolutionären Enthusiasmus der Massen entfachen, steigern, verzehnfachen" wird (LW 24, S. 356). Sein Rechthaben findet also innerhalb der gleichen Konstellation statt, in der sich auch seine politischen Konkurrenten den Massen gegenüber befinden. Lenin bleibt innerhalb jener Sphäre der politischen Legitimation, die mit dem modernen Repräsentativ- oder Allgemeinwohlstaat entsteht und sich in ihm gleichsam niederschlägt und institutionalisiert. Innerhalb dieser Sphäre weiß sich Lenin als der bessere, ehrlichere, konsequentere Volksfreund, der den Massen voll und ganz vertraut, der die unmittelbaren Bedürfnisse der Massen rückhaltlos ausspricht und der, getragen von dem Enthusiasmus der Massen, entschlossen und fähig ist, sie zu befriedigen: Die proletarische Regierung, wenn sie an die Macht käme, sie würde wirklich und sofort den ersten, unmittelbar möglichen Schritt zum Frieden tun und den Waffenstillstand verkünden. Sie würde wirklich und sofort die Banken verstaatlichen, das Geschäftsgeheimnis aufheben und die Händler und Unternehmer einer strengen Kontrolle unterwerfen, um sie daran zu hindern, sich durch Lebensmittelschiebereien an der Not des Volkes zu bereichern. Sie würde wirklich und sofort das "Dekret über Grund und Boden" erlassen und damit augenblicklich die bereits im Gang befindliche Inbesitznahme der Gutsländereien durch die Bauern legalisieren.

Die fortschreitende wirtschaftliche Zerrüttung; die vor allem in der Friedensfrage unaufrichtige Politik der Provisorischen Regierung, an der seit Mai auch sozialistische (menschewistische) Minister beteiligt waren, ihre Untätigkeit teils mit radikalen Phrasen bemäntelnd, teils mit den Erfordernissen korrekter demokratischer Verfahrenweisen rechtfertigend; und schließlich auch die Erfahrung des Juli und August, die zeigte, daß die im Gefolge des Kerenski-Putsches einsetzende und zum Teil blutige Unterdrückung der Volksbewegung sich politisch ausschließlich gegen die Bolschewiki richtete, die verlegen murmelnden

übrigen Linksparteien aber unbehelligt ließ, all dies brachte schließlich den Umschwung. Die Stimmung der Massen neigte sich schließlich den Bolschewiki zu. "Zum erstenmal wurde seit August/Anfang September 1917 der Bolschewismus zu einer Massenbewegung. Die zahlenmäßig immer noch relativ kleine Partei (30) erhielt die Unterstützung von Millionen erbitterter und hoffender Menschen. Auf jeden Parteibolschewik kamen 20, 30 oder auch 50 'Bolschewiki', die nicht Mitglieder, aber Sympathisierende waren" (31). Der Durchbruch machte sich natürlich sogleich auch in den Räten bemerkbar, deren Deputierte zu jener Zeit noch rasch wechselten. Anfang September 1917 errangen die Bolschewiki die Mehrheit in Petersburg und in Moskau, um nur diese beiden entscheidenden Zentren zu nennen.

Indem sie hiermit als "Stimmungsbarometer" (Anweiler) kenntlich werden, ist das Geheimnis der Räte von 1917 eigentlich schon ausgesprochen. Es äußert sich in ihnen die massenhafte Zustimmung zu einem bestimmten politischen Programm in einer bestimmten politischen Situation, in welcher dieses Programm die dringendsten unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit formuliert. Dieser Synergismus, diese gegenseitige Resonanz von Politik und Massenstimmung kommt in den Räten zum Ausdruck, sie bildet die Grundlage des Oktober, eine Grundlage, die sich bis etwa 1920/21 als tragfähig erweisen sollte.

Ganz allgemein läßt sich sagen, daß sich Lenins Genie vor allem im Umgang mit dieser Massenstimmung bewährt. Lenin nimmt diese Stimmung ernst, studiert sie im Zusammenhang mit den aktuellen Erfahrungen der Massen und versteht es, mit ihr zu rechnen, ohne dabei jemals sein politisches Ziel, die innerhalb des zeitgemäßen Modells der politischen Repräsentation verbleibende "Macht des Proletariats", preiszugeben oder aus den Augen zu verlieren. "Die revolutionären Sozialdemokraten verfolgen aufmerksam die Stimmung der Massen"; sie verstehen es, die Massen, "gestützt auf ihre eigene Erfahrung und auf ihre Stimmung...aufzuklären" (LW 21, S. 184), das sind stehende Redensarten bei Lenin. Trotzki bezeichnet es als einen der "großen Vorzüge" des Bolschewismus, daß ihm "die aristokratische Verachtung für die selbständige Erfahrung der Massen absolut fremd" sei (32). Allem Anschein nach sahen die Bolschewiki in ihrem "Vertrauen zu den Massen", ihrem "Sichstützen auf die Massen" den Kern ihrer revolutionären Identität. Dies ist sowohl in "theoretischer" als auch in "praktischer" Hinsicht verständlich. Aus der theoretischen "Affirmation der Massen" bezog der gesamte alte Arbeiterbewegungs-Sozialismus sein Selbstbewußtsein und seine Siegeszuversicht als eine neue, unüberwindliche historische Kraft, also auch die Bolschewiki. Die konsequente "Verwirk-

lichung" dieses Konzeptes, ihre "Verwurzelung in den Massen", ihre "Nähe zu den Massen", ermöglichte es den Bolschewiki darüber hinaus, jene Flexibilität und Manövrierfähigkeit, jene "technischen Fertigkeiten" zu erwerben, die für die praktische Durchführung der Revolution unerläßlich waren. Selbstverständlich setzt dies voraus, daß man in der "proletarischen Revolution" nicht nur eine historische Kategorie, sondern eine unmittelbar anstehende, dringende Notwendigkeit sah. In dieser praktischen Hinsicht zeigten sich die Bolschewiki als einzige sozialistische Gruppierung den Anforderungen des historischen Augenblicks gewachsen.

Vor allem zeigt sich an diesem Punkt der entscheidende Unterschied zu den Menschewiki, auf den ich hier kurz eingehen möchte. Die Menschewiki leiteten ihre Politik bekanntlich von dem "historischer Materialismus" genannten geschichtsphilosophischen Schema ab, wonach Rußlands Revolution bürgerlich zu sein hatte. Wenn man will, dann kann man sie als die "Theoretiker", die Bolschewiki als die "Praktiker" dieser Revolution bezeichnen. Die Menschewiki verwiesen durchaus zu Recht auf das historisch niedrige Niveau der Produktivkraftentwicklung und zogen daraus den falschen ("praktischen") Schluß, daß das Proletariat sich zu zügeln habe. Mit nicht geringerem Recht verwiesen die Bolschewiki auf die im Zusammenhang mit der akuten Notsituation stehende aufrührerische Stimmung nicht nur der städtischen, sondern auch der ländlichen Massen und zogen daraus den falschen ("theoretischen") Schluß, daß die Revolution sich bereits auf dem Weg zum Sozialismus befinde (33). Wie es die Regel ist innerhalb der bürgerlichen Epoche, erkannte die "Theorie" ihre "Praxis" nicht, und die "Praxis" vermochte es nicht, sich in ihrer "Theorie" wiederzufinden. Von heute aus kann man es eine köstliche "Ironie der Geschichte" nennen, daß ausgerechnet die *gleiche* theoretische Befangenheit und Unzulänglichkeit, nämlich ein soziologisch verkürzter Marxismus, die beiden feindlichen Brüder daran hinderte, ihrer nahen Verwandtschaft innezuwerden.

Die soziologische Verkürzung, die immer auch eine empiristische Verkürzung beinhaltet, kommt darin zum Ausdruck, daß die einen, nämlich die Bolschewiki, von einer bestimmten empirischen Erscheinung wie derjenigen der politischen Bewegung des Proletariats unvermittelt auf den historischen Begriff der gesamten Epoche schließen, während andererseits die Menschewiki mit dem Begriff der historischen Epoche eine dogmatische Vorstellung von der zugehörigen Empirie verknüpfen und danach die Bewegung zu modeln trachten. Eine bürgerliche Revolution, so schließen die Menschewiki messerscharf, gehört in die Hände von Menschen, die sich soziologisch ein-

wandfrei als Bürger auszuweisen vermögen. Mit der gleichen Logik ausgestattet sagen die Bolschewiki, daß eine Revolution , in welcher soziologisch zweifelsfrei als Proletarier auszumachende Menschen den Kerntrupp der Bewegung bilden und die größte Leidenschaft und den größten Opfermut an den Tag legen, daß eine solche Revolution natürlich keine bürgerliche mehr ist, sondern nur eine proletarische genannt werden darf. Wie ersichtlich, sind beide Argumentationsfiguren weit davon entfernt, die "Bourgeoisie" als ein im *Wert* und im *Recht* waltendes, den soziologischen Kategorien gegenüber sich als "Sachzwang" verselbständigendes Produktionsverhältnis zu begreifen.

Von daher, von dieser theoretischen Gemeinsamkeit her ist natürlich gewährleistet, daß die beiden Kontrahenten einander gar nicht theoretisch, sondern nur auf der Ebene der "Praxis" zu kritisieren vermögen. Das heißt: Die Menschewiki besitzen die gleiche Vorstellung von der proletarischen Revolution wie die Bolschewiki, sie würden der eben erwähnten soziologischen Definition also nicht widersprechen, aber sie sind gegen die praktische Durchführung dieser Revolution, weil sie aufgrund der genannten Voraussetzungen (Rückständigkeit Rußlands) zum "Scheitern" verurteilt sei. Umgekehrt verachten die Bolschewiki diesen "lebensfernen Schematismus", der hinsichtlich seiner praktischen Konsequenzen ein Verbrechen sei gegen die unmittelbaren, buchstäblich lebenswichtigen Interessen des Proletariats. Ihre Widerlegung der menschewistischen Argumente, hinter denen sie Feigheit und Verrat wittern, ist die Tat, nämlich die *Praxis* der Revolution: "Der Kampf und nur der Kampf entscheidet, wie weit es der (proletarisch-sozialistischen Revolution) gelingt, über die (bürgerlich-demokratische) hinauszuwachsen (LW 33, S. 34).

Die Konfliktlinie "Praxis versus Theorie" beinhaltet natürlich eine Gefahr. Allzu leicht könnte die "Praxis" in die Versuchung geraten, das, was sie ihr Gelingen nennt, nach eigenem Gutdünken, ohne die lästige Einmischung theoretischer Klügelei, zu bestimmen (34). Das dann noch übrigbleibende Bedürfnis nach einem vermeintlich über der Empirie stehenden Gesichtspunkt, der den Eindruck von "Linie" zu erwecken vermöchte, müßte sich in diesem Fall mit jener ideologischen Billigstproduktion begnügen, die etwa den Markennamen "Wir stehen in der Tradition des Oktober" zu tragen hätte. Die auf dem X. Parteitag an die Bolschewiki gerichteten Warnungen Lenins, sich nichts vorzumachen, sich die Möglichkeit rascher Erfolge z.B. im Kampf gegen die Bürokratisierung nicht in die Tasche zu lügen, die Arbeiter nicht mit demagogischen Patentrezepten zu betrügen, muß man wohl als Anzeichen dafür nehmen, daß dieser Weg zur -wie soll man sagen- zur theoretischen Willkür, zur schöpferischen Freiheit bei der Bestimmung

dessen, was man sei und dementsprechend vollbringen könne, sich bereits 1921, nach der administrativen Ausschaltung aller politischer Gegner, in Umrissen abzuzeichnen begann. Der später unter Stalin verordnete Pflichtoptimismus, der es allemal fertigbrachte, in jedem Schwenk der Regierungspolitik eine mustergültige Anwendung der "Lehren des Oktober" ausfindig zu machen, hat hier offensichtlich seine Wurzeln. Die penetrante Staatsfrömmigkeit und neurotische Zwanghaftigkeit dieses Optimismus ("aufwärts und vorwärts"), eines Grundkurses in "positivem Denken" von wahrhaft internationalem Niveau, geht weit über das hinaus, was dem heute üblichen Legitimationsbedürfnis eines kapitalistischen Staatswesens entsprechen würde. Abgesehen davon, daß es sich dabei um eine Eigenart dieses gesamten "Zeitalters der Massen" (Moscovici) handelt, die auch in anderen plebeszitären Bewegungen und Systemen anzutreffen war, dürfte im vorliegenden Fall der Grund dafür unter anderem eben darin zu suchen sein, daß die "Praxis des Bolschewismus" immer auch mit jener alten theoretischen Rechnung befrachtet war, die die Menschiwiki ihm einst aufgemacht hatten, daß also die "Praxis" unmittelbar als sie selbst die Rolle eines theoretischen Arguments zu übernehmen hatte, von dessen Kohärenz auch nachträglich noch die "Berechtigung" des Oktober und des gesamten darauf aufbauenden ideologischen Konstrukts des "Marxismus-Leninismus" abhing (35). Man durfte nicht "gescheitert" sein, und jede Kritik mußte sich davor hüten, die Grenze zu jener "Destruktivität" zu überschreiten, jenseits welcher die menschewistische "Verhöhnung" und "Sabotage" des "Kampfes der Arbeiterklasse" begann; des Kampfes, von dem man meinte, daß "nur" er über den "Aufbau des Sozialismus" entscheiden werde, und von dem man heute sagen muß, daß er die ideologische Form des staatlichen Aufbauwillens war, der, seinerseits induziert von der internationalen Konkurrenz der kapitalistischen Staaten, während der Epoche der nachholenden ursprünglichen Akkumulation in Rußland die "Kräfte des Binnenmarktes" zu ersetzen hatte.

Ich habe es vorhin eine "köstliche Ironie" genannt, daß Menschiwiki und Bolschewiki ihre unter der gegensätzlichen politischen Oberfläche verborgene Gemeinsamkeit nicht zu erkennen vermochten. Den Zeitgenossen wird kaum nach einer solchen amüsierten Betrachtungsweise zumute gewesen sein. Nach der Auflösung der Konstituante (Januar 1918) und im Verlauf des Bürgerkriegs nahm die Beziehung zwischen Menschiwiki und Bolschewiki teilweise sehr repressive Formen an, an denen nichts köstliches war. Schon im täglichen Leben kann man ja beobachten, daß gerade solche Menschen, die sich in einer bestimmten

Charakterschwäche gleichen, um so mehr dazu neigen, einander eben um dessentwillen zu hassen. Wie sollte dieser Mechanismus nicht auch im politischen Leben Gültigkeit beanspruchen können, das ja in den Augen derjenigen, die darin das Wort führen, ebenfalls eine Sache des Charakters, der Überzeugungstreue, der Vertrauenswürdigkeit etc. ist.

Die bolschewistische Unduldsamkeit gegenüber den Menschiwiki wurde vielleicht gerade durch den Umstand genährt, daß sich die letzteren im Bürgerkrieg gegen die weiße Konterrevolution (36) loyal verhielten und ihre Forderung nach dem Zusammentritt der konstituierenden Versammlung mit der ausdrücklichen Begründung zurücknahmen, sie könnte "als Banner und Maske der Konterrevolution" mißbraucht werden (37). Die Menschiwiki, die sich auf den Kurs einer legalen Opposition im Rahmen des vorhandenen Rätesystems festlegten (dieser Kurs wurde im Juli 1919 durch das Manifest "Was tun?" bestätigt), entsprachen während des Bürgerkriegs nicht mehr dem Verräterbild, mit dem man 1917 ihren Masseneinfluß hatte untergraben können. Um so "gefährlicher" waren sie. Um so lästiger war ihre Opposition, der man einfacher hätte beikommen können, wenn sie sich umstandslos in die Kategorie der weißen Konterrevolution hätte einordnen lassen. Ihr Schicksal war endgültig besiegelt, als sich 1920/21 die Stimmung der Massen nicht nur von den Bolschewiki abkehrte, sondern sogar gegen sie empörte. Anweiler zweifelt nicht daran, "daß bei freien Wahlen in die Arbeiterdeputiertenräte die Menschiwiki gegen Ende des Bürgerkriegs mehr Sitze gewonnen hätten als die Bolschewiki (38). Isaac Deutscher vertritt die gleiche Ansicht (39).

Diese akute Krisensituation war für die Bolschewiki, die ihrem ganzen Selbstverständnis nach die einzigen und einzig wahren Anwälte der Massen waren, zweifellos unerträglich. Nichts mußte sie mehr erschüttern und verbittern, als auf einem Felde ins Hintertreffen zu geraten, als dessen Urheber sie sich ansahen, auf dem sie gleichsam das Recht des Erstgeborenen besaßen. Zutiefst davon überzeugt, daß sie die eigentlichen, die historischen Interessen des Proletariats repräsentierten, konnten sie sich bei diesem, das seine Hoffnungen von 1917 am gegenwärtigen Elend maß, kein Gehör mehr verschaffen. Die politische Krise, die die Aufstände und Streiks des Februar und März 1921 ohnehin bedeuteten, wurde dramatisch verschärft durch die damit einhergehende tiefe ideologische Krise, die das Zentrum des bolschewistischen Selbstverständnisses berührte. Auf dem X. Parteitag (März 1921) schätzte Lenin die "innere Gefahr" größer ein als diejenige, die seinerzeit (1919) "von Denikin und Judenitsch" gedroht hatte (LW 32, S. 257). Es ist ganz gewiß gerechtfertigt, dieses Wort von der "inneren Gefahr" um die ideologische und psychologische Dimension zu erwei-

tern.

Der Ausweg, den Lenin in dieser Lage fand, ist bekannt. Die Forderung nach freiem Handel, die alle politischen Gegner der Bolschewiki im Einklang mit der Stimmung unter den Arbeitern und Bauern erhoben, wurde erfüllt, die Ablieferungspflicht der Bauern durch eine Naturalsteuer ersetzt. Zugleich mit dieser "Neuen Ökonomischen Politik" wurde die politische Repression verschärft: "Die Menschiwiki und Sozialrevolutionäre, sowohl die offenen wie auch die als Parteilose getarnten, gehören ins Gefängnis..." (LW 32, S. 376). Das "Interesse des Proletariats" oder auch der "Volkswille" erhielt, wie ich schon früher ausgeführt habe, eine extrem "transzendentale" Färbung, wie sie zwar für jeden modernen Repräsentativstaat konstitutiv ist, aber nur selten, eben nur in Krisenzeiten, so klar hervorsticht. Das "Interesse des Proletariats" wurde gleichsam von dessen Augenblickszustand abgelöst und einstweilen in die ausschließliche Obhut der Bolschewiki genommen (40). Der Massenstimmung, nachdem sie sich "kleinbürgerlicher Schwankungen", d.h. Sympathien für die Menschiwiki und Sozialrevolutionäre schuldig gemacht hatte (vgl. LW 32, S. 257), wurde jede andere als die bolschewistische Artikulation abgeschnitten. Damit hatten natürlich die Räte, die den Bürgerkrieg ohnehin nur zu einem Zehntel überstanden hatten (41), ihre Funktion als Stimmungsbarometer eingebüßt (42) und wurden -erst recht nach ihrer staatlich verordneten Neugründung im Jahre 1922- zu reinen Verwaltungsorganen.

Es ist hier nicht meine Aufgabe, nach den "Fehlern" der Bolschewiki zu suchen und etwa, wie R. Medwedjew es tut, die Frage zu stellen, ob nicht im Interesse einer breiteren Ausgangsbasis für den Bürgerkrieg, die vielleicht die Aussicht auf ein rascheres Durchlaufen dieser ruinösen Etappe der bolschewistischen Revolution eröffnet haben würde, das Kernstück der NÖP, die die Bauern weniger belastende Naturalsteuer, schon 1918 hätte eingeführt werden sollen. Faktisch, so sagt Medwedjew, habe sich in dem kleinbäuerlichen Land, das durch die im Sommer 1918 von den Bolschewiki initiierten "Komitees der Dorfarmut" noch weiter "verkleinbürgerlicht worden" sei als schon durch die Oktoberrevolution geschehen (43), der freie Handel angesichts eines kaum noch so zu nennenden "Schwarzmarkt"-Anteils von 50 bis 60 Prozent an der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ohnehin nicht verbieten lassen (44). Er sei aber durch den illusorischen Versuch, seit Mai 1918 ein "staatliches Getreidehandelsmonopol" durchzusetzen, das sich im weiteren Verlauf zu einer obligatorischen Ablieferungspflicht für fast alle Agrarerzeugnisse entwickelte (45), unnötig behindert und unrationell gestaltet worden (46).

Ebenso unerheblich für unseren Zusammenhang ist die Diskussion

der Frage, ob nun mit dem 1921 beschrittenen Weg zur Staatspartei bzw. zum Einparteienstaat der "Weg des Oktober" verraten worden sei oder ob er damit nur seine von Anfang an vorhandene innere Logik offenbart habe. Meine Darstellung der politischen Kategorie des "Volkswillens" zielt auf das grundsätzliche Auseinander von "Politik" und "Ökonomie", von "Staat" und "Gesellschaft", wie es konstitutiv ist für die mittels der Wertform sich vollziehende Vergesellschaftung des Menschen. Dieses "Wesen der Sache" im Auge, ist es zunächst unerheblich, wie sich die "Beziehung" zwischen den beiden Komponenten des "Volkswillens" im einzelnen gestaltet, ob die "Massenstimmung" durch eine einzige politische Partei hindurchgehen muß oder ob sie mehrere miteinander konkurrierende Parteien zu ihrer Verfügung hat, die einander ablösen in der Verwaltung des (abstrakten) Allgemeininteresses. Die landläufige Alternative von "Diktatur" (als Einparteienherrschaft) und "Demokratie" (als politischer Pluralismus) findet *innerhalb* der dualistischen Konstellation des "Volkswillens" statt; sie gehört insgesamt der demokratischen, selber vom Wert konstituierten Denkform an, die dieses Auseinander immer schon stillschweigend voraussetzt. Freilich darf die Tatsache, daß sich im Verlaufe dieses Jahrhunderts die pluralistische Variante der Demokratie durchgesetzt hat, deshalb nicht unbeachtet bleiben. Offensichtlich ist der Pluralismus (im Denken wie in den politischen Institutionen) die reifere, dem heute erreichten Vergesellschaftungsniveau besser entsprechende Form der Demokratie, neben welcher die plebiszitären Diktaturen der ersten Jahrhunderthälfte mit ihrer "Staatsallmacht" nur als ihr noch höchst unvollkommenes Entwicklungsstadium anmuten können. Der Pluralismus verleiht dem in der politischen Sphäre sich manifestierenden "Volkswillen" jene Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, deren er in einer Gesellschaft, die in der ständigen Revolution der Produktivkraft der menschlichen Arbeit begriffen ist, dringend bedarf. In einer solchen "dynamischen Gesellschaft" werden ja jene Normen des menschlichen Zusammenlebens, die sich nach althergebrachter Sitte und Gewohnheit gleichsam von selbst verstehen, laufend zurückgedrängt, wohingegen diejenigen Fragen, die einer ausdrücklichen und bewußten (vorläufig nur rechtlichen) Regelung zugeführt werden müssen, ständig an Umfang zunehmen.

Eine nennenswert entwickelte Produktivkraft der Arbeit war allerdings in dem vollkommen ruinierten Rußland von 1921 erst noch zu schaffen. Es stand keine grundlegend andere Alternative zur Debatte als "Produktion überhaupt" oder drastischer formuliert: "Überleben überhaupt". "Was wir vor allem und um jeden Preis brauchen, ist die Steigerung der Produktion" (LW 33, S.39), schreibt Lenin zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution. Jede denkbare Garnitur "politischer"

oder "wirtschaftlicher" Kader hätte diese und keine andere Aufgabe zu lösen gehabt. Wenn man dies bedenkt und obendrein berücksichtigt, daß ohnehin jeder einigermaßen brauchbare, d.h. mit einem Minimum an Kulturtechniken ausgerüstete Mensch (47) zu Verwaltungsaufgaben herangezogen werden mußte, dann kann man ohne weiteres mit Lenin zu dem Schluß gelangen, daß es wahrscheinlich wirklich ein überflüssiger Luxus gewesen wäre, sich dem Zeitvertreib demokratischer Debatten, sei es in den Räten, sei es in einer anderen etwa von der konstituierenden Versammlung abgesegneten Vertretungskörperschaft, hinzugeben.

Dies aber wie gesagt nur nebenbei. Für unseren Zusammenhang kommt es nur auf die grundlegende Lehre an, auf das "allgemeine Gesetz", das sich aus den Ereignissen von 1921 extrapolieren läßt. Für unseren Zusammenhang ist es ausreichend, sich zu vergegenwärtigen, daß die 'Massenstimmung' als die andere Seite des "Volkswillens" *grundsätzlich* mit "Haken und Ösen" behaftet ist, daß sie ein schwankendes, unzuverlässiges Element darstellt, mit dem die moderne Politik zwar rechnen muß (48), auf das sie aber nicht verläßlich bauen kann. Und schon gar nicht darf sie dem Wahn verfallen, sie könnte sich von den Massen und ihrer jeweiligen Stimmung ersetzen lassen.

Im Oktober 1917 kamen die Bolschewiki auf einer Woge des Massenenthusiasmus zur Macht, im Frühjahr 1921 sprach die Menge, "kreuzige ihn". Wenn es bei den Bolschewiki Illusionen gegeben hatte hinsichtlich der Stabilität der 1917 erreichten "Verbindung mit den Massen" - und es mußte bei der mangelhaften theoretischen Durchdringung der Kategorie des "Volkswillens" unbedingt solche Illusionen geben - , dann wurden sie sehr abrupt zerstört im Frühjahr 1921. Daß diese plötzliche Ernüchterung mit Gefühlen der Hilflosigkeit einherging, daß sie Verwirrung und Panik in die Reihen der Bolschewiki trug, kann niemanden verwundern, der sich in die damalige Situation hineindenkt. Jedenfalls zeugt die Ausschaltung jeglicher politischer Opposition nicht von der Stärke, sondern von der Schwäche der Bolschewiki. Eine Partei, die nur noch "mit der politisch unberührten Masse der Werktätigen" Verbindung anknüpfen will, die den "einfachen Werktätigen" zu ihrem Ideal kürt (LW 32, S, 377), die sich nur noch denjenigen stellt, die reinen Herzens sind, die nur noch die arglosesten und unbescholtesten Lämmer führen zu können glaubt, der Auseinandersetzung mit menschewistischen und sozialrevolutionären Argumenten aber ausweicht ("Wir haben andere Sorgen, als uns auf 'Konferenzen' mit 'Oppositionen' abzugeben", (LW 32, S. 377), ist sich weder in theoretischer noch in irgendeiner anderen Hinsicht der souveräne Herr der Lage. Die einzige Stärke, die ihr geblieben ist, ist ihr

Vorhandensein, ihre organisatorische Intaktheit, ihre "Einheit" und "Geschlossenheit" sowie der Wille, an der Macht zu bleiben, mag auch ideologisch alles drunter und drüber gehen (49)

Die Dramatik und Geschwindigkeit mit der sich der Abfall der Massen einerseits, das ängstliche Zusammenrücken der Bolschewiki, ihre Verwandlung von der Bewegungs- zur Staatspartei andererseits vollzog, ist natürlich vor dem Hintergrund des unvorstellbaren Elends in Rußland zu sehen. Das Jahr 1921 brachte noch einmal millionenfachen Tod durch Hunger und Seuchen, nachdem bereits der Bürgerkrieg massenhaft Opfer gefordert und die Bevölkerung bis hin zur Arbeitsunfähigkeit erschöpft hatte. Diese Situation zusammen mit der organisatorischen Festigkeit der Partei scheint übrigens auch den Ausschlag gegeben zu haben dafür, daß sich die Bolschewiki an der Macht halten konnten. Der Zustand jeder möglichen Opposition war einfach noch desolater als derjenige der Bolschewiki, und die Mehrzahl der Bevölkerung versank ohnehin in Apathie
(50).

Diese außerordentliche Situation sollte man aber nur für die Klarheit verantwortlich machen, in der sich die beiden Komponenten des "Volkswillens", die auf die unmittelbare Erfahrung gegründete der "Massenstimmung" einerseits und die ein transzendentales politisches Prinzip darstellende staatliche Legitimation andererseits, sozusagen in ihrem "Eigengewicht" präsentierten, nicht für die Sache selbst. Gemäß unserer theoretischen Voraussetzung, die besagt, daß die Gesellschaft des Privateigentums mit sich nicht durchsichtig und bewußt vermittelt werden kann, daß das Einzelinteresse und das Gesamtinteresse der Warenbesitzer, wiewohl vom gleichen "Prinzip" erzeugt, zwei verschiedene, sich gegensätzlich zueinander verhaltende Sphären konstituieren, sind die genannten Komponenten, wenn auch als solche selten so deutlich sichtbar, *immer* vorhanden in dem, was man "Volkswillen" nennt. Mit dem Abflauen der Massenstimmung und der Herausbildung staatlicher Strukturen -rigiderer selbstverständlich, als sie der Zarismus kennen konnte, der sich die Aufgabe der Verwaltung des gesamten Volkes, der "Massen", ja gar nicht gestellt hatte- war also auf jeden Fall zu rechnen, wenn auch nicht in dieser Form und unter diesen extremen Umständen.

Anders kann es gar nicht sein, solange die "Massen" nur erst als solche in das Rampenlicht der Geschichte treten und zur Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten vorläufig nichts anderes beizutragen haben als ihre Stimmung, welche sie den sich auf sie berufenden politischen Prinzipien und Konzepten entgegenbringen. Wenn wir uns die erwähnten "Haken und Ösen" der Massenstimmung näher ansehen,

dann zeigt sich, daß diese Massenstimmung nicht nur keinerlei organisierende Kompetenz besitzt, sondern direkt das Fehlen einer solchen Kompetenz anzeigt. Die Stimmung, mit der etwas getan wird oder geschieht, kann immer nur als äußeres Attribut zu diesem Tun oder Geschehen hinzutreten. Ich kann meine Arbeit mit mehr oder weniger Begeisterung, Eifer, Gewissenhaftigkeit, Pflichtbewußtsein etc. verrichten - der Inhalt dieser Pflicht, dieser Arbeit, wird davon nicht berührt. Der Enthusiasmus kann also die Fähigkeiten, die ich schon habe, in quantitativer Hinsicht modeln, er kann mich dazu veranlassen, diese Fähigkeiten restlos auszuschöpfen, diese Fähigkeiten bis zur Erschöpfung in den "Dienst des Allgemeinwohls" (oder weil wir in Rußland sind: in den "Dienst des Proletariats", bzw. der "proletarischen Revolution") zu stellen, aber er kann diese Fähigkeiten nicht qualitativ ersetzen oder erzeugen. Als Analphabet kann ich mit großer Begeisterung Aufgaben übernehmen, die der Kompetenz eines Analphabeten entsprechen, und ich kann als der gleiche Analphabet verzweifelt oder resigniert oder gleichgültig mich abseits halten; aber weder die Begeisterung noch die Verzweiflung sind als solche dazu in der Lage, mir das Lesen und Schreiben beizubringen.

Ich habe das Beispiel des Analphabeten natürlich mit Bedacht gewählt. Denn der Analphabetismus, der nach den von Lenin zitierten Angaben der Volkszählung von 1920 im europäischen Rußland, also in dem am weitesten fortgeschrittenen Teil Rußlands, immer noch ein Ausmaß erreichte, das zwei Drittel der Gesamtbevölkerung umfaßte, dieser Analphabetismus ist wohl das herausragendste Merkmal, an dem sich die Zurückgebliebenheit des Landes, der geringe Grad der Entfaltung der Produktivkräfte, der geringe Grad der Vergesellschaftung der Produktion ablesen läßt. Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte entscheidet aber letztenendes darüber, inwieweit die "Macht der Arbeiterklasse" tatsächlich eine spürbare Verbesserung der Lebensumstände mit sich bringt, inwieweit überhaupt von einer solchen Macht in dem Sinn die Rede sein kann, daß die Arbeiter "den Staat leiten" und "die Produktion organisieren". Die Fähigkeit, Passierscheine zu lesen (51), ist jedenfalls nicht ausreichend, um eine hochentwickelte, empfindliche Technik zu bedienen oder zu warten, geschweige daß sie dafür ausreichen würde, diese Technik im wissenschaftlichen Sinn zu beherrschen und zum Wohle der gesamten Gesellschaft einzusetzen (52). Wir wissen ja bereits, daß die russischen Arbeiter nicht einmal dazu in der Lage waren (und sein konnten), die "Kontrolle und Rechnungsführung" der kapitalistischen Warenproduktion durchzuführen (vgl. dazu "MK"5).

Wenn wir neben diese "stoffliche Beschaffenheit" der Massen die

Stimmung, die Begeisterung, die hochfliegenden Erwartungen dieser gleichen Massen halten, welche Wunder die "Macht der Arbeiter und Bauern" für sie bereithalte, dann läßt sich leicht vermuten, daß eine große Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit vorhanden war. Der oft gehuldigten Wahrheit, daß die eigentlichen Schöpfer der Geschichte die namenlosen Massen selber sind, tut es keinerlei Abbruch, wenn ich darauf hinweise, daß dieses Schöpfertum unter den russischen Voraussetzungen noch für einige Generationen vor allem aus knochenharter unmittelbarer, "fremdbestimmter" Produktionsarbeit bestehen mußte.

Jedenfalls waren die Voraussetzungen für eine rasche, dramatische, den Bolschewiki gefährlich werdende Abkühlung der Massenstimmung "ideal", wenn ich mich so ausdrücken darf. Und ich bin fast versucht, ein Art Gesetz aufzustellen, das Gesetz vom reziproken Verhältnis zwischen der politischen Rolle der Massenstimmung einerseits und der Qualifikation der Massen, dieser Stimmung gerecht werden zu können, andererseits. Alles, nämlich die gesamte alte Arbeiterbewegung, spricht dafür, daß die Neigung, "in Stimmung zu machen", um so größer ist, je geringer entwickelt der Überblick ist über das Unternehmen, das mit dieser Stimmung in Szene gesetzt wird, je weniger jene Kompetenz und Fähigkeit vorhanden ist, die eine realistische Aussicht eröffnen würde auf die Möglichkeit, "Abschied vom Proletarierdasein" zu nehmen. Je enger und kleiner der Bereich, in dem sich der Arbeiter zurechtfindet, je größer der Abstand zwischen seinen gewöhnlichen Lebensumständen und dem unbegriffenen Ganzen der Gesellschaft, desto größer muß gleichsam das Gefühl sein, das diesen Abstand auf phantastische Weise zu überbrücken trachtet. Die riesige Kluft zwischen dem einzelnen, unwissenden, soeben erst sein "Menschenrecht" entdekkenden, nur in der "Masse" etwas zählenden Arbeiter einerseits und dem politischen Anspruch, die "Arbeitermacht" zu erobern andererseits ist gleichsam das große Einfallstor, durch das hindurch der in den letzten Jahren von der akademischen Forschung reichlich zutage geförderte Chiliasmus in die alte Arbeiterbewegung Eingang fand (53). Der Entstehungsmechanismus dieses politischen Chiliasmus wäre somit ganz analog demjenigen, der auch den religiösen hervorgebracht hat (54). Hier scheint mir auch der Punkt zu liegen, an dem die Erklärung dafür zu suchen ist, daß sich die Führer der Bewegung so rasch und mühelos in Heilige (Lenin) und Teufel (Trotzki) verwandeln ließen.

Es ist klar, daß eine Politik, die sich weitgehend mit den "Massen" identifiziert und sich ständig auf die "Massen" beruft, die sich von der Stimmung der Massen abhängig weiß und diese daher laufend zu be-

einflußen trachtet (55), daß eine solche Politik von der Labilität dieses "Faktors" nicht unberührt bleiben kann und durch scharfe Kursänderungen, rasante Wendungen und Zickzackbewegungen ausgezeichnet sein muß. Solange der Vergesellschaftungszusammenhang stofflich noch auf schwachen Beinen steht, muß der Staat, noch unbeholfen im Umgang mit seiner frischgebackenen Allgemeinheit, auf seine (plebeszitäre, populistische) Weise Zuständigkeiten übernehmen oder sich anmaßen, die bei der "persönlichen Interessiertheit" (Lenin), die sich als das "normale" Verhaltensmuster aber auch erst herausbildet, wahrscheinlich besser aufgehoben wären. Aus der "totalitären" Sorge um die "Einheit des Volkes", die bei jedem beliebigen Anlaß mit Kundgebungen und Straßenumzügen augenfällig gemacht werden muß, resultiert jene Sprunghaftigkeit und Fahrigkeit, die mir für die populistischen Regimes der älteren Bauart (des vor 1945 entwickelten Typs) charakteristisch zu sein scheint. Diese Eigenart wird natürlich mit der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion, die das Bedürfnis nach Kontinuität und Berechenbarkeit der politischen Rahmenbedingungen erzeugt, als ein Hemmschuh der Entwicklung empfunden und zunehmend auch tatsächlich ein solcher werden.

Zum einem bedeutet die Vergesellschaftung der Produktion, daß die "Massen" aufhören, *als solche* im stofflichen Sinn produktiv zu sein. Sie verlieren die Bedeutung, die sie teils als rohe, teils als handwerklich qualifizierte, auf jeden Fall aber unmittelbare Produktivkraft zweifellos gehabt haben in den älteren Phasen des Industrialismus. Zum anderen verliert die Masse offenbar selbst den Gefallen daran, also solche gerufen zu werden. Der sich ausdehnende Bereich der Privatsphäre und des privaten Konsums, in dem sich auch der Arbeiter als ein Individuum vorzukommen beginnt, hält andere und anscheinend wirksamere Formen der Affirmation bereit als jene altertümlichen der Orden und des Heldenruhms, mit denen sich der Populismus alten Stils behelfen mußte.

Die Masse, nachdem sie, endlich gleichgeschaltet von der Verkehrsform des Privateigentums, wirklich dazu geworden ist und damit ihrem Gleichheitsideal entspricht, bedarf, um als Masse zu funktionieren, immer weniger der großen Ideale, der großen Gefühle, des Taumels und des Höherschlagens der Millionen Herzen. Der Appell an die Leidenschaft der Massen, an ihren Opfermut und ihre Ideale verschwindet damit aus dem Arsenal der Politik (die sich im gleichen Zug das Problem der "Sinnkrise" einhandelt). Und Nachzügler muß man jene nennen, die über den ideologischen Gestalten des alten Populismus, deren Auferstehung sie teils fürchten, teils herbeiwünschen, den gegenwärtigen aus den Augen verlieren. Dieser gegenwärtige Populismus, der als

die moderne, einschließlich der zugehörigen Protestrituale reibungslos funktionierende Massendemokratie tagtägliche Triumphe feiert, hat es nicht mehr nötig, die Massen mittels einer besonderen, auf sie gemünzten Ideologie (rassistisch oder sozialistisch) eigens noch zu mobilisieren, weil sie offensichtlich in jenem tieferen Sinn von Freiheit und Gleichheit, der in der Verwertung von allem und jedem gleichsam zu sich selbst gekommen ist, laufend schon mobilisiert sind (56).

c. Lenin und die linke Opposition

Nachdem wir uns die Eigentümlichkeiten der "anderen Seite" des "Volkswillens" näher zu Gemüte geführt haben, scheint es mir angebracht zu sein, noch einmal einen Blick auf Lenin und seinen Umgang mit der "Massenstimmung" zu werfen. Dabei zeigt sich, daß dieser Umgang nahezu durchgehend adäquat zu nennen ist. Lenin wurde den Anforderungen, die die "Massenstimmung" seinerzeit an den modernen, das "Volk" repräsentierenden Politiker stellte, auch dort gerecht, wo dieser "Faktor der Politik" seine soeben besprochenen, im Sinn des "Glaubens an die Massen" eher desillusionierenden Seiten zur Schau stellte. Obwohl hinsichtlich des doppelten Inhalts der Kategorie des "Volkswillens" keineswegs reflektiert und insofern bewußtloser Repräsentant der vom Privateigentum hervorgebrachten Konstellation, vermochte er es, in allen entscheidenden Phasen der Revolution von den Massen so weit Distanz zu halten, daß er der laufenden Versuchung zur demagogischen "Hingabe an die Massen" widerstehen, den Kopf oben behalten und das "Moment des Bewußtseins" zur Geltung bringen konnte.

Zum einen erweist sich hierin die Tragfähigkeit und Bedeutung jenes alten, schon in "Was tun?" (1901) formulierten Konzeptes, das davon ausgeht, daß die Arbeiter von sich aus nur ein tradeunionistisches bzw. "ökonomistisches" Bewußtsein von ihrer Lage zu entwickeln vermögen, daß aber das "sozialistische" Bewußtsein nur aus der wissenschaftlichen Analyse des Gesamtsystems der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hervorgehen kann. In dieser Hinsicht blieb sich Lenin, wie sich jetzt auch bei der Untersuchung der Oktoberrevolution zeigt, immer selbst treu. In dieser Hinsicht ist man sogar berechtigt, von einer Art "einheitlicher Theorie", von "Leninismus" zu reden. Wenn man auch heute bemängeln muß, daß diese Kritik des Arbeiterbewußtseins zu kurz griff, daß sie den Stier, das Arbeiterdasein selbst, nicht radikal genug bei den Hörnern packte (57); wenn man auch zugeben muß, daß sie innerhalb der vom Wert konstituierten Zweiteilung

von "Politik" und "Ökonomie" verblieb und insofern nur in einem theoretischen Unding namens "Arbeiterstaat" münden konnte, so muß man es doch groß nennen, daß hier überhaupt einmal von einem politischen Führer der alten Arbeiterbewegung die Weiche ausdrücklich in die richtige Richtung gestellt wurde. Mit "richtig" meine ich, daß hier die Einsicht sich andeutet, daß der Kommunismus sich niemals damit begnügen kann, die "Massen" in ihrer dürftigen Unmittelbarkeit zu belassen oder gar zu affirmieren. Wenn man bei Lenin überhaupt nach einem "Vorschein" des Kommunismus suchen will, dann sollte man hier suchen. Dieser "Kommunismus", aus dem unter den russischen Verhältnissen freilich nur eine neue Staatsverfassung werden konnte, war es offensichtlich, der Lenin davor bewahrte, in den Phasen des Aufschwungs der Bewegung vom Überschwang der Stimmung mitgerissen zu werden; entsprechend gelang es ihm, auch in den Phasen des Abschwungs einen für die Umstände ausreichend klaren Kopf zu bewahren.

Zum anderen sollte man aber neben diesem nur mit einer gewissen Bedenklichkeit "theoretisch" oder "marxistisch" zu nennenden Grundzug des "Leninismus" noch eine andere "Kraftquelle" in Erwägung ziehen, die ebenfalls dazu beigetragen haben mag, Lenins Beziehung zu den "Massen" auf ein solides, von schwärmerischer Sentimentalität freies Fundament zu stellen. Ich denke dabei an die Psychologie, an das Gespür und Gefühl, das der politische Führer für die Massen haben muß und das nach meiner Voraussetzung, wonach die beiden Sphären des Allgemein- und des Privatinteresses nicht durchsichtig miteinander vermittelt sein können, letztendlich das entscheidende Band ist, das diese, so wie sie füreinander erscheinen, miteinander verknüpft. Könnte es nicht tatsächlich sein, daß Lenins Zuneigung zu den Massen, sein Mitfühlen mit dem unwissenden, verachteten, geduckten und geschundenen "Volk", sein Haß gegen die selbstzufriedenen und selbstgerechten Spießer der "anständigen Welt", aufrichtig und tief genug waren, um von jeder schmeichlerischen und demagogischen Beimischung frei gewesen zu sein? Könnte es nicht sein, daß gerade diese "Gefühlstiefe" ihn dazu befähigte, die "Massen" nicht als Phrase zu mißbrauchen, sondern sie unbarmherzig so zu sehen, wie sie wirklich waren, in all ihrer Häßlichkeit, Fehlerhaftigkeit und Verdorbenheit, behaftet mit allen Schwächen und Kainsmalen, die die Lebensumstände der "alten Gesellschaft" ihnen aufgeprägt hatten? Könnte es nicht sein, daß gerade dieser unverstellte Blick auf die Massen ihn davor bewahrte, allzuviel Revolution und "Schöpfertum" von ihnen zu erwarten, daß es ihm im Lichte dieses Blicks unverantwortlich erschien, die Massen unter welcher schmeichlerischen Parole auch immer sich selbst zu überlassen?

Meiner Meinung nach ist es keineswegs abwegig, solche Betrachtungen über Lenins Charaktereigenschaften anzustellen. Die charakterliche Befähigung zum Volkstribun, die gerade *nichts* mit Demagogie zu tun hat, ist nicht die schlechteste Eigenschaft, die man den großen Figuren der bürgerlichen Revolutionen attestieren kann. Zumindest von Lenin läßt sich sagen, daß sie es ihm ermöglichte, den eigenen ideologischen Prämissen zum Trotz realistisch, d.h. den unmittelbaren Bedürfnissen der Bewegung entsprechend zu handeln - einschließlich der rechtzeitigen Korrektur von Fehlern, wie das Beispiel von 1921 zeigt. Und der Kampf mit den eigenen ideologischen Prämissen, mochten sie einer virtuellen Vergangenheit oder einer virtuellen Zukunft entstammen, war wohl essentiell für alle Revolutionen dieser Art (58).

Wie dem auch sei, jedenfalls läßt sich auch für das Jahr 1917, für jenes Jahr, in dem die Massenstimmung am höchsten brandete und Lenin die "Vernunft und den Willen" der Massen am höchsten schätzte, nachweisen, daß er -wohlgemerkt praktisch, nicht theoretisch- ein vollkommen angemessenes Verhalten dazu an den Tag legte. Dieses Verhalten ist so eindeutig und erhellend, daß wir von ihm her sogar, wenn wir ihn nicht schon entwickelt hätten, den Begriff der "Massenstimmung" allererst erschließen könnten. Die Rolle, die Lenin dem Enthusiasmus und der Begeisterung innerhalb der klassischen politischen Konstellation zuweist, ergibt sich ganz einfach daraus, daß er von den Massen keinen anderen Beitrag als eben diesen erwartet. Er sieht (im März 1917), daß die "Masse der russischen Arbeiter....im unmittelbaren revolutionären Kampf Wunder an Kühnheit, Initiative und Selbstaufopferung vollbracht hat" (LW 23, S. 345), und er setzt für den weiteren Verlauf der Revolution (im September 1917) "auf ihre Fähigkeit zu Heroismus, Selbstaufopferung und kameradschaftlicher Disziplin" (LW 25, S. 353). Ähnlich stimmungsvolle, zum Gefühl sprechende Vokabeln aus dem Bereich der Massenpsychologie -etwa "Wunder an Heldenmut" (LW 33, S. 355), "eiserne Energie, Festigkeit, Entschlossenheit und Hingabe im Kampf" (LW 32, S. 376)- tauchen laufend auch in den folgenden Jahren auf. Lenin behandelt die Massenstimmung also genau als jenes äußere Attribut, das zu den vorhandenen sozialen Kategorien hinzutreten muß, damit daraus im Zusammenklang mit der bolschewistischen Politik eine Revolution werde.

Daß dies nur eine politische, aber keine die Form der Politik selbst aufhebende sozialistische Revolution sein kann, deutet Lenin nach der Wende von 1921 in seinem "Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution" erschienen Artikel selber an - freilich ohne die Bedeutung seiner eigenen Worte voll zu erfassen. Er nennt es dort, sich auf die zwei Jahre "Kriegskommunismus" beziehend, einen Fehler der Bolschewiki,

darauf gerechnet zu haben, daß sich mit dem "Volksenthusiasmus" außer "den allgemeinen politischen" und "militärischen" auch "die ebenso großen ökonomischen Aufgaben" würden unmittelbar lösen lassen (59).

Die Probe auf meine Interpretation der Massenstimmung als ein äußerliches, zur vorhandenen Sozialstruktur nur hinzutretendes Attribut liefert Lenin dort, wo er diese Sozialstruktur ausdrücklich beim Namen nennt und als solche affirmiert. Ein schönes Beispiel ist die auf dem "Ersten Gesamtrussischen Kongreß der Bauerndeputierten" gehaltene Rede (Mai 1917). Gleichsam komplementär zu den laufenden Anfeuerungsrufen, die der Massenstimmung, diesem unverzichtbaren Requisit des älteren Populismus gelten, versichert er den Bauern, daß sie diesen Beitrag zum Volkswohl, nämlich ihren Eifer, nur *als* Bauern zu leisten haben werden. Nachdem er das bolschewistische Agrarprogramm mit seiner zentralen Forderung nach "gemeinsamer Bodenbestellung in großen Musterwirtschaften" erläutert hat, weist er auf die Schwierigkeiten hin, die diesem Unternehmen im Wege stehen, und er warnt davor zu glauben, "daß eine so gewaltige Umgestaltung im Leben eines Volkes mit einem Schlag vollbracht werden kann. Nein", fährt er fort, "das bedarf einer riesigen Arbeit, bedarf der Anstrengung, der Entschlossenheit und der Tatkraft jedes einzelnen Bauern, jedes Arbeiters an dem Ort, wo er wohnt, *in der Sache, die er kennt, in der Arbeit, die er seit Jahrzehnten ausübt*" (LW 24, S. 508, Hervorh. P.K.).

Ich vermag in diesen Äußerungen keinen "revolutionären Utopismus" oder "utopischen Anarchismus", der 1917 angeblich unter den Bolschewiki grassiert haben soll, zu entdecken. Daniels, der diese These aufstellt (60), beruft sich dabei vorzugsweise auf die im September 1917 abgefaßte Broschüre "Staat und Revolution". Aber auch in "Staat und Revolution", zweifellos der "linkesten" Schrift von Lenin, fehlt nicht der Hinweis darauf, daß auch der Staat, "der aus bewaffneten Arbeitern besteht und 'schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr' ist", sich genügend Transzendentalität bewahrt haben wird, um auch die Kontrolle "über die Arbeiter, die durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden sind" (LW 25, S. 489), ausüben zu können.

Genau auf diese Stelle berief sich Lenin im Jahre 1918, als ihm die "linken Kommunisten" vorwarfen, mit dem neuen, im März 1918 eingeschlagenen Kurs, der auf die Durchsetzung einer strengen Arbeitsdisziplin abzielte, die "Prinzipien des Oktober" zu verraten. Lenin rechtfertigte diesen Kurs, der das Verbot von Versammlungen der Arbeiter während der Arbeitszeit, die Einführung des Stücklohns, die Ausstattung der Betriebsleiter mit diktatorischen Vollmachten sowie

hohe Gehälter für die "bürgerlichen Spezialisten" vorsah (vgl. "MK"5), freilich nicht mit der Schrift aus dem Jahre 1917. Er leitete ihn aus der aktuellen Situation ab. Die "rotgardistische Attacke auf das Kapital", die Phase der spontanen und planlosen Konfiskationen, die Phase der "Versammlungsdemokratie", hatte zu einer drastischen Senkung der Arbeitsproduktivität geführt und drohte, im allgemeinen Chaos zu enden. Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsdisziplin waren dringend geboten. Seinen Kritikern, die bei dieser Lage der Dinge auf den "Prinzipien" beharrten, hielt er den Satz aus "Staat und Revolution" deshalb entgegen, um ihnen zu zeigen, daß seine theoretischen Grundsätze aus dem Jahre 1917 auch dieser Situation gewachsen waren. Er demonstrierte ihnen damit, daß die "Prinzipien" der "Diktatur des Proletariats" weit genug und elastisch genug waren, um auch solche Zwangsmaßnahmen *gegen* das Proletariat unter sich fassen zu können, die sich zur "Hebung der Disziplin der Werktätigen, ihres produktiven Könnens, ihrer Geschicklichkeit", zur "Steigerung der Arbeitsproduktivität" als notwendig erwiesen (LW 27, S. 259).

So verfährt Lenin überhaupt immer. Im Zweifelsfall paßt er das "Prinzip" den praktischen Gegebenheiten an, ordnet er es den unmittelbaren Bedürfnissen der revolutionären Macht unter. Die Revolution ist nicht für die Prinzipien da, sondern die Prinzipien dienen umgekehrt der Revolution, der Herausbildung des neuen, auf das transzendentale Allgemeinwohl verpflichteten Staatsapparates - womit Lenin natürlich automatisch bei dem "Volkswillen" der Kategorie I landet. Die Bereitschaft, für diesen "Volkswillen" die Verantwortung zu übernehmen, seine Interpretation in die eigene Regie zu nehmen, macht Lenins Wendigkeit und taktische Beweglichkeit aus. Seine Haltung zu den "Prinzipien des Oktober" ist eine aktive Haltung, eine Haltung, die darauf gerichtet ist, Ergebnisse im Hier und Jetzt, im Diesseits zu erzielen, wie sie unter den gegebenen Umständen eben möglich sind. Wenn sich das Proletariat "infolge des Krieges und der Rückständigkeit Rußlands" als unfähig erweist, "die Aufgabe der Rechnungsführung, der Kontrolle, der Organisation im Maßstab des ganzen Volkes" rasch zu lösen (LW 27, S. 238), dann muß man eben, selbstverständlich im Namen des Proletariats, einen anderen Weg beschreiten und gegen "sehr hohe Bezahlung" die Dienste "der bedeutendsten bürgerlichen Spezialisten" in Anspruch nehmen (ebd. S. 239). Wenn "der russische Mensch" aufgrund der "Überreste der Leibeigenschaft" sich als "ein schlechter Arbeiter" erweist, dann muß er eben das "Arbeiten lernen", sei es auch mit den Methoden des Taylorsystems (ebd. S. 249).

Es ist dieser nüchterne Blick für die Tatsachen (dem man später mit der Metapher von der amerikanischen Sachlichkeit" gleubte, die Ehre

erweisen zu müssen), der Lenins Modernität ausmacht, der die Transzendentalität, in deren Namen er spricht, als jene diesseite Transzendentalität ausweist, die eine wichtige Errungenschaft der bürgerlichen Epoche darstellt. Im Gegensatz dazu lassen seine "linken" Kritiker ständig die Neigung erkennen, das "Prinzip" höher zu stellen als die schnöde Wirklichkeit. Damit wird ihre Haltung passiv. Um der Unbeflecktheit und des Glanzes der revolutionären Idee willen, scheuen sie vor notwendigen "Kompromissen" und "Rückzugsmanövern" zurück. Sie sind immer auf dem Sprung, sich für das "Prinzip" zu opfern, damit hinterher das "Prinzip", geheiligt durch das Opfer, um so heller strahle. Mit diesem Hang zur religiösen Transzendentalität berauben sie sich der Fähigkeit zur Initiative, übernehmen sie unbewußt den Part, der in der bürgerlichen Revolution den frischgebackenen Staatsbürgern zukommt, und stellen sie ihre Unfähigkeit zur politischen Führung unter Beweis.

Daniels ist zwar bereit, diesen Unterschied zwischen Lenin und der "linken Opposition" für die Jahre 1918 und 1921 anzuerkennen, behauptet aber, daß Lenin im Jahre 1917 selbst ein solcher "Linker", ein "utopischer Anarchist" gewesen sei. Es kommt dann so heraus, als hielten die "Linken" am "eigentlichen Leninismus" des Jahres 1917 fest, als verteidigten sie den Lenin des Jahres 1917 gegen den des Jahres 1918. Diese falsche Optik speist sich natürlich aus der realpolitischen Situation des Jahres 1917, aus dem, was ich den Synergismus von Massenstimmung und bolschewistischer Politik genannt habe. Es mochte in den aufwühlenden Wochen vor, während und nach dem Oktober, als jeder aus dem Heer der städtischen Armut gerne ein Bolschewik sein wollte, so erscheinen, als sei das Aufgehen in den Massen, das "Verschmelzen" mit den Massen spezifisch "leninistisch", die staatliche Disziplinierung der Massen aber "unleninistisch". Wie aber die oben angeführten Zitate und viele andere Äußerungen Lenins aus dem Jahre 1917 beweisen (61), besteht keinerlei Anlaß, mit Daniels diesem Schein aufzusitzen. Lenin blieb immer der politische Führer, der mit der Massenstimmung zwar rechnete, der alles unternahm, um diese Massenstimmung anzufachen, der große Hoffnungen setzte in den Schwung, in die reinigende Kraft des Massenenthusiasmus, dem es aber nicht im Traum einfiel, den "Löffel" an die Massen abzugeben. Eben darin zeigt sich seine Fähigkeit, zum Kristallisationspunkt eines neuen Staatsgebildes zu werden.

In dieser Hinsicht ist Anweilers Untersuchung des Bolschewismus von 1917 viel präziser als diejenige von Daniels. Bei der Darstellung der Taktik, die Lenin nach dem Kerenski-Putsch im Juli 1917 einschlug, arbeitet Anweiler klar heraus, daß Lenin keineswegs bereit

war, etwa aus der Parole "Alle Macht den Räten" einen Fetisch zu machen. Die Parole galt, solange die Räte geeignet schienen, der bolschewistischen Politik zum Durchbruch zu verhelfen, solange sie der freien bolschewistischen Agitation zumindest nicht im Wege standen; sie wurde zurückgenommen, als sich ein neues Machtzentrum außerhalb der Räte gebildet hatte, nämlich die Militärdiktatur Kerenskis, das sich ihrer zu legitimatorischen Zwecken bediente. Die Räte waren für Lenin kein Wert an und für sich. Anweiler schreibt: "Lenin steuerte auf die Machteroberung seiner Partei zu, ohne Hilfe der Sowjets und sogar gegen sie. In dem Augenblick, in dem er glaubte, auf dem Weg über die Räte nicht zur Herrschaft gelangen zu können, ließ er sie fallen. Er offenbarte damit eindeutig, daß für ihn die Räte lediglich die Bedeutung taktischer Figuren im Spiel um die Macht und nicht grundsätzlichen Wert als eine höhere demokratische Staatsform besaßen, wie er nach außen stets betonte" (62).

Die genauere Beobachtung bedeutet freilich nicht, daß Anweiler im theoretischen Verständnis der Entwicklung weiter gelangt wäre als Daniels. Wie sich seinem säuerlichen Tonfall entnehmen läßt, ist er mit Lenins taktischem Geschick, das immerhin der Durchsetzung einer bestimmten, für notwendig erkannten Politik, nicht aber der persönlicher Herrschsucht diente, ganz und gar nicht einverstanden. Gleichsam das mechanische Gegenstück zu Daniels, beleuchtet er das Jahr 1917 von 1918 und 1921 her. Er möchte schon im Jahr 1917 jene Heimtücke ausfindig machen, mit der allein er sich die spätere Entwicklung zum rigiden staatlichen Zentralismus erklären zu können scheint. Sein demokratisches Bewußtsein ist nicht dazu in der Lage, die beiden Komponenten, aus denen der "Volkswille" besteht, voneinander zu unterscheiden, geschweige daß er sie in ihrer inneren Bezogenheit aufeinander, in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit voneinander zu fassen vermöchte. Er würde sonst begreifen, daß der "Volkswille" eine um so "transzendentalere", eine um so "diktatorischere" Färbung annehmen muß, je weniger das "Volk", das er repräsentiert, einen wirklichen stofflichen Zusammenhang darstellt. Naiv im Umgang mit der bürgerlichen Kategorie des freien Willens und darauf abgerichtet, zwischen verschiedenen "Angeboten" zu wählen, meint der Demokrat, daß man sich nur für die "richtige" Auffassung von den Räten hätte entscheiden müssen, damit diese ihre ganze Pracht als "ein freies Spiel des spontanen Willens des Volkes" hätten entfalten können (63). Als hätte es Lenin freigestanden, die "Räteidee" so zu "verwirklichen", wie es den Sprößlingen der "westlichen Demokratie" gefallen haben würde, machen diese, die ihren Vergesellschaftungsstandard ohne theoretische Skrupel nach rückwärts projizieren, ihn für Entscheidungen verant-

wortlich, die letztlich von der nackten Not diktiert waren: "Aber durch den Sieg des Bolschewismus wurde zugleich die Räteidee grundlegend verwandelt: aus Organen der proletarischen Selbstverwaltung und Trägern einer radikalen Demokratie wurden die Räte in Rußland zu Organen der Massenführung durch die Elite der Partei. Die Partei als die 'richtunggebende Kraft' und die Sowjets als die 'Transmissionsriemen' sind etwas ganz anderes als der Gedanke der Selbstherrschaft der Massen mit seiner Beseitigung des Gegensatzes zwischen 'oben' und 'unten', wie er von Lenin 1917 in der Theorie beschrieben, agitatorisch verkündet, aber in der Praxis des Sowjetstaates niemals angewandt wurde" (64).

Im Gegensatz zu diesem Tadel, der ganz danach klingt, als habe der böse Wille oder die "Machtbesessenheit" Lenins den "Massen" diesen Streich gespielt, kann man nur immer wieder betonen, daß sich Lenin angesichts der realen Gegebenheiten in dem rückständigen, vom Krieg erschöpften Land, angesichts des raschen Wechsels in den politischen Stimmungen der Massen, in den "Gezeiten ihres Vertrauens und Mißtrauens" (65), vollkommen richtig verhielt, wenn er das Moment der staatlichen Zentralisierung, das Moment von Disziplin und Organisation betonte. Wenn die Bolschewiki sich angesichts des Zusammenbruchs des Transportwesens, angesichts des Niedergangs der Industrieproduktion und der um sich greifenden Hungersnot damit begnügt hätten, an die "proletarische Selbstverwaltung" zu appellieren, wäre die Oktoberrevolution eine flüchtige Episode geblieben ähnlich derjenigen der Pariser Kommune.

Man darf allerdings nicht vergessen, daß Lenin während der ganzen Zeit, während er einen angemessenen Abstand zur Massenstimmung einzuhalten wußte, die politischen Vertretungsorgane der Massen mit deren unmittelbarer Herrschaft gleichsetzte. Diese seine Neigung zur Identifikation, auf die ich schon in der Einleitung hingewiesen habe, findet sich zumindest in allen theoretisch gemeinten Äußerungen Lenins. Auch auf dem erwähnten Bauernkongreß fällt einer jener Sätze über die Räte, in denen diese "Barometer der Massenstimmung" dargestellt werden. als seien sie schon keine Staatsorgane "im eigentlichen Sinn" mehr, "weil sie das Volk selber, die Volksmassen selber sind" (LW 24, S.508). Von daher halte ich mich für berechtigt, sein realistisches, den anstehenden Aufgaben angemessenes, vollkommen innerhalb des bürgerlichen Rahmens der politischen Repräsentation verbleibendes Verhalten zu einer Sache seines richtigen Gespürs, seines "politischen Instinktes" zu erklären. Der richtige Instinkt des politischen Praktikers kam der ideologischen Begrifflichkeit sozusagen dauernd in die Quere,

lief mit ihr durcheinander, vermischte sich mit ihr, so daß genügend Anlässe für Mißverständnisse geschaffen wurden. Zumal jene Bolschewiki mußten sich schwertun, die weniger reichlich als Lenin mit der Gabe des Volkstribunen gesegnet waren. Dauernd liefen sie Gefahr, über dem "Buchstaben" den "Geist des Leninismus" zu verfehlen. Und meinten sie einmal, des "Geistes" habhaft geworden zu sein, trat ihnen hohnlachend der "Buchstabe" entgegen. Solche Wechselgüsse mußten sich gerade die eifrigsten seiner Schüler schon zu Lenins Lebzeiten über sich ergehen lassen, als der Kanon des "Leninismus" noch gar nicht ausgebrütet war. Wie mußte ihnen erst zumute sein, nachdem das "Küken des Adlers" geschlüpft war, der "immer wahre und immer siegreiche Marxismus-Leninismus", nachdem die Politik sich endgültig verwandelt hatte in die "Anwendung" der ewig "korrekten Linie", hinter der sie den barbarischen Pragmatismus der nachholenden ursprünglichen Kapitalakkumulation nicht zu entdecken vermochten.

Freilich konnte auch Lenin selbst nicht restlos gefeit sein gegen die Tücken seiner eigenen "Verschmelzungsphantasien", wenn ich die falsche Identifikation der politischen Sphäre mit den "Massen" einmal so nennen darf. Das beste Beispiel dafür sind die beiden Jahre des Kriegskommunismus, in denen Lenin nach eigenem Zeugnis (LW 33, S. 38) und im Gegensatz zu früheren Einsichten (z.B. LW 25, S.354) allen Ernstes daran glaubte, daß ausgerechnet auf Staatsbefehl hin die bäuerliche Kleinproduktion sich würde kommunistisch organisieren lassen. Natürlich war dies eine absurde Vorstellung; denn der Staat als die allemal nur abstrakte Allgemeinheit, ist ja an ihm selbst der Ausdruck für die Privatheit oder Zusammenhanglosigkeit der Produktion. Er am allerwenigsten kann sie aufheben. Besonders galt das für das wegelose Rußland mit seinen "weltverlorenen Dörfer(n)" (LW 25, S. 355), dessen 24 Millionen(!) primitivst ausgerüstete bäuerliche Einzelwirtschaften (66) sinnfällig machten, daß die Zusammenhanglosigkeit der Produktion hier nicht etwa nur (oder schon) eine Sache der entfalteten *Form* des Privateigentums war, sondern harte, stoffliche Gegebenheit, wirklicher Mangel an Vergesellschaftung, nicht die negative Form davon.

Genau dieser Umstand taucht allerdings den "Kriegskommunismus" in ein milderes Licht. So ungeheuerlich die vom Bürgerkrieg angestiftete Idee der Bolschewiki auch gewesen sein mag, im staatlichen Takt 24 Millionen bäuerliche Klein- und Kleinstunternehmer aus "Einsicht in das Uneinsehbare", für nichts als die "historische Mission" und das "Menschheitsideal" schuften lassen und dies auch noch Kommunismus nennen zu können (67), so darf man doch nicht übersehen, daß sich hinter diesem Glauben an die Wunderkraft des Staates ein Moment der

historischen Berechtigung verbirgt. Denn woher, wenn nicht von dem neugeschaffenen Repräsentativstaat her, der einzigen zentralisierenden Kraft in Rußland, sollte jener historisch überfällige Zivilisierungs- und Vergesellschaftungsschub kommen, für den seinerzeit auch die westeuropäischen Länder den (absolutistischen) Staat benötigt, ja allererst herausgebildet hatten (68)? Angesichts der unübersehbaren "zivilisatorischen Mission", die den Bolschewiki als den neuen Herren des Landes zugefallen war, ist der Fehlgriff in das Vokabular des Kommunismus bis zu einem gewissen Grade verständlich. Man kann diesen Fehlgriff etwa dahingehend interpretieren, daß sie mit dieser anspruchsvollen Metapher das notwendigerweise verschwommene Bewußtsein von der gigantischen Größe der vor ihnen liegenden Aufgaben zum Ausdruck brachten. Vom Standpunkt dieser Aufgaben her muß man es sogar bedauern, daß die Bolschewiki, gleichsam kopfscheu geworden durch das katastrophale Ende des Kriegskommunismus, in den darauffolgenden Jahren allzu sehr die Finger vom "Kommunismus" ließen und, um nur ja die Bauern und die "NÖP-Leute" nicht zu verschrecken, auch innerhalb des staatlichen Sektors der Volkswirtschaft jede zielstrebige Initiative zur Erstellung und Durchführung eines Industrialisierungsplans vermissen ließen (69).

Was nun Lenin betrifft, so scheint mir die Phase des Kriegskommunismus deutlich zu zeigen, daß er selbst dort, wo er die politischen Proportionen aus den Augen verliert, wo er von jenem Tugendpfad abweicht, den die politische Konstellation des "Volkswillens" nun einmal vorschreibt, sozusagen nach der "richtigen Seite" hin abweicht. Die Identifikation mit den "Massen", die das Befehlsregime des Kriegskommunismus zweifellos bedeutet hat, war bei Lenin von vollkommen anderer Art als diejenige, die jeweils die "linke Opposition" zum Ausdruck brachte. Lenin überschätzt und überfordert die Massen, das stimmt. Aber sein Überschätzen bedeutet nicht, daß er sich damit ein Alibi für die eigene Tatenlosigkeit verschaffen würde, ein Alibi, um die Verantwortung für den Verlauf der Revolution von sich abzuwälzen und den Massen aufzubürden. Lenin vertraut den Massen, aber er vertraut sich ihnen nicht an, wirft sich ihnen nicht an den Hals, sondern geht im Zweifelsfalle immer davon aus, daß sie umgekehrt ihm anvertraut sind, daß sie bereit sind oder bereit sein müssen ihm zu folgen, um ans Ziel gelangen zu können. Der Kriegskommunismus war eine extreme Abweichung in diese Richtung, eine Abweichung hin zu dem Glauben, daß die Staatsraison unmittelbar auch die Raison der Massen sei, daß die Stimme des revolutionären Staates ein so großes Gewicht bei den Massen habe, ihnen soviel Vertrauen einflöße, daß sie ihr überallhin folgen würden. Von diesem moralischen Gewicht der re-

volutionären Staatsmacht war schon oben im Zusammenhang mit Trotzki die Rede.

Nachdem sich dieser Glaube als Irrglaube erwiesen hatte, mußte Lenin, da er seine Verantwortlichkeit nie an die Massen abgegeben hatte, keinen ideologischen Salto mortale vollbringen, um einen Wechsel der Perspektive vornehmen zu können. Die Massen waren eben doch noch nicht so weit entwickelt, sie brachten doch noch nicht so viel revolutionäres Bewußtsein auf, um in großem Umfang und unentgeltlich "im Interesse der Gesellschaft" zu arbeiten, wie Lenin es, wenn auch mit Vorbehalt, in den "Subbotnik"-Artikeln noch gehofft hatte (z.B. LW 29, S. 421). Die bekannte Rückständigkeit Rußlands, die kleinbäuerliche Zersplitterung des Landes forderte ihren Tribut. Ohne daß man an dem mißglückten Versuch selbst Zweifel zu hegen brauchte, mußte man jetzt eben den taktischen Rückzug antreten und einen Umweg in Kauf nehmen.

Die Gewißheit, daß man unterwegs den Kompaß nicht verlieren würde, daß die Kontinuität der "revolutionären Linie" gewahrt werden könnte, bezog Lenin aus der Machtstellung der Kommunistischen Partei, die die "Kommandohöhen" des Staates und der Volkswirtschaft innehatte. Letztlich bezog er sie also aus der organisatorischen Identität von 100 000 bis 200 000 Menschen (70), die sich in einem Land mit 100 Millionen Bauern zum *Ziel* des Kommunismus bekannten und die bei der "Verwirklichung" dieses Ziels zunächst einmal, für die kleine Etappe von einigen Generationen, die Sitte, die Gewohnheit und die Disziplin der Lohnarbeit durchzusetzen hatten. Der daraus resultierende "Sozialismus" konnte freilich keine Angelegenheit der Produktionsverhältnisse sein, sondern nur eine der Legitimationsideologie des neuen Staatsapparates, der unter den gegebenen Umständen natürlich der Versuchung nicht widerstehen konnte, die Effektivität seiner Entwicklungsdiktatur für die "Effektivität des Sozialismus" zu halten. Immerhin war so ein neuer Staat gemacht.

Die "linke Opposition" (71), der unsere heutigen Demokraten als einer angeblich verpaßten Chance nachzutrauern pflegen, hatte diesem Konzept nichts entgegenzusetzen. Erstens stand sie keinen Deut über jener dualistischen Konstellation, die die politische Kategorie des "Volkswillens" ebenso beinhaltet wie verbirgt, und zweitens hatte sie selbstverständlich auch keine anderen Produktionsverhältnisse anzubieten als die vorhandenen. Was sie auszeichnet, habe ich schon an mehreren Stellen anklingen lassen. Es ist der Glaube an die "Schöpferkraft der Massen", ein Glaube, der unter den gegebenen Umständen die "Massen" notwendigerweise in einen Mythos, in eine Phrase verwandeln

mußte, mit der sich zwar renommieren und kokettieren, aber keine Politik machen ließ. Die "Massen", an deren durchwegs nur gute und edle Beweggründe und Eigenschaften die "Linken" appellierten, waren die Illusionen in ihrem eigenen Kopf. Bei Lenin, der den Glauben an die "Massen" bis zu einem gewissen Grad teilt, entspricht ihm allemal ein reales, diesseitiges Substrat, nämlich die Kommunistische Partei, die "Avantgarde des Proletariats", letztenendes seine eigene Führungsqualität. Die "Linken" demgegenüber halten an der Ideologie von der "Masseninitiative", vom "Vertrauen in die Massen" gerade in jenen Augenblicken fest und treten in ihnen überhaupt erst als "Linke" hervor, in denen es mit dem Massenenthusiasmus bergab geht, in denen er seine organisatorische Untauglichkeit unter Beweis stellt, in denen die beiden synergistischen Komponenten des "Volkswillen" sichtbar auseinandertreten und in denen daher die Initiative des Staates um so mehr in den Vordergrund rücken muß.

Als Beispiel sei Osinskij genannt. Ausgerechnet in jener kritischen Phase des Frühjahrs 1918, in der die Betriebskomitees zugleich mit ihrer Fähigkeit zur Konfiskation der Fabriken ihre Unfähigkeit zur Organisation der Arbeit hatten überdeutlich erkennen lassen, in der der allenthaben gegeißelte "Lokalismus und Betriebsegoismus" sich verheerend bemerkbar zu machen begann, ausgerechnet in dieser Phase hält es Osinskij für notwendig, warnend seine Stimme gegen die von Lenin vorgeschlagenen Disziplinierungsmaßnahmen zu erheben. An deren Stelle, so lautet sein fabelhafter Rat, müsse das "Vertrauen zum Klasseninstinkt, zur klassemnäßigen Eigeninitiative des Proletariats" treten. Die Erbringung einer "angemessene(n) Produktionsleistung" sei für den Arbeiter eine "Frage der Berufsehre und der staatsbürgerlichen Pflicht" (72), keineswegs aber jener Antreibermethoden wie z.B. des Akkordlohns, die in der "alten Gesellschaft" angewandt wurden und die, möchte man als Marxist hinzufügen, nun einmal logisch zum Begriff der Lohnarbeit gehören.

Noch weniger als bei Lenin findet sich hier die Spur einer Kritik des Arbeiterdaseins selbst. Sie lag außerhalb des "realpolitischen" Horizonts der damaligen Zeit. Aber gerade das Arbeiterdasein mit dem unmittelbar darauf bezogenen Interesse ist es eben, das dem bloß affirmativ verstandenen "Klasseninteresse" jenen transzendentalen, die realen Arbeiter nur in ihrer abstrakten Gemeinsamkeit erfassenden Charakter verleiht, der enthüllt, daß diese Kategorie (des affirmativen "Klasseninteresses") nur dafür geeignet sein kann, das Grundgesetz und die Legitimationsideologie für den neuen Staatsapparat abzugeben.

Diese Legitimationsideologie wird von den "Linken" nun gleichsam zweckentfremdet und aus der Sphäre der abstrakten, politischen Allge-

meinheit, die sich als solche eben der abstrakten Unmittelbarkeit des Lohninteresses verdankt, schnurstracks in diese Ummittelbarkeit zurückprojiziert. Sie wird quasi zu einer Charaktereigenschaft, wenn nicht gar zu einer biologischen Eigenschaft ("Instinkt") des einzelnen Arbeiters erklärt. Die kommunistische Aufhebung des Staates, eine Idee, an der die "Linken" mit Emphase festhalten, verliert damit ihren materiellen Charakter, sie hört auf, jene praktische Umwälzung der Produktionsverhältnisse zu sein, in welcher vornehmlich die Beseitigung des Arbeiterdaseins eingeschlossen wäre, und verwandelt sich in einen bewußtseinsmäßigen Kraftakt der Arbeiter. Die Arbeiter sollen nicht aufhören, Arbeiter zu sein, sondern aufhören, sich als Arbeiter zu betragen. An die Stelle des unmittelbaren Lohninteresses, das mit dem Arbeiterdasein gesetzt ist, soll unmittelbar das "Klasseninteresse", sprich Staastsinteresse treten. Nicht um der unmittelbaren Affirmation willen, die der Lohn darstellt, sondern um der transzendentalen Affirmation willen, die die Erhebung zum Staatsbürger darstellt, um der *Idee* ihrer Herrschaft willen sollen sie arbeiten. Der Staat soll verschwinden, nicht weil seine Grundlage, die Ware Arbeitskraft verschwindet, sondern weil er von jedem Arbeiter verinnerlicht werden soll, weil er in jeden Arbeiter hineinfahren soll, wie einstmals der Heilige Geist in die Jünger Jesu hineingefahren ist. Es wird erwartet, daß die Arbeiter um des veränderten oder sich verändernden Rechtssystems willen, das sie erst wirklich zu Arbeitern im modernen Sinn machen wird, nun gerne, freiwillig und mit Inbrunst geben, was sie bisher gleichgültig, störrisch, widerwillig und nur aus Interesse am Lohn gegeben haben: ihre Arbeitskraft. Das Ethos der "Linken" verlangt, daß man Arbeiter sei aus Überzeugung und Verantwortungsbewußtsein (73).

Diese Zumutung, die übrigens ihre Berechtigung hat, soweit sie und solange sie dazu geeignet ist, die bekannte, für die Revolution erforderliche Massenstimmung anzufachen, solange sie es versteht, sich mit dieser Massenstimmung im Einklang zu befinden, diese Zumutung erreicht ihren Gipfel und ihren klarsten Ausdruck dort, wo zum Appell an die Staatsbürgerehre und die Klassenpflicht auch noch das Lob der in der Fabrik erworbenen Disziplin, das Lob des Opfermutes, der Selbstverleugnung und Leidensfähigkeit tritt. Die Entbehrungen und Beschränkungen, die mit der Unsicherheit der Arbeiterexistenz verbunden sind, Merkmale des Arbeiterdaseins, die in der Tat ein gemeinsames Klasseninteresse konstituieren, nämlich das Interesse, es sich vom Hals zu schaffen, werden dabei wie zum Hohn auf den Kopf gestellt und den Arbeitern zugesprochen, als handele es sich dabei um die Leistungen und Fähigkeiten einer neuen Adelskaste.

Selbstverständlich bedient sich auch Lenin dieses 'revolutionären Pathos'. Aber er macht daraus, wie oben gezeigt, keinen Fetisch, keinen Mythos, den er eigensinnig gegen die Wirklichkeit festhalten würde, sondern ist jederzeit dazu bereit, das nach seiner Einschätzung notwendige, etwa die "angemessene Produktionsleistung", mit *allen* wirksamen Mitteln durchzusetzen, *auch* mit Zwang, *auch* mit Sonderprämien.

Vielleicht noch penetranter als Osinskij stimmt Alexandra Kollontai im Jahre 1921, als wirklich gar nichts mehr funktionierte, als jedes Leben in den Fabriken erloschen war und das ganze Land in der Apathie des Hungers versank, das Lied von der "Eigeninitiative der Massen" an. "Statt des Bürokratismus als System" fordert sie "das System der Eigeninitiative der werktätigen Massen (74). Insbesondere der "Klassenspürsinn" (S. 184) und der "gesunde Klasseninstinkt" (S. 194) des Proletariats haben es ihr angetan. Sie klagt die Parteiführung unter Lenin und Trotzki "einer Anwandlung mangelnden Vertrauens in die schöpferischen Fähigkeiten der Arbeitskollektive" an (S. 195) und bringt damit richtig die Krise des Kriegskommunismus auf den Punkt einer Glaubenskrise der Bolschewiki: "...aber wenn die Masse spürt, daß man ihr und ihrer schöpferischen Fähigkeit als Klasse mißtrauisch begegnet, dann sagt sie natürlich: Nein, halt! Wir folgen euch nicht weiter blindlings" (S. 199). Das Universalmittel der "Arbeiteropposition", für die Kollontai spricht, heißt demnach, inbrünstig zu glauben "an die schöpferische Kraft des Klassenkollektivs" (S. 223). Den Rest wird dieses Kollektiv, unwissend, erschöpft und hungrig wie es ist (vgl. dazu Lenins Beiträge in der Gewerkschaftsdebatte und auf dem X. Parteitag), schon selbst erledigen. Isaac Deutscher hat in diesem Zusammenhang sehr treffend von dem "donquichotischen Geist der Arbeiteropposition" gesprochen (75).

Freilich sollte man angesichts des spöttischen Tons, den ich hier anschlage, "die hochgestimmten, utopischen Träumer" (ebd.) nicht für Dummköpfe halten. Praktisch sind ihre Ratschläge in der gegebenen Situation wertlos, aber die Diagnose die sie stellen, daß ohne das Selbertun der Massen von Kommunismus nicht die Rede sein könne, trifft natürlich zu. So spricht Kollontai immerhin diejenige Wahrheit über die bolschewistische Herrschaft aus, die allerdings von jedem Staat gilt: "Indem sie sich mit dem Sowjet- und Staatsapparat identifiziert, verwandelt sich die klare Klassenpolitik unserer Partei immer mehr in jene über den Klassen stehende Politik, die nichts anderes ist als die 'Anpassung' der führenden Organe an die verschiedenartigen und widersprüchlichen Interessen der sozial verschiedenartigen, gemischten Bevölkerung" (S. 197).

"'Allgemeinstaatliche' Erwägungen beginnen gegenüber den Interes-

sen der Arbeiterklasse in den Vordergrund zu treten" (S. 232). Diese Wahrheit, die den Bolschewiki durchaus zur Ehre gereicht (denn ohne solche "Erwägungen" wäre das Proletariat verhungert) und die es nicht verdient, in Anführungszeichen gesetzt zu werden, da es nun einmal der Begriff des Staates ist, abstrakte Allgemeinheit zu sein (76), verbargen die Bolschewiki in den folgenden Jahren leider vor sich selbst und brachten damit -indem sie die Opfer des Proletariats ständig für seine Siege ausgeben zu müssen meinten- jenen bekannten Klang der Heuchelei, der Demagogie und des Betrugs in das öffentliche Leben, den sie bei der Aufbauarbeit, die sie leisteten, keineswegs nötig gehabt hätten.

Wenn wir abschließend noch die Frage beantworten wollen, welche Stellung die "linke Opposition" innerhalb des dualistischen Gefüges unseres "Volkswillens" einnimmt, so werden wir wohl sagen können, daß sie eine Art politisches Echo, einen Nachhall darstellt auf die "heroische Phase" der Oktoberrevolution, in der die Wogen des Massenenthusiasmus ihre größte Mächtigkeit erreicht hatten. Sie ist gleichsam der (dogmatisch erstarrte) ideologische Abdruck, den die Massenstimmung innerhalb der politischen Sphäre hinterlassen hat. Auf diese Weise hat sich die Doppelnatur des Volkswillens, wenn sie schon nicht als solche begriffen werden konnte, wenigstens insofern Anerkennung verschafft, als sie sich hinter dem Rücken der seinerzeitigen Protagonisten in deren mehr oder weniger deutlich ausgeprägten politischen Spaltung bemerkbar machte. Die politische Sphäre reproduzierte gleichsam in sich selbst, was das Wesen der Politik überhaupt ausmacht. Und fast will es so scheinen, als würde diese dichotomische Struktur des politischen Himmelszeltes sich bis heute erhalten haben, als würden die beiden feindlichen Brüder (in welcher verfremdeten Gestalt auch immer) auch heute noch bei jeder sich bietenden Gelegenheit den alten Streit wieder aufnehmen, wer denn der bessere Volksfreund sei, wer den Massen näher stehe, wer ihre wahren Interessen besser kenne und wer sich ihrer erfolgreicher annehme.

Aber die matten Gesten und die zahmen Rituale, in denen inzwischen dieser Streit ausgefochten wird, zeugen eigentlich schon davon, daß dies ein unfruchtbarer Streit geworden ist. Für unsere kommunistischen Zwecke kommt es bei dem heute erreichten Vergesellschaftungsniveau nicht mehr darauf an, wer im politischen Himmel herrscht, sondern darauf, ihn zum Einsturz zu bringen. Die "linke Opposition" von 1921 verrät ihre historische Unwahrheit eben darin, daß sie selber nur in politischer Form repräsentieren konnte, was, wäre es an der Zeit gewesen, die Form der Politik selbst überflüssig und obsolet gemacht haben würde.

Literaturliste

- J. Agnoli, Die Transformation der Demokratie, in: J. Agnoli/P. Brückner, Die Transformation...,Frankfurt a.M. 1968.
- Altrichter, Helmut, Staat und Revolution in Sowjetrußland 1917-1922/23, Darmstadt 1981 (Wissenschaftliche Buchgesellschaft).
- Altrichter, Helmut (Hg.), Die Sowjetunion - Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Band 1: Staat und Partei, München 1986 (dtv dokumente).
- Anweiler, Oskar, Die Rätebewegung in Rußland 1905 - 1921, Leiden 1958.
- Anweiler, Oskar, Um die Zukunft der Revolution, Einleitung zu: Dokumente der Weltrevolution Bd. 2, hrsg. von Frits Kool und Erwin Oberländer, Olten 1967 (Walter-Verlag).
- Bering, Dietz, Die Intellektuellen: Geschichte eines Schimpfworts, Frankfurt/M.- Berlin-Wien 1982 (Ullstein).
- Bracher, Karl Dietrich, Geschichte und Gewalt, Berlin 1981 (Severin und Siedler).
- Daniels, Robert V., Das Gewissen der Revolution, Berlin 1978 (Olle & Wolter).
- Deutscher, Isaac, Trotzki I: Der bewaffnete Prophet 1879 - 1921, Stuttgart 1972 (Kohlhammer).
- Deutscher, Isaac, Trotzki II: Der unbewaffnete Prophet 1921 - 1929, Stuttgart 1972 (Kohlhammer)
- Dubiel, Helmut (Hg.), Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M. 1986 (Suhrkamp).
- van Dülmen, Richard, Entstehung des frühneuzeitlichen Europa 1550 - 1648, Frankfurt/M. 1982 (Fischer Weltgeschichte Bd. 24).
- Emig, Brigitte, Die Veredelung des Arbeiters, Frankfurt/M. 1980 (Campus).
- Finley, Moses I., Antike und moderne Demokratie, Stuttgart 1980 (Reclam).
- Fraenkel, Ernst, Die repräsentative und die plebeszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat (1958), in: Zur Theorie und Geschichte der Repräsentation und der Repräsentativverfassung, hrsg. von Heinz Rausch, Darmstadt 1968 (Wiss. Buchges.).
- Fraenkel, Ernst, Strukturdefekte der Demokratie und deren Überwindung (1964), in: Grundprobleme der Demokratie, hrsg. von Ulrich Matz, Darmstadt 1973 (Wiss. Buchges.).
- Geyer, Dietrich, Die Russische Revolution, Göttingen 1980^3 (Vandenhoeck & Ruprecht).

- Gorkij, Maxim, Unzeitgemäße Gedanken über Kultur und Revolution, Frankfurt/M. 1974 (Suhrkamp).
- Heinisch, Klaus J., Zum Verständnis der Werke, Essay zu: Der utopische Staat - Morus: Utopia, Campanella: Sonnenstaat, Bacon: Neu-Atlantis, hrsg. von Klaus J. Heinisch, Reinbek bei Hamburg 1983 (Rowohlt).
- Hellmann, Manfred (Hg.), Die russische Revolution 1917 - Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, München 1984[5] (dtv dokumente).
- Hinrichs, Ernst, Einführung in die Geschichte der Frühen Neuzeit, München 1980 (Beck'sche Elementarbücher).
- Johann, Ernst (Hg.), Reden des Kaisers - Ansprachen, Predigten und Trinksprüche Wilhelms II., München 1966 (dtv dokumente).
-Kohn, Richard (Hg.), Die russische Revolution in Augenzeugenberichten, München 1977 (dtv).
- Kollontaj, Alexandra, Die Arbeiteropposition (1921), in: Dokumente der Weltrevolution Bd. 2: Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, hrsg. von Frits Kool und Erwin Oberländer, Olten 1967 (Walter).
- Kunisch, Johannes, Absolutismus, Göttingen 1986 (Vandenhoeck & Ruprecht).
- Lorenz, Richard, Sozialgeschichte der Sowjetunion 1, 1917 - 1945, Frankfurt/M. 1981[3] (edition suhrkamp 654).
- Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie - Lehrbuch, hrsg. vom Institut für Theorie des Staates und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1975 (Staatsverlag der DDR).
- Medwedjew, Roy A., Oktober 1917, Hamburg 1979 (Hoffmann und Campe).
- Nolte, Ernst, Der Faschismus in seiner Epoche, München 1986[7] (Serie Piper).
- Osinskij, N., Über den Aufbau des Sozialismus (1918), in: Dokumente der Weltrevolution Bd. 2: Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, hrsg. von Frits Kool und Erwin Oberländer, Olten 1967 (Walter).
- Paschukanis, Eugen, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, Frankfurt/M. 1970[3] (Verlag Neue Kritik).
- Rosenberg, Arthur, Der Faschismus als Massenbewegung, in: Faschismus und Kapitalismus, hrsg. von Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M. 1979 (EVA).
- Trotzki, Leo, Geschichte der russischen Revolution, Zweiter Teil: Oktoberrevolution, 1. Halbband, Frankfurt/M. 1982 (Fischer Taschenbuch 6630).
- Saage, Richard, Die Oktoberrevolution und das sowjetische Herrschaftssystem im politischen Denken Otto Bauers, in: ders., Arbeiterbe-

wegung, Faschismus, Neokonservativismus, Frankfurt/M. 1987 (Suhrkamp-Tschenbuch Wissenschaft 689).
- Serge, Victor, Erinnerungen eines Revolutionärs, 1901 - 1941, Hamburg 1977[3] (Association).

Anmerkungen

(1) "Der menschewistische Augenzeuge Th. Dan, der Anfang Februar 1921 nach Petrograd kam, berichtet: 'In den Fabriken und Werken brodelte es, Arbeiter versammelten sich, um die Lage zu diskutieren. Ihre Forderungen konzentrierten sich weitgehend auf die Abschaffung der Sperrkommandos und die Aufhebung aller Beschränkungen des freien Lebensmittelmarktes. Die Arbeiter ließen bolschewistische Redner in den Fabriken nicht zu Wort kommen; auf der Straße wurden bolschewistische Funktionäre aus ihrem Auto geworfen und mit Prügeln bedroht. Bis zum 20. Februar war die Bewegung zu einem Generalstreik herangewachsen'" (Lorenz 1981, S.119).
(2) Diese Äußerung Lenins aus dem Frühjahr 1918 steht in einem gewissen Gegensatz zu den Ausführungen, die er in der Gewerkschaftsdebatte des Winters 1920/21 macht, wo er den Gewerkschaften auch die Funktion zuweist, die Arbeiter vor "ihrem" Staat und seinen "bürokratischen Auswüchsen" zu schützen (LW 32, S. 7). Der Gegensatz ist aber nicht so absolut, wie es scheinen könnte. Die Gewerkschaften hören für Lenin 1921 nicht auf, "Staatsorganisationen" zu "werden", er bemüht sich nur, die Vielfältigkeit der mit diesem "Werden" verbundenen Funktionen, wie sie die gegebene Situation mit sich bringt, hervorzuheben. Dabei verwendet er das berühmt gewordene Bild vom Wasserglas, das als Trinkgefäß, Wurfgeschoß, Briefbeschwerer etc. verwendet werden könne. Vgl. LW 32, S. 84.
(3.) Der Armeekommissar Smilga, zit. nach Anweiler 1958, S. 287.
(4.) Angesichts der absehbaren katastrophalen Folgen der Lebensmittelrequisitionen, die bei den Bauern "stumpfe Unempfindlichkeit" und das Versiegen jedes "wirtschaftlichen" Interesses am Ackerbau hervorgerufen hatten, machte Trotzki bereits im Februar 1920 Vorschläge, die in die Richtung der NÖP gingen. Er drang damit aber bei Lenin und dem Zentralkomitee nicht durch. Deutscher schreibt, daß er sich bei dieser Gelegenheit "auf die Seite der herrschenden Meinung schlug und sich zu ihr nun mit einem Eifer bekannte, den selbst die Toren für primitiv hielten" (Deutscher I, S. 467).
(5.) Deutscher I, S. 468
(6.) ebd.
(7.) ebd. S. 469
(8.) ebd.
(9.) Wie die folgende Passage aus Lenins Abschlußrede auf dem IX. Parteitag zeigt, teilte er diese Naivität: "Wir vollziehen den Übergang zum Sozialismus, und die wesentlichste Frage -die Frage Brot, Arbeit- ist keine private Frage, nicht Privatsache eines Unternehmers,

sondern eine Frage der gesamten Gesellschaft, wo jeder halbwegs denkende Bauer erkennen und begreifen muß: Wenn der Staat in seiner gesamten Presse, in jedem Artikel, in jeder Zeitung die Frage des Verkehrswesens aufwirft, so ist das eine Frage der Allgemeinheit" (LW 30, S. 481)!

(10.) Daniels, S. 136

(11.) Daniels, S. 137. Ganz gewiß ist dies nicht der Punkt, der den Unterschied zwischen Trotzki und Stalin markiert hätte. Der Unterschied besteht vielmehr darin, daß Stalin diese Position konsequent bezog und das moralische Gewicht der Sowjetmacht für jede seiner Entscheidungen, sie mochten so pragmatisch und sprunghaft sein, wie sie wollten, in Anspruch zu nehmen verstand. Trotzki besaß zu viele intelektuelle Skrupel, um diese moralisierende Sprache mit der gleichen Beharrlichkeit und Meisterschaft machtpolitisch instrumentalisieren und zu einem in sich geschlossenen System der ideologischen Legitimation ausbauen zu können.

(12.) LW 33, S. 34. Vgl. weiter unten, S. •••.

(13.) Vgl. meine in MK 4, S. 15 und S. 27 (Anmerkung 15), zu diesem Thema gemachten Ausführungen.

(14.) LW 25, S. 466: "Für sich genommen wird kein Demokratismus den Sozialismus bringen." Diese scheinbar im Widerspruch zu meiner Ansicht stehende Stelle muß man im Zusammenhang mit Lenins innerhalb der Rechtsform verbleibenden Auffassung von "Ökonomie" sehen. Danach ist der Rechtsakt der "Enteignung" eines Kapitalisten durch den "sozialistischen Staat" eine "ökonomische" Maßnahme. Einen umfassenden Begriff von Ökonomie im Sinne von kapitalistischen Produktionsverhältnissen, die den Gegensatz von (Wert- und Rechts-)Form und Inhalt (stoffliche Vergesellschaftung) in sich schlössen, besaß Lenin nicht.

(15.) Da der Faschismus ja ebenfalls eine Form der "Affirmation der Massen" war, und zwar die konsequentere, innerhalb der Verkehrsform des Privateigentums wirkungsvollere, weil unter der Losung der "Volkseinheit" und der "Volksgemeinschaft" auf die "spalterische" Ideologie des "Klassenkampfs" Verzicht leistende und sie bekämpfende Form, mußte er natürlich bei diesem ideologischen "Sozialismus" Anleihen machen. Teilweise (nicht in Deutschland) bediente er sich sogar aus dem personellen Arsenal des Sozialismus. Mussolini in Italien und Doriot in Frankreich sind dafür prominente Beispiele. Vgl. Nolte, S. 117

(16.) Anweiler 1967, S. 18. Aus dieser treffenden Kennzeichnung sollte man aber nicht den Schluß ziehen, daß Bauer etwa ein früher Vertreter der von mir hier vorgetragenen Auffassung war. Die Qualifizierung der Oktoberrevolution als "bürgerlich" leitet er ab aus der von ihr bewirkten Verwandlung der Bauern in selbständige Warenproduzenten. Die NÖP von 1921, die diesen Tatbestand ausdrücklich anerkennt, dient ihm denn auch ebenso als Probe auf seine Ansicht wie er sich, veranlaßt durch den ersten Fünfjahresplan und die Stalinsche Kollektivierung der Landwirtschaft, seit 1931 dazu herbeiläßt, diese zu ändern und der SU zu attestieren, daß sie "zum ersten Mal in der Weltgeschichte den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus konkret in Angriff nahm" (Saage, S. 105).

(17.) Dieser mehr oder weniger ausdrückliche Appell an das staatsbürgerliche Engagement, die Aufforderung "mitzumachen" und aus Dankbarkeit für die Segnungen der Demokratie

einen entsprechenden Staatsidealismus an den Tag zu legen, findet man heute am ehesten noch in jenen Staaten, in deren jüngster Geschichte die "identitäre Illusion" eine nennenswerte Rolle gespielt hat. Die neuere angloamerikanische Demokratietheorie verzichtet demgegenüber ganz darauf, die Staatsform der modernen Massendemokratie als einen emotional besetzten "Wert" oder als ein "Ideal" darzustellen. Vgl. unten, Anmerkung (56).

(18.) Daß Stalin diese in der Situation liegende Logik späterhin umkehrte und den Umstand, daß es gelungen war, die Macht zu erhalten, als Beweis für den Sozialismus der SU benützte, steht auf einem anderen Blatt.

(19.) Diese Parallele zwischen der "Beschränktheit der Produktivkräfte" und der "Borniertheit" der alten Arbeiterbewegung wird ausdrücklich thematisiert in dem Artikel "Technik als Fetischbegriff" von E. Lohoff (MK 3, S. 30 ff.).

(20.) Ausdrücklich in diesem Sinn Lenin auf dem IX. Parteitag: "Die Herrschaft des Proletariats äußert sich darin, daß man das Eigentum der Gutsbesitzer und Kapitalisten konfisziert hat... Unsere Verfassung hat das Recht, in die Geschichte einzugehen, sie hat sich dieses Recht erworben, weil die Aufhebung des Privateigentums nicht nur auf dem Papier geblieben ist. Das siegreiche Proletariat hat das Privateigentum abgeschafft und endgültig beseitigt. Darin eben kommt die Herrschaft der Klasse zum Ausdruck" (LW 30, S. 448).

(21.) "Die Fragen der Teilnahme der Soldaten an der Miliz ist die Grundfrage der Umerziehung der 'Soldaten' zu Staatsbürgern und Milizionären, der Umerziehung der Bevölkerung aus Spießern zu bewaffneten Bürgern. Die Demokratie bleibt eine leere und verlogene Phrase oder eine halbe Maßregel, wenn nicht das ganze Volk sofort und unbedingt die Möglichkeit erhält, den Waffengebrauch zu erlernen" (LW 24, S. 383). Diese Sätze stehen in einem Artikel mit der bezeichnenden Überschrift "Ein trauriges Abweichen vom Demokratismus".

(22.) Diese unübertroffen naive und offenherzige Manifestation des bürgerlichen Glaubens an die Zahl, die unmittelbar als solche wie ein Argument behandelt wird, liegt vollkommen auf der Linie der Demokraten seit den Zeiten Rousseaus und der Jakobiner. Sie atmet den Geist Robespierres, von dem der berühmte Satz stammt: "Jede Institution, die nicht davon ausgeht, das das Volk gut und die Behörden verderbt sind, ist schädlich" (zit. nach Fraenkel 1973, S. 384).

Es zeigt sich daran, daß die in der "bürgerlichen" Theorie gängige Gewohnheit, den Marxismus als konsequenten "Rousseauismus" zu behandeln, zwar, wie ich meine, Marx unrecht tut, aber doch von einem gewissen, sehr weit verbreiteten "Marxismus" ihre Berechtigung erhält. Die sogenannte Linke, die auch heute noch von dieser Denkweise nicht lassen kann, muß den empörenden Zustand, daß sie sich in der unzweideutigen Minderheit befindet, dadurch sich erträglich machen, daß sie ihn für das Werk finsterer Mächte des Betrugs und der Manipulation erklärt. Offensichtlich muß sie den Stab über die kapitalistische Gesellschaft deswegen brechen, weil in ihr der gute Wille, die lautere Absicht, die unbestechliche Liebe zur Wahrheit und zur Gerechtigkeit, mit einem Wort: die Moral vermeintlich keine Chance hat. Der moralisch weniger penetrante Teil dieser Linken, der, seine entsprechenden Bedenken zurückstellend, via SPD in das "harte politische Geschäft" eingestiegen ist, tat dies mit der Maßgabe, daß man "dem Kapital" wenn schon keine Niederlage, so doch mora-

lische Skrupel beibringen müsse. Wieder andere, die die Moral selbst als den "Betrug" entdeckt haben (MG), verhelfen ihr dadurch zu ihrem Recht, daß sie in der Rolle streng logisch argumentierender Moralverächter mit dafür umso größerem Missionarseifer an das allerunmittelbarste Lohninteresse der Proleten appellieren. Jeder Hinweis auf die Vermitteltheit dieses unmittelbaren Interesses versetzt sie in Panik, weil er zu gesamtgesellschaftlichen Fragestellungen hinführt, deren anscheinend nur im Namen der Moral mögliche Beantwortung das heilige Lohninteresse "relativieren" könnte.

(23.) Anweiler 1958, S. 137.

(24.) ebd. S. 133.

(25.) "Abgesehen von der Ausschaltung der nichtbolschewistischen Parteien aus den Sowjets... verloren die Räte in den Jahren des Bürgerkrieges auch sonst ihren Charakter als breite Massenorganisation. Schon vor der bolschewistischen Machteroberung im Oktober 1917 hatte sich die eigentliche politische Entscheidungsgewalt weitgehend in das Exekutivkomitee verlagert, während dem Plenum des Sowjets nur die Zustimmung oder Ablehnung vorbereiteter Resolutionen und die Entscheidung in den grundsätzlichen Fragen überlassen blieb. In der Folgezeit setzte sich diese Konzentration weiter fort..." (Anweiler 1958, S. 297).

(26.) Als Beispiel kann das schon früher erwähnte (MK 4, S. 26) Titulieren der Offiziere mit "Exzellenz, Wohlgeboren usw." dienen, das den russischen Soldaten offenbar so sehr auf den Nägeln brannte und für sie von so großer Bedeutung war, daß seine Abschaffung als gesonderter Punkt in den unmittelbar nach dem Februarumsturz erlassenen "Befehl Nr.1 des Petersburger Sowjets" aufgenommen wurde -neben dem anderen Punkt, der vorsah, den zaristischen Offizieren die Kontrolle über "alle Arten von Waffen" zu entziehen. Vgl Hellmann 1984, S. 134.

Tatsächlich ist aber das gesamte politische Leben der modernen Gesellschaft dieses Beispiel. Beim Blick in die tägliche Zeitung stößt man laufend auf Meldungen wie etwa die folgende: "Aus Protest gegen die von der Bundesregierung geplante Streichung der Zuschüsse für ambulante Patientenfahrten wollen die bundesdeutschen Taxiunternehmen morgen eine Stunde lang 'streiken'" (Nürnberger Nachrichten vom 9.2.88, S. 1). Eine Reform wie die des Gesundheitswesens, die im Interesse des Gesamtsysstems der kapitalistischen Warenproduktion (= abstraktes Allgemeininteresse) unerläßlich ist, wird also von dem entsprechenden "Volk" jeweils unter dem Gesichtspunkt seines unmittelbaren "wertkonstituierten" Daseins (=abstrakt unmittelbares Interesse) wahrgenommen. "Der demokratische Staat ist stets ein Kompromißgebilde" (Hermann Broch).

(27.) Bei Lenin scheint dieser gleiche Gedanke auf, wenn er in "Staat und Revolution" schreibt: "Die modernen Lohnsklaven bleiben infolge der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung so von Not und Elend bedrückt, daß ihnen 'nicht nach Demokratie', 'nicht nach Politik' der Sinn steht, so daß bei dem gewöhnlichen, friedlichen Gang der Ereignisse die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen ist" (LW 25, S. 474).

Dieser vollkommen richtige Gedanke wird von Lenin aber um die entscheidende Dimension des Wertverhältnisses gestutzt. Lediglich "Not und Elend" macht er dafür verantwortlich,

daß den Massen "nicht nach Politik" zumute ist. Die mit der Wertform der Produktion gesetzte Konstellation, die in der Kategorie des Arbeiters als solchen erscheint ebenso wie in der des "politischen Lebens", muß ihm auf dem damaligen Niveau der kapitalistischen Entwicklung entgehen.

(28.) Hier befindet sich übrigens der Ort, an dem der moderne, angeblich der bürgerlichen Rationalität fremde Irrationalismus, wie er im Faschismus "geschichtsmächtig" geworden ist, wo er also seine Vernunft und Notwendigkeit innerhalb des Wertverhältnisses besitzt.

(29.) Dies ist nebenbei gesagt die frappierend einfache Erklärung für die von den Ideologen der "westlichen" Demokratie beklagte Tatsache, daß die "Werte" der Demokratie (wie der Wert überhaupt) es partout nicht vermögen, den Arbeitern "in Fleisch und Blut überzugehen". Mit dieser Bemerkung beziehe ich mich auf Max Horkheimer, der 1933 angesichts des in Europa übermachtig gewordenen Faschismus den folgenden Seufzer ausstieß: "Die Zahl der Länder, in denen noch nicht alle Werte, die auf Steigerung des Glücks der Individuen gehen, verpönt sind, verringert sich immer mehr; es zeigt sich, daß der Zeitraum, in dem die bürgerliche Welt Moral erzeugte, zu kurz gewesen ist, um der Allgemeinheit in Fleisch und Blut überzugehen" (Max Horkheimer, Materialismus und Moral, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jahrgang 2 1933, München 1980 (dtv reprint), S. 190).

(30.) Nach Trotkis Angabe repräsentierte der Ende Juli 1917 zusammengetretene VI. Parteitag der Bolschewiki 176 750 Parteimitglieder (Trotzki 1982, S. 658). Lenin geht in dem mit dem Datum vom 1.Okt. 1917 versehenen Artikel "Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?" von 240 000 Mitgliedern aus (LW 26, S. 95).

(31.) Anweiler 1958, S. 222.

(32.) Trotzki 1982, S. 656.

(33.) Ähnlich bereits Otto Bauer in einem an Kautsky gerichteten Brief vom 4.1.18 (zit. bei Saage 1987, S. 88).

(34.) Wie virulent diese Gefahr während der ersten Jahrhunderthälfte nicht nur in Rußland war, sondern in allen Ländern, in denen die Affirmation der Massen unter dem Signum der "Praxis", der "Aktion", der "Tat" betrieben wurde, davon legt die notorische Intellektuellenfeindlichkeit jener Zeit Zeugnis ab. Unter Stalin wurden Intelektuelle, sobald sie sich in der Abweichung vom staatlichen Jubelkurs als solche zu erkennen gaben, als"bürgerlich" oder "kleinbürgerlich" denunziert; in Deutschland verfielen sie dem Verdikt, "Juden" zu sein oder von dem "zersetzenden jüdischen Denken angekränkelt" zu sein. Reichlich Belege finden sich bei: Dietz Bering, Die Intellektuellen, Berlin, Wien 1982 (Ullstein 39031). Das Buch hat als eine wenn auch fleißige, aber nur unter linguistischem Aspekt erfolgte Sammlung von Zitaten übrigens keinen theoretischen Wert.

(35.) "Marxismus-Leninismus - eine einheitliche internationale Lehre" ist der Titel eines 1968 in Moskau erschienenen Sammelbandes (zit. bei Medwedjew 1979, S. 216). Solche und ähnlich verkrampfte Formulierungen bezeugen, welche Bedeutung der Besitz einer "einheitlichen Weltanschauung" bis in die jüngste Vergangenheit für das Selbstverständnis des sowjetischen Staates besaß.

Dem bekannten Einwand, daß Rußland aufgrund seiner Rückständigkeit "für den Sozialismus noch nicht reif" sei, begegnet Stalin in einem am 9. Mai 1925 in Moskau gehaltenen

Referat zunächst mit dem obligatorischen Lenin-Zitat, um danach folgendermaßen fortzufahren: "Andernfalls hätte es ja keinen Sinn gehabt, im Oktober die Macht zu ergreifen und die Oktoberrevolution durchzuführen. Denn wenn die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft aus diesen oder jenen Erwägungen ausgeschlossen wird, so verliert damit auch die Oktoberrevolution ihren Sinn. Wer die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus in einem Land leugnet, der muß auch zwangsläufig die Rechtmäßigkeit der Oktoberrevolution leugnen. Und umgekehrt: Wer nicht an den Oktober glaubt, der kann auch die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung nicht anerkennen. Es besteht ein enger und unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Unglauben an den Oktober und der Nichtanerkennung der sozialistischen Möglichkeiten in unserem Lande..." (zit. in Altrichter 1986, S. 87).

(36.) Diese seit dem Sommer 1918 ihr Haupt erhebende Konterrevolution wurde nicht nur von zaristischen Generälen geführt, sie war auch ihrer ganzen politischen und sozialen Substanz nach zaristisch. Keinesfalls darf man sich die Vorstellung machen, es habe sich darum gehandelt, die russische Revolution von ihrer "sozialistischen Etappe" auf die "bürgerlich-demokratische Etappe" zurückzuzerren. Die Lage der Bolschewiki wäre wahrscheinlich aussichtslos gewesen, wenn die "Weißen" (wie die Konterrevolutionäre genannt wurden) auch nur einen Funken bürgerlich-demokratischen Verstandes besessen hätten, wenn sie nur wenigstens die Sprache der Massenaffirmation beherrscht hätten, mit welcher die westeuropäische Konterrevolution, beginnend 1919 in Italien, so eindrucksvolle Erfolge zu erzielen vermochte. Ich zitiere Victor Serge, der die entscheidenden Niederlagen, die die Generäle Judenitsch, Denikin und Koltschak im Oktober und November 1919 an drei verschiedenen Abschnitten der Bürgerkriegsfront erlitten, folgendermaßen kommentiert: "Die Weißen bezahlten mit ihrer Niederlage zwei kapitale Irrtümer: daß sie nicht den Verstand und den Mut gehabt hatten, in den der Revolution abgewonnenen Gebieten eine Agrarreform durchzuführen, und daß sie überall die alte Dreieinigkeit der Generäle, der hohen Geistlichkeit und der Großgrundbesitzer wieder zur Macht gebracht hatten" (Serge, 1977, S. 112).

(37.) Vgl. die Resolution des "Zentralkomittees der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Menschewiki)" vom Oktober 1918, zit. bei Anweiler 1958, S. 294. Sie bewirkte, daß die Menschewiki nach ihrem im Juni 1918 erfolgten Ausschluß am 30. November 1918 wieder offiziell zu den Räten zugelassen wurden (vgl. Altrichter 1986, S. 70). Freilich "blieb die Partei auch weiterhin nur halb geduldet und ständigen willkürlichen Eingriffen durch die Bolschewiki ausgesetzt. Sie hielt aber an ihrem Kurs einer legalen Opposition fest und versuchte die Einheitsfront mit den Bolschewiki nach außen mit einer Kritik im Innern zu verbinden" (Anweiler 1958, S. 294).

(38.) Anweiler 1958, S. 295.

(39.) Deutscher I, S. 472: "Hätten die Bolschewiki jetzt freie Wahlen zugelassen, so würden sie fast mit Sicherheit aus ihrer Machtstellung hinweggefegt worden sein."

(40.) Lenin kennzeichnet die Situation nach dem Bürgerkrieg gelegentlich mit den Worten, daß mit dem Stillstand der "Fabriken und Werke" "das Proletariat verschwunden" sei (LW 33, S. 46) und außerhalb der Kommunistischen Partei nur noch Elemente existierten, "die

durch Deklassierung am meisten geschwächt sind und den menschewistischen und anarchistischen Schwankungen am stärksten unterliegen" (LW 33, S. 7).

(41.) Altrichter 1981, S. 60.

(42.) Die beiden Menschiwiki Martov und Dan, die am 7. (Dezember 1919) und 8. Allrussischen Sowjetkongreß (Dezember 1920) mit beratender Stimme teilnahmen, berichten von der "leblosen Atmosphäre" und dem "Paradecharakter" dieser Kongresse, den letzten übrigens, zu denen oppositionelle Deputierte (neben den erwähnten Menschiwiki handelte es sich um einige Sozialrevolutionäre, Anarchisten und Maximalisten) zugelassen waren (zit. in Anweiler 1958, S. 295). Insofern kann man von den Räten also immer noch als von einem "Stimmungsbarometer" sprechen, das Barometer steht allerdings auf Null.

Vgl. auch das Zeugnis eines bolschewistischen Führers: "Die Sowjet-Plenarversammlungen als politische Organisationen siechen oft dahin, die Leute beschäftigen sich mit rein technischen Arbeiten...Die allgemeinen Sowjetversammlungen finden selten statt, und wenn sich die Deputierten zusammenfinden, dann nur, um einen Bericht entgegenzunehmen, eine Rede anzuhören usw." (Kamenew auf dem 7. Allrussischen Sowjetkongreß, zit. in: Anweiler 1958, S. 297).

(43.) "In allen Arbeiten über diese Komitees wird für gewöhnlich der Gedanke ventiliert, daß gerade mit ihrer Schaffung 'die Übertragung der sozialistischen Revolution von der Stadt aufs Land' verbunden sei; daß auf dem Land 'die sozialistische Revolution mit dem Sommer 1918 begonnen habe', usw. Diese These ist äußerst strittig. Es entspricht den Tatsachen, daß die Komitees der Dorfarmut die Sowjetmacht in den Städten unterstützt und den 'Geist eines heftigen Klassenkampfes' ins Dorf hineingetragen haben. Aber die ärmsten Bauern waren ja im Gegensatz zum Proletariat gar nicht Träger der sozialistischen Ideen und konnten es nicht sein...Wurde die Oktoberrevolution von der Vernichtung der Gutsherrschaft begleitet, so die Gründung der Komitees der Dorfarmut im russischen Dorf mit Blick auf die Vernichtung der Kulaken-, das heißt der Großbauernwirtschaft. Nur diese erste 'Entkulakisierung' in unserer Geschichte wurde nicht von der Errichtung großer Kollektivwirtschaften begleitet, sondern hat zur Schaffung einer Menge neuer kleiner und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe geführt. Die neue Landaufteilung nahm enorme Maßstäbe an - den reichen Bauern wurden von 80 Millionen Hektar etwa 50 Millionen abgenommen" (Medwedjew, S. 206f.).

Nach Lorenz "entwickelte sich fast die Hälfte der ärmeren Bauern zu Mittelbauern, die nun mit 60 Prozent die Mehrheit im Dorfe bildeten" (Lorenz 1981, S. 108). "Die Komitees der Dorfarmut neigten allerdings immer mehr dazu, beschlagnahmte Vorräte im Dorf zu behalten, statt sie an die hungernden Städte abzugeben. Auf die Dauer war mit ihrer Hilfe das Versorgungsproblem nicht zu lösen...Daher löste man die Komitees der Dorfarmut Ende 1918 auf..." (ebd.).

Bleibt noch zu erwähnen, daß die von Medwedjew oben referierte Position, mit den Komitees der Dorfarmut sei die "sozialistische Revolution von der Stadt aufs Land" übertragen worden, fast wörtlich so von Lenin in seiner gegen Kautsky gerichteten Schrift vertreten wird (vgl. LW 28, S.300, S. 304 etc.).

(44.) "Die Politik der Requisition und Konfiszierung rief von allen Seiten einen organischen

Protest, und das Verbieten des Handels einen allgemeinen Ungehorsam hervor. Ein Mensch, der beschlossen hätte, sich den kommunistischen Dekreten zu fügen, wäre ein paar Wochen nach seinem Entschluß Hungers gestorben: denn 'legal' war außer dem bekannten Achtel zweifelhaften Brotes und einem Teller Brühe aus fauligen Kartoffeln nichts aufzutreiben. Das ganze Land, einschließlich der Kommunisten selbst, lebte gegen die kommunistischen Dekrete, ganz Rußland 'spekulierte', und es ist natürlich, daß man offizielle Gründe, 'jeden Bürger zu bestrafen, soviel man wollte', finden konnte" (der nicht-bolschewistische Autor Ustrjalow, den aber laut Medwedjew "Lenin als einen ziemlich objektiven Menschen kannte und schätzte", in seinem 1925 erschienen Buch "Unter dem Zeichen der Revolution", zit. bei Medwedjew, S. 191).

(45.) Lorenz 1981, S. 108.

(46.) Auf das seinerzeit (während des Kriegskommunismus) von Lenin vorgetragene Argument, daß das staatliche Getreidehandelsmonopol die Versorgung der Bevölkerung immerhin zur Hälfte gewährleiste und also notwendig sei, antwortet Medwedjew:

"Allzu überzeugend ist diese Folgerung freilich nicht. Dieselbe Ration hätte man doch durch eine einfache Naturalsteuer, wie 1921/22 geschehen, gewährleisten können. Aber dann wäre es nicht nötig gewesen, Kontroll-, Wege- oder Lebensmitteleintreibungs-Abteilungen oder eine Menge anderer Abteilungen und Organisationen zu gründen. Zudem hätten Arbeiter und Angestellte auch die zweite Hälfte des für sie nötigen Lebensmittelminimums nicht zu zehnmal, sondern bloß fünfmal höheren Preisen erhalten können und ohne das Risiko, plötzlich im Konzentrationslager, das ohnehin mit 'Hamsterern' und 'Spekulanten' überfüllt war, zu landen" (Medwedjew, S. 179).

Für seine These, daß Millionen kleiner Hamsterer unrationeller handelten, als es legale Großhändler getan hätten, kann Medwedjew sogar einen (unfreiwilligen) bolschewistischen Zeitzeugen anführen: "Es ist nicht verwunderlich, daß sogar in einem Büchlein des aktiven Narkomprod-Mitglieds N.A. Orlow (Narkomprod = Volkskomitee für Versorgung), das seit 1919 mit dem Ziel herausgegeben wurde, die Politik des Narkomprod und das Getreidemonopol zu rechtfertigen; in einem Buch, in dem der Autor die Hamsterer als 'Gauner', 'Spekulanten', 'menschlichen Staub' bezeichnet, der unerwartete Ausruf zu lesen steht, daß sich mit dem verbotenen privaten Handel besser 'hundert große Haie befaßt hätten..., die bis zu einem gewissen Grad von einer Handelsethik, hauptsächlich aber von einer wirklichen wirtschaftlichen Effektivität geleitet worden wären'" (ebd. S. 180).

(47.) Über die Dorfsowjets am Ende des Bürgerkriegs schreibt Altrichter: "Wo die Dorfräte noch existierten, war der Anteil der Kommunisten verschwindend gering und der Anteil 'sowjetfremder Elemente' groß. Doch das Dorf brauchte sie, weil sie lesen und schreiben konnten oder weil sie über Besitz verfügten und den unbezahlten Vorsitz im Dorfrat neben ihrer Arbeit noch übernehmen konnten" (Altrichter, 1981, S. 60).

(48.) Seit dem Ende des 19.Jahrhunderts fingen auch die konservativen, der Demokratie (worunter oft Liberalismus und Sozialismus gleichermaßen verstanden wurde) feindlich gesonnenen Kräfte damit an, mit den Massen zu rechnen. Als Beispiel kann der Berliner Hofprediger Stoecker dienen, der in den achtziger Jahren eine konservative, städtische Massenpartei gründen wollte, mit seinem Vorhaben aber von Bismarck bzw. Wilhelm II. ge-

stoppt wurde. Das Buhlen um die Gunst sei es auch monarchistischer Massen empfanden die Herren aus altem adligen Geblüt offenbar als eine bei ihrer Machtfülle überflüssige, bei ihrem Stand unziemliche Anstrengung (vgl. Rosenberg, S. 118).

(49.) In diesem Zusammenhang ist das von Lenin auf dem X. Parteitag durchgesetzte Fraktionsverbot zu sehen.

(50.) "Die von Lenins Partei regierte Nation war ihrer Auflösung nahe. Die materiellen Grundlagen ihrer Existenz waren zerstört. Es genügt, sich daran zu erinnern, daß das Volkseinkommen Rußlands am Ende des Bürgerkriegs nur ein Drittel seines Einkommens im Jahre 1913 betrug, daß die Industrie weniger als ein Fünftel der vor dem Krieg hergestellten Güter erzeugte, daß die Kohlenförderung weniger als ein Zehntel und die Eisengewinnung nur ein Vierzigstel der Normalproduktion erreichten, daß die Eisenbahnen zerstört waren, daß alle Vorräte und Reserven, ohne die keine Wirtschaft bestehen kann, völlig erschöpft waren, daß der Güteraustausch zwischen Stadt und Land zum Erliegen gekommen war, daß sich Rußlands Städte, große und kleine, so entvölkerten, daß im Jahre 1921 Moskau nur die Hälfte und Petrograd nur ein Drittel ihrer früheren Einwohnerschaft zählten und daß die Bevölkerung der beiden Hauptstädte seit vielen Monaten von Hundert Gramm Brot und ein paar gefrorenen Kartoffeln am Tag lebte und ihre Möbel zum Heizen benutzte, - und wir werden uns eine Vorstellung von der Situation bilden können, in der sich die Nation im vierten Jahr der Revolution befand" (Deutscher II, S. 18).

(51.) Daß es auch mit dieser Fähigkeit bei den russischen Revolutionären nicht zum besten stand, zeigt das folgende lebensgefährliche Erlebnis, von dem John Reed, amerikanischer Journalist und Sympathisant der Oktoberrevolution, in seinem Buch "Zehn Tage, die die Welt erschütterten" berichtet. Am 13. November 1917 mit einer Gruppe von Rotarmisten unterwegs an die Kerenski-Front, wird sein Wagen von einer Patrouille des örtlichen revolutionären Komitees angehalten. Da sein Ausweis, der vom revolutionären Stab im Smolny ausgestellt wurde, anders aussieht als die Papiere der Rotgardisten, muß er aussteigen: "Um den Streit zu beenden, kletterte ich schließlich von dem Wagen herunter. Er fuhr weiter, und die Genossen winkten mir zu, bis ich sie nicht mehr sehen konnte. Die Soldaten berieten eine Weile miteinander und führten mich dann zu einer Mauer, an die sie mich stellten - und plötzlich begriff ich: Sie wollten mich erschießen!

In allen drei Richtungen war kein Mensch zu sehen. Nur ein dünner Rauchfaden, der von dem Schornstein eines alleinstehenden Holzhauses aufstieg, zeugte von Lebewesen. Es mochte ein halber Kilometer bis dahin sein, den Weg hinunter. Die beiden Soldaten gingen ein Stück in den Weg hinein. Ich lief verzweifelt hinter ihnen her.

"Aber Genossen! Seht doch! Hier ist der Stempel des Revolutionären Militärkomitees!"

Sie starrten dumm auf meinen Ausweis und blickten dann einander an.

"Er ist nicht wie die anderen, Bruder", sagte der eine eigensinnig. "Wir können nicht lesen."

Zit. nach Kohn (Hg.), S. 369ff.

Erst im Regimentskomitee, zu dem er schließlich gebracht wird, ist die Gefahr endgültig gebannt. Der Vorsitzende des Komitees ist dazu in der Lage festzustellen, daß es sich bei Reed um einen "amerikanischen Genossen" handelt.

(52.) Was das Potential an Fachkräften betrifft, macht Lorenz für das Jahr 1928 für Ruß-

land folgende Angaben: "Während in den westeuropäischen Staaten der Anteil des technischen Personals an der Zahl aller in der Industrie beschäftigten Personen im Durchschnitt bei 10-15 Prozent lag, betrug er in der Sowjetunion nur 1-2 Prozent, bei Ingenieuren sogar nur 0,62 Prozent. In der ganzen Sowjetunion arbeiteten im Jahre 1928 nur 24 200 Techniker und Ingenieure mit Spezialausbildung, darunter 250-260 ausländische Kräfte" (Lorenz 1981, S. 169).

(53.) Reichlich Material findet sich beispielsweise bei Emig 1980, S. 94 ff.

(54.) wie zur Bestätigung meiner These hat gerade rechtzeitig für die Reinschrift dieses Manuskripts ein Veteran der alten Arbeiterbewegung seine Stimme in ihrem Sinn erhoben. In allen Zeitungen waren die Sätze abgedruckt, die der Präsident des PEN-Zentrums der DDR, der siebzigjährige Heinz Kamnitzer, aus Anlaß der im Januar 1988 erfolgten Störung der alljährlichen Liebknecht/Luxemburg-Prozession der SED fand: "Was da geschah, ist verwerflich wie eine Gotteslästerung. Keine Kirche könnte hinnehmen, wenn man eine Prozession zur Erinnerung an einen katholischen Kardinal oder protestantischen Bischof entwürdigt. Ebensowenig kann man uns zumuten, sich damit abzufinden, wenn jemand das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht absichtlich stört und schändet" (zit. nach "Arbeiterkampf" Nr.291 vom 8.2.88, S. 42).

Wenn die unwissenden, rechtlosen und niedergedrückten, noch mit dem ländlichen Leben verbundenen Arbeiter des letzten Jahrhunderts ihre Führer (wie etwa Lassalle) wie Heilige verehrten, so mag das beim heutigen Betrachter Rührung hervorrufen, im Jahr 1988 kann man ein so hohles und abgestandenes Pathos nur noch mit Kopfschütteln und innerem Grauen zur Kenntnis nehmen.

(55.) Das Wort von der "Manipulation" scheint mir auf jene Epoche der ersten Jahrhunderthälfte weitaus besser zu passen als auf die heutige Zeit, wo es zum längst leerlaufenden Jargon der sogenannten Linken geworden ist.

(56.) Sehr deutlich spiegelt sich diese Entwicklung in der neueren, von Schumpeter ihren Ausgang nehmenden Demokratietheorie wider, die dahin gelangt ist, Traktate "Zur Verteidigung der Apathie" hervorzubringen. Man kann die von Morris Jones vertretene Ansicht, daß die politische Abstinenz eine "vorteilhafte Wirkung auf die Atmosphäre des politischen Lebens" habe, als treffenden Ausdruck dafür nehmen, daß "die Bourgeoisie" inzwischen reich und reif und ein wenig blasiert geworden ist (zit. bei Finley 1980, S. 8).

Unwillkürlich fällt einem zu dieser Entwicklung die in unserer Vätergeneration verbreitete Phrase ein, daß in seiner Jugend jeder mal ein "Revolutionär" oder ein "Idealist" gewesen sein sollte, von einem gewissen Alter an aber zum "Realismus" oder zur "Vernunft" gekommen sein müsse. Wenn man sich die Enkel anschaut so haben sie in einer bequem-"sinnlosen" Welt selbst diesen flüchtigen Gefühlsaufwand nicht mehr nötig. Hinsichtlich ihrer Begeisterungsfähigkeit scheint diese "coole Generation" mit dem Reifegrad des Greisenalters an den Start gehen zu wollen. Freilich, mit der naiven Begeisterung von ehedem wird der Krise des Werts auch ganz gewiß nicht beizukommen sein.

(57.) Vgl. Anmerkung (27).

(58.) Nebenbei gesagt hat diese psychologische Sichtweise auch noch den Vorzug, daß dadurch auf eine für sie allerdings unerwartete Weise auch noch jene "Leninisten" recht be-

kommen, die sich seinerzeit darauf kapriziert hatten, in Lenin den guten, das "proletarische Denken und Fühlen" tief erfassenden Vater zu sehen, der besser als seine Kinder weiß, was für sie von Nutzen ist.

(59.) LW 33, S. 38. Die Stelle lautet im Zusammenhang: "Wir, die wir von der Welle des Enthusiasmus getragen waren, die wir den Volksenthusiasmus -zunächst den allgemeinen politischen, sodann den militärischen- geweckt hatten, wir rechneten darauf, daß wir auf Grund dieses Enthusiasmus auch die ebenso großen (wie die allgemeinen politischen und militärischen) ökonomischen Aufgaben unmittelbar lösen würden. Wir rechneten darauf - vielleicht wäre es richtiger zu sagen: Wir nahmen an, ohne genügend zu rechnen-, daß wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten. Das Leben hat unseren Fehler gezeigt."

Das Pathos der Aufopferung und der Hingabe an die abstrakte Allgemeinheit, die der frischgebackene Repräsentativstaat sich anschickt zu werden, findet sich übrigens in allen bürgerlichen Revolutionen. Es ist für sie ebenso charakteristisch wie es bei den heutigen Nachfahren dieser Revolutionen, die um ihre vermeintlich "reiche Subjektivität" fürchten, in Mißkredit geraten ist. So reich ist diese "Subjektivität" nicht, daß sie sich einschließlich ihrer Entstehungsgeschichte selbst zu begreifen vermöchte.

(60.) Daniels, S. 72/73.

(61.) Ich verweise auf die schon ausgiebig zitierte Schrift "Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen kann" sowie auf den im Oktober 1917 erschienen Artikel "Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?". Ich zitiere:

"Rußland wurde nach der Revolution des Jahres 1905 von 130 000 Gutsbesitzern regiert, und zwar mittels endloser Vergewaltigung und Drangsalierung von 150 Millionen Menschen, deren ungeheure Mehrzahl zu Zuchthausarbeit und einem Hungerdasein gezwungen wurde. Und da sollen 240 000 Mitglieder der Partei der Bolschewiki nicht imstande sein, Rußland zu regieren, es im Interesse der Armen und gegen die Reichen zu regieren" (LW 26, S. 95)!

(62.) Anweiler 1958, S. 213 f.

(63.) ebd. S.292. Ich halte mich für berechtigt, diese Formulierung, die von der Sozialrevolutionärin Spiridonova stammt (Sommer 1918), Anweiler in den Mund zu legen. Wenn er sie auch mit einer gewissen Distanz zitiert, ist seine Sympathie dafür doch unverkennbar.

(64.) ebd. S. 303.

(65.) Medwedjew, S. 184.

(66.) Diese Zersplitterung war das Resultat des halbjährigen Wirkens der famosen "Komitees der Dorfarmut", die die Bolschewiki unter der Vorstellung, damit "den Sozialismus aufs Land" zu tragen, im Sommer 1918 ins Leben gerufen hatten. Saage gibt an, daß die Zahl der "primitiv wirtschaftenden bäuerlichen Zwergbetriebe" in dem Zeitraum "von 1917 bis 1927 von 16. Millionen auf 26. Millionen" angestiegen sei (Saage, S. 104).

(67.) Faktisch handelte es sich wegen der Okkupation weiter Landstriche durch die Konterrevolution um eine weit geringere Anzahl. Medwedjew, der die Versorgungslage der kleineren Städte mit ihrer engen Beziehung zum Umland günstig beurteilt, schätzt auch die Zahl der staatlich zu versorgenden Stadtbevölkerung relativ niedrig ein. Bei einer Stadtbevöl-

kerung von insgesamt 28,5 Millionen Menschen (18 Prozent der Bevölkerung) geht er davon aus, daß "der Stadtbevölkerung der Nicht-Schwarzerdezone -das waren kaum mehr als 10 Millionen Menschen- die Hauptsorge der Regierung" galt (Medwedjew, S.160).

(68.) "Aber zugleich konnte nur ein Staatswesen einen solchen Modernisierungsschub zustande bringen, das willens und fähig war, sich in den Dienst eines Selbstbehauptungswillens zu stellen, der alle Kräfte des Landes zu mobilisieren entschlossen war" Kunisch, S. 109). Diesen auf das absolutistische Preußen Friedrichs II.gemünzten Satz könnte man ebensogut zur Charakterisierung des bolschewistischen Staates verwenden.

(69.) Vgl. die "Industrialisierungsdebatte" der zwanziger Jahre, in der sich Trotzki zunächst nicht durchsetzen konnte, um dann von 1929 an vom Exil aus mitansehen zu müssen, wie seine Vorschläge, nachdem die WIrklichkeit ihre Unabweisbarkeit bewiesen hatte, hektisch und überstürzt verwirklicht wurden.

(70.) Lenin bemerkt gelegentlich, daß nach einer ernsthaften Parteireinigung etwa diese Anzahl von "echten Kommunisten" übrigbleiben werde. Vgl. LW 29, S. 421.

(71.) Ich subsumiere unter diese Kategorie lediglich die "linken Kommunisten" des Jahres 1918, die "Arbeiteropposition" des Jahres 1920/21 und ähnliche Gruppen wie etwa die "Demokratischen Zentralisten". Trotzki, der in den zwanziger Jahren das Etikett eines "Linken" trug, klammere ich aus dieser Kategorie aus.

(72.) Osinskji, S. 110.

(73.) In dieser Hinsicht werden die "linken Kommunisten" von Stalin vollkommen beerbt. Von Stalin ist das Wort überliefert, daß sich in Rußland die Arbeit aus Zwang und Fron "in eine Sache der Ehre und Würde, des Ruhmes und Heldentums" verwandelt habe (zit. nach Heinisch, S. 252).

(74.) Kollontai, S. 239. Die nachfolgenden Seitenangaben beziehen sich auf diesen Text.

(75.) Deutscher I, S. 476.

(76.) Vgl. Otto Bauer: "Der Arbeiter konnte den Bauern, der Bauer den Arbeiter nicht niederzwingen: auf der Basis dieses Gleichgewichts der Klassenkräfte wurde die Diktatur zu einer über den Klassen stehenden Macht, die den Bauern die Ablieferung ihrer Überschüsse an die Stadt und den Arbeiter disziplinierte, intensivierte Produktion für die Bedürfnisse des Dorfes aufzwingen mußte" (zit. bei Saage, S. 104).

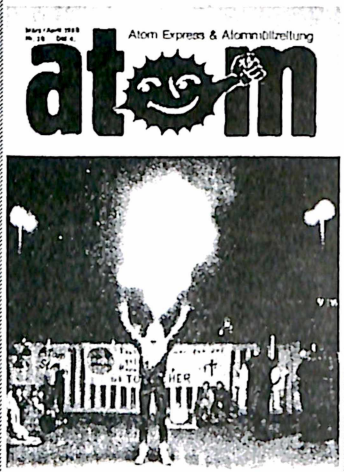
Die von Bauer bemühte "über den Klassen stehende Macht", die seit dem 19. Jahrhundert unter dem Namen "Bonapartismus" ein zwielichtiges, nicht mit dem Kapitalbegriff vermitteltes Leben innerhalb der marxistischen Diskussion führt, scheint mir übrigens den Begriff des modernen Staates überhaupt auszumachen. Wenn man sich von dem in der Linken eingefahrenen Soziologismus freimacht und die "Klassen" als wertkonstituierte Funktionen innerhalb des einen Kapitalverhältnisses begeift, die sich als solche nicht antagonistisch, sondern konkurrierend zueinander verhalten, dann ergibt es sich von selbst, daß sie zum Austragen ihres Konkurrenzkampfes eines gemeinsamen Mediums bedürfen, das mit keiner dieser partikularen Funktionen unmittelbar zusammenfallen kann. Man wird dann finden, daß der "Bonapartismus" nicht etwa einen "Sonderfall", sondern die "Regel" bei der Verwaltung des kapitalistischen Gemeinwesens darstellt, eine "Regel" freilich, die nicht von Anfang an fertig war, sondern sich im Konkurrenzkampf zwischen "Kapital" und "Arbeit" und seiner

äußeren Form, dem Konkurrenzkampf der Nationalstaaten, nach und nach vervollkommnete. Zur Zeit seiner beiden Namensgeber (Napoleon I. und III.), als die "Klassen" noch unterschiedlich berechtigte Stände waren, war der Bonapartismus nur erst die "Andeutung" auf das "Höhre", das ihm folgen sollte. Von wirklicher Allgemeinheit konnte erst die Rede sein, nachdem die Entfaltung der Rechtsform alle Bürger gleichermaßen staatsunmittelbar gemacht hatte, nachdem also die Abstraktion des Wertes sich der ganzen (Welt-)Gesellschaft bemächtigt hatte, und Freiheit und Gleichheit zu den "natürlichen" Voraussetzungen des Alltagsdenkens geworden waren.

Der Linken war der immanente, "bürgerliche" Charakter des "reinen" und "ökonomistischen" Arbeiterinteresses übrigens von jeher bewußt. Lenin selbst ist der beste Beleg dafür. Nur wurde diese Immanenz nicht historisch, sondern mit den Denkformen der Zeit betrachtet. Sie erschien dann nicht mehr als der (zu analysierende) historische Spielraum.der der Arbeiterkategorie selbst noch innerhalb der kapitalistischen Vergesellschaftung zur Verfügung stand, sondern gleichsam nur wie eine bewußtseinsmäßige Schranke, über die hinaus revolutionärer Wille und Anstrengung, nämlich Agitation und Propaganda, die Arbeiterklasse zu treiben hatte. Dieses Hinaus war bekanntlich die Politik und die als ein "politisches System" oder eine "politische Verfassung" mißverstandene "Diktatur des Proletariats". Das andere und gründlichere Hinaus, das das Kapitalverhältnis an ihm selbst darstellt, geriet über dieser Anstrengung aus dem Blick. Der Katzenjammer, der diese politikasternde Linke überkam, nachdem es die Politik endlich dahin gebracht hatte, ihrem Begriff als einer allgemeinen Staatsbürgerschaft zu entsprechen, die das Anprangern der täglichen "Ungleichheit" und "Ungerechtigkeit" selbständig zu betreiben verstand, war somit vorprogrammiert.

Diese Gedankenfolge ist hier natürlich nur kurz und daher schwer verständlich angedeutet, ihre Ausarbeitung bleibt einer anderen Gelegenheit vorbehalten.

atom Nr. 25



Aus dem Inhalt

★ **AKW Biblis:**
Knapp am GAU vorbei

★ **Schacht Konrad:**
Vor der Entscheidung

★ **WAA Wackersdorf:**
Großdemonstration 3.6.

★ **Hochtemperaturreaktor:**
Groschengrab in Uentrop

★ **Brokdorf u.a.:**
SPD windet sich

★ **West meets East:**
Atomseminar mit KPdSU

★ **Kriminalisierung:**
Knast für Fritz Storim
Hungerstreik
Startbahn-Prozesse

Außerdem: Berichte von den Standorten Gorleben, Emden, Mülheim-Kärlich, Ellweiler, Cattenom, Gronau, Karlsruhe...

atom erscheint jeden zweiten Monat. Preis: DM 4,–
Abo (5 Ausgaben): 25 DM

Neue Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg

Anzeige

HINTERGRUND

Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik

Themenschwerpunkte:

- Kapitalismuskritik
- Perspektiven der Linkskräfte
- Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus
- Marxistische Subjektwissenschaft

HINTERGRUND IV/88
...aus dem Inhalt:

- Zurück zu Stalin? Anmerkungen zur sowjetischen Außenpolitk
- Ist Kapitalismus ohne Militarismus möglich?
- Charakter der kapitalistischen Systemkrise
- Einschätzung des DKP-Entwurfs 'BRD 2000'
- Sozialpsychologie und Aktivierung des menschlichen Faktors

Der HINTERGRUND erscheint 4 x im Jahr mit einem Umfang von jeweils ca. 72 Seiten. Das Einzelheft kostet DM 4,50, das Jahresabo incl. Porto DM 18,00. Bestellungen bitte an HINTERGRUND-Redaktion, c/o K. Vogelpohl, Augustenburger Str. 26B, 45 Osnabrück

NEU

PERU-REPORT

JANUAR*FEBRUAR 1989

VERHAFTETE - VERSCHWUNDENE IN PERU

Nationale Koordination für Menschenrechte/APRODEH

WUßTEN SIE SCHON?

Wußten Sie schon, daß es in Peru Menschen gibt, die durch die Ordnungskräfte verhaftet und danach verschwunden sind?

Wußten Sie schon, daß laut den Vereinigten Nationen Peru während des Jahres 1987 einen traurigen ersten Platz in der Welt einnahm? Es [illegible] mit den meisten Verhafteten-Verschwundenen in 1987.

Land	Jahr
Peru	79
Guatemala	
Indien	
Srilanka	

O[illegible]

IMPRESSUM
PERU-REPORT
POSTFACH 1801
2000 HAMBURG 13

DER PERU-REPORT WIRD UNTER MITARBEIT DER **PERU-INITIATIVE** (NERNSTWEG 32–34, HAMBURG 50) HERAUSGEGEBEN.
ERSCHEINUNGSWEISE ZWEIMONATLICH.
ABONNEMENTS: DM 12 IM JAHR, BRIEFMARKEN WERDEN ANGENOMMEN.

Postgirokonto Nr. 483708-203, c/o Pacheco, Stichwort »Peru Report«, BLZ 200 100 20, Hamburg
Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit den Ansichten der Redaktion übereinstimmen.

([illegible] 52)
E [illegible] 78-1987)
Pe [illegible] iode 1975-1987)
[illegible]03 (Periode 1982-1987)

Quelle: [illegible]

Die [illegible]eneralversammlung der Vereinten Nationen hat in dieser Hinsicht bekanntgegeben:

Wir sind sehr besorgt über Berichte aus allen Teilen der Welt über das gewaltsame und unfreiwillige Verschwinden von Personen nach Ausschreitungen durch staatliche Autoritäten, beauftragt, das Gesetz zu erfüllen und über die Ablehnung der staatlichen Autoritäten, die genannten Personen, die sich unter ihrem Gewahrsam befinden, wiederzuerkennen oder in irgendeiner Weise Rechenschaft über sie abzugeben. Rs. 33/173 UNO, As. Gral. vom 20.12.78.

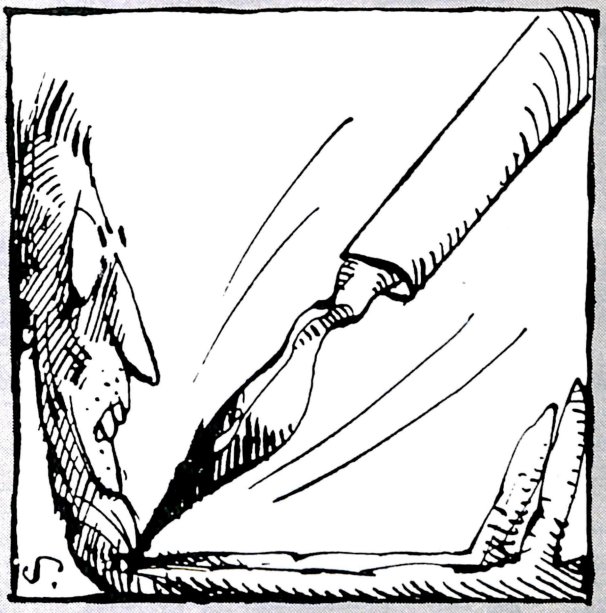
Anzeige:

Initiative Marxistische Kritik, IMK (Hrsg.)

Robert Kurz

AUF DER SUCHE NACH DEM VERLORENEN SOZIALISTISCHEN ZIEL

Manifest für die Erneuerung revolutionärer Theorie



100 Seiten 8.– DM

Verlag Marxistische Kritik
Postfach 2111
D-8520 Erlangen

vmk

Verlag
Marxistische Kritik
Postfach 2111
8520 Erlangen

Marxistische Kritik 3

2. Jahrgang
Juni 1987
Preis 6,– DM
ISSN 0178-7691

Zeitschrift für revolutionäre Theorie und Politik

Produktivkraftkritik und theoretischer Verfall der Linken (II)

Moderne Demokratie und alte Arbeiterbewegung ✲ Technik als Fetisch-Begriff ✲ Die Herrschaft der toten Dinge – Teil 2 ✲ Von der Rekonstruktion zur Krise des Marxismus

Marxistische Kritik 1

1. Jahrgang
März 1986
Preis 6,– DM
ISSN 0178-7691

Zeitschrift für revolutionäre Theorie und Politik

Krise der Arbeit – Arbeit der Krise

Die Krise des Tauschwerts ✲ Die Kategorie der abstrakten Arbeit und ihre historische Entfaltung ✲ Wissenschaft, Rationalisierung und Qualifikation im Kapitalismus ✲ Kritik zu Kern/Schumann

Marxistische Kritik 4

2. Jahrgang
Dez. 1987
Preis 8,– DM
ISSN 0178-7691

Zeitschrift für revolutionäre Theorie und Politik

Die Gemeinsamkeit der Demokraten

Die Demokratie bei Lenin ✲ Die Privatisierung des Politischen ✲ Abstrakte Arbeit und Sozialismus ✲ Zur Ideologie der KPD

Marxistische Kritik 2

2. Jahrgang
Januar 1987
Preis 6,– DM
ISSN 0178-7691

Zeitschrift für revolutionäre Theorie und Politik

Produktivkraftkritik und theoretischer Verfall der Linken (I)

Die Herrschaft der toten Dinge ✲ Die Krise des Marxismus ✲ Irrational – aber wenig radikal Schwarze Kunst und neue Technik

Marxistische Kritik 5

3. Jahrgang
Sept. 1988
Preis 8,– DM
ISSN 0178-7691

Zeitschrift für revolutionäre Theorie und Politik

Die INITIATIVE MARXISTISCHE KRITIK (IMK) versteht sich als Diskussionszusammenhang und ist daher jederzeit für Kritik, Anregungen etc. offen.

Wer die laufende Diskussion kontinuierlich verfolgen bzw. sich an ihr beteiligen möchte hat dazu folgende Möglichkeiten:

- Abonnement der „Marxistischen Kritik" (Die Rechnungsstellung erfolgt mit jeder Nummer, eine Kündigung des Abonnements ist jederzeit möglich).
- Abonnement des internen RUNDBRIEFES DER IMK. Der Rundbrief ist Forum für interne Diskussion und Kritik und dient dem Austausch von Informationen über laufende Projekte, Arbeitskreise etc.. Er erscheint ca. vierteljährlich und kann von jedem/r Interessierten für jeweils 10,- DM bezogen werden.
- MITGLIEDSCHAFT IN DER IMK. Wenn auch eine inhaltliche Mitarbeit in unserem Zusammenhang nicht an das formale Kriterium der Mitgliedschaft gebunden ist, drückt diese doch eine verbindlichere Unterstützung unserer Position aus. Der monatliche Mitgliedsbeitrag von 10,- DM (bei Möglichkeit auch mehr) schließt den Bezug von Rundbrief und „MK" ein.

Selbstverständlich stehen unsere Seminare und Arbeitskreise grundsätzlich jedem/r Interessierten offen. Gleiches gilt für die Veröffentlichung von Beiträgen im internen Rundbrief, sofern sich diese auf die laufende Diskussion beziehen, bzw. zu relevanten Themen Stellung nehmen.

Darüberhinaus sind wir auch auf handfeste Unterstüzung angewiesen, sowohl in Form von Spenden, als auch beim Verkauf der Publikationen über die Betreuung von Buchläden, Organisierung von Büchertischen etc..

Die KONTAKTADRESSE ist in all diesen Fällen die Redaktion: Verlag MARXISTISCHE KRITIK, Postfach 2111, 8520 Erlangen.

Die Abschaffung des Geldes kostet Geld! Und zwar bisher unseres. Mit anderen Worten: Wir sind auf Spenden angewiesen!
Spendenkonto: J. Erdmann, Konto 300 114 859 PSchA Nbg. (BLZ 760 100 85)

o Ich abonniere die „Marxistische Kritik" ab Nr.
o Ich möchte den Rundbrief der IMK ab sofort beziehen.
o Ich möchte Mitglied in der IMK werden.

Name .....

Adresse .....

Unterschrift .....

Datum .....

Preis: 10.- DM

Marxistische Kritik 6